

Zeitschrift für amtliche Statistik

Berlin Brandenburg

4 2010

Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg

1990 – 2010

Berlin und Brandenburg

Gebietsgliederungen in Brandenburg

Verarbeitendes Gewerbe

Energie

Baugewerbe

Landwirtschaft

Verkehr

Verdienste

Jugend- und Altenquotient
in den Bezirksregionen Berlins

Ergebnisse der repräsentativen
Wahlstatistik zur Bundestagswahl
in Berlin am 27. September 2009

Pflegeversicherung: Woher? Wohin?



Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Wir über uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

So finden Sie uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

Dortustraße 46
14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418
info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regionalstatistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
 - nichts vorhanden
 - ... Angabe fällt später an
 - () Aussagewert ist eingeschränkt
 - / Zahlenwert nicht sicher genug
 - . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
 - x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
 - p vorläufige Zahl
 - r berichtigte Zahl
 - s geschätzte Zahl
- Abweichungen in der Summe können sich durch Schätzungen ergeben

Impressum

Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg
4. Jahrgang

Herausgeber
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Dortustraße 46
14467 Potsdam
Tel.: 0331 39 - 444

Preis

Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356

Satz und Gestaltung

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Druck

Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg,
2010
Auszugsweise Vervielfältigung und
Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Inhaltsübersicht

Kurz gefasst

aus Berlin und Brandenburg ─ 2

Baugewerbe

Verarbeitendes Gewerbe

Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen

Einzelhandel

Tourismus

Bevölkerung

Mikrozensus

Preise

aus Deutschland ─ 9

Arbeitsmarkt

Verdienste

Verkehr

aus Europa ─ 11

Arbeitsmarkt

Wirtschaft im Überblick

Berlin April 2009 ─ 12

Brandenburg April 2009 ─ 16

Historisches

Erwerbstätige ─ 77

Veröffentlichungen

Mitteilungen und Nachrichten ─ 78

Berlin ─ 79

Brandenburg ─ 80

Karten

„Billeter J“ bezogen auf die
melderechtlich registrierten Einwohner
in Berlin am 31. 12. 2009
nach Bezirksregionen
─ 3. UmschlagseiteÄmter mit mehreren Gemeinden
in Brandenburg 2010

─ 4. Umschlagseite

1990–2010

Berlin und Brandenburg

Gebietsgliederungen
in Brandenburg ─ 22

Verarbeitendes Gewerbe

Gegensätzliche Entwicklungen
in Berlin und Brandenburg ─ 26

Energie

Reduktion von Energieverbrauch
und CO₂ - Emissionen in Berlin
und Brandenburg:
Zwei Länder – zwei Strategien ─ 30

Baugewerbe ─ 33

Landwirtschaft

Brandenburgs Landwirtschaft
im Wandel ─ 38
Siedlungs- und Verkehrsfläche ─ 47

Verkehr

Kraftfahrzeugbestand in Berlin
und Brandenburg 1994 bis 2010 ─ 51
Straßenverkehrsunfälle
und dabei Verunglückte ─ 54

Verdienste

Unternehmen und Betriebe ─ 56

Aufsätze

Jugend- und Altenquotient
in den Bezirksregionen
Berlins ─ 59Ergebnisse der
repräsentativen Wahlstatistik
zur Bundestagswahl in Berlin
am 27. September 2009 ─ 64Pflegeversicherung:
Woher? Wohin? ─ 74

Kurz gefasst **aus Berlin und Brandenburg**

Baugewerbe Mai 2010

■ Mehr Umsatz und Aufträge in Berlin

(...) Im Mai 2010 stieg in den Betrieben des Berliner Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten der baugewerbliche Umsatz im Vergleich zum Vorjahresmonat um 10,7 % auf 143,1 Mill. EUR.

Im Hochbau wurde im betrachteten Monat ein Umsatzplus von insgesamt 9,0 % erwirtschaftet; hier entwickelte sich nur die Sparte gewerblicher und industrieller Hochbau gegenüber dem Vorjahresmonat wie schon im Vormonat rückläufig (–18,5 %). Die Umsätze im Tiefbau stiegen im Mai 2010 gegenüber Mai 2009 insgesamt um 12,8 %. Hier gingen die Umsätze ebenfalls nur im gewerblichen und industriellen Tiefbau zurück (–4,6 %). Die Auftragseingänge als Indikator für zukünftig zu erwartende Umsätze stiegen im Mai 2010 gegenüber Mai 2009 bei den befragten Betrieben um gut ein Drittel auf ein Volumen in Höhe von 132,0 Mill. EUR an. Sowohl im Hochbau (+33,0 %) als auch im Tiefbau (+38,3 %) konnten mehr Auftragseingänge verzeichnet werden. Nur im gewerblichen und industriellen Hochbau (–37,8 %) bzw. Tiefbau (–6,8 %) wurden im Mai 2010 weniger Aufträge gemeldet als im Mai 2009.

In den auskunftspflichtigen Betrieben des Berliner Bauhauptgewerbes wurde im Mai 2010 mit 10 240 tätigen Personen gegenüber Mai 2009 mit 8 846 eine Zunahme um 15,8 % verzeichnet. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Mai dieses Jahres 189 Betriebe befragt wurden gegenüber 178 im Vorjahresmonat. Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten betrug 13 971 EUR und verringerte sich damit um 4,4 % gegenüber Mai 2009. Die Bruttoentgelte wuchsen um 19,8 % auf 27,9 Mill. EUR. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden (0,9 Mill.) stieg im Mai 2010 gegenüber Mai 2009 stark um 21,2 % an.

■ Weniger Umsatz und Aufträge im Land Brandenburg

In den Betrieben des Brandenburger Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr tätigen Personen sank der baugewerbliche Umsatz im Mai 2010 um 7,6 % auf 170,9 Mill. EUR im Vergleich zum Vorjahresmonat. Sowohl im Hochbau (–9,5 %) als auch im Tiefbau (–6,2 %) wurden im betrachteten Monat insgesamt weniger Umsätze erwirtschaftet. In allen Sparten des Tiefbaus gingen die Umsätze im Mai 2010 gegenüber Mai 2009 zurück. Im Hochbau hingegen stiegen die Umsätze im öffentlichen Hochbau (+29,4 %) und im gewerblichen und industriellen Hochbau (+14,0 %). Diese Umsatzsteigerungen konnten den Rückgang im Wohnungsbau um 32,3 % nicht kompensieren. Die Auftragseingänge in den befragten Brandenburger Betrieben des Bauhauptgewerbes gingen im Mai 2010 gegenüber Mai 2009 um etwa ein Drittel zurück und betrugen 135,2 Mill. EUR. Im Hochbau sanken sie stark um 61,3 %, im Tiefbau nur leicht um 3,6 %, wobei hier der Straßenbau um 8,2 % mehr Aufträge meldete.

(...) In den befragten Betrieben des Brandenburger Bauhauptgewerbes blieb im Mai 2010 mit 15 771 die Zahl der tätigen Personen gegenüber dem Vorjahresmonat annähernd konstant. Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten betrug im betrachteten Monat 10 834 EUR und sank damit um 7,6 %. Auch die Bruttoentgelte blieben im Mai 2010 mit 36,0 Mill. EUR annähernd gleich (–0,4 %). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden (1,7 Mill.) blieb ebenfalls konstant.

Bauhauptgewerbe in Berlin und Brandenburg seit April 2010

Zeitraum	Im Baugewerbe					
	tätige Personen	Umsatz	Auftragseingang	tätige Personen	Umsatz	Auftragseingang
	Anzahl	in Mill. EUR				Veränderung zum Vorjahr in %
Berlin						
April.....	9 954	127,8	139,9	14,7	7,2	53,8
Mai.....	10 240	143,1	132,0	15,8	10,7	35,2
Januar bis Mai	10 093	566,4	771,9	16,7	7,6	83,7
Brandenburg						
April.....	15 694	164,9	147,3	0,1	1,9	–3,3
Mai.....	15 771	170,9	135,2	–0,1	–7,6	–33,9
Januar bis Mai	15 259	585,8	591,6	–0,8	–9,9	–19,0

Verarbeitendes Gewerbe Mai 2010

Erneuter Anstieg der Auftragseingänge für die Berliner Industrie

Die Berliner Industriebetriebe erhielten im Mai 2010 sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland mehr Aufträge als noch ein Jahr zuvor. (...) Das preisbereinigte Auftragsvolumen des Verarbeitenden Gewerbes erhöhte sich um 9,2 % zum Vorjahresmonat. Dabei nahmen die Bestellungen aus dem Inland um 10,5 % zu. Aus dem Ausland wurden 8,5 % mehr Erzeugnisse und Leistungen im Vergleich zum Vorjahr geordert.

Die deutlichsten Zugänge bei den Auftragseingängen meldeten der Fahrzeugbau (38,9 %) und der Maschinenbau (26,8 %). Bei den Herstellern von pharmazeutischen Erzeugnissen dagegen ging die Nachfrage im Mai 2010 insgesamt um 14,6 % zurück.

Betrachtet man die ersten fünf Monate des Jahres 2010, so ergibt sich in Berlin ein Auftragsplus von 2,5 % im Vergleich zur Vorjahresperiode. Die Bestellungen aus dem Ausland stiegen um 1,0 % und die Inlandsnachfrage um 5,0 %.

Fast alle Branchen der Brandenburger Industrie melden mehr Aufträge

Das preisbereinigte Auftragsvolumen von Industriebetrieben in Brandenburg nahm (...) im Mai 2010 gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 23,7 % ab. Dieser Rückgang ist ausschließlich auf ein hohes Auftragsvolumen im Mai 2009 zurückzuführen, bei dem Großaufträge im Bereich Fahrzeugbau den Auftragseingangsindex dominierten und die Veränderungsrate inländischer Aufträge (-33,0 %) im Mai 2010 nachhaltig negativ beeinflussten. Die Bestellungen ausländischer Auftraggeber nahmen dagegen um insgesamt 33,6 % zu.

In den meisten Wirtschaftsbereichen konnten die Brandenburger Industriebetriebe auf deutlich höhere Auftragsvolumina verweisen. Die größten Zuwachsraten im Vergleich zum Vorjahr erzielten dabei der Maschinenbau (65,2 %), die Hersteller von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (46,4 %), die Hersteller von chemischen Erzeugnissen (30,2 %) und die Hersteller von Metallerzeugnissen (29,2 %). Neben dem Auftragsrückgang im Fahrzeugbau (-83,2 %) meldete im Verarbeitenden Gewerbe nur die Branche der Hersteller von elektrischen Ausrüstungen weniger Aufträge (-7,0 %) im Vergleich zum Vorjahr.

In den fünf Monaten des Jahres 2010 erhöhte sich das Auftragsvolumen der Brandenburger Industriebetriebe um insgesamt 11,5 % gegenüber dem Vergleichszeitraum im Jahr 2009. Dabei stieg die Auslandsnachfrage um 20,4 %, bei einem Anstieg der Inlandsaufträge um 8,6 %.

Industrieumsatz in Berlin mit leichtem Plus

(...) Im Mai 2009 nahmen die Umsätze der 326 Berliner Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten 2,0 % gegenüber dem Vorjahresmonat zu und liegen bei 1,8 Mrd. EUR. Dabei sanken die Inlandsumsätze um 0,4 % auf 0,9 Mrd. EUR, während die Geschäfte mit dem Ausland um 4,6 % auf 0,9 Mrd. EUR zunahmen.

Unter den umsatzstärksten Industriebranchen in Berlin verzeichneten die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen den größten Zuwachs. Im Vergleich zum Vorjahresmonat konnten hier 23,5 % mehr Umsätze erzielt werden. Die Auslandsumsätze stiegen um 19,5 % und die Inlandsumsätze um 30,6 %. Mit einem Minus von 16,8 % meldeten die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln deutliche Einbußen, wobei sich der Inlandsumsatz um 19,8 % verminderte.

Ende Mai 2010 wurden in der Berliner Industrie 76 605 Personen beschäftigt, 163 mehr als im April 2010 und 2 144 weniger als im Mai 2009.

Brandenburger Industrieumsätze wachsen zweistellig

Bereits den dritten Monat in Folge meldete das Verarbeitende Gewerbe im Land Brandenburg zweistellige Zuwachsraten. (...) Im Mai erzielten die 415 Brandenburger Industriebetriebe ab 50 Beschäftigte einen Umsatz von 1,7 Mrd. EUR und somit 19,4 % mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Während die Inlandsumsätze um 11,7 % auf 1,2 Mrd. EUR und die Auslandsumsätze um 42,2 % auf 0,5 Mrd. EUR anstiegen, war die Zahl der Beschäftigten um 0,4 % niedriger.

Das höchste Umsatzplus im Vergleich zum Vorjahr erzielte der Wirtschaftsbereich Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen mit 112,9 % bei einer Steigerung des Auslandsgeschäfts um 308,7 %. Auch den Herstellern von Metallerzeugnissen verhalfen außerordentlich hohe Auslandsumsätze insgesamt zu einer Steigerungsrate von 33,6 %. Die größtenteils kräftigen Zuwächse im Auslandsgeschäft trugen in vielen Branchen zur positiven Umsatzentwicklung bei. (...)

Auftragseingangsindex für das Verarbeitende Gewerbe in Berlin und im Land Brandenburg seit Januar 2010 (Basis 2005 = 100; Volumenindex)

Zeitraum	Auftragseingangsindex			Veränderung zum Vorjahr in %		
	Insgesamt	Inland	Ausland	Insgesamt	Inland	Ausland
Berlin						
Januar.....	87,6	83,4	90,6	-7,8	-7,7	-7,9
Februar.....	95,5	86,3	102,4	2,8	-0,2	4,7
März.....	123,3	108,5	134,4	3,4	13,1	-1,7
April.....	105,5	96,4	112,3	4,7	9,4	1,8
Mai.....	105,6	91,9	115,8	9,2	10,5	8,5
Januar bis Mai	103,5	93,3	111,1	2,5	5,0	1,0
Brandenburg						
Januar.....	118,2	129,1	95,7	12,6	21,4	-6,1
Februar.....	126,7	134,1	111,5	27,3	22,3	41,8
März.....	192,1	212,6	150,4	38,4	49,8	13,6
April.....	132,9	146,7	104,8	17,4	13,0	32,1
Mai.....	132,5	149,0	98,8	-23,7	-33,0	33,6
Januar bis Mai	140,5	154,3	112,3	11,5	8,6	20,4

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 2008

Berliner Arbeitskosten knapp unter bundesdeutschem Durchschnitt

Im Jahr 2008 betrugen die Arbeitskosten je geleistete Stunde in Berlin durchschnittlich 27,58 EUR und lagen damit nur um 0,51 EUR bzw. 1,8 % unter den bundesdurchschnittlichen Kosten. Die höchsten Arbeitskosten wurden in der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (53,20 EUR), im Sonstigen Fahrzeugbau (50,95 EUR) und in der Erbringung von Finanzdienstleistungen (43,92 EUR) festgestellt.

Am wenigsten kostete eine Arbeitsstunde in der Gastronomie (12,02 EUR), in Wach- und Sicherheitsdiensten sowie Detekteien (12,25 EUR) und in der Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen (12,55 EUR) wie z. B. Wäschereien, chemische Reinigungen, Kosmetik- und Friseursalons, Saunen, Solarien, Bestattungswesen.

Der Vergleich zu den bundesdurchschnittlichen Kosten nach Branchen zeigt sowohl Abweichungen nach oben als auch nach unten. Deutlich über dem Bundesdurchschnitt lagen die Arbeitskosten im Bereich Verkehr und

Lagerei (+12,3 %) – hauptsächlich beeinflusst durch die Höhe der Arbeitskosten in der Luftfahrt – und in der Erbringung von sonstigen Dienstleistungen (+12,0 %) – maßgeblich verursacht durch Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen. Ebenfalls höher als der Bundesdurchschnitt waren die Kosten im Verarbeitenden Gewerbe (+9,0 %).

Im Bereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen wurde mit –11,0 % die größte unterdurchschnittliche Abweichung von den Arbeitskosten im Bundesgebiet insgesamt festgestellt. Auch im Grundstücks- und Wohnungswesen (–6,5 %) und in der Information und Kommunikation (–6,4 %) wurden deutlich niedrigere Arbeitskosten als im Bundesdurchschnitt nachgewiesen.

(...) Diese Arbeitskostenerhebung kann nicht mit Zahlen früherer Veröffentlichungen verglichen werden, da 2008 erstmals den internationalen Standards entsprechend auch Auszubildende und Lohnsubventionen einbezogen wurden.

Brandenburg: Landkreis Märkisch-Oderland mit höchstem Anstieg der Wirtschaftsleistung

Das im Jahr 2008 immer noch beachtliche Wirtschaftswachstum in Brandenburg war in den kreisfreien Städten stärker als in den Landkreisen ausgeprägt. In den kreisfreien Städten Brandenburgs stieg das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen im Jahr 2008 um 3,3 %. Die Landkreise erreichten ein Wirtschaftswachstum von 2,4 %. (...)

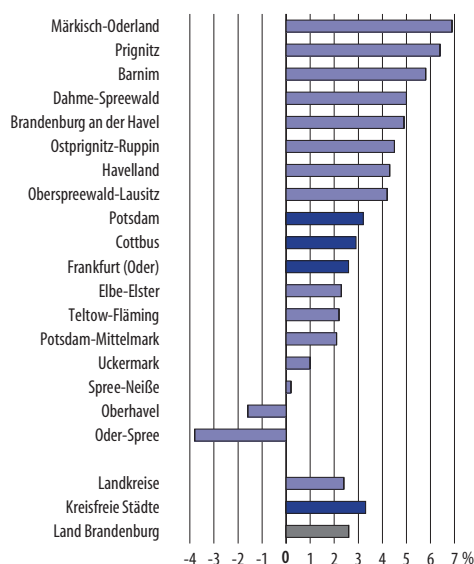
Für das gesamte Land Brandenburg wurde 2008 ein nominaler Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 2,6 % ermittelt. Bereinigt um die Preisveränderungen betrug das Wachstum jedoch nur 0,6 %. Im Krisenjahr 2009 verringerte sich das Bruttoinlandsprodukt im Land Brandenburg dann nominal um 0,9 % und preisbereinigt um 2,1 %.

Während sich im Land das Wirtschaftswachstum 2008 im Vorjahresvergleich im Durchschnitt abschwächte, konnten alle vier kreisfreien Städte ihre Wirtschaftsleistung deutlich erhöhen. In den Landkreisen verlief die Entwicklung sehr unterschiedlich: in einer Spannweite von –3,8 % (Kreis Oder-Spree) bis +6,9 % (Kreis Märkisch-Oderland). Die drei Landkreise Märkisch-Oderland, Prignitz (+6,4 %) und Barnim (+5,8 %) konnten im Jahr 2008 auf die beste wirtschaftliche Entwicklung in Brandenburg zurückblicken. Die nach wachstumsstarken Jahren verminderte Wirtschaftsleistung im Kreis Oberhavel (–1,6 %) resultiert hauptsächlich aus dem Rückgang der Wertschöpfung im Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ um 13,3 %. Im Kreis Spree-Neiße stagnierte die Wirtschaftsleistung nach deutlichen Zuwächsen in den vorangegangenen Jahren. Ursache ist vor allem die rückläufige Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe.

Die langfristig beste Entwicklung wies der Landkreis Dahme-Spreewald auf. Das dort im Jahr 2008 erwirtschaftete Bruttoinlandsprodukt war um 70 % höher als 2000. Die größten Wachstumsbeiträge kamen hier aus dem Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“. Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum im Land Brandenburg betrug im gleichen Zeitraum knapp 21 %.

Jeder Erwerbstätige in Brandenburg erbrachte 2008 durchschnittlich eine Wirtschaftsleistung von 51 863 EUR. Das entsprach 83,7 % des Bundeswertes. Auf die höchste Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen in Brandenburg konnten der Landkreis Dahme-Spreewald mit 71 378 EUR sowie die Kreise Spree-Neiße (66 207 EUR) und Oberhavel (60 845 EUR) verweisen. In den kreisfreien Städten Frankfurt (44 380 EUR je Erwerbstätigen) und Potsdam (45 871 EUR) war die Produktivität 2008 hingegen am geringsten. (...)

Bruttoinlandsprodukt in den Kreisen Brandenburgs 2008
Veränderung gegenüber dem Vorjahr



Arbeitskosten im Land Brandenburg ein Viertel niedriger als im früheren Bundesgebiet

Im Jahr 2008 betrugen die Arbeitskosten je geleistete Stunde im Land Brandenburg im Jahr 2008 durchschnittlich 21,95 EUR. Damit lagen sie um 7,30 EUR bzw. 25,0 % unter denen im früheren Bundesgebiet und um 6,14 EUR bzw. 21,9 % unter denen im Bundesgebiet insgesamt.

Die höchsten Arbeitskosten wurden in der Energieversorgung (39,48 EUR) festgestellt. Am wenigsten kostete eine Arbeitsstunde in Wach- und Sicherheitsdiensten sowie Detekteien (8,32 EUR), in der Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen (10,73 EUR), in der Gastronomie (11,01 EUR) und der Beherbergung (11,86 EUR).

Im Vergleich zu den fünf neuen Bundesländern insgesamt fielen 2008 in Brandenburg die höchsten Arbeitskosten je geleistete Stunde an. Allerdings fällt die Abweichung von +0,86 EUR bzw. +4,1 % gegenüber dem Durchschnitt Ostdeutschlands gering aus.

Die insgesamt niedrigeren Arbeitskosten gegenüber dem früheren Bundesgebiet weisen in den einzelnen Branchen große Unterschiede aus und wurden im Wesentlichen auch durch die gezahlten Verdienste beeinflusst. Der geringste Abstand zum Niveau im früheren Bundesgebiet wurde im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden mit nur –1,2 % festgestellt. Auch in der Öffentlichen Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung (–6,0 %) sowie in der Energieversorgung (–10,4 %) spiegelt sich die zunehmende Angleichung der tariflichen Bezahlung wider.

Der größte Abstand zu den Arbeitskosten im früheren Bundesgebiet bestand hingegen mit –35,7 % in der Erbringung von sonstigen Dienstleistungen, gefolgt mit –35,6 % in Information und Kommunikation sowie –34,6 % im Verarbeitenden Gewerbe.

(...) Diese Erhebung kann nicht mit Zahlen früherer Veröffentlichungen verglichen werden, da 2008 erstmals den internationalen Standards entsprechend auch Auszubildende und Lohnsubventionen einbezogen wurden.

Einzelhandel Mai 2010

Leichtes Umsatzplus mit Beschäftigtenrückgang in Berlin

(...) Nach vorläufigen Berechnungen setzte der Berliner Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) im Mai 2010 nominal 0,5 % mehr um als im Mai 2009. Real, d. h. unter Ausschaltung der Preisveränderungen, lag das Umsatzplus bei 0,4 %. Die Zahl der Verkaufstage lag im Mai 2010 bei 23 Tagen; im Vorjahresmonat waren es 24 Tage.

Die Zahl der Beschäftigten des Berliner Einzelhandels fiel im Mai 2010 um 1,3 % unter die des Vorjahres. Dabei nahm die Vollbeschäftigtenzahl um 3,9 % ab, die der Teilzeitbeschäftigten erhöhte sich um 0,6 %.

Umsatz- und Beschäftigtenrückgang im Land Brandenburg

Der Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) des Landes Brandenburg setzte im Mai 2010 (...) nominal 2,7 % und real, d. h. unter Ausschaltung der Preisentwicklung, 3,2 % weniger um als im Vorjahresmonat.

Gegenüber dem Mai 2009 hatte der Mai in diesem Jahr mit 23 Verkaufstagen einen Verkaufstag weniger.

Eine negative Umsatzbilanz des Einzelhandels im Monat Mai wiesen insbesondere der Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (nominal –10,3 %) sowie der Einzelhandel mit Waren verschiede-

ner Art und an Tankstellen (nominal –5,8 %) aus.

Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel des Landes Brandenburg lag im Mai 2010 um 2,7 % niedriger als vor einem Jahr. Sowohl bei den Vollbeschäftigten als auch bei den Teilzeitbeschäftigten wurde gegenüber dem Vorjahresmonat ebenfalls ein Rückgang um 2,7 % ermittelt.

Umsatz und Beschäftigte des Berliner Einzelhandels im Mai 2010 – vorläufige Ergebnisse –

Wirtschaftszweig	Mai 2010			Januar bis Mai 2010		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real		nominal	real	
	Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %					
Berlin						
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen).....	0,5	0,4	– 1,3	– 0,2	– 0,5	– 2,0
in Verkaufsräumen						
mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen	– 2,9	– 4,1	– 1,3	– 1,4	– 2,1	– 1,9
mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	– 6,3	– 8,1	– 3,6	– 8,0	– 9,7	– 7,2
mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	9,3	13,0	– 0,8	3,2	5,3	– 2,4
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern	2,3	1,7	– 0,4	1,2	0,4	– 0,4
außerhalb von Verkaufsräumen¹	0,8	– 3,4	– 11,7	– 3,6	– 6,7	– 10,9
Brandenburg						
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	– 2,7	– 3,2	– 2,7	– 1,7	– 2,1	– 3,5
in Verkaufsräumen						
mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen	– 10,3	– 11,9	– 6,4	– 8,4	– 10,0	– 8,0
mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	3,2	5,7	– 1,0	3,3	5,5	– 1,0
mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	1,1	0,3	– 1,9	2,2	1,2	– 2,6
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern	– 0,3	– 11,5	– 6,4	– 5,8	– 14,1	– 6,0
außerhalb von Verkaufsräumen¹	– 5,9	– 17,0	– 2,8	– 11,4	– 18,0	– 3,2

¹ an Verkaufsständen und auf Märkten, Versand- und Internet-handel, Auktionen über das Internet, Direktverkauf vom Lager von Brennstoffen und sonstigen Gütern, Haustür-, Automatenverkauf, Auktionen außerhalb von Verkaufsräumen

Tourismus Juli 2010

■ Berlin: Ausländische Besucher sichern neuen Übernachtungsrekord

Erneut mehr Gäste und erstmals seit 1992 über zwei Millionen Übernachtungen in einem Monat meldeten die Berliner Beherbergungsstätten und die Campingplätze für Urlaubscamping (...). Nach vorläufigen Berechnungen stieg die Zahl der Besucher im Juli um 3,3 % auf 820 600, darunter 340 500 (+13 %) aus dem Ausland. Der Anteil der internationalen Gäste wuchs damit auf selbst für Berlin ungewöhnliche 41,5 %.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug 2,5 Tage (Juli 2009: 2,4 Tage). Am Ende des Monats waren in der Stadt 740 Beherbergungsstätten geöffnet, 28 mehr als im Juli 2009. Sie boten zusammen etwa 111 200 Betten an (+6,4 %). Hinzu kamen 10 Campingplätze für Urlaubscamping mit knapp 900 angebotenen Stellplätzen.

Die durchschnittliche Bettenauslastung fiel geringfügig auf 58,4 % von 58,9 % im Vorjahresmonat; in den Hotels, Hotels garnis, Gasthöfen und Pensionen lag sie mit 56,6 % etwas darunter.

Gäste und Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben Berlins im Juli 2010 nach Herkunft

Reisegebiet	Juli 2010				Januar bis Juli 2010			
	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung zum Vorjahr in %	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung zum Vorjahr in %
Inland	480 100	-2,7	1 123 100	-0,5	3 249 300	8,1	6 965 200	9,7
Ausland	340 500	13,0	912 100	12,8	1 794 300	14,2	4 670 600	16,9
darunter								
Großbritannien...	32 800	19,1	82 700	19,2	183 700	17,1	453 500	21,4
USA	31 300	-0,3	78 600	-1,9	147 600	8,4	359 800	8,2
Spanien	26 000	14,1	80 500	14,3	114 000	8,6	335 700	11,5
Niederlande	23 500	5,5	62 700	4,7	129 500	3,0	344 700	6,4
Dänemark	23 200	-3,9	65 400	-2,5	103 000	6,9	275 900	7,4
Italien	22 600	9,4	65 300	10,3	156 400	16,5	463 400	23,0
Frankreich	18 100	26,1	50 000	31,7	104 400	21,7	270 900	27,2
Schweiz	15 200	2,9	38 800	5,6	86 100	5,0	216 200	10,9
Schweden	13 800	0,7	33 500	-8,6	62 500	9,4	153 000	8,1
Österreich	9 400	1,7	23 200	5,1	58 700	10,6	144 400	15,4
Insgesamt	820 600	3,3	2 035 200	5,0	5 043 600	10,2	11 635 800	12,5

■ Brandenburg: Tourismus weiter auf Erfolgsspur

Im Juli 2010 meldeten die Beherbergungsstätten und Campingplätze für Urlaubscamping des Landes Brandenburg (...) rund 489 100 neu angekommene Gäste, 3,3 % mehr als vor einem Jahr. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 5,3 % auf 1,55 Millionen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer war im Juli 2010 mit 3,2 Tagen etwas länger als im Juli des Vorjahres (3,1 Tage). Damit setzte sich der Aufwärtstrend seit November 2009 weiter fort. Am Ende des Monats Juli waren im Land Brandenburg 1 450 Beherbergungsstätten geöffnet, 28 mehr als im Juli 2009. Sie boten zusammen etwa 81 200 Betten an (+1,9 %). Hinzu kamen 180 Campingplätze für Urlaubscamping mit knapp 10 700 angebotenen Stellplätzen. Die durchschnittliche Bettenauslastung stieg auf 50,1 % gegenüber 48,9 % im Vorjahresmonat.

Einen besonders starken Zuwachs an Gästen gegenüber dem Vorjahr konnten die Ferienzentren, Ferienhäuser und Ferienwohnungen (+19,8 %) sowie die Campingplätze (+11,7 %) verzeichnen.

Gäste und Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben des Landes Brandenburg Juli 2010 nach Reisegebieten

Reisegebiet	Juli 2010				Januar bis Juli 2010			
	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung zum Vorjahr in %	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung zum Vorjahr in %
Prignitz	13 900	5,7	38 100	-4,9	64 400	3,0	154 400	-4,0
Ruppiner Land	62 300	4,4	202 200	4,1	266 600	6,9	762 100	5,5
Uckermark	38 100	7,0	139 900	6,4	156 600	6,8	480 200	4,2
Barnimer Land	30 900	2,0	113 600	9,2	130 200	4,6	465 500	9,0
Märkisch-Oderland	23 100	-3,9	89 300	12,0	118 900	0,4	445 200	5,3
Oder-Spree-Seengebiet	58 500	2,1	202 100	1,9	257 400	5,2	740 000	4,4
Dahme-Seengebiet	44 100	8,1	114 900	5,5	208 400	8,3	450 200	9,4
Spreewald	67 500	5,5	190 600	8,9	300 300	4,1	796 300	7,9
Niederlausitz	23 300	6,4	93 000	4,1	86 600	1,7	248 900	-1,8
Elbe-Elster-Land	7 200	-2,6	29 300	-0,9	29 200	0,3	128 600	1,6
Fläming	41 200	-5,7	112 800	3,4	229 000	1,9	569 100	2,6
Havelland	40 600	4,0	133 100	8,9	175 300	6,4	479 800	8,6
Potsdam	38 400	5,3	93 600	2,1	212 600	8,0	491 900	5,6
Land Brandenburg	489 100	3,3	1 552 300	5,3	2 235 600	5,1	6 212 200	5,4

Bevölkerung März 2010

┐ Berlin: Sinkende Bevölkerungszahl

Die Bevölkerungszahl Berlins lag (...) Ende März 2010 bei 3 440 400 Personen. Sie war damit um 2 200 Personen bzw. knapp 0,1 % niedriger als am Jahresanfang. Dieses Minus wurde durch einen Sterbeüberschuss von 614 Personen sowie einen Wanderungsverlust von ca. 1 600 Personen herbeigeführt.

Hauptursache des Wanderungsverlustes war die Einführung einer persönlichen Steueridentifikationsnummer (Steuer-ID) für jede Bundesbürgerin und jeden Bundesbürger im Jahr 2008, die noch immer spürbare Auswirkungen auf die amtliche Bevölkerungszahl hat. Als Basis der Steuer-ID diente der bei den Meldebehörden gemeldete Hauptwohnsitz. Durch den Rücklauf nicht zustellbarer Bescheide – insbesondere an ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger – trat zutage, dass eine Vielzahl von Personen dieser Bevölkerungsgruppe offenbar nicht mehr in Berlin wohnt. In diesen Fällen nimmt die Meldebehörde nach und nach sogenannte Abmeldungen von Amts wegen vor. Diese Abmeldungen werden in der Bevölkerungsstatistik als Fortzüge verbucht. Die Zahl der Fortzüge ins Ausland lag im ersten Quartal 2010 somit bei fast 19 000 Personen, davon waren knapp 11 000 Fälle Abmeldungen von Amts wegen. Bei ca. 13 000 Zuzügen aus dem Ausland ergab sich ein Fortzugsüberschuss von 6 000 Personen.

Hingegen gab es im Austausch mit dem übrigen Bundesgebiet weiterhin Zuzugsgewinne. Aus den alten Bundesländern gewann Berlin 3 100 Personen hinzu, aus den neuen Bundesländern gut 1 000. An sein Umland verlor Berlin 960 Einwohner.

┐ Brandenburg: Bevölkerungsverlust etwas abgeschwächt

Die Bevölkerungszahl des Landes Brandenburg lag Ende März 2010 (...) bei ca. 2 508 900 Personen. Das waren 2 600 Personen bzw. 0,1 % weniger als am Jahresanfang. Damit hält der seit 2001 zu beobachtende Bevölkerungsrückgang zwar weiter an, im gleichen Zeitraum des Vorjahres war der Bevölkerungsverlust Brandenburgs aber noch größer (–4 800 Personen bzw. –0,2 %).

Im ersten Quartal 2010 sind 4 006 Kinder geboren worden, das waren 34 Neugeborene mehr als im gleichen Quartal 2009. Andererseits sind 6 996 Brandenburgerinnen und Brandenburger verstorben, 366 Personen weniger als im Vergleichsquartal. Der daraus resultierende Sterbeüberschuss betrug 2 990 Personen, der somit niedriger als der des Vergleichszeitraumes 2009 ausfiel (3 390 Personen). Außerdem sind rund 14 000 Personen in den Monaten Januar bis März 2010 ins Land Brandenburg zugezogen, etwa 200 mehr als im Vorjahreszeitraum. Demgegenüber haben 13 700 Personen das Land verlassen, ca. 1 600 Personen weniger als im ersten Quartal von 2009. Per saldo ergab sich ein leichter Wanderungsgewinn von 300 Personen (im Vorjahreszeitraum wurde ein Verlust von 1 400 Personen registriert).

Der höchste Zuzugsgewinn wurde mit ca. 500 Personen gegenüber Berlin erzielt und 300 Personen wurden aus den neuen Bundesländern hinzugewonnen. An die alten Bundesländer hat das Land Brandenburg 500 Personen verloren (im Vergleichsquartal waren es noch über 800 Personen).

Mikrozensus 2009

┐ Berlin und Brandenburg 2009:

Armutgefährdung im Alter unterdurchschnittlich

Über 65-Jährige waren 2009 in Berlin und Brandenburg am wenigsten armutsgefährdet. (...) Im Vergleich der Altersgruppen hatte nur jede zwanzigste Person im Rentenalter ein bedarfsgewichtetes Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle von 742 EUR für Berlin bzw. 749 Euro für Brandenburg. Die Armutsgefährdungsschwelle beträgt 60 % des bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens, das im jeweiligen Bundesland im Mittel erzielt wird. Die höchste Armutsgefährdung lag in beiden Ländern bei 18- bis unter 25-Jährigen vor: 27,9 % der Berliner und 21,2 % der Brandenburger Bevölkerung in dieser Altersgruppe waren betroffen.

Insgesamt war in Berlin und Brandenburg ungefähr jeder Siebte von Armut bedroht. Für 14,1 % der Berliner und 13,8 % der Brandenburger Bevölkerung lag das bedarfsgewichtete Einkommen unter der entsprechenden Armutsgefährdungsschwelle. Bei Alleinlebenden, Alleinerziehenden und ihren Kindern sowie Haushalten mit zwei Erwachsenen und mehr als zwei Kindern war das Armutsrisiko ebenfalls erheblich erhöht. Für diese Personengruppen wurden in Berlin Armutsrisikoquoten zwischen 20,4 % und 25,4 % bzw. in Brandenburg zwischen 27,7 % und 36,3 % ermittelt. Auch gering Qualifizierte waren in beiden Ländern mit jeweils rund

einem Viertel überdurchschnittlich armutsgefährdet.

Ein akademischer Bildungsabschluss schützt dagegen weitgehend vor Armut: Für hoch Qualifizierte betrug die Armutsgefährdungsquote in Berlin 4,8 % und in Brandenburg 4,9 %. Die Berliner Bevölkerung mit Migrationshintergrund hatte mit 26,5 % ein fast dreimal so hohes Armutsrisiko wie Berlinerinnen und Berliner ohne Migrationshintergrund (9,9 %).

Sowohl in Berlin als auch in Brandenburg gab es 2009 regional unterschiedliche Armutsrisiken. Am mittleren Berliner Haushaltseinkommen gemessen war Steglitz-Zehlendorf der Berliner Bezirk mit der geringsten Armutsgefährdungsquote (7,6 %), gefolgt von Treptow-Köpenick (9,4 %). Das höchste Armutsrisiko bestand für die Einwohner der Innenstadtbezirke Mitte, Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg: Über ein Fünftel der Bevölkerung war hier armutsgefährdet (Mitte: 23,0 %, Neukölln: 21,1 %, Friedrichshain-Kreuzberg: 21,0 %). Unter den Kreisen und kreisfreien Städten Brandenburgs wies Potsdam-Mittelmark mit 6,5 % im Jahr 2009 die geringste Armutsgefährdungsquote im Brandenburger Maßstab auf. Es folgte der Landkreis Teltow-Fläming mit 8,7 %. Die höchste Armutsgefährdung im Land Brandenburg war mit 23,6 % in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) und in den Landkreisen Uckermark und Prignitz (18,8 % bzw. 18,6 %) zu verzeichnen.

Preise Juli 2010

Verbraucherpreisindex in Berlin gegenüber Juli 2009 um 1,4 % gestiegen

(...) Der Verbraucherpreisindex ist in Berlin von Juni 2010 bis Juli 2010 um 0,3 % auf einem Indexstand von 108,1 (Basis 2005 \pm 100) gestiegen. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat Juli 2009 betrug +1,4 %.

Die kurzfristige Entwicklung der Verbraucherpreise von Juni bis Juli 2010 wurde in erster Linie durch saisonbedingte Preiserhöhungen bei den Ausgaben für den Urlaub bestimmt. So wurden Mieten für Ferienwohnungen um 24,9 %, Pauschalreisen um 13,9 %, Personenbeförderung im Luftverkehr um 10,3 % sowie Zelt- und Campingplatzgebühren um 4,5 % teurer. Nennenswerte Preisrückgänge waren für Heizöl (−4,3 %), Schuhe (−3,0 %), Kraftstoffe (−2,6 %) und Bekleidung (−2,0 %) zu verzeichnen.

Die Nahrungsmittelpreise stiegen im Vergleich zum Vormonat um 0,3 % an. Insbesondere waren Preiserhöhungen für Kaffee (+4,9 %), Gemüse (+2,8 %), Speisefette und -öle (+2,2 %) ermittelt. Verbraucherfreundlich zeigten sich im Juli 2010 angesichts der sehr hohen Temperaturen auch die Preise für Eis. So kostete portioniertes Speiseeis immerhin 0,9 % weniger als im Vormonat.

Die jährliche Preisveränderung lag im Juli 2010 mit +1,4 % wieder etwas über dem Niveau der Veränderung im Juni 2010 (+1,1 %). Bestimmt wurde die jährliche Entwicklung erneut vor allem durch Preiserhöhungen für Heizöl (+27,0 %) und Kraftstoffe (+8,6 %). Ohne die Einbeziehung der Mineralölprodukte hätte sich der Verbraucherpreisindex gegenüber Juli 2009 um 0,9 % erhöht. Auch die Preisentwicklung für Strom (+6,8 %), Bekleidung und Schuhe (+6,0 %) sowie Nahrungsmittel (+2,8 %) trug weiter zur Gesamtentwicklung gegenüber dem Vorjahr bei. Innerhalb der Nahrungsmittel gab es besonders merkbliche Preiserhöhungen für Speisefette und -öle (+16,7 %), Obst (+8,9 %), Gemüse (+7,7 %), Fische und Fischwaren (+2,4 %) sowie Fleisch und Fleischwaren (+2,2 %).

Verbraucherfreundlich blieben dagegen weiterhin die jährliche Preisentwicklung für Zentralheizung und Fernwärme (−8,7 %), Gas (−8,6 %) und Pauschalreisen (−2,0 %).

Verbraucherpreisindex im Land Brandenburg gegenüber Juli 2009 um 1,1 % gestiegen

(...) Der Verbraucherpreisindex im Land Brandenburg ist von Juni 2010 bis Juli 2010 um 0,3 % auf einen Indexstand von 108,1 (Basis 2005 \pm 100) gestiegen. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat Juli 2009 betrug +1,1 %.

Die kurzfristige Entwicklung der Verbraucherpreise von Juni bis Juli 2010 wurde in erster Linie durch saisonbedingte Preiserhöhungen bei den Ausgaben für den Urlaub bestimmt. So wurden Mieten für Ferienwohnungen um 24,9 %, Pauschalreisen um 13,9 %, Personenbeförderung im Luftverkehr um 10,3 % sowie Zelt- und Campingplatzgebühren um 4,5 % teurer. Nennenswerte Preisrückgänge waren bei Bekleidung und Schuhen (−1,8 %), Heizöl und Kraftstoffen (−1,4 %) sowie alkoholischen Getränken (−0,7 %) zu verzeichnen.

Die Nahrungsmittelpreise blieben im Vergleich zum Vormonat mit −0,1 % nahezu unverändert, wobei sich die Preise für Speisefette und -öle um 1,7 % sowie für Kaffee, Tee und Kakao um 1,2 % erhöht und die für Obst um 1,1 % gesenkt haben. Wenig verbraucherfreundlich zeigten sich im Juli 2010 angesichts der sehr hohen Temperaturen die Preise für Eis. Immerhin kostete portioniertes Speiseeis 8,1 % mehr als im Vormonat.

Die jährliche Preisveränderung lag im Juli 2010 mit +1,1 % wieder etwas über dem Niveau der Veränderung im Juni 2010 (+0,8 %). Bestimmt wurde die jährliche Entwicklung erneut vor allem durch Preiserhöhungen für Heizöl (+16,9 %) und Kraftstoffe (+11,0 %). Ohne die Einbeziehung der Mineralölprodukte hätte sich der Verbraucherpreisindex gegenüber Juli 2009 um 0,7 % erhöht. Auch die Preisentwicklung für Bekleidung und Schuhe (+4,2 %) sowie Nahrungsmittel (+2,1 %) trug weiter zur Gesamtentwicklung gegenüber dem Vorjahr bei. Innerhalb der Nahrungsmittel gab es besonders merkbliche Preiserhöhungen für Speisefette und -öle (+18,3 %), Gemüse (+8,5 %), Obst (+6,6 %), Fische und Fischwaren (+2,5 %) sowie Molkereiprodukte und Eier (+2,3 %).

Verbraucherfreundlich blieben dagegen weiterhin die jährliche Preisentwicklung für Zentralheizung und Fernwärme (−8,8 %), Gas (−3,6 %) und Pauschalreisen (−2,0 %).

Kurz gefasst **aus Deutschland****Arbeitsmarkt 2009****▢ Atypische Beschäftigung im Krisenjahr rückläufig**

(...) Die Zahl der atypisch Beschäftigten hat sich im Jahr 2009 gegenüber 2008 um 130 000 Personen auf rund 7,6 Mill. Personen verringert. Dieser Rückgang um 1,7 % ist auf den Abbau befristeter Beschäftigung und von Zeitarbeitsverhältnissen zurückzuführen. Betrachtet werden Erwerbstätige im Alter von 15 bis 64 Jahren, die nicht in Schule, Studium oder Berufsausbildung sind.

Zu den atypischen Beschäftigungsformen werden – im Unterschied zum Normalarbeitsverhältnis – befristete und geringfügige Beschäftigung, Teilzeitarbeit bis zu 20 Wochenstunden sowie Zeitarbeit gezählt. Die negativen Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise spürten vor allem Zeitarbeitnehmer und befristet Beschäftigte. Die Zahl der Zeitarbeitnehmer ging um 8,5 % auf 560 000 zurück, die der befristet Beschäftigten sank um 3,3 % auf gut 2,6 Mill. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten und Teilzeitbeschäftigten hat sich dagegen kaum verändert. Diese Entwicklung macht deutlich, dass vor allem Zeitarbeit und befristete Beschäftigung von den Unternehmen als Mittel genutzt wurden, flexibel auf die konjunkturellen Veränderungen zu reagieren.

Im Unterschied zu den atypisch Beschäftigten ist die Anzahl der Personen in sogenannten Normalarbeitsverhältnissen leicht angestiegen: Rund 23 Mill. Personen waren 2009 in Vollzeit beziehungsweise Teilzeit mit mehr als 20 Stunden pro Woche unbefristet und nicht in Zeitarbeit tätig, das entspricht einer Zunahme um 62 000 (+0,3 %). Die Zahl der abhängig Beschäftigten insgesamt hat sich im Jahr 2009 gegenüber 2008 nur leicht reduziert (–0,2 %).

Bemerkenswert ist, dass Frauen und Männer von dieser Entwicklung sehr unterschiedlich betroffen waren. Ging die Zahl der beschäftigten Männer um 245 000 zurück (–1,5 %), so stieg die der Frauen um 177 000 an (+1,2 %). Während bei den Männern sowohl die Zahl der Normalarbeitnehmer (–0,9 %) als auch die der atypisch Beschäftigten (–5,4 %) sanken, blieb die Zahl der atypisch Beschäftigten bei den Frauen nahezu stabil (–0,2 %). Die Zahl der Normalarbeitnehmerinnen konnte sogar um 2,1 % zulegen.

Der Beschäftigungsabbau betraf vor allem Branchen mit hohem Männeranteil. So ist der Rückgang der atypischen Beschäftigung fast ausschließlich auf die Entwicklung im Produzierenden Gewerbe und bei den Unternehmensdienstleistungen (unter anderem Zeitarbeitsunternehmen) zurückzuführen, die zusammen ein Minus von 190 000 zu verzeichnen hatten. Im weiblich dominierten Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen stieg dagegen sowohl die Zahl der Normalarbeitnehmer (+141 000) als auch die der atypisch Beschäftigten (+31 000) an.

Trotz des Rückgangs im Krisenjahr 2009 ist die Anzahl der Personen in atypischen Beschäftigungsformen in den letzten zehn Jahren gestiegen. 1999 waren 19,7 % aller Arbeitnehmer in atypischen Beschäftigungsformen beschäftigt. Bis 2009 ist ihre Anzahl um 1,8 Mill. Personen auf 7,6 Mill. angestiegen. Der Anteil hat sich damit im Jahr 2009 auf 24,8 % aller abhängig Beschäftigten erhöht, was die gewachsene Bedeutung dieser Beschäftigungsformen unterstreicht.

Arbeitnehmer mit geringer Qualifikation sind besonders häufig in atypischen Beschäftigungsformen zu finden; dies hat sich im Jahr 2009 weiter verstärkt. Der Anteil atypisch Beschäftigter an allen Personen ohne anerkannte Berufsausbildung stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozentpunkte auf 40,4 % an. Leicht rückläufig war hingegen der Anteil bei den Personen mit Lehr- oder Berufsfachschulausbildung (–0,5 Prozentpunkte auf 24,6 %) sowie bei den Personen mit (Fach-) Hochschulabschluss (–0,1 Prozentpunkte auf 17,9 %).

Quelle: DESTATIS

Abhängig Beschäftigte in unterschiedlichen Erwerbsformen¹ in Deutschland 1999, 2008 und 2009

Ergebnisse des Mikrozensus

Erwerbsformen	1999	2008	2009	Veränderung gegenüber	
				1999	2008
	1 000			%	
Abhängig Beschäftigte.....	29 452	30 650	30 582	3,8	– 0,2
davon					
Normalerwerbstätige.....	23 638	22 929	22 990	– 2,7	0,3
darunter					
Männer.....	14 666	13 918	13 794	– 5,9	– 0,9
Frauen.....	8 972	9 011	9 197	2,5	2,1
davon					
Atypisch Beschäftigte.....	5 814	7 721	7 592	30,6	– 1,7
darunter					
Männer.....	1 439	2 261	2 139	48,6	– 5,4
Frauen.....	4 374	5 462	5 453	24,7	– 0,2
darunter ²					
Befristet Beschäftigte	2 165	2 731	2 640	21,9	– 3,3
Teilzeitbeschäftigte...	3 834	4 903	4 901	27,8	– 0,0
Geringfügig					
Beschäftigte.....	1 743	2 578	2 574	47,7	– 0,2
Zeitarbeitnehmer ³	242	612	560	131,4	– 8,5

¹ Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren, ohne Personen in Bildung oder Ausbildung

² Mehrfachzählungen möglich

³ Ergebnis 1999: Schätzung auf Basis der Arbeitnehmerüberlassungsstatistik

Verdienste April 2010

▮ **Wirtschaftskrise mit Verzögerung bei Tarifverdiensten sichtbar**

(...) Die Gesamtentwicklung der Tarifverdienste hat sich abgeschwächt. Im April 2010 stiegen die tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland gegenüber dem April 2009 um 1,9 % und damit geringer als noch im Januar 2010 (+2,3 %) und im Jahresdurchschnitt 2009 (+2,8 % gegenüber Jahresdurchschnitt 2008). Die Abschwächung der Tarifentwicklung ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass die hohen und mit einer langen Laufzeit versehenen Stufenabschlüsse, die unter anderen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abgeschlossen wurden, nunmehr auslaufen. Zudem fielen viele der im Berichtszeitraum neu abgeschlossenen Tarifierhöhungen deutlich niedriger aus als im Vorjahr.

Der durchschnittliche Anstieg der Tarifverdienste lag zwar erneut über dem der Verbraucherpreise von 1,0 %. Allerdings profitierten aufgrund von Kurzarbeit, der Kürzung von Sonderzahlungen, aber auch wegen der vorübergehenden Aussetzung von Tarifierhöhungen durch die Anwendung von Öffnungsklauseln, nicht alle Tarifbeschäftigten in vollem Umfang von den vereinbarten Tarifierhöhungen.

Die Abschwächung der Tarifentwicklung zeigt sich nicht in allen Wirtschaftsbereichen: So stiegen im April 2010 die tariflichen Monatsverdienste im Vergleich zum April 2009 im Baugewerbe um 3,6 % und im Verarbeitenden Gewerbe, zu dem unter anderem auch die Chemische Industrie, der Maschinenbau und das Metallgewerbe zählen, um 2,6 %. Mit 1,9 % wurden im Bereich Verkehr und Lagerei durchschnittliche Tarifierhöhungen erzielt. Unterdurchschnittliche Erhöhungen gab es beispielsweise im Handel und im Gastgewerbe (jeweils 1,6 %) sowie im Öffentlichen Dienst und bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (jeweils 1,5 %). Am geringsten stiegen die tariflichen Monatsverdienste im Gesundheits- und Sozialwesen mit 0,9 %.

Quelle: DESTATIS

Verkehr Mai 2010

▮ **Fast 21% weniger Unfalltote im Straßenverkehr**

(...) Die Zahl der Verkehrstoten ging im Mai 2010 gegenüber dem Vorjahr deutlich zurück. Im Mai dieses Jahres kamen bei Straßenverkehrsunfällen bundesweit 316 Menschen ums Leben. Das waren 21 % oder 83 Personen weniger als im Mai 2009. Auch die Zahl der Verletzten ist um 17 % auf 31 500 gegenüber dem Vorjahresmonat gesunken. Im Mai 2010 hat die Polizei in Deutschland rund 188 800 Straßenverkehrsunfälle aufgenommen, 3,3 % weniger als im Mai 2009. Dabei ist die Zahl der Unfälle mit Personenschaden um 17 % auf 24 500 und die Zahl der Unfälle mit "nur Sachschaden" um 0,8 % auf 164 200 zurückgegangen.

In den Monaten Januar bis Mai 2010 erfasste die Polizei insgesamt 941 000 Straßenverkehrsunfälle, eine Zunahme um 1,9 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Darunter waren 100 200 Unfälle mit Personenschaden (-13 %) und 840 800 Unfälle mit "nur Sachschaden" (+4,1 %). Bei Straßenverkehrsunfällen wurden in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 1 314 Personen getötet, das sind 277 oder rund 17 % weniger als in den ersten fünf Monaten des vergangenen Jahres. Die Zahl der Verletzten sank in diesem Zeitraum um 13 % auf rund 129 700.

Quelle: DESTATIS

Verkehr 2009

▮ **4,1 Mill. Starts im Luftverkehr**

(...) Im Jahr 2009 wurden an den etwa 1 000 Flugplätzen in Deutschland insgesamt 4,1 Mill. Starts gezählt. Fast zwei Drittel (64 %) waren nichtgewerbliche Flüge. Von diesen insgesamt 2,6 Mill. Starts wurden 1,1 Mill. als Motorflüge durchgeführt. Eine größere Anzahl von Starts (1,5 Mill.) entfiel auf Motorsegel-, Segel- oder Ultraleichtflüge oder auf Fahrten mit bemannten Heißluftballons.

Im gewerblichen Luftverkehr sind Flugzeuge insgesamt 1,5 Mill. Mal gestartet. Die 26 großen Flughäfen, die derzeit zur Monatsstatistik meldepflichtig sind, erreichten mit 1,0 Mill. Starts einen Anteil von 71%.

Quelle: DESTATIS

Kurz gefasst **aus Europa****Arbeitsmarkt** 2009

Januar 2010

■ **Erwerbstätigenquote fiel auf 64,6 %**

(...) Die Erwerbstätigenquote für Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren in der EU27¹ ist von 62,4 % im Jahr 2002 stetig auf 65,9 % im Jahr 2008 angestiegen, fiel dann jedoch auf 64,6 % im Jahr 2009. Die Erwerbstätigenquote für Frauen, die kontinuierlich von 53,7 % in 2000 auf 59,1 % in 2008 angestiegen war, fiel im Jahr 2009 zum ersten Mal, auf 58,6 %. Im Gegensatz dazu stieg die Quote für ältere Personen, d. h. Personen zwischen 55 bis 64 Jahren, weiter an und erreichte 46,0 % im Jahr 2009, gegenüber 36,9 % in 2000 und 45,6 % in 2008.

Im Jahr 2009 waren 217,8 Mill. gebietsansässige Personen in der EU27 im Alter von 15 Jahren und älter erwerbstätig. (...)

Im Jahr 2009 betrug die Erwerbstätigenquote für Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren über 70 % in den Niederlanden (77,0 %), Dänemark (75,7 %), Schweden (72,2 %), Österreich (71,6 %) und Deutschland (70,9 %) und unter 60 % in Malta (54,9 %), Ungarn (55,4 %), Italien (57,5 %), Rumänien (58,6 %), Polen (59,3 %) und Spanien (59,8 %).

Dänemark (73,1 %), die Niederlande (71,5 %), Schweden (70,2 %) und Finnland (67,9 %) verzeichneten im Jahr 2009 die höchsten Erwerbstätigenquoten von Frauen, während Malta (37,7 %), Italien (46,4 %), Griechenland (48,9 %) und Ungarn (49,9 %) die niedrigsten Quoten hatten.

In allen Mitgliedstaaten war im Jahr 2009 die Erwerbstätigenquote der Männer höher als die der Frauen, außer in Litauen, wo die Quote der Frauen einen Prozentpunkt über der der Männer lag, und in Lettland, wo die Quoten nahezu gleich waren. Abgesehen von diesen Mitgliedstaaten verzeichneten Estland (1 Prozentpunkt) und Finnland (2 Prozentpunkte) die kleinsten Unterschiede zwischen den Erwerbstätigenquoten von Männern und Frauen, während Malta (34 Prozentpunkte), Griechenland (25 Prozentpunkte) und Italien (22 Prozentpunkte) die größten verzeichneten.

Die Erwerbstätigenquote für Personen im Alter von 55 bis 64 Jahren war in Schweden (70,0 %), Estland (60,4 %), Dänemark und dem Vereinigten Königreich (beide 57,5 %) sowie in Deutschland (56,2 %) am höchsten. Sie war am niedrigsten in Malta (28,1 %), Polen (32,3 %) und Ungarn (32,8 %). (...)

Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Erwerbstätigen in der EU27 stieg von 15,7 % im Jahr 2002 auf 18,1 % im Jahr 2009. Die höchsten Anteile an Teilzeitbeschäftigung wurden in den Niederlanden (47,7 %), Schweden (26,0 %), Deutschland (25,4 %), Dänemark (25,2 %) und dem Vereinigten Königreich (25,0 %) verzeichnet und die niedrigsten in Bulgarien (2,1 %), der Slowakei (3,4 %), der Tschechischen Republik (4,8 %) und Ungarn (5,2 %).

■ **In der EU27 Bevölkerung von 501 Mill.**

(...) Am 1. Januar 2010 wurde die Bevölkerung der EU27 auf 501,1 Mill. geschätzt, verglichen mit 499,7 Mill. am 1. Januar 2009. Die Bevölkerung der EU27 wuchs um 1,4 Mill. im Jahr 2009, dies entspricht einer jährlichen Rate von 2,7 je 1 000 Einwohnern, bedingt durch ein natürliches Wachstum von 0,5 Mill. (+1,0 ‰) und einen Wanderungssaldo von 0,9 Mill. (+1,7 ‰).

Gegenüber 2008 ist die demografische Situation im Jahr 2009 in der EU27 gekennzeichnet durch einen geringen Rückgang bei der Bruttogeburtenziffer und eine konstante Bruttosterbeziffer, während der Wanderungssaldo deutlich stärker abnahm.

Die Bevölkerung des Euroraums² (ER16) wurde am 1. Januar 2010 auf 329,5 Mill. geschätzt, verglichen mit 328,6 Mill. am 1. Januar 2009. Die Bevölkerung des Euroraums wuchs um 0,9 Mill. im Jahr 2009, dies entspricht einer jährlichen Rate von +2,7 ‰, bedingt durch ein natürliches Wachstum von 0,3 Mill. (+1,0 ‰) und einen Wanderungssaldo von 0,6 Mill. (+1,8 ‰).

(...) Im Jahr 2009 wurden 5,4 Mill. Kinder in der EU27 geboren. Die Bruttogeburtenziffer betrug 10,7 je 1 000 Einwohner, ein geringer Rückgang gegenüber dem Jahr 2008 (10,9 ‰). Die höchsten Geburtenziffern wurden in Irland (16,8 ‰), dem Vereinigten Königreich (12,8 ‰), Frankreich (12,7 ‰), Zypern (12,2 ‰) und Schweden (12,0 ‰) verzeichnet und die niedrigsten Ziffern in Deutschland (7,9 ‰), Österreich (9,1 ‰), Portugal (9,4 ‰), Italien (9,5 ‰), Lettland und Ungarn (beide 9,6 ‰).

Im Jahr 2009 wurden in der EU27 4,8 Mill. Sterbefälle registriert. Die Bruttosterbeziffer betrug 9,7 Todesfälle je 1 000 Einwohner, genau wie im Jahr 2008. Die höchsten Sterbeziffern wurden in Bulgarien (14,2 ‰), Lettland (13,3 ‰), Ungarn (13,0 ‰) und Litauen (12,6 ‰) registriert und die niedrigsten Ziffern in Irland (6,6 ‰), Zypern (6,7 ‰), Luxemburg (7,3 ‰) und Malta (7,8 ‰).

Somit wurde das größte natürliche Bevölkerungswachstum in Irland (+10,2 ‰) verzeichnet, deutlich vor Zypern (+5,5 ‰), Frankreich (+4,3 ‰), Luxemburg (+4,0 ‰) und dem Vereinigten Königreich (+3,7 ‰). Zehn Mitgliedstaaten wiesen ein negatives natürliches Wachstum auf, mit den größten Rückgängen in Bulgarien und Lettland (beide -3,6 ‰), Ungarn (-3,4 ‰) und Deutschland (-2,3 ‰).

Im Jahr 2009 waren etwas mehr als 60 % des Wachstums der EU27 Bevölkerung auf internationale Wanderungsströme zurückzuführen. Relativ gesehen hatten Luxemburg (+13,2 ‰), Schweden (+6,7 ‰), Slowenien (+5,8 ‰), Italien (+5,3 ‰) und Belgien (+5,1 ‰) die höchsten Nettoeinwanderungsströme, während Irland (-9,0 ‰) und Litauen (-4,6 ‰) die höchsten Nettoabwanderungsströme verzeichneten.

Quelle: Eurostat

1 Der EU27 gehören an: Belgien (BE), Bulgarien (BG), die Tschechische Republik (CZ), Dänemark (DK), Deutschland (DE), Estland (EE), Irland (IE), Griechenland (EL), Spanien (ES), Frankreich (FR), Italien (IT), Zypern (CY), Lettland (LV), Litauen (LT), Luxemburg (LU), Ungarn (HU), Malta (MT), die Niederlande (NL), Österreich (AT), Polen (PL), Portugal (PT), Rumänien (RO), Slowenien (SI), die Slowakei (SK), Finnland (FI), Schweden (SE) und das Vereinigte Königreich (UK).

2 Zum Euroraum (ER16) gehören Belgien, Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Finnland.

Wirtschaft im Überblick April 2010

Berlin

Die Zahl der Berliner Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des April 2010 zum Vorjahresmonat um 2,2 %, das waren –5 455 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 14,2 %. Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden stieg der Trend des Gesamtumsatzes und der Beschäftigtenentwicklung fiel. Im Bauhauptgewerbe stiegen im Monat April der Trend des Auftragseinganges und die Beschäftigtenzahl stark an, während der Umsatz leichter zulegte; die erteilten Baugenehmigungen fielen. Beim Berliner Einzelhandel sind die Entwicklungen der nominalen und der realen Umsatz-Messzahl gleichbleibend, während die Beschäftigten-Messzahl leicht gefallen war. Im Gastgewerbe stieg der Trend der nominalen Umsatz-Messzahl leicht an; was

die reale Umsatz-Messzahl anbelangt, blieb dieser Trend konstant, und für die Beschäftigten-Messzahl ergab sich ein fallender Trend. Sowohl bei der Zahl der Gäste als auch bei den Übernachtungen blieb der seit dem Jahr 2002 kontinuierlich-steigende Trend erhalten; die Übernachtungen pro Gast legten dabei stärker zu. Der Berliner Außenhandel verzeichnete beim Export (auch in die EU) eine stark steigende und beim Import eine gleichbleibende Tendenz. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen und die gleiche Komponente aus den Betriebsgründungen und -aufgaben stiegen beide stark an. Alle zwei Kennziffern sind jedoch von großen monatlichen Schwankungen geprägt. Die Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen und die der Unternehmensinsolvenzen stiegen in letzter Zeit wieder an. Im April 2010 betrug die Inflationsrate +1,1 % – der Trend war leicht steigend.

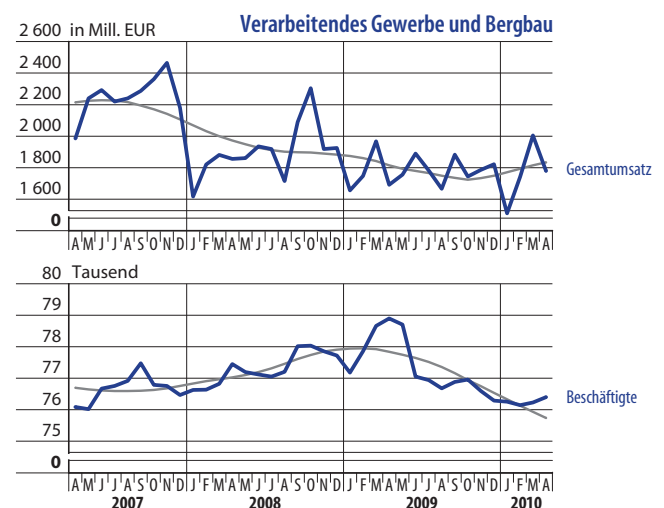
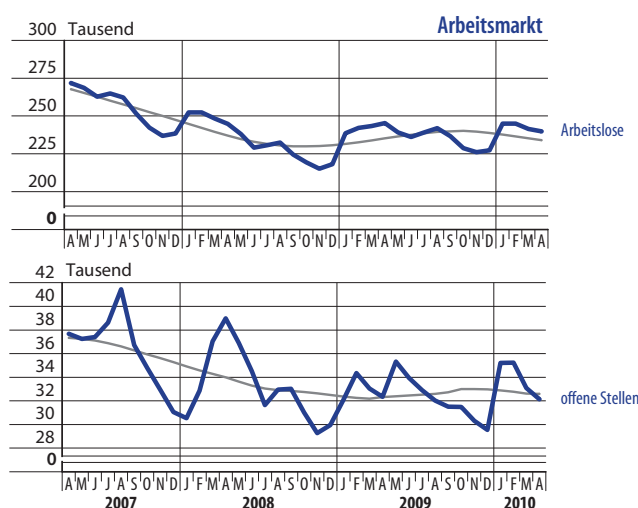
auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 6,1 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch bei beiden Kennziffern 2,4 Prozentpunkte bzw. 1,5 Prozentpunkte über den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Die Veränderung der Berliner Arbeitslosenzahl im laufenden Jahr (4-Monate-Vergleich: Januar 2010 bis April 2010 zu Januar 2009 bis April 2009) lag bei +0,2 % und der entsprechende 12-Monats-Vergleich (Mai 2009 bis April 2010 zu Mai 2008 bis April 2009) bei +2,5 %. Die seit Anfang des Jahres 2005 fallende Trend-Konjunktur-Komponente der Zahl der Arbeitslosen stieg seit dem Herbst 2008 wieder an, ohne das ehemalige sehr hohe Niveau auch nur näherungsweise zu erreichen. In letzter Zeit fällt sie jedoch wieder leicht ab. Die gemeldeten 32 131 offenen Stellen hatten sich seit dem April des vorigen Jahres um 207 Stellen oder um 0,6 % vermindert. Seit dem April 2007 fällt diese Trend-Konjunktur-Komponente, in letzter Zeit verharrt sie bei etwa 33 000 offenen Stellen. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 7,5 – die langfristige Tendenz ist etwa gleichbleibend.

Auf dem Berliner **Arbeitsmarkt** wurden Ende April des Jahres 2010 mit 239 802 Arbeitslosen 0,7 % weniger als im März 2010 registriert, das waren –1 587 Personen. Im Vergleich zum April des Jahres 2009 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 2,2 % ab, das entsprach einem Minus von 5 455 Personen. Dieser Wert stimmt fast mit der Einwohnerzahl der Brandenburger Stadt Großräschen

am Ende des Jahres 2008 überein. Die Berliner Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 16,6 % und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 14,2 %. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat 0,4 bzw. 0,3 Prozentpunkte mehr. Die Berliner Arbeitslosenquoten auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen lagen damit 7,5 Prozentpunkte bzw.

Im Berliner **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** zeigte der Auftragsein-

Tabelle Seite 22



gangsindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) im April-Vergleich mit +4,0 % eine positive Veränderung, im 4-monatigen Vergleich sind es +0,3 % und im laufenden Jahr –7,4 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente fiel seit dem Oktober/November 2007, steigt aber seit Mitte des Jahres 2009 wieder an. Die im Monat April dieses Jahres 326 berichtspflichtigen Betriebe – das sind acht Betriebe gegenüber dem April 2009 weniger – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 778,7 Mill. EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 87,4 Mill. EUR oder um 5,2 % überboten. Im laufenden Jahr – von Januar 2010 bis April 2010 – konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 7,0 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Verminderung des Gesamtumsatzes um 0,4 %. Der langfristige Trend dieser Kennziffer des wichtigen Berliner Wirtschaftsabschnitts war seit der Mitte des Jahres 2007 fallend, in dem letzten halben Jahr dann jedoch wieder leicht steigend. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses Wirtschaftsabschnitts erreichte im April ein Niveau von 849,7 Mill. EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug somit 47,8 %. Im Zeitraum der letzten zwölf Monate wurden Waren im Wert von 10,0 Mrd. EUR aus diesem Berliner Wirtschaftsabschnitt exportiert. Bei der Beschäftigtenzahl war die Trend-Konjunktur-Komponente weiterhin fallend. Im April des Jahres 2010 waren im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigte 76 442 Personen tätig. Gegenüber dem April 2009 gab es mit –3,2 % eine stärkere Veränderung als im Vier-Monats- und im Ein-Jahres-Vergleich mit –2,4 % bzw. –1,2 %. Die Tendenz war also eindeutig fallend. Im April 2010

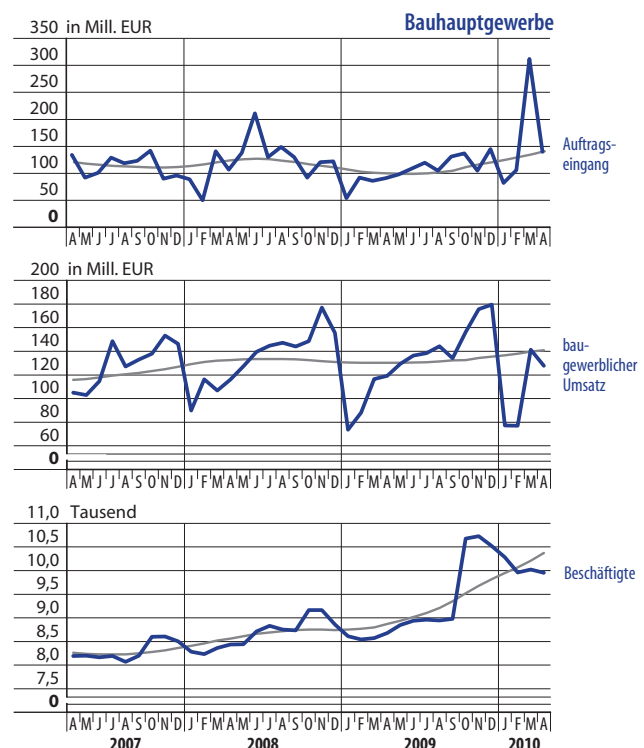
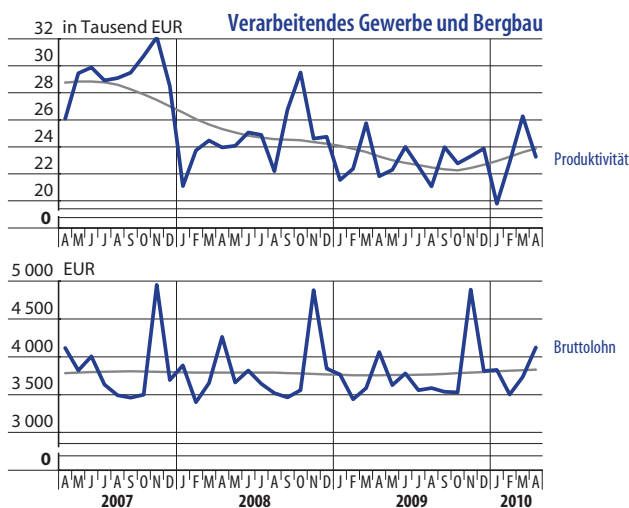
erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 23 268 EUR, das waren +6,6 % gegenüber dem April 2009. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten lag bei 4 121 EUR, sie stieg leichter an und lag im gleichen Zeitraum um 1,4 % oder 57 EUR höher als im April 2009.

In der konjunkturellen Entwicklung des Berliner **Bauhauptgewerbes** kam es im Januar 2008 zu einem methodischen Wechsel. Die Auswirkungen stellen sich jetzt als vernachlässigbar dar. Das wertmäßige Volumen der Auftragsengänge – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte ein Niveau von 139,9 Mill. EUR. Die Entwicklung des Auftragsenganges zeigte im April 2010 mit +53,8 % zum Vorjahresmonat eine große Steigerung, wobei beachtet werden sollte, dass der Bezugswert im April 2009 sehr niedrig ausfiel. Im 4- und im 12-monatigen Vergleichszeitraum ergab sich eine Veränderung von +98,4 % bzw. +12,3 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente steigt seit dem Mai 2009 wieder an, es deutet sich ein Wechsel zu höherem Wachstum an. Die Entwicklung bei der Anzahl der Baugenehmigungen zeigt dagegen eine leicht fallende Tendenz. Der baugewerbliche Umsatz erreichte im April den Wert von 127,8 Mill. EUR (Bauhauptgewerbe: 129,2 Mill. EUR) bei +7,2 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Dieselbe Kennziffer war in den längerfristigen Betrachtungszeiträumen der zurückliegenden vier und zwölf Monate

mit +6,6 % bzw. +2,3 % ebenfalls durchgängig im positiven Bereich. Die Trend-Konjunktur-Komponente lag demzufolge auch im Plus. Bei den Beschäftigten scheint der seit acht Jahren anhaltende und nur zeitweilig kurz unterbrochene Abwärtstrend gebrochen. Mit 9 954 Beschäftigten wurde im April 2010 zum April 2009 ein Zuwachs von beachtlichen 14,7 % erreicht. Im Vier-Monats und im Ein-Jahres-Zeitraum war ebenfalls ein Zuwachs aufgetreten, von +16,9 % bzw. 11,2 %, sodass die stark steigende Tendenz deutlich erkennbar war.

Im Berliner **Einzelhandel** erfolgte mit dem Jahreswechsel 2007 zu 2008 die Umstellung auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008). Dieses wird durch eine „Sprungstelle“ in der Zeitreihe sichtbar. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 4- und des 12-Monats-Zeitraumes ergab ein Minus von 0,1 % bzw. 1,1 %. Beim realen Umsatz waren es in den gleichen Zeiträumen –0,4 % bzw. –1,3 %. Die Beschäftigten-Kennziffer blieb in den gleichen Zeiträumen mit –1,9 % bzw. –1,0 % ebenfalls fallend. Die Vollbeschäftigtenzahl blieb im aktuellen Monat um 3,6 % unter der des Vorjahres und die der Teilzeitbeschäftigten stieg demgegenüber leicht um 0,5 % an. Der Trend des nominalen und des realen Umsatzes war innerhalb des letzten Jahres fast konstant, der der Beschäftigten fallend.

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2008 oder Januar 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Im **Großhandel** des Landes Berlin, bei dem der gleiche methodische Wechsel wie beim Einzelhandel erfolgte, war die Entwicklung stärker rückläufig. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 4- und des 12-Monats-Zeitraumes ergab ein Minus von 12,7 % bzw. 17,5 %, beim realen Umsatz waren es in den gleichen Zeiträumen –18,0 % bzw. –15,1 %. Die Beschäftigten-Kennziffern fielen im gleichen Zeitraum „nur“ um 4,6 % bzw. 4,1 %. Der Trend des realen Umsatz-Merkmals war im letzten Jahr stark fallend, der des nominalen Umsatzes und der der Beschäftigten fiel hingegen weniger stark.

Im **Gastgewerbe** wurde, wie beim Einzel- und Großhandel, die gleiche methodische Veränderung vorgenommen. In diesem ebenfalls saisonal stark geprägten Wirtschaftszweig traten beim nominalen und realen Umsatz im 4-monatigen Vergleich positive Veränderungsrate von +3,9 % und +0,6 % auf, während es beim 12-monatigen Vergleich Veränderungen von –1,3 % bzw. –3,6 % Prozent waren. Bei der Beschäftigten-Messzahl waren es dann in den beiden Zeiträumen –2,0 % bzw. –1,1 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente der realen Umsatz-Messzahl blieb gleich, die der nominalen Umsatz-Messzahl stieg leicht an, während die der Beschäftigten-Messzahl leicht fällt.

Die Erhebung zum **Berlin-Tourismus** wurde im Januar 2008 ebenfalls auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 umgestellt. Im April 2010 erreichte die Zahl der Gästeankünfte 723,1 Tsd.; gegenüber dem April 2009 waren es 36 771 Personen oder 5,4 % mehr. Beim Vergleich des 4- und des 12-monatigen Zeitraumes ergab sich ein Plus von 11,5 % bzw. von 7,7 %. Die Zahl der Übernachtungen stieg im Monatsvergleich (April 2010 zu April 2009) ebenfalls in etwa gleicher Größenordnung wie die Zahl der Gästeankünfte,

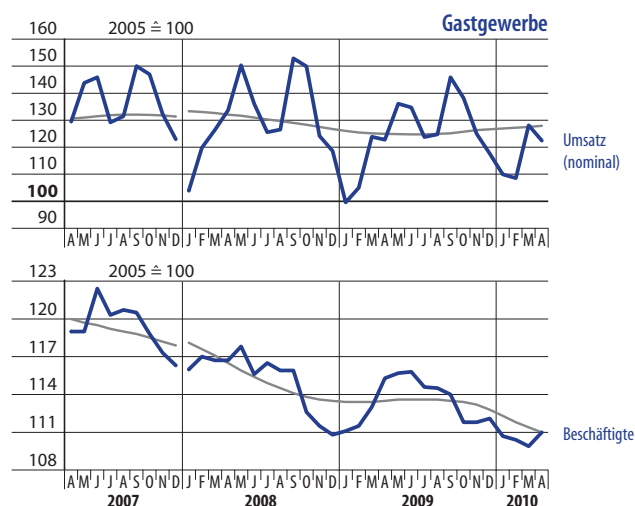
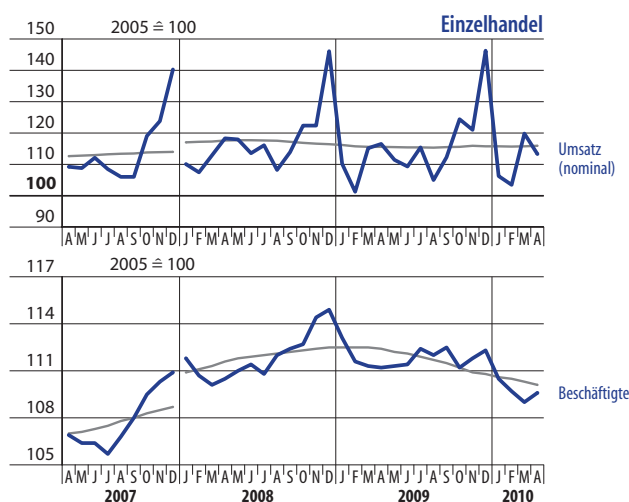
und zwar um 6,3 %. Im 12-Monats-Vergleich setzte sich bei den Übernachtungen mit +9,7 % die positive Entwicklung fort, im Vergleich der ersten vier Monate des laufenden Jahres waren es sogar +13,8 %. Insgesamt war bei den beiden Kennziffern eine steigende Tendenz erkennbar, die bei den Übernachtungen noch etwas stärker war. Im Durchschnitt entfielen im April 2009 auf jeden Gast 2,3 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es ebenfalls 2,3 Übernachtungen pro Gast mit leicht steigender Tendenz.

Im Berliner **Außenhandel** scheint der Negativ-Trend der letzten Monate überwunden. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Berliner Wirtschaft betrug im April 973,7 Mill. EUR und lag damit um 15,9 % über dem Ergebnis des April 2009. Beim Vergleich der Vier-Monats- und der Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich ein Plus von 12,2 % bzw. ein Minus von „noch“ 0,5 %. Im Zeitraum eines Jahres – von Mai 2009 bis April 2010 – wurden Waren im Wert von 11,0 Mrd. EUR exportiert, im laufenden Jahr waren es 3,8 Mrd. EUR. In die Staaten der Europäischen Union wurden im April 45,7 % der gesamten Ausfuhr exportiert, mit 445,9 Mill. EUR 3,9 % mehr als im April 2009. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 692,6 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate von +7,4 % zum April 2009 führte. Im Ein-Jahres-Zeitraum wurden Waren im Wert von 8,6 Mrd. EUR – das sind +0,3 % – nach Berlin importiert. Im Vier-Monats-Zeitraum wurden Waren im Wert von 3,0 Mrd. EUR, das waren gegenüber dem Vorjahreszeitraum 3,5 % mehr, importiert. Seit Anfang 2007 fiel die Trend-Konjunktur-Komponente des Exportes stark ab – sie stieg seit Mitte des Jahres 2009 wieder stärker an, während die Trend-Konjunktur-Komponente des Importes fast gleich blieb. Betont sei, dass

eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Berliner Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist.

Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Im April 2010 wurden 1 530 Gewerbe mehr an- als abgemeldet. Gegenüber dem April 2009 – mit 941 Anmeldungen mehr als Abmeldungen – waren das +62,6 %, im Vier-Monats und im Ein-Jahres-Vergleich dann +66,2 % bzw. +54,6 %. Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der April 2010 auf 191 mehr Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen und damit zu einem Plus von 63,2 % zum April 2009, was 74 Anmeldungen mehr entsprach. Beim Vergleichen der Vier-Monats- und der Ein-Jahres-Zeiträume bei den Betrieben ergaben sich +41,2 % bzw. +37,0 %. Der Trend innerhalb des letzten Jahres kann bei den Gewerbemeldungen und Betriebsgründungen als sehr positiv eingeschätzt werden, wenngleich bei den monatlichen Einzelwerten starke Schwankungen vorhanden waren.

Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen in allen beiden längerfristigen Zeiträumen durchgängig positive Veränderungsrate – also eine negative Entwicklung. Bei den beantragten Insolvenzverfahren waren insgesamt 603 Verfahren für den Monat April 2010 genannt, das sind gegenüber dem April des Vorjahres 6,1 % weniger. Im Vier-Monats- und im 12-Monats-Vergleich beträgt die Veränderung 4,6 % bzw. 8,5 %. Langfristig wurden im Durchschnitt monatlich zwischen 600 und 800 Insolvenz-

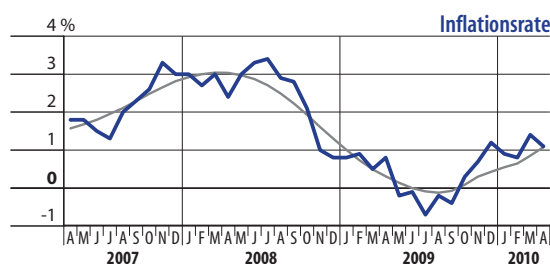
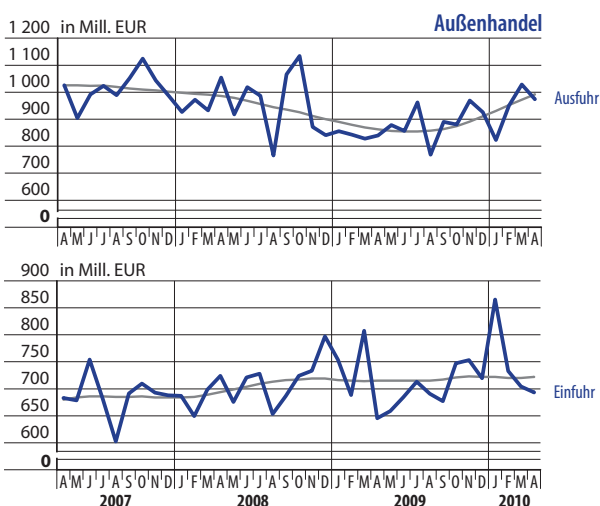
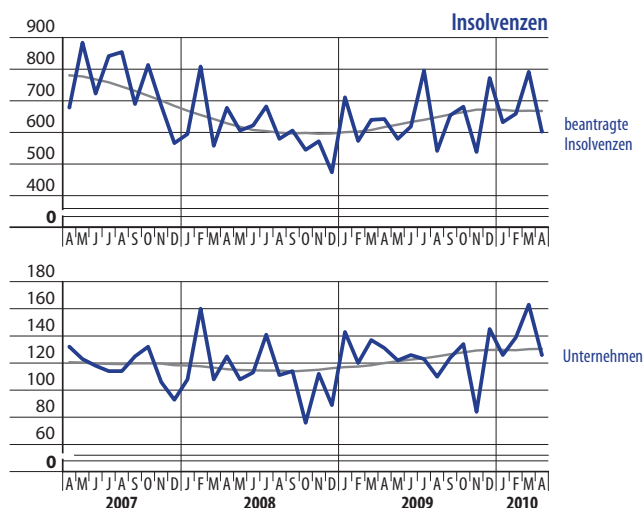
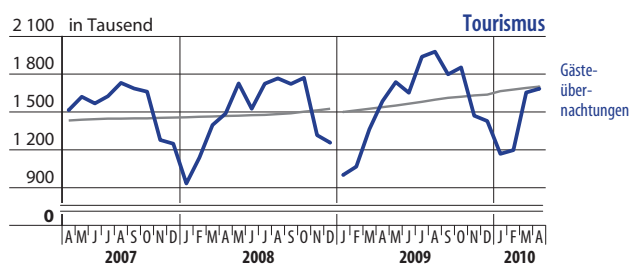
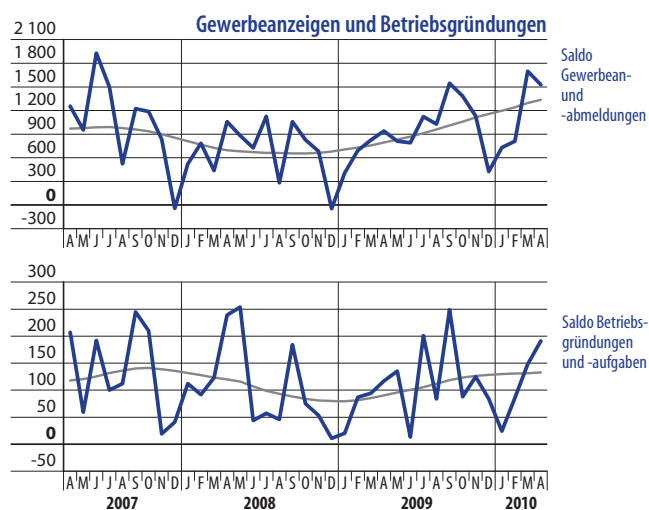


verfahren beantragt. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren dabei durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert. Die Regelinsolvenzen der Unternehmen waren langfristig und stabil bei unter 140 Insolvenzen pro Monat angelangt, der Trend war seit dem Herbst 2008 allerdings wieder steigend. Im aktuellen Monat waren es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 126 Fälle, das entspricht $-3,8\%$ zum April 2009. Beim Vergleich der Vier-Monats- und der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich $+4,3\%$ bzw. $9,1\%$ mehr Regelinsolvenzen der Unternehmen. Die Tendenz innerhalb eines Jahres war bei beiden Merkmalen steigend.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat April 2010 bei 107,6. Für die Inflationsrate, also die

prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem April 2009 und dem April 2010, ergab sich damit ein Wert von $+1,1\%$, im März 2010: $+1,4\%$. Während sich die Mineralölprodukte (Kraftstoffe und Heizöl), Strom, einige Nahrungsmittel sowie Bekleidung und Schuhe überdurchschnittlich verteuerten, ergaben sich bei Gas, Zentralheizung, Fernwärme sowie Pauschalreisen und bei der Miete für Ferienwohnungen Preisrückgänge. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate fiel seit dem März 2008 sehr stark und befindet sich zurzeit bei etwa $+1,0\%$; gegenüber dem April 2009 ist der Trend leicht steigend.

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2008 oder Januar 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Wirtschaft im Überblick April 2010

Brandenburg

Die Zahl der Brandenburger Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des April 2010 zum Vorjahresmonat um 10,9 %, das waren –19 342 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 11,9 %. Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigten der Auftragseingangindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) und der Gesamtumsatz eine stark steigende Tendenz, während der Beschäftigtentrend leicht fiel. Im Bauhauptgewerbe sank der Auftragseingang, während die Baugenehmigungen anstiegen und die Beschäftigtenanzahl gleich blieb. Beim Brandenburger Einzelhandel und im Gastgewerbe waren die nominalen und die

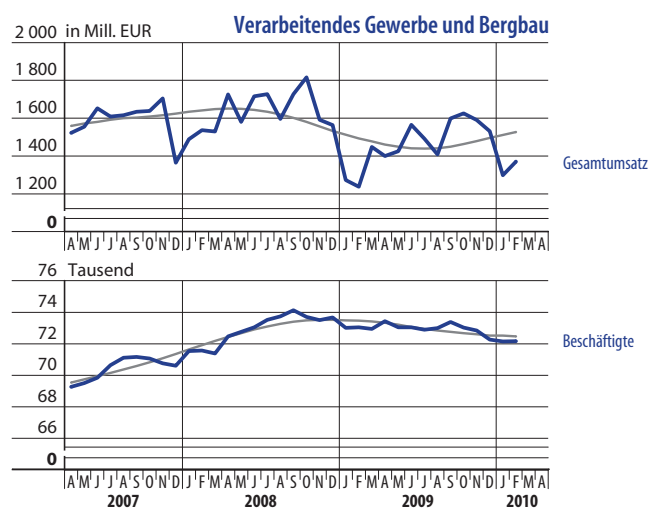
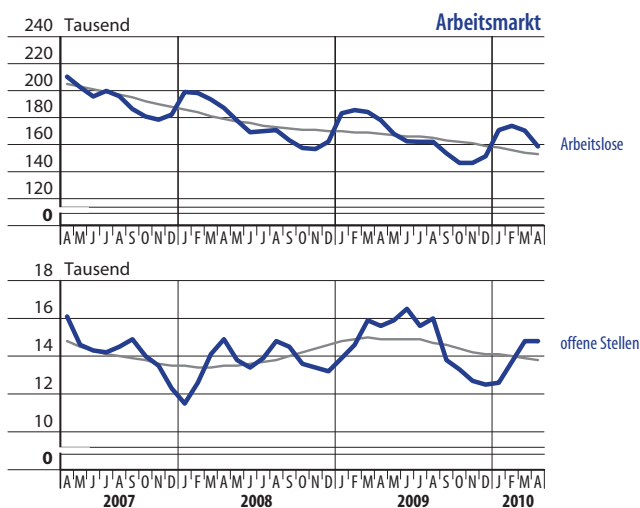
realen Umsatz-Messzahlen sowie die Beschäftigten-Messzahlen fallend – außer der gleichbleibenden nominalen Umsatz-Messzahl des Gastgewerbes. Die Zahl der Gäste als auch die der Übernachtungen stiegen langfristig und kontinuierlich. Die Brandenburger Ausfuhren stiegen ebenfalls, die in die EU stärker. Die Einfuhren zeigten auch einen stark steigenden Trend. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen und die aus den Betriebsgründungen und -aufgaben stiegen sehr stark. Beide Kennziffern sind allerdings auch stark von Saisoneffekten geprägt. Die Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen und die der Unternehmensinsolvenzen stiegen, die der Unternehmen stärker. Im April 2010 betrug die Inflationsrate 0,7 % – die Trend-Konjunktur-Komponente ist zurzeit etwa gleichbleibend.

punkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch bei beiden Kennziffern 1,0 Prozentpunkte bzw. 0,8 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Insgesamt blieb – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die seit Anfang des Jahres 2004 fallende Trend-Konjunktur-Komponente erhalten. Die gemeldeten 14 846 offenen Stellen hatten sich seit dem April des vorigen Jahres um 759 Stellen oder um 5,1 % vermindert. Von März 2008 bis zum Juni 2009 war die Trend-Konjunktur-Komponente steigend, seitdem fällt sie wieder. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 10,7 – die langfristige lineare Tendenz ist nach wie vor fallend, bei einer in letzter Zeit deutlich verminderten saisonalen Schwankung. Im April dieses Jahres waren 7 240 Personen in der beruflichen Weiterbildung und in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erfasst; im Vergleich zum April 2009 ergab das ein Weniger von 832 Personen oder –10,3 %. Die Zahl der nur noch vierteljährlich erfassten Kurzarbeiter lag im März 2010 bei 23 452, das sind gegenüber dem Vorjahresmonat –7,8 % oder –1 986 Personen. Wobei die Kurzarbeiterzahl des März 2009 bereits durch das Konjunkturpaket der Bundesregierung stark erhöht war.

Auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt wurde Ende April des Jahres 2010 mit 158 795 Arbeitslosen ein Minus von 6,8 % gegenüber dem März 2010 registriert, das waren 11 627 Personen weniger. Im Vergleich zum April des Jahres 2009 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 10,9 % ab, mithin ein Minus von 19 342 Personen. Dies entspricht etwa der Einwohnerzahl der Brandenburger Städte Guben oder Wittenberge am Ende des Jahres

2008. Die Brandenburger Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 13,2 % und auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 11,9 %. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat 1,5 % bzw. 1,3 Prozentpunkte weniger. Damit lagen die Brandenburger Arbeitslosenquoten auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen 4,1 Prozentpunkte bzw. auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 3,8 Prozent-

Tabelle Seite 23



Im Brandenburger **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** zeigte der Auftragseingangszweig (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) im April-Vergleich mit +17,4 % eine stark-positive Veränderung – allerdings traten in den beiden letzten Jahren stärkere Schwankungen bei den Monatseinzelnwerten auf. Im Vergleich der 4-monatigen (Januar bis April 2010 zum Vorjahreszeitraum) und der 12-monatigen (Mai 2009 bis April 2010 zum Vorjahreszeitraum) Perioden waren es +24,9 % bzw. +11,2 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente war seit dem Februar 2009 wieder steigend. Die im Monat April dieses Jahres 416 berichtspflichtigen Betriebe – das sind sieben Betriebe weniger als im April 2009 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 638,1 Mill. EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 236,8 Mill. EUR oder 16,9 % überboten. Im laufenden Jahr – von Januar 2010 bis April 2010 – konnten die Brandenburger Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 7,0 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum ging damit eine Erhöhung des Gesamtumsatzes um 12,3 % einher. Der langfristige Trend dieser Kennziffer des wichtigen Brandenburger Wirtschaftsabschnitts war – bei größeren Schwankungen der einzelnen Monatswerte und „regelmäßigen Einbrüchen“ jeweils zu den Jahreswechseln – seit Mitte des Jahres 2009 wieder stark steigend. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses Wirtschaftsabschnitts erreichte im April ein Niveau von 431,3 Mill. EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug somit 26,3 %. Bei der Beschäftigtenzahl war seit dem Oktober 2005 eine steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, die seit Dezember 2008 wieder leicht fällt, ohne jedoch auch nur in

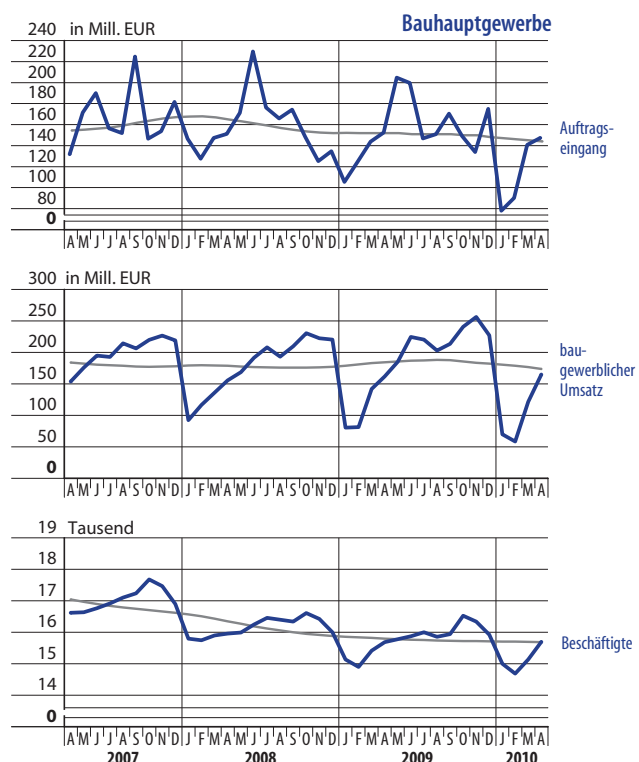
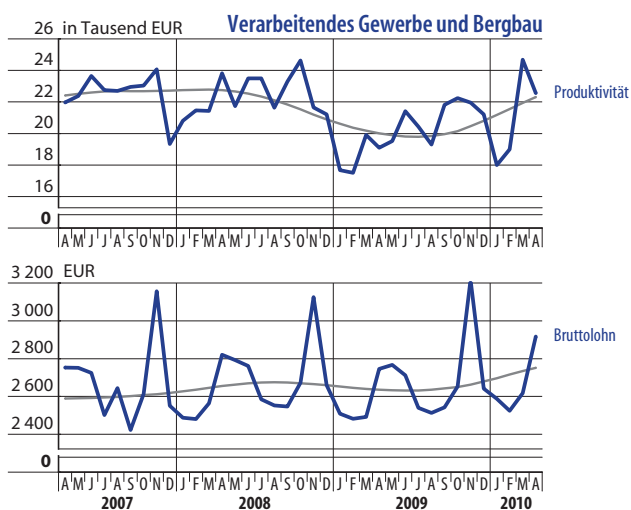
die Nähe der alten Tiefstände zu gelangen. Im April des Jahres 2010 waren im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigten 72 611 Personen tätig, gegenüber dem Vorjahresmonat (April 2009) mit –1,0 % eine negative Veränderung. Im 4- und im 12-monatigen Vergleich waren es ebenfalls –1,1 % bzw. –0,9 % – die Tendenz also leicht fallend. Im April 2010 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 22 559,80 EUR, das waren +18,1 % gegenüber dem April 2009. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten höher als im April 2009 – insgesamt bei 2 916,70 EUR je Beschäftigten.

Das wertmäßige Volumen der **Auftrags-eingänge** des Brandenburger Bauhauptgewerbes – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte ein Niveau von 147,3 Mill. EUR. Der Auftrags-eingang zeigte im April 2010 mit –3,3 % zum Vorjahresmonat eine fallende Entwicklung, im 4- und 12-monatigen Vergleich gab es eine Veränderung um –13,3 % bzw. –3,5 %. Die Tendenz war fallend. Die Anzahl der Baugenehmigungen entwickelte sich demgegenüber positiv, +2,5 % im Vergleich zum Vorjahresmonat und beim Vergleich des 4-monatigen und des Einjahres-Zeitraumes +7,1 % bzw. –2,2 % – die Tendenz ist steigend. Beim baugewerblichen Umsatz scheint sich die seit dem Jahr 1995 – dem

Beginn der Aufzeichnungen – fallende Tendenz abzuschwächen. Die Trend-Konjunktur-Komponente steigt seit dem Oktober des Jahres 2007 wieder leicht aber stabil an, ist aber offensichtlich witterungsbedingt ab dem Jahreswechsel 2009/2010 wieder leicht gefallen. Der baugewerbliche Umsatz lag um 1,9 % über dem Wert vom April 2009. Beim Vergleich der 4- und der 12-Monats-Zeiträume ergibt sich ein Wert von –10,8 % bzw. +3,6 %. Die im April 2010 berichtspflichtigen 313 Betriebe – das war die gleiche Anzahl wie im April 2009 – erreichten einen Gesamtumsatz von 167,5 Mill. EUR (baugewerblicher Umsatz: 164,9 Mill. EUR). Bei den Beschäftigten setzte sich der seit fast zehn Jahren anhaltende und nur zeitweilig kurz unterbrochene Abwärtstrend weiter – wenn auch abgeschwächt – fort. Im April 2010 gab es in diesem Wirtschaftszweig 15 694 Beschäftigte, 0,1 % mehr als im April 2009 – die Tendenz des letzten Jahres war etwa gleich bleibend.

Im Brandenburger **Einzelhandel** erfolgte mit dem Jahreswechsel 2007 zu 2008 die Umstellung auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008). Dieses wird durch eine „Sprungstelle“ in der Zeitreihe sichtbar. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 12-Monats-Zeitraumes ergab ein Minus von 2,7 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum –1,0 %. Für die 4-monatige Periode ergaben

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2008 oder Januar 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



sich $-1,5\%$ bzw. $-2,0\%$. Die Beschäftigten-Kennziffer fiel im gleichen 4-monatigen Zeitraum um $3,9\%$ bzw. im 12-monatigen Vergleichszeitraum um $-3,0\%$. Die Zahl der Vollbeschäftigten ($-4,0\%$) ging dabei im April 2010 stärker zurück als die Zahl der Teilzeitbeschäftigten ($-2,3\%$). Die Trend-Konjunktur-Komponenten des nominalen und des realen Umsatzes fielen innerhalb des letzten Jahres ebenso wie die der Beschäftigten.

Im **Großhandel** des Landes Brandenburg erfolgte der gleiche methodische Wechsel wie beim Einzelhandel. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 12-Monats-Zeitraumes ergab ein Minus von $7,7\%$, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum $-3,5\%$. Beim 4-monatigen Vergleich ergaben sich $-0,02\%$ bzw. $-3,6\%$. Die Beschäftigten-Kennziffer fiel im 4-Monats-Zeitraum um $0,4\%$, im 12-Monats-Vergleich waren es $-1,3\%$. Der Trend aller drei Merkmale im Zeitraum des letzten Jahres war uneinheitlich: nominaler Umsatz – leicht steigend; realer Umsatz – leicht fallend; Beschäftigte – gleichbleibend.

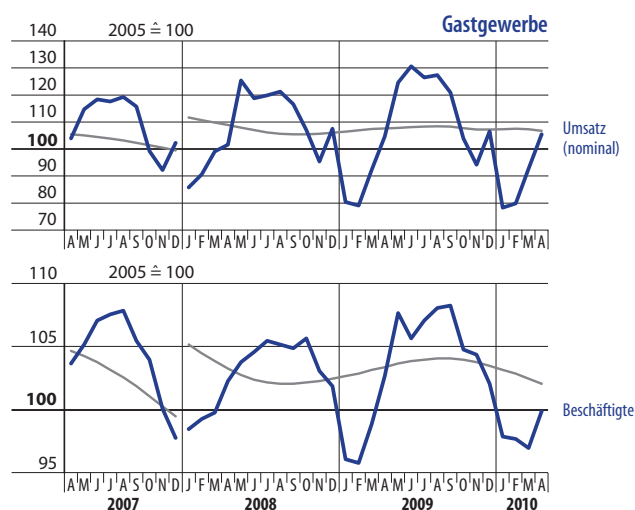
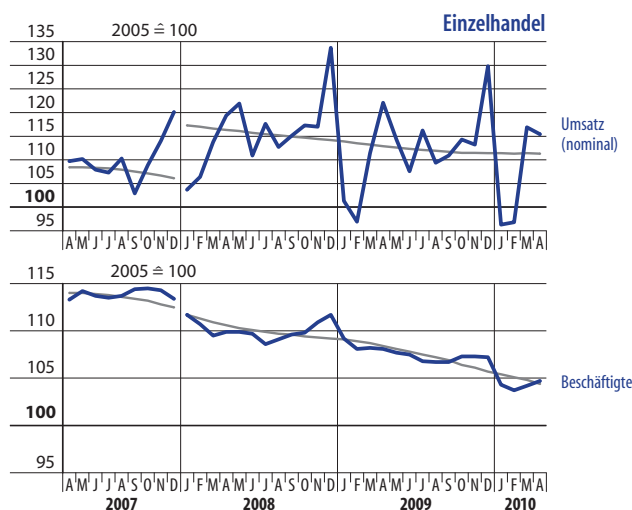
Im **Gastgewerbe** wurde, wie beim Einzel- und Großhandel, die gleiche methodische Veränderung vorgenommen. Im Vergleich der 12-Monats-Zeiträume nahm die Messzahl des nominalen Umsatzes um $1,8\%$, die des realen Umsatzes um $0,2\%$ und die Messzahl der Beschäftigten um $1,0\%$ zu. Im 4-monatigen Zeitraum nahm die nominale Umsatz-Messzahl um $0,1\%$, die des realen Umsatzes um $0,6\%$ und die der Beschäftigten um $0,3\%$ ab. Der Trend aller drei Merkmale im Zeitraum des letzten Jahres: nominaler Umsatz – gleichbleibend; realer Umsatz – leicht fallend; Beschäftigte – leicht fallend.

Die Erhebung zum **Brandenburg-Tourismus** wurde im Januar 2009 ebenfalls auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) umgestellt. Im April 2010 erreichte die Zahl der Gästeübernachtungen $811,6$ Tsd; gegenüber dem April 2009 waren es $53,5$ Tsd. Personen oder $7,1\%$ mehr. Beim Vergleich des 4-monatigen und des 12-monatigen Zeitraumes ergab sich ein Plus von $6,1\%$ bzw. $2,9\%$. Die Zahl der Gästeankünfte stieg im Monatsvergleich um $7,6\%$. Im 4- und im 12-Monats-Vergleich setzte sich bei den Gästeankünften mit $+5,3\%$ bzw. $1,7\%$ die positive Entwicklung fort. Im Durchschnitt entfielen im April 2010 auf jeden Gast $2,7$ Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es ebenfalls $2,7$ Übernachtungen pro Gast. Insgesamt war bei den Gästeankünften und bei den Übernachtungen eine langfristig leicht steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar.

Im **Brandenburger Außenhandel** wurde in der Zeit von Mitte des Jahres 2008 bis zur Mitte des Jahres 2009 eine negative Entwicklung bewältigt, die in etwa beide Merkmale auf das Niveau von 2007/2008 zurückwarf. Seit Juni/Juli 2009 stiegen die Import- und Export-Trend-Konjunktur-Komponenten wieder an. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Brandenburger Wirtschaft betrug im April $892,5$ Mill. EUR und lag damit um $14,1\%$ über dem Ergebnis des April 2009. Beim Vergleich der Vier-Monats- und der Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich demgegenüber ein Plus von $3,7\%$ bzw. ein Minus von $5,5\%$. In die Staaten der Europäischen Union wurden davon $70,5\%$ der gesamten Ausfuhr exportiert, mit $629,0$ Mill. EUR $23,9\%$ mehr als im April 2009. Insgesamt wurden im Zeitraum des laufenden Jahres – von Januar bis April 2010 – Waren im Wert von $3,6$ Mrd.

EUR exportiert. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) $1140,2$ Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate um $+33,9\%$ gegenüber dem April 2009 führte. Im Vier-Monats- und im Ein-Jahres-Zeitraum wurden Waren im Wert von $4,4$ bzw. $12,1$ Mrd. EUR nach Brandenburg importiert, das waren gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres $+25,2\%$ bzw. $-9,8\%$. Der Trend der letzten 12 Monate ist bei der Ein- und Ausfuhr nach der EU stark steigend, beim gesamten Export steigend. Betont sei auch, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Brandenburger Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist.

Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Im April 2010 wurden 525 Gewerbe mehr an- als abgemeldet. Gegenüber dem April 2009 – bei einer Differenz vom $+321$ Anmeldungen – waren es $+63,6\%$, im Vier-Monats- und im Ein-Jahres-Vergleich dann $+170,4\%$ bzw. $+161,7\%$. Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der April 2010 auf $+135$ Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen und damit zu einem Plus von $58,8\%$ zum April 2009. Beim Vergleichen der Vier-Monats- und der Ein-Jahres-Zeiträume blieb der stark steigende Trend bei den Betrieben mit $+68,1\%$ bzw. $+68,5\%$ erhalten. Der Trend innerhalb des letzten Jahres kann bei den Gewerbeanmeldungen und bei den Betriebsgründungen als sehr positiv eingeschätzt werden. Es ist bei beiden Kennziffern allerdings eine ausgeprägte saisonale Abhängigkeit vorhanden.



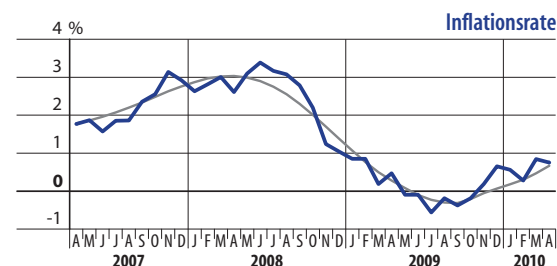
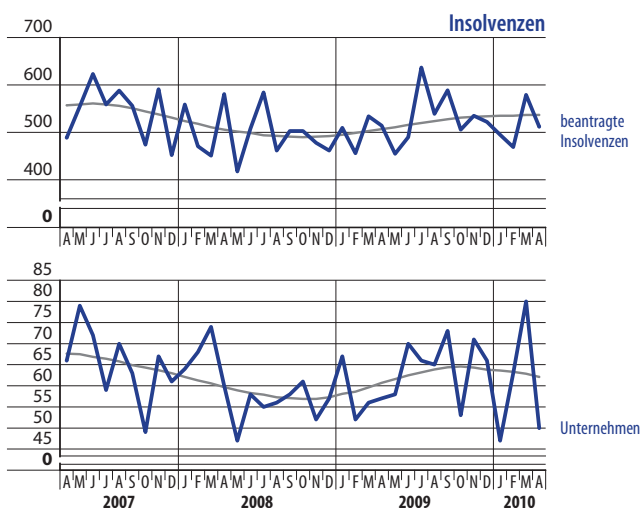
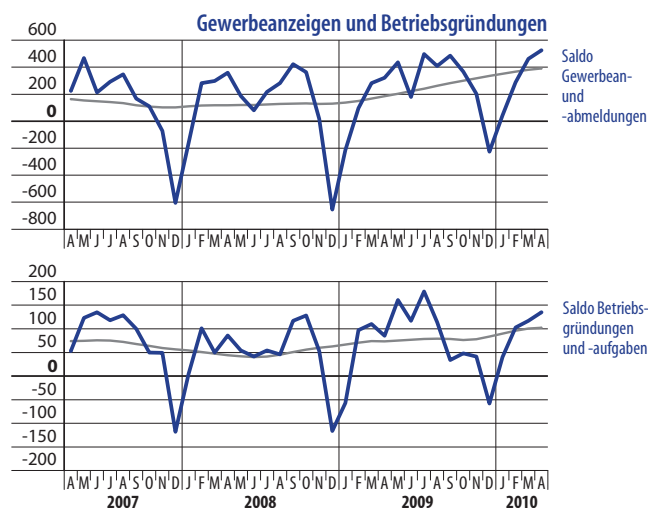
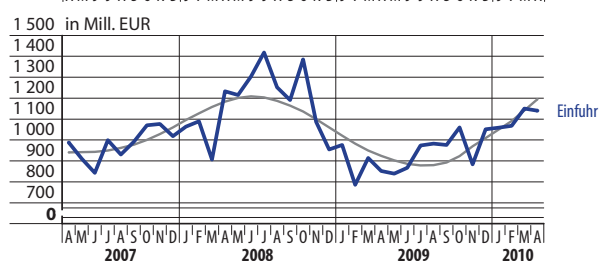
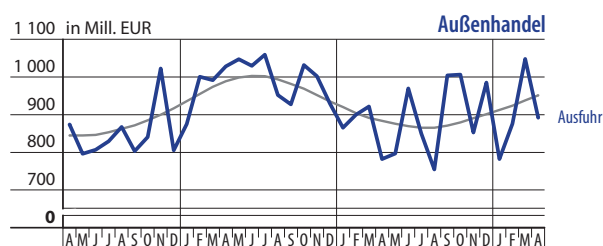
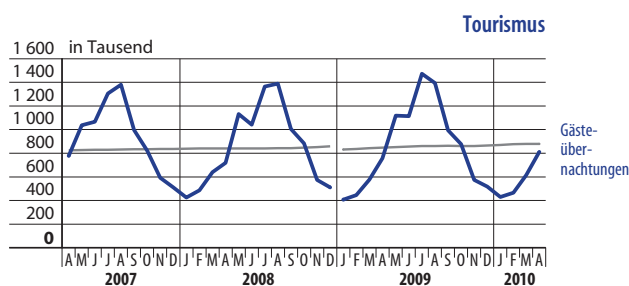
Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen – bei insgesamt stark schwankenden monatlichen Werten – eine negative Entwicklung. Bei den beantragten Insolvenzverfahren wurden insgesamt 512 Verfahren genannt, das sind gegenüber dem April des Vorjahres 0,4 % weniger. Längerfristig wurden im Durchschnitt – allerdings bei einer großen Streuung – monatlich etwas über 500 Verfahren beantragt. Im Vier-Monats-Zeitraum waren es +2,0 % und im 12-Monats-Zeitraum +6,7 % zum jeweiligen vorherigen Vergleichszeitraum. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert. Die Regelinsolvenzen der Unternehmen waren im Mittel bei etwa 65 Insolvenzen pro Monat angelangt, der Trend seit dem August 2009 stark fallend. Im aktuellen Monat waren es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 50 Fälle, das entspricht –12,3 % zum April 2009. Beim Vergleich der Vier-Monats- und der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich +3,4 % bzw. +12,7 % Regelinsolvenzen der Unternehmen. Der Trend war bei den gesamten Insolvenzen leicht und bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen stark steigend.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat April 2010 bei 107,5. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem April 2009 und dem April 2010, ergab sich damit ein Wert von +0,7 %, im März 2010: +0,8 %. Während

die Preise für Bekleidung, Nahrungsmittel und Mineralölprodukte (Kraftstoffe, Heizöl) stiegen, verringerten sie sich bei den Energieprodukten (Gas, Zentralheizung und Fernwärme sowie festen Brennstoffen) und Pauschalreisen deutlich. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate fiel seit dem April des Jahres 2008 sehr stark, befindet sich aber zurzeit in einer wieder leicht ansteigenden Phase.

Autor: Jürgen Hübner

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2008 oder Januar 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Wirtschaft im Überblick April 2010

Berlin

(Basis: Originalwerte, Stand vom 26. Juli 2010)

Merkmal	Einheit	April 2010		Januar 2010 April 2010		März 2009 bis April 2010		April 2010	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat	
			%		%		%		
Frühe Indikatoren									↑
Verbraucherpreisindex									
Gesamtdindex.....	2005 ± 100	107,6	1,1	107,4	1,1	106,9	0,4	↗	
Auftragseingang									
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1 2}	2005 ± 100	105,5	4,0	103,0	0,3	101,3	– 7,4	↗	
Bauhauptgewerbe.....	Mill. EUR	139,9	53,8	160,0	98,4	132,5	12,3	↑	
Baugenehmigungen.....	Anzahl	115	– 21,8	137,5	– 1,6	140,8	– 9,9	↘	
Gegenwärtige Indikatoren									↗
Umsatz									
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ²	Mill. EUR	1 778,7	5,2	1 758,8	– 0,4	1 780,2	– 6,0	↗	
Stromerzeugung (brutto).....	GWh	0,0	– 100,0	749,3	65,9	626,7	– 3,1	↑	
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³	Mill. EUR	127,8	7,2	105,8	6,6	134,8	2,3	↗	
Einzelhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	113,3	– 2,7	110,7	– 0,1	115,7	– 1,1	→	
Einzelhandel - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	110,5	– 3,2	108,9	– 0,4	114,3	– 1,3	→	
Großhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	102,4	– 1,5	98,3	– 12,7	99,1	– 17,5	↘	
Großhandel - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	93,0	– 9,1	91,5	– 18,0	95,2	– 15,1	↓	
Gastgewerbe - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	122,5	– 0,2	117,3	3,9	126,2	– 1,3	↗	
Gastgewerbe - real ⁴	2005 ± 100	111,5	– 3,8	107,0	0,6	117,5	– 3,6	→	
Gästeankünfte.....	1 000	723,1	5,4	631,4	11,5	710,2	7,7	↗	
Gästeübernachtungen.....	1 000	1 685,0	6,3	1 426,2	13,8	1 630,2	9,7	↑	
Außenhandel									
Ausfuhr (Spezialhandel).....	Mill. EUR	973,7	15,9	943,8	12,2	908,9	– 0,5	↑	
davon nach EU.....	Mill. EUR	445,9	3,9	455,1	10,0	421,9	– 5,0	↑	
Einfuhr (Generalhandel).....	Mill. EUR	692,6	7,4	748,1	3,5	719,1	0,3	→	
Produktion									
(Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) ²									
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten)...	EUR	23 268	6,6	23 050,8	0,8	23 005,2	– 5,9	↗	
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer.....	EUR	4121	1,4	3 796,3	2,2	3 792,0	0,6	↗	
Späte Indikatoren									↓
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen									
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen ...	Anzahl	1 530	62,6	1 191,8	66,2	1 083,4	54,6	↑	
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	191	63,2	112,3	41,2	119,0	37,0	↑	
Insolvenzen gesamt.....	Anzahl	603	– 6,1	671,3	4,6	655,6	8,5	↗	
davon Unternehmen.....	Anzahl	126	– 3,8	138,5	4,3	126,8	9,1	↗	
Beschäftigte									
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ² ...	1 000	76,4	– 3,2	76,3	– 2,4	76,8	– 1,2	↘	
Bauhauptgewerbe ³	1 000	10,0	14,7	10,1	16,9	9,7	11,2	↑	
Einzelhandel ⁴	2005 ± 100	109,6	– 1,4	109,7	– 1,9	111,1	– 1,0	↘	
Großhandel ⁴	2005 ± 100	110,7	– 3,6	110,5	– 4,6	111,7	– 4,1	↘	
Gastgewerbe ⁴	2005 ± 100	111,0	– 3,7	110,5	– 2,0	112,7	– 1,1	↘	
Arbeitsmarkt									
Arbeitslose.....	Anzahl	239 802	– 2,2	242 768	0,2	237 185	2,5	→	
Arbeitslosenquote (aller zivilen Erwerbspersonen).....	%	14,2	– 2,1	14,4	0,0	14,1	2,5	→	
offene Stellen.....	Anzahl	32 131	– 0,6	33 915,3	2,9	32 725,9	0,4	→	

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex (ausgewählte Wirtschaftszweige)

3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; monatlicher Berichtskreis

4 vorläufig

Legende

Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % ≤ p

1 % ≤ p < 10 %

-1 % < p < 1 %

-10 % < p ≤ -1 %

p ≤ -10 %

↑

↗

→

↘

↓

Verbraucherpreisindex

2 % ≤ p

1 % ≤ p < 2 %

-1 % < p < 1 %

-2 % < p ≤ -1 %

p ≤ -2 %

↑

↗

→

↘

↓

Brandenburg

(Basis: Originalwerte, Stand vom 21. Juli 2010)

Merkmal	Einheit	April 2010		Januar 2010 April 2010		März 2009 bis April 2010		April 2010	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat	
			%		%		%		
Frühe Indikatoren									↗
Verbraucherpreisindex									
Gesamtindex.....	2005 ± 100	107,5	0,7	107,3	0,6	107,0	0,1	→	
Auftragseingang									
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1 2}	2005 ± 100	132,9	17,4	142,5	24,9	145,1	11,2	↑	
Bauhauptgewerbe.....	Mill. EUR	147,3	- 3,3	114,1	- 13,3	148,9	- 3,5	↘	
Baugenehmigungen	Anzahl	565	2,5	555,5	7,1	581,6	- 2,2	↗	
Gegenwärtige Indikatoren									↗
Umsatz									
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ²	Mill. EUR	1 638,1	16,9	1 522,4	12,3	1 528,2	- 2,1	↑	
Stromerzeugung (brutto)	GWh	3 207,4	11,7	3 420,2	10,2	2 998,8	- 3,9	↑	
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³	Mill. EUR	164,9	1,9	103,7	- 10,8	182,1	3,6	↘	
Einzelhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	115,4	- 5,5	106,4	- 1,5	111,8	- 2,7	↘	
Einzelhandel - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	109,7	- 6,4	102,0	- 2,0	107,8	- 1,0	↘	
Großhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	102,7	- 1,0	95,9	- 0,0	103,8	- 7,7	↗	
Großhandel - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	92,5	- 6,4	88,4	- 3,6	97,2	- 3,5	↘	
Gastgewerbe - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	105,4	0,6	89,1	- 0,1	107,6	1,8	→	
Gastgewerbe - real ⁴	2005 ± 100	96,7	- 0,1	81,9	- 0,6	98,6	0,2	↘	
Gästeankünfte	1 000	299,0	7,6	213,6	5,3	312,4	1,7	↗	
Gästeübernachtungen	1 000	811,6	7,1	580,8	6,1	865,5	2,9	↗	
Außenhandel									
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. EUR	892,4	14,1	899,8	3,7	901,6	- 5,5	↗	
davon nach EU	Mill. EUR	629,0	23,9	626,5	13,9	605,7	- 10,4	↑	
Einfuhr (Generalhandel)	Mill. EUR	1 140,2	33,9	1 104,5	25,2	1 004,4	- 9,6	↑	
Produktion									
(Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) ²									
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) ...	EUR	22 560	18,1	21 054,6	13,5	21 009,3	- 1,3	↑	
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer	EUR	2 917	6,2	2 661,5	4,1	2 686,0	1,0	↗	
Späte Indikatoren									↓
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen									
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen ...	Anzahl	525	63,6	329,3	170,4	305,8	161,7	↑	
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	135	58,8	98,8	68,1	85,9	68,5	↑	
Insolvenzen gesamt.....	Anzahl	512	- 0,4	513,8	2,0	527,3	6,7	↗	
davon Unternehmen.....	Anzahl	50	- 12,3	60,0	3,4	63,5	12,7	↑	
Beschäftigte									
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ² ...	1 000	72,6	- 1,0	72,3	- 1,1	72,7	- 0,9	↘	
Bauhauptgewerbe ³	1 000	15,7	0,1	15,1	- 1,0	15,7	- 1,5	→	
Einzelhandel ⁴	2005 ± 100	104,7	- 3,1	104,2	- 3,9	106,2	- 3,0	↘	
Großhandel ⁴	2005 ± 100	126,5	- 0,4	126,2	- 0,4	127,2	- 1,3	→	
Gastgewerbe ⁴	2005 ± 100	99,9	- 2,8	98,1	- 0,3	103,4	1,0	↘	
Arbeitsmarkt									
Arbeitslose	Anzahl	158 795	- 10,9	168 463	- 7,8	160 534	- 6,4	↘	
Arbeitslosenquote (aller zivilen Erwerbspersonen)	%	11,9	- 9,8	12,6	- 7,0	12,0	- 5,6	→	
offene Stellen	Anzahl	14 846	- 5,1	13 991,8	- 6,8	14 359,7	0,9	↘	

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex
(ausgewählte Wirtschaftszweige)3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen
20 und mehr Beschäftigten; monatlicher Berichtskreis

4 vorläufig

Legende

Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % ≤ p

1 % ≤ p < 10 %

-1 % < p < 1 %

-10 % < p ≤ -1 %

p ≤ -10 %

Verbraucherpreisindex

2 % ≤ p

1 % ≤ p < 2 %

-1 % < p < 1 %

-2 % < p ≤ -1 %

p ≤ -2 %

↑

↗

→

↘

↓

↑

↗

→

↘

↓

1990–2010 **Berlin und Brandenburg**

Gebietsgliederungen in Brandenburg

Am 3. Oktober 1990 wurde das Land Brandenburg, wie im Einigungsvertrag festgeschrieben, Teil der Bundesrepublik Deutschland. Die Landeshauptstadt ist Potsdam. Brandenburg grenzt im Norden an Mecklenburg-Vorpommern, im Süden an Sachsen, im Westen an Sachsen-Anhalt und im Nordwesten an Niedersachsen. Die östliche Landesgrenze Brandenburgs ist ein Teil der deutschen Staatsgrenze, die an die polnischen Woiwodschaften Lubuskie (Lebus) und Zachodniopomorskie (Westpommern) angrenzt und bis zum Beitritt Polens am 1. Mai 2004 EU-Außengrenze war und seitdem eine EU-Binnengrenze ist. Das Land Brandenburg umschließt die Bundeshauptstadt Berlin vollständig und bildet mit ihr die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg.

Neues Land Brandenburg

Nach der Zerschlagung des nationalsozialistischen Dritten Reichs richtete die sowjetische Militäradministration in ihrer Besatzungszone 1945 die Länder Mecklenburg, Sachsen, Thüringen und die beiden preußischen Provinzen Sachsen-Anhalt und Brandenburg ein; Brandenburg umfasste das Gebiet der ehemaligen preußischen Kernprovinz westlich von Oder und Neiße. Mit der Auflösung Preußens im Jahr 1947 erhielten die Provinzen den Länderstatus. Die Bildung der deutschen Länder war im Jahr 1947 abgeschlossen. Wenige Jahre später – 1952 – wurden die Länder auf dem Territorium der DDR faktisch aufgelöst und durch 14 Bezirke ersetzt, die fortan die mittlere Verwaltungsebene bildeten. Brandenburg wurde in die drei Bezirke Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam aufgeteilt. Gleichgestellt wurde Berlin-Ost den Bezirken im Jahr 1961. An dieser Struktur änderte sich bis zur Wiedervereinigung nichts.

Am 22. Juli 1990 beschloss die Volkskammer der DDR ein Ländereinführungsgesetz, das die Bezirke abschaffte und die Bildung der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie ihre Grenzen untereinander regelte und das am 14. Oktober in Kraft treten sollte. So heißt es in §1 des Ländereinführungsgesetzes: „Mit Wirkung vom (...) werden in der DDR folgende Länder gebildet: (...) Brandenburg durch die Zusammenlegung der Bezirksterritorien Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam, ohne die Kreise Hoyerswerda, Jessen und Weißwasser, zuzüglich der Kreise Perleberg, Prenzlau und Templin; ...“. Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 wurden die fünf neuen Länder vorfristig gegründet.

Bereits 1992 gab es Gebietsverschiebungen zwischen den Ländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, die im Staatsvertrag über die Änderung der gemeinsamen Landesgrenze vom 9. Mai 1992 geregelt wurden. So wechselten 22 Gemeinden aus Mecklenburg-Vorpommern zum Land Brandenburg und aus dem jetzigen Landkreis Prignitz zwei Gemeinden und zwei Ortsteile in das Land Mecklenburg-Vorpommern.

Das Land Brandenburg ist mit einer Ausdehnung von 291 km in Nord-Süd-Richtung und 244 km in Ost-West-Richtung sowie mit einer Fläche von 29 482 km² das fünfgrößte Bundesland und das größte unter den neuen Bundesländern. Es ist mit 85 Einwohnern pro km² nach Mecklenburg-Vorpommern das am wenigsten besiedelte Flächenland.

Kreis- und Gemeindegebietsreformen

Nach der Neubildung 1990 bestand das Land Brandenburg aus 38 Landkreisen und sechs kreisfreien Städten mit insgesamt 1 793 Gemeinden. In den Folgejahren kam es in Brandenburg im Zuge von Kreis- und Gemeindegebietsreformen immer wieder zu umfangreichen internen Gebietsänderungen. So reduzierte die Kreisgebietsreform am 6. Dezember

Tab. 1 **Gebietskörperschaften in Brandenburg**
Tabelle 1990 bis 2009

Stichtag des Gebiets- standes	Anzahl Gemeinden			Ämter	Land- kreise	Kreis- freie Städte
	ins- gesamt	amts- frei	amts- angehörig			
31.12.1990.....	1 793	–	–	–	38	6
31.12.1991.....	1 793	–	–	–	38	6
31.12.1992.....	1 813	–	–	–	38	6
31.12.1993.....	1 700	60	1 640	158	14	4
31.12.1994.....	1 696	60	1 636	158	14	4
31.12.1995.....	1 696	60	1 636	158	14	4
31.12.1996.....	1 696	60	1 635	158	14	4
31.12.1997.....	1 565	65	1 499	153	14	4
31.12.1998.....	1 489	66	1 423	152	14	4
31.12.1999.....	1 479	66	1 413	152	14	4
31.12.2000.....	1 474	66	1 408	152	14	4
31.12.2001.....	1 092	86	1 006	130	14	4
31.12.2002.....	886	93	793	122	14	4
31.12.2003.....	438	147	287	55	14	4
31.12.2004.....	421	148	272	54	14	4
31.12.2005.....	421	148	272	54	14	4
31.12.2006.....	420	148	272	54	14	4
31.12.2007.....	420	148	272	54	14	4
31.12.2008.....	420	148	272	54	14	4
30.06.2009.....	419	148	271	53	14	4

1993 die Anzahl der Kreise auf 14 Landkreise und vier kreisfreie Städte; insgesamt gab es 1 700 Gemeinden. Damit war Brandenburg das erste neue Bundesland, das den Zuschnitt der Landkreise neu geregelt hatte. Schwedt und Eisenhüttenstadt verloren ihren Status als kreisfreie Stadt. Während im Jahr 1994 keine und in den Jahren 1995 und 1996 nur geringfügige Gebietsveränderungen wirksam wurden, kam es ab 1997 zu größeren Änderungen (Tabelle 1). Am 16. März 2001 trat das Gemeindereformgesetz im Land Brandenburg in Kraft, das unter der programmatischen Losung „Starke Gemeinden für Brandenburg“ stand. Abgeschlossen wurde die Gemeindegebietsreform bis zu den landesweiten Kommunalwahlen am 26. Oktober 2003. Ausgehend von der Kreisgebietsreform 1993 und der Gemeindegebietsreform 2001 wurden bis 2003 im Land Brandenburg einige Kreis-

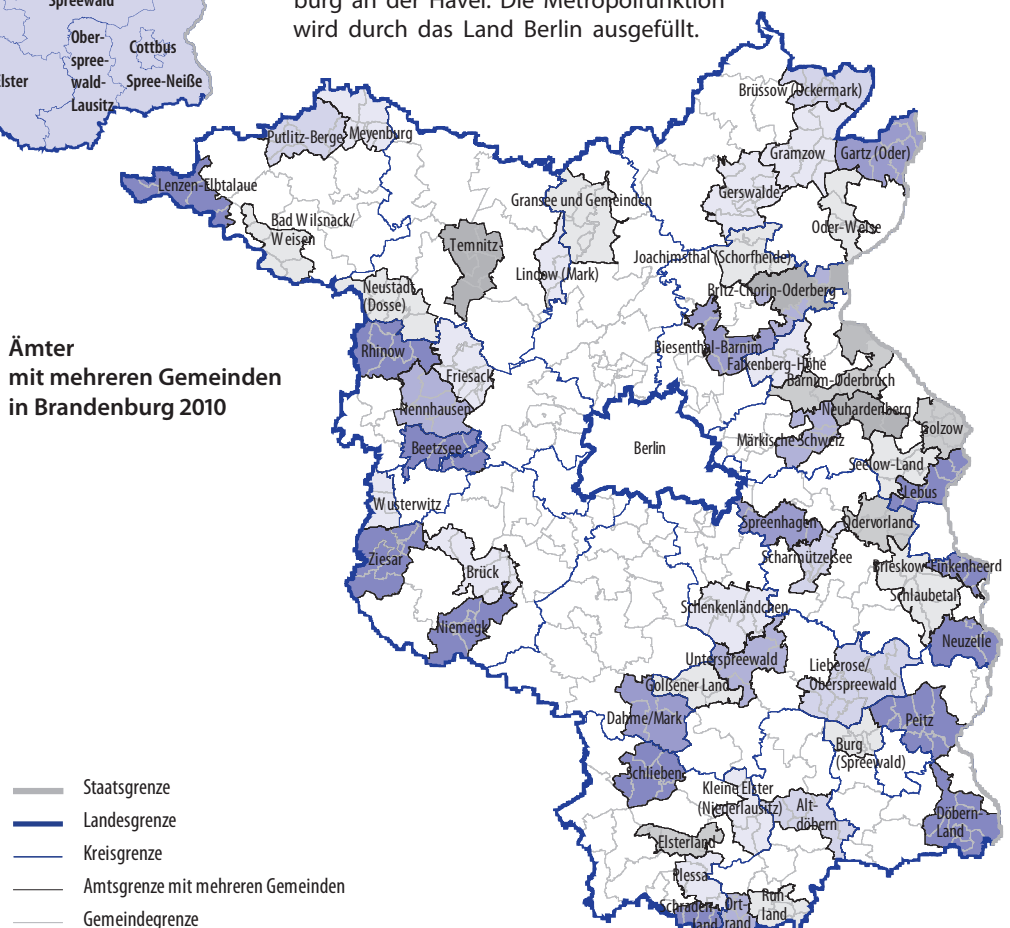
grenzen geänderte und umfangreiche Gemeindegebietsveränderungen vorgenommen, die zu der heute gültigen Struktur führten. Brandenburg gliedert sich nunmehr in vier kreisfreie Städte, 14 Landkreise, 53 Ämter (Gemeindezusammenschlüsse) mit insgesamt 419 Gemeinden. Mit Gemeindezusammenschlüssen haben sich 271 Gemeinden zu 53 Ämtern zusammengeschlossen. Von den 18 Kreisen und kreisfreien Städten grenzen acht als Sektorkreise an Berlin; sieben reichen im Westen, Norden und Osten bis an die äußere Landesgrenze.

Die kleinste Gemeinde ist Eichwalde mit 2,8 km² und 6 065 Einwohnern am 30. Juni 2009, die größte Wittstock/Dosse mit 417 km² und 15 568 Einwohnern. Küssernitztal ist mit 380 Einwohnern die bevölkerungskleinste Gemeinde und Potsdam mit 153 Tausend die bevölkerungsstärkste. Der Landkreis Uckermark ist der flächengrößte Kreis Deutschlands.

Abb. 1 Kreisfreie Städte und Landkreise mit Kreisstädten in Brandenburg 2010



Abb. 2 Ämter mit mehreren Gemeinden in Brandenburg 2010



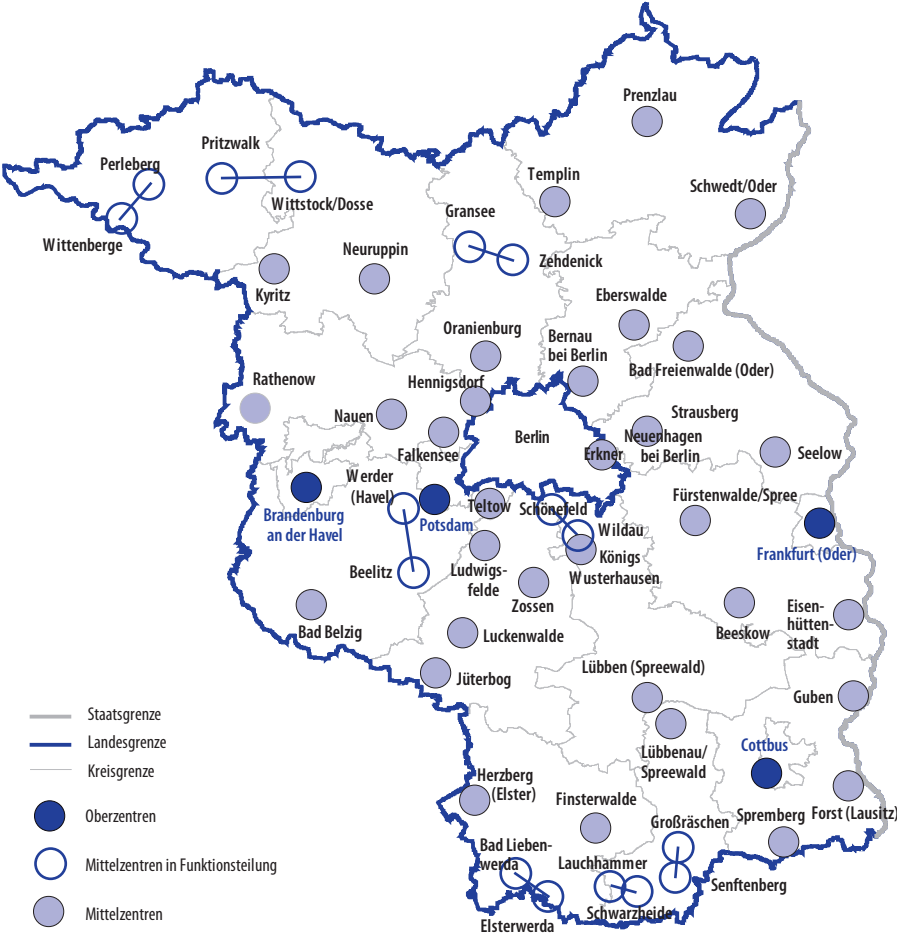
Tab. 2 Verwaltungsgliederung in Brandenburg mit statistischen Eckdaten zum Gebietsstand 30. Juni 2009

Verwaltungsbezirk	Kreisstadt	Bevölkerung	Fläche km²	Einwohner je km²
Kreisfreie Städte				
Brandenburg an der Havel.....		72 226	229	316
Cottbus.....		101 450	164	618
Frankfurt (Oder).....		60 932	148	412
Potsdam.....		153 347	187	818
Landkreise				
Barnim..... Eberswalde.....		176 675	1 472	120
Dahme-Spreewald..... Lübben (Spreewald).....		161 465	2 262	71
Elbe-Elster..... Herzberg (Elster).....		114 726	1 889	61
Havelland..... Rathenow.....		155 059	1 717	90
Märkisch-Oderland..... Seelow.....		191 324	2 150	89
Oberhavel..... Oranienburg.....		202 289	1 798	112
Oberspreewald-Lausitz..... Senftenberg.....		124 340	1 217	102
Oder-Spree..... Beeskow.....		185 646	2 243	83
Ostprignitz-Ruppin..... Neuruppin.....		104 344	2 509	42
Potsdam-Mittelmark..... Bad Belzig.....		204 396	2 575	79
Prignitz..... Perleberg.....		83 751	2 123	39
Spree-Neiße..... Forst (Lausitz).....		129 633	1 648	79
Teltow-Fläming..... Luckenwalde.....		162 053	2 092	77
Uckermark..... Prenzlau.....		132 023	3 058	43
Brandenburg insgesamt		2 515 679	29 482	85

Tab. 3 Ausgewählte räumliche Gliederungen in Brandenburg am 30. Juni 2009

Raumgliederung	Anzahl Einheiten	Minimum	Maximum	Mittelwert
Fläche in km²				
Kreisfreie Städte...	4	147,8	228,8	182,1
Landkreise.....	14	1 216,7	3 058,3	2 053,8
Ämter.....	53	75,4	411,2	205,8
Gemeinden.....	419	2,8	417,2	70,4
Oberzentren.....	4	147,8	228,8	182,1
Mittelzentren.....	34	16,6	377,0	122,5
Mittelzentren in Funktionsteilung	16	9,1	417,2	125,6
Mittelbereiche.....	46	42,3	1 492,1	640,9
Einwohner				
Kreisfreie Städte...	4	60 932	153 347	96 988,8
Landkreise.....	14	83 751	204 396	151 980,3
Ämter.....	53	3 944	13 034	6 933,2
Gemeinden.....	419	380	153 347	6 004,0
Oberzentren.....	4	60 932	153 347	96 988,8
Mittelzentren.....	34	5 561	41 542	22 124,1
Mittelzentren in Funktionsteilung	16	6 106	26 879	13 630,3
Mittelbereiche.....	46	28 101	173 809	54 688,7

Abb. 3 Oberzentren, Mittelzentren und Mittelzentren in Funktionsteilung in Brandenburg 2010



Zu dem ZOS gehören weiterhin 34 Mittelzentren und 16 Mittelzentren in Funktions-
teilung. In der Summe nehmen 54 Gemein-
den in Brandenburg eine Funktion im ZOS
wahr (Abbildung 3). Als intermediäre Ebene
zwischen Kreisen und Gemeinden fungie-
ren 46 Mittelbereiche, zu denen Berlin als
47. Element hinzukommt (Abbildung 4). Der
Stadt-Umland-Zusammenhang Berlin-Pots-
dam löst den nicht mehr gültigen „engeren
Verflechtungsraum“ (eVR) bzw. „äußeren
Entwicklungsraum“ (äER) ab. Zum engeren
Verflechtungsraum zählten 63 Gemeinden,
zum neuen Berliner Umland gehören 50 Ge-
meinden, die anderen Gemeinden bilden
den weiteren Metropolraum (Abbildung 5).

Weitere Strukturräume sind die Pla-
nungsregionen mit Havelland-Fläming,
Lausitz-Spreewald, Oderland-Spree, Pri-
gnitz-Oberhavel und Uckermark-Barnim.
Diese und viele weitere nationale und euro-
paweite Regionalklassifikationen werden
in der amtlichen Statistik im Gemeindever-
zeichnis-Informationssystem (GV-Isys) ge-
führt und fortgeschrieben.

Autoren: Hartmut Bömermann,
Gabriele Gruber

Abb. 4 Mittelbereiche in Brandenburg 2010
mit Schlüsselnummern

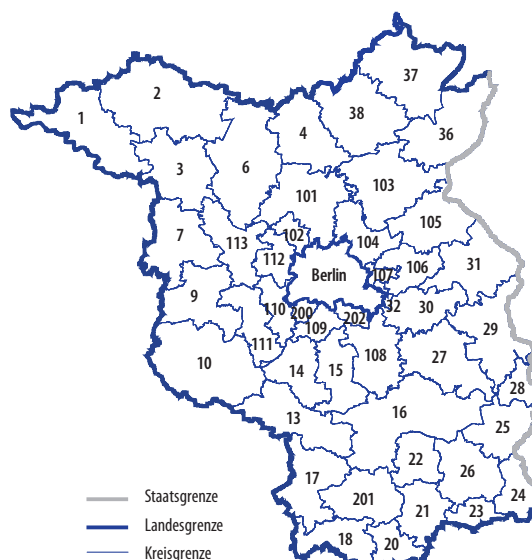
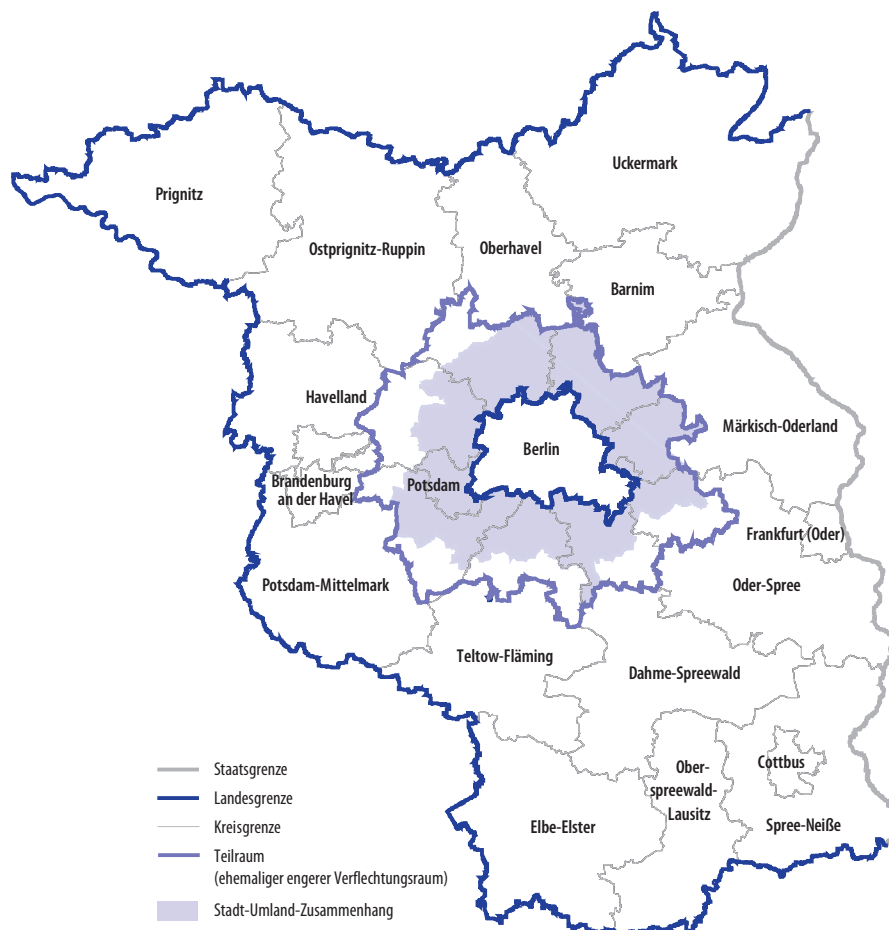


Abb. 5 Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg



Quellen

- Einigungsvertrag vom 31. August 1990, BGBl. 1990 Teil II, S. 889.
- Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik - Länder-einführungsgesetz - vom 22. Juli 1990, Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1990, Teil I.
- Verordnung über den Landesent-wicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B-B), GVBl. für das Land Brandenburg, Teil II, 20. Jg., Nr. 50, S.186 - 269.
- Landesbetrieb für Datenverarbei-tung und Statistik Land Branden-burg, „Gebiets und Namensänderun-gen im Land Brandenburg 1991 bis 2004“; Beitrag zur Statistik, April 2005.
- Landesbetrieb für Datenverarbei-tung und Statistik Land Branden-burg, „Gebiets und Namensänderun-gen im Land Brandenburg 1.1.2005 bis 1.1.2006“; Statistische Berichte AV1-j/05.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hg.): „Gemeindever-zeichnis“; CD, 2009.
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, „Bevölkerungsentwicklung und Flächen der kreisfreien Städte, Landkreise und Gemeinden im Land Brandenburg“; Statistischer Bericht A I 4, AV 2.

1990–2010 **Berlin und Brandenburg**

Verarbeitendes Gewerbe

Gegensätzliche Entwicklungen in Berlin und Brandenburg

Berlin

Brandenburg

Das Verarbeitende Gewerbe in Berlin und Brandenburg erlebte durch den Zusammenbruch großer Teile der ostdeutschen Wirtschaft zu Beginn der 1990er Jahre einen entscheidenden Einschnitt, der die nachfolgende industrielle Entwicklung in den beiden Ländern nachhaltig beeinflusste. Die heutige Situation ist entsprechend das Ergebnis eines dynamischen Prozesses, der in Berlin und Brandenburg zum Teil sehr unterschiedlich verlief.

Die im Internet veröffentlichten „Langen Reihen“ geben einen detaillierten Überblick über die Anzahl der Betriebe und Beschäftigten sowie über die Umsatzentwicklung und die Investitionstätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe in Berlin und Brandenburg von 1991 bis 2009. Diese Daten bilden die Grundlage für die folgenden Analysen zu den langfristigen Entwicklungen und den strukturellen Unterschieden des Verarbeitenden Gewerbes in Berlin und Brandenburg.

Langfristige Entwicklungen

In den letzten 20 Jahren gab es in den Statistiken zum Verarbeitenden Gewerbe eine ganze Reihe methodischer Veränderungen, die zum Teil zu gravierenden Brüchen in den Daten geführt haben. Bezüglich der Jahreserhebungen im Verarbeitenden Gewerbe gehören vor allem die zwei Umstellungen der Wirtschaftszweigklassifikationen in den Jahren 2003 und 2008 (WZ 2003, WZ 2008) zu den bedeutendsten Veränderungen. Vor allem bei der letzten Umstellung wurden die definitorischen Grenzen des Verarbeitenden Gewerbes deutlich verschoben. Dieses betrifft vor allem die Bereiche des Verlags- und Druckgewerbes inklusive der Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern, sowie den Recycling-Bereich. Ebenso wird die Reparatur, Instandhaltung und Installation von Maschinen und Ausrüstungen künftig von ihrer Herstellung getrennt und in einer eigenen Abteilung innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes erfasst. Der-

artige Umstellungen müssen bei der Analyse langer Datenreihen stets berücksichtigt werden. Um die Auswirkungen der letzten WZ-Änderung einschätzen zu können, sind in den Anhängen und in der Tabelle 1 die Ergebnisse für das Jahr 2008 sowohl nach der WZ 2003, als auch nach der WZ 2008 dargestellt.

Ein weiterer methodischer Bruch ist für das Jahr 1997 zu berücksichtigen. In diesem Jahr wurden die in der Handwerkszählung 1995 neu erfassten Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes zum ersten Mal in die Erhebung aufgenommen. Die Abbildung 1 zeigt hier deutlich, dass dieses Ereignis in erster Linie das Brandenburger Datenmaterial beeinflusst hat. Im Jahr 1997 kam es zu einem explosionsartigen Anstieg bei der Anzahl der Brandenburger Betriebe im Ver-

Tab. 1 **Verarbeitendes Gewerbe¹ in Berlin und Brandenburg in ausgewählten Jahren 1997 bis 2009 (ausgewählte Jahre)**

Merkmal	1997 ³	2000	2003 ⁴	2006 ⁴	2008 ⁴	2008 ⁵	2009 ⁵
	absolut	Messzahl (1997 $\hat{=}$ 100)					
Anzahl der Betriebe ²							
Deutschland.....	48 979	99,9	98,9	94,8	96,0	92,3	92,3
Berlin.....	994	93,2	92,5	81,1	79,2	72,2	74,1
Brandenburg.....	1 098	106,5	102,8	97,3	101,6	96,8	100,1
Berlin und Brandenburg.....	2 092	100,1	97,9	89,6	91,0	85,1	87,8
Anzahl der Beschäftigten ²							
Deutschland.....	6 415 642	99,4	95,6	91,9	96,4	93,6	89,4
Berlin.....	126 763	87,9	84,3	77,0	78,7	70,5	69,3
Brandenburg.....	95 249	95,0	91,2	89,7	99,4	95,4	94,8
Berlin und Brandenburg.....	222 012	90,9	87,2	82,4	87,6	81,2	80,2
Umsatz in Mill. EUR							
Deutschland.....	1 125 090	116,1	119,8	141,2	154,3	149,8	122,4
Berlin.....	30 575	100,0	98,3	101,3	91,9	80,8	74,4
Brandenburg.....	13 468	117,7	125,4	153,7	175,7	164,9	150,0
Berlin und Brandenburg.....	44 043	105,4	106,6	117,3	117,5	106,5	97,5
Auslandsumsatz in Mill. EUR							
Deutschland.....	356 575	132,9	144,1	186,9	208,4	205,1	163,6
Berlin.....	5 424	132,9	137,4	177,8	200,2	197,9	188,2
Brandenburg.....	1 658	171,6	201,2	294,8	335,6	321,8	277,5
Berlin und Brandenburg.....	7 082	141,9	143,8	205,2	231,9	226,9	209,1

¹ Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten;
ab 2007 Ergebnisse des Monats- und Jahresberichts für Betriebe

² Jahresdurchschnitt ab 2007 bezogen auf den September

⁴ WZ 2003

⁵ WZ 2008

Abb. 1 Index der Anzahl der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe Deutschlands, Berlins und Brandenburgs 1991 bis 2008

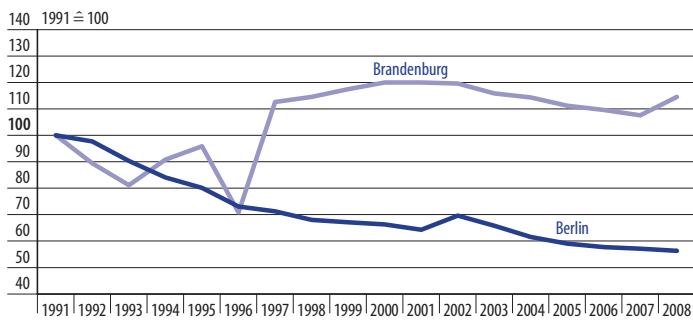


Abb. 2 Umsatz pro Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland, Berlin und Brandenburg 1991 bis 2009

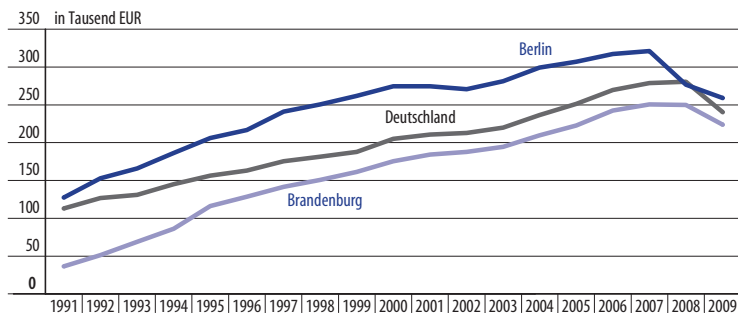
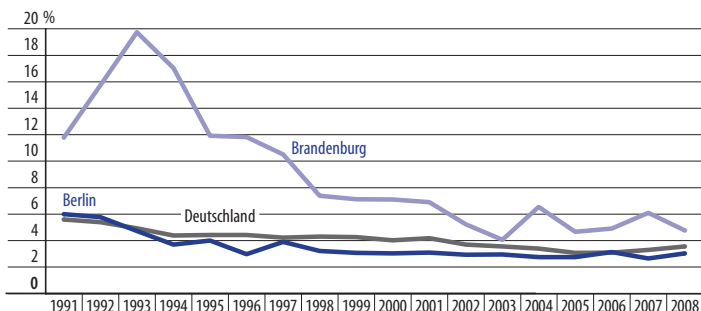


Abb. 3 Investitionsquote des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland, Berlin und Brandenburg 1991 bis 2008



gleich zum Basisjahr 1991. Nach diesem Jahr bleibt die Anzahl der Betriebe auf diesem hohen Niveau. Auch in den Jahren vor 1997 weist das Datenmaterial für Brandenburg erhebliche Schwankungen auf, die sich sowohl aus methodischer Sicht als auch aus inhaltlicher Sicht nicht erklären lassen. In den Berliner Daten und in den Bundesergebnissen sind derartige Schwankungen und die Niveauverschiebung im Jahr 1997 nicht zu beobachten. Für einen Vergleich der Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes in Berlin und Brandenburg setzen die folgenden Analysen deshalb erst in dem Jahr 1997 an.

Die Tabelle 1 stellt exemplarisch an den Jahren 1997, 2003, 2006, 2008 und 2009 die langfristige Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland, Berlin und Brandenburg in Bezug zum Basisjahr 1997 überblicksartig dar.

Im Jahr 1997 lagen hinsichtlich der Anzahl der Betriebe die beiden Länder Berlin und Brandenburg noch annähernd gleich auf – bei noch deutlich mehr Beschäftigten und höheren Umsätzen in der

Berliner Industrie. Ausgehend von diesem insgesamt höheren Niveau veranschaulichen die Zahlen die Fortsetzung des Konsolidierungsprozesses des Verarbeitenden Gewerbes in Berlin, der bereits nach der Wende in den 90er Jahren durch den Wegfall traditioneller Handelspartner und dem Abbau von Subventionen seinen Anfang nahm. Dieser Prozess ist gekennzeichnet durch die zurückgehende Zahl der Betriebe, einer geringeren Beschäftigtenzahl und niedrigeren Umsätzen. In Brandenburg dagegen nahm seit 1997 die Anzahl der Betriebe zu, bei gleichzeitig steigenden Umsätzen und niedrigeren Beschäftigtenzahlen. Mit dieser positiven Entwicklung kann das Verarbeitende Gewerbe in Brandenburg Jahr für Jahr gegenüber den anderen Bundesländern aufholen. So haben sich die Umsätze in Brandenburg von 1997 auf 2009 um 50 % erhöht, während für das gesamte Bundesgebiet eine Zunahme von 22,4 % zu verzeichnen ist. Auch in absoluten Zahlen hatten sich die Zahl der Beschäftigten und die Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe in Berlin und Brandenburg weiter angenähert, wobei die Anzahl der Brandenburger Betriebe mit 1 099 nun deutlich über der Zahl von 737 Industriebetrieben in Berlin liegt.

Die Entwicklung der Umsatz- und Beschäftigtenzahlen spiegelt sich auch in der Umsatzproduktivität des Verarbeitenden Gewerbes in Berlin und Brandenburg wider. Die in der Abbildung 2 dargestellten Umsätze pro Beschäftigten zeigen eine Annäherung der beiden Bundesländer, bei der die Produktivität der Berliner Betriebe aufgrund höherer Umsätze und geringeren Beschäftigtenzahlen lange Zeit deutlich über den Brandenburger Ergebnissen lag.

Die für Berlin und Brandenburg zusammengefassten Trends für die Anzahl der Betriebe, Beschäftigten und Umsätze (Tabelle 1) liegen insgesamt etwas unterhalb der bundesweiten Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes. Das Ergebnis des Jahres 2009 macht allerdings deutlich, dass die Umsätze in der Region Berlin-Brandenburg in der Wirtschaftskrise weniger stark eingebrochen sind als in der gesamten Bundesrepublik.

Die Entwicklung der Investitionsquote für die Jahre 1991 bis 2008 (Abbildung 3) zeigt, dass über den gesamten Betrachtungszeitraum in Brandenburg der Anteil der Investitionen in Sachanlagen am Gesamtumsatz oberhalb des Bundesergebnisses lag. Vor allem in den 90er Jahren war das Verarbeitende Gewerbe in Brandenburg von einer sehr hohen In-

Tab. 2 Die zehn größten Wirtschaftszweige im Berliner Verarbeitenden Gewerbe¹ im Jahr 2009

Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008		Betriebe ²	Beschäftigte ²	Gesamtumsatz		Betriebs- größe ³	Export- quote
				insgesamt	Ausland		
				Anzahl		in 1 000 EUR	
27	H.v. elektrischen Ausrüstungen.....	43	13 162	1 413 042	803 529	306	45,7
26	H.v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen.....	90	10 381	2 063 356	1 207 206	115	50,9
21	H.v. pharmazeutischen Erzeugnissen...	23	9 447	5 514 192	4 124 045	411	61,4
10	H.v. Nahrungs- und Futtermitteln.....	97	8 418	2 734 311	535 555	87	18,3
28	Maschinenbau.....	59	8 093	1 882 187	1 207 570	137	58,0
25	H.v. Metallerzeugnissen.....	80	5 951	981 388	204 367	74	28,8
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen.....	67	5 107	768 819	173 496	76	35,9
18	H.v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern.....	65	4 666	715 421	52 940	72	13,8
32	H.v. sonstigen Waren.....	57	3 961	541 771	188 378	69	47,5
29	H.v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen.....	7	3 631	259 147	120 053	519	56,9

¹ Betriebe mit im Allgemeinen
20 und mehr Beschäftigten

² Jahresdurchschnitt
bezogen auf den September

³ Beschäftigte pro Betrieb

H.v. = Herstellung von

Tab. 3 Die zehn größten Wirtschaftszweige im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe¹ im Jahr 2009

Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008		Betriebe ²	Beschäftigte ²	Gesamtumsatz		Betriebsgröße ³	Exportquote
				insgesamt	Ausland		
				Anzahl	in 1 000 EUR		Anzahl
10	H.v. Nahrungs- und Futtermitteln.....	152	11 167	2 722 911	510 362	73	18,7
25	H.v. Metallerzeugnissen.....	157	9 003	1 067 269	128 236	57	12,0
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen.....	116	8 738	978 037	255 267	75	26,1
29	H.v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen.....	23	5 797	691 152	83 800	252	12,1
28	Maschinenbau.....	87	5 630	630 012	244 242	65	38,8
22	H.v. Gummi- und Kunststoffwaren.....	62	5 235	997 570	343 626	84	34,4
24	Metallerzeugung und -bearbeitung.....	18	5 180	1 397 821	•	288	•
23	H.v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden .	166	4 447	967 716	107 125	27	11,1
20	H.v. chemischen Erzeugnissen.....	29	4 348	1 397 219	131 420	150	9,4
17	H.v. Papier, Pappe und Waren daraus.....	32	3 892	1 128 100	383 888	122	34,0

¹ Betriebe mit im Allgemeinen
20 und mehr Beschäftigten

² Jahresdurchschnitt
bezogen auf den September

³ Beschäftigte pro Betrieb

H.v. = Herstellung von

vestitionsintensität geprägt, die sich in den letzten zehn Jahren kontinuierlich dem Bundesdurchschnitt und damit auch der niedrigeren Investitionstätigkeit Berliner Industriebetriebe annähert. Eine hohe Investitionsquote ist ein Ausdruck positiver Erwartungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung eines Unternehmens und kennzeichnet die Bemühungen eines Betriebes, seine Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Die dauerhaft niedrige Investitionsquote in Berlin zeigt, dass hier diese Bemühungen weitgehend ausgeblieben sind. Diese großen Unterschiede sind jedoch auch vor dem Hintergrund gezielter Förderprogramme in Brandenburg und den großen strukturellen Veränderungen vor allen in West-Berlin zu betrachten.

Vergleich der Wirtschaftsstrukturen

Auch wenn die beiden Bundesländer Berlin und Brandenburg aufgrund ihrer starken infrastrukturellen Verbindungen als eine gemeinsame Wirtschaftsregion verstanden werden können, unterscheiden sie sich hinsichtlich ihrer industriellen Entwicklung in den letzten Jahren. Dafür können Wanderungsbewegungen zwischen den beiden Ländern verantwortlich gemacht werden, jedoch lässt sich diese These nicht anhand der amtlichen Daten zum Verarbeitenden Gewerbe überprüfen. Deutlich zeigen lassen sich dagegen die Unterschiede in den Wirtschaftsstrukturen in Berlin und Brandenburg. Hier können Ursachen für ihre zum Teil gegenläufige Entwicklung gefunden werden.

Erste Hinweise für die Wirtschaftsstruktur eines Landes ergeben sich aus der durchschnittlichen Betriebsgröße. Die Abbildung 4 verdeutlicht, dass gemessen am Umsatz und an den Beschäftigtenzahlen die Industriebetriebe in Berlin im Mittel deutlich größer sind als in Brandenburg. Dort ging vor allem in den 90er Jahren die Beschäftigtenzahl deutlich zurück.

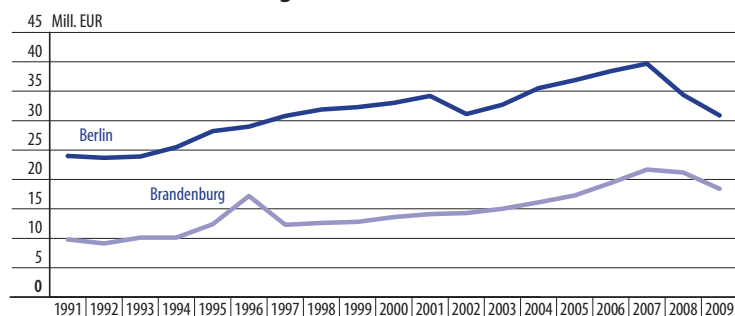
Verglichen mit dem Verarbeitenden Gewerbe im gesamten Bundesgebiet, ist die Brandenburger und Berliner Industrie weniger stark am Export orientiert (Abbildung 5). Diese geringere Abhängigkeit von der Exportnachfrage gilt als Ursache für die vergleichsweise geringen Umsatzeinbußen in der Wirtschaftskrise. Das erklärt auch, warum sich die Brandenburger Industrie vergleichsweise schneller erholt: Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz nahm in Berlin deutlich stärker zu als in Brandenburg und lag in den letzten beiden Jahren sogar leicht oberhalb der bundesweiten Exportquote.

Die Exportquote ist über die einzelnen Industriebranchen grundsätzlich nicht gleich verteilt. So fallen zum Beispiel Auslandslieferungen in der Nahrungsmittelindustrie deutlich geringer aus als beispielsweise in der stark exportorientierten Pharmaindustrie oder im Maschinenbau. Daraus ergibt sich aus der Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes eines Landes ein wichtiger Anhaltspunkt für die Analyse seiner Wirtschaftsstrukturen.

Die Tabellen 2 und 3 stellen für jedes der beiden Länder die jeweils zehn größten Wirtschaftszweige (gemessen an den Beschäftigtenzahlen) dar. Keine Branche des Verarbeitenden Gewerbes gehört sowohl in Berlin als auch in Brandenburg zu den drei größten Industriezweigen. Während in Berlin die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen, die Elektrobranche und die Pharmaindustrie der größte Arbeitgeber sind, haben in Brandenburg die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln, die Metallindustrie und der Bereich der Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen die größte Bedeutung. Damit sind in Brandenburg vor allem die importorientierten Wirtschaftszweige mit eher kleineren Betrieben stark vertreten, während die wichtigsten Zweige der Berliner Industrie dagegen typische Exportindustrien mit überwiegend größeren Betrieben sind.

Als Ergebnis lässt sich festhalten: Das Verarbeitende Gewerbe in den Ländern Berlin und Brandenburg entwickelte sich in den letzten 20 Jahren nicht

Abb. 4 Umsatz pro Betrieb des Verarbeitenden Gewerbes in Berlin und Brandenburg 1991 bis 2009



Beschäftigte pro Betrieb des Verarbeitenden Gewerbes in Berlin und Brandenburg 1991 und 2009

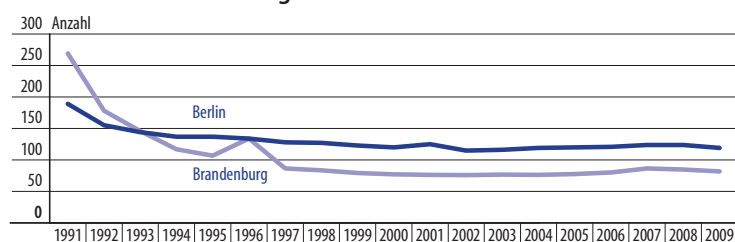
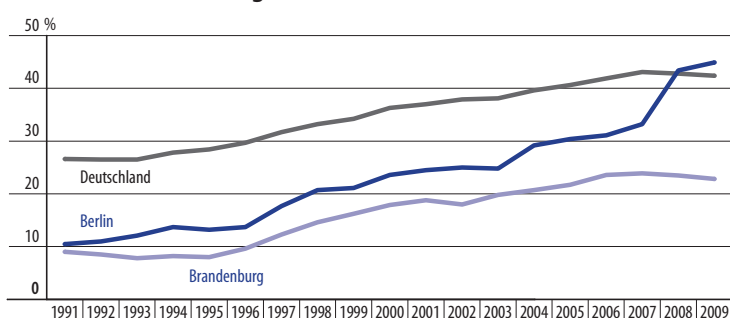


Abb. 5 Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland, Berlin und Brandenburg 1991 bis 2009



in die gleiche Richtung. Berlin hat einen deutlichen Schrumpfungsprozess hinter sich und ist heute mit seinen Schwerpunkten in der Elektro- und Pharmazieindustrie von einer zunehmenden Auslandsorientierung geprägt. Brandenburgs Industrie konnte dagegen in den letzten Jahren wachsen und hat seine Stärken in erster Linie in der Nahrungsmittelindustrie und in der Metallbranche. Man kann das als Gegensatz bezeichnen, doch vor dem Hintergrund einer gemeinsamen Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg ist hier eine andere Formulierung angebracht: Die Industrien in Berlin und Brandenburg ergänzen sich gut.

Autor: Andreas Techen

1990–2010 **Berlin und Brandenburg****Energie**

Reduktion von Energieverbrauch und CO₂-Emissionen
in Berlin und Brandenburg: Zwei Länder – zwei Strategien
Berlin
Brandenburg

Der Begriff des „Klimawandels“ ist in der öffentlichen Diskussion allgegenwärtig, und mit ihm nahm auch in Berlin und Brandenburg die Bedeutung eines bewussten Umgangs mit unseren Energieressourcen innerhalb der letzten 20 Jahre rapide zu. Das Ziel dabei ist nicht nur, Energie einzusparen, sondern vor allem den Ausstoß des Klimagases Kohlendioxid (CO₂) zu reduzieren. Dies geschieht entweder durch eine effizientere Energienutzung (z. B. Kraftwärmekopplung), durch eine CO₂-ärmere Verbrennung fossiler Brennstoffe (z. B. Kohle durch Erdgas ersetzen) oder durch den Ersatz dieser Brennstoffe durch weitgehend CO₂-freie Energieträger (z. B. Windkraft, Solarenergie). Dieses würde zu einer weitgehenden Entkopplung von Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß führen, bei dem eine zunehmende Energienutzung nicht zwangsläufig zu höheren CO₂-Emissionen führt.

Die politischen und technischen Anstrengungen der letzten Jahre machen eine umfassende statistische Berichterstattung erforderlich, die die Entwicklung der Energienutzung und der CO₂-Emissionen auch für die Länder Berlin und Brandenburg darstellt. Die Grundlage dafür bilden die Energie- und CO₂-Bilanzen der beiden Länder, als komplexe Rechenwerke zum Energieverbrauch und den daraus resultierenden CO₂-Emissionen. In der Energiebilanz werden das Aufkommen, die Umwandlung und die Verwendung von Energieträgern in der Volkswirtschaft oder in einem Wirtschaftsraum für einen bestimmten Zeitraum möglichst lückenlos und detailliert nachgewiesen. Unter Energieträgern versteht man alle Quellen, aus denen direkt oder durch Umwandlung Energie gewonnen wird. Die Berechnung der CO₂-Emissionen basieren auf den Energiebilanzen und den spezifischen CO₂-Faktoren der eingesetzten Energieträger.

In den im Internet veröffentlichten „Langen Reihen“ sind die wichtigsten Ergebnisse der Energie- und CO₂-Bilanz für die Jahre 1991 bis 2006 dargestellt. Diese Daten bilden die Grundlage für die folgenden Erläuterungen und Abbildungen.

Primär- und Endenergieverbrauch

Die in der Abbildung 1 dargestellte Entwicklung des Primär- und Endenergieverbrauchs verdeutlicht bereits die strukturellen Unterschiede in der Energiewirtschaft in Berlin und Brandenburg.

Unter Primärenergie ist hier die gesamte Energie zu verstehen, die mit den natürlich vorkommenden Energieformen oder Energiequellen zur Verfügung

steht (z. B. Kohle, Gas, Mineralöl, Windkraft, Biomasse etc.). Der Endenergieverbrauch ist dagegen die tatsächlich nutzbare Energiemenge nach Umwandlungs- und Übertragungsverlusten.

In einem Flächenland wie Brandenburg, das mit der Braunkohle einen wichtigen Energieträger im eigenen Land gewinnt und in den Kraftwerken und der Brikettfabrik entsprechend weiter verarbeitet und anschließend exportiert, ist der Primärenergieverbrauch erwartungsgemäß deutlich höher als in einem Stadtstaat wie Berlin. So ist der Verbrauch von Primärenergie in Brandenburg in den letzten Jahren leicht angestiegen, während er in Berlin leicht rückläufig war. Hinsichtlich der Höhe des Endenergieverbrauchs sind die Unterschiede zwischen Berlin und Brandenburg deutlich geringer. Ein Trend ist hier nur sehr schwer zu bestimmen.

Parallel dazu verlaufen die in der Abbildung 2 dargestellten CO₂-Emissionen. Hierbei ist zwischen Verursacher- und Quellenbilanz zu unterscheiden. In der Quellenbilanz ist die Gesamtmenge des im Land emittierten Kohlendioxids dargestellt und basiert deshalb auf dem Primärenergieverbrauch. Die Verursacherbilanz dagegen berechnet sich aus den von den Endenergieverbrauchern einer Region bewirkten Emissionen. Betrachtet man die beiden Abbildungen zusammen, so wird die immer noch starke Kopplung der CO₂-Emissionen an den Energieverbrauch deutlich. In Jahren mit einem hohen Energieverbrauch werden ebenfalls hohe CO₂-Emissionen errechnet. Dieser Zusammenhang scheint auch in den letzten Jahren noch nicht in einem sichtbaren Ausmaß abgeschwächt worden zu sein.

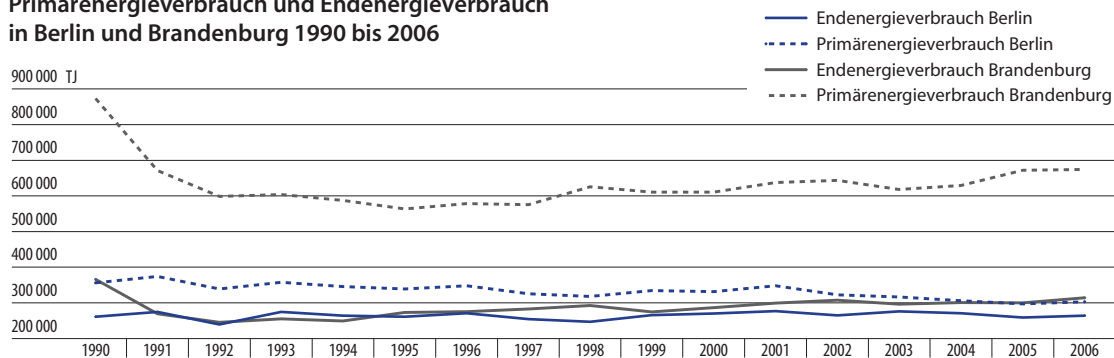
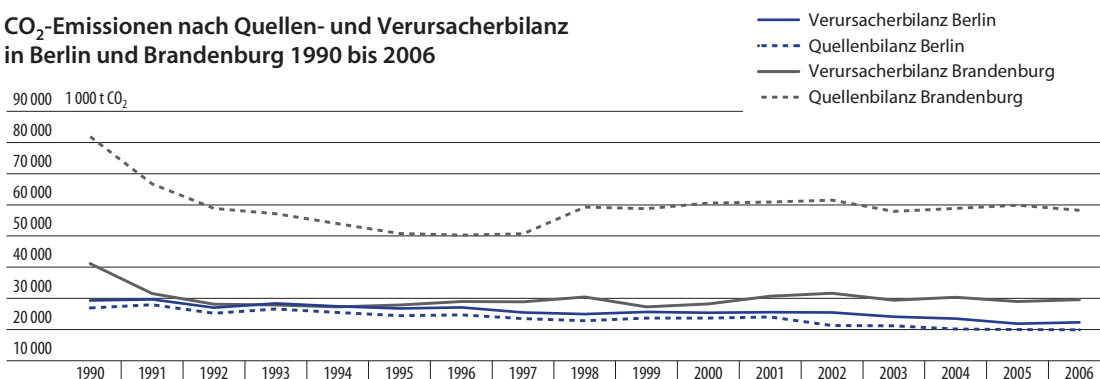
In der Tabelle 1 werden für die Jahre 1990 und 2006 der Primär- und Endenergieverbrauch sowie der CO₂-Ausstoß in den beiden Ländern ins Verhältnis zu deren Einwohnerzahl gesetzt. Bei allen drei Indikatoren liegt das Ergebnis für Brandenburg jeweils deutlich über dem Bundesdurchschnitt, der wiederum deutlich über den Berliner Zahlen liegt. Ein Vergleich mit dem Bundesergebnis zeigt für Berlin und Brandenburg eine positive Entwicklung der Zahlen seit 1990. Sowohl der Primärenergieverbrauch als auch die CO₂-Emissionen je Einwohner gingen in diesen Jahren deutlich stärker zurück als im gesamten Bundesgebiet. Einzig der Endenergieverbrauch je Einwohner im Jahr 2006 lag in Berlin um 1,7 % über dem Ergebnis von 1990. Brandenburg konnte dagegen den Endenergieverbrauch je Einwohner in dieser Zeit um 12,7 % reduzieren.

Tab. 1 **Energieverbrauch und CO₂-Emissionen je Einwohner in Deutschland, Berlin und Brandenburg 1990 und 2006**

Merkmal	Berlin			Brandenburg			Deutschland		
	1990	2006	Veränderung in %	1990	2006	Veränderung in %	1990	2006	Veränderung in %
Primärenergieverbrauch je Einwohner ¹	104,1	89,2	-14,3	337,0	264,0	-21,7	187,8	179,5	-4,4
Endenergieverbrauch je Einwohner ¹	76,4	77,7	1,7	141,2	123,2	-12,7	119,3	112,9	-5,4
CO ₂ -Emissionen je Einwohner ²	7,9	5,9	-25,3	31,6	22,8	-27,8	12,0	9,5	-20,8

¹ in Gigajoule² in t CO₂Tab. 2 **Anteil der Energieträger am Primärenergieverbrauch in Prozent in Deutschland, Berlin und Brandenburg 1990 bis 2006 (ausgewählte Jahre)**

Energieträger	Berlin				Brandenburg				Deutschland			
	1990	2000	2003	2006	1990	2000	2003	2006	1990	2000	2003	2006
Erneuerbare Energieträger...	0,6	0,7	0,6	1,7	0,1	1,8	5,3	10,4	1,3	2,9	3,8	6,3
Braunkohle.....	13,5	3,9	4,1	4,0	80,2	57,5	53,3	48,6	21,5	10,8	11,2	10,7
Steinkohle.....	23,3	25,3	15,5	14,9	5,0	5,2	5,2	5,9	15,5	14,0	13,8	13,3
Mineralöle.....	42,3	40,1	40,1	39,7	19,7	32,1	32,5	30,7	35,0	38,2	36,2	34,6
Gase (Deutschland: Erdgas)	16,5	25,8	33,6	33,5	3,3	16,9	16,7	16,5	15,4	20,7	21,8	22,1
Sonstige sowie Stromsaldo ¹	3,8	4,1	5,9	6,3	-8,2	-13,4	-12,9	-12,1	11,4	13,4	13,1	13,0

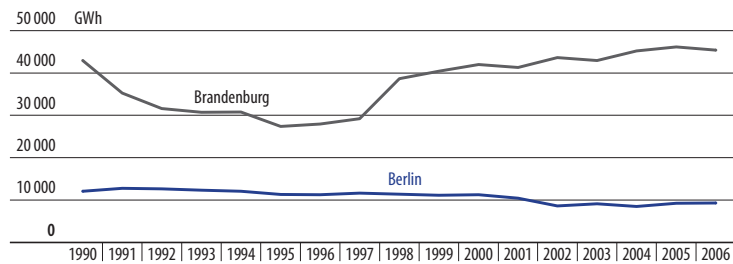
¹ Deutschland mit KernenergieAbb. 1 **Primärenergieverbrauch und Endenergieverbrauch in Berlin und Brandenburg 1990 bis 2006**Abb. 2 **CO₂-Emissionen nach Quellen- und Verursacherbilanz in Berlin und Brandenburg 1990 bis 2006**

Energieträger-Mix

Um diese Entwicklungen zu erklären, muss unter anderem betrachtet werden, wie sich der Einsatz der Energieträger in Berlin und Brandenburg entwickelt hat. Dazu werden in der Tabelle 2 die Anteile der einzelnen Energieträger am Primärenergieverbrauch in Berlin, Brandenburg und Deutschland dargestellt. Brandenburg fällt dabei mit einem vergleichsweise hohen Anteil von 10,4 % erneuerbarer Energieträger im Jahr 2006 auf. Ebenso leistet die Braunkohle mit 48,6 % einen erwartungsgemäß hohen, jedoch auch deutlich rückläufigen Beitrag zum Primärenergieverbrauch in Brandenburg. Eine Besonderheit ist

außerdem der negative Stromsaldo, der sich aus den brandenburgischen Stromexporten ergibt. So wird in Brandenburg deutlich mehr Primärenergie in Form von Strom exportiert, als aus anderen (Bundes-) Ländern importiert wird.

Berlin unterscheidet sich von seinem Nachbarland, neben dem geringeren Einsatz von erneuerbaren Energien und Braunkohle, in dem höheren Anteil der Steinkohle am Primärenergieverbrauch. Bedeutsam ist hier auch die Rolle des Energieträgers Gas. Im Jahr 2006 wurden über ein Drittel des Primärenergieverbrauchs in Berlin durch Gas gedeckt. In Deutschland liegt dieser Anteil bei 22,1 %.

Abb. 3 **Stromerzeugung in Berlin und Brandenburg 1990 bis 2006**

Stromerzeugung

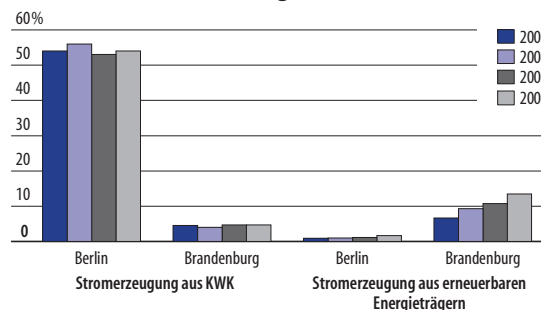
In den verschiedenen Strategien zur Reduktion von CO₂-Emissionen spielt die Umwandlung von Primärenergie in die Energieträger Strom und Wärme eine zentrale Rolle. So entfielen 2006 nach der Quellenbilanz in Berlin 40,9 % und in Brandenburg 74,3 % des gesamten CO₂-Ausstoßes in den Umwandlungsbereich, wovon die gekoppelte oder ungekoppelte Erzeugung von Strom den Löwenanteil ausmacht.

Abbildung 3 verdeutlicht die unterschiedliche Entwicklung der Stromwirtschaft in Berlin und Brandenburg. Der deutliche Niveauunterschied zwischen den beiden Ländern und der starke Aufwärtstrend in Brandenburg lassen sich in erster Linie durch zunehmende Stromexporte erklären. Im Jahr 2007 wurden 58,6 % des in Brandenburg erzeugten Stroms exportiert – 1990 waren es noch 47,8 %.

Darüber hinaus verfolgen Berlin und Brandenburg bei der klimafreundlichen Ausgestaltung der Stromwirtschaft sehr unterschiedliche Strategien. Wie in der Abbildung 4 ersichtlich, wird in Berlin seit 2003 deutlich über 50 % des Stroms in gekoppelten Prozessen erzeugt. Dabei werden in Wärmekraftwerken nicht nur der erzeugte Strom, sondern auch die entstandene Wärme nutzbar gemacht und dadurch ein höherer Wirkungsgrad erzielt. In Brandenburg spielt die Kraftwärmekopplung dagegen eine eher untergeordnete Rolle. Hier werden stattdessen die Vorteile eines Flächenlandes ausgenutzt, in dem unter anderem durch die Nutzung von Windenergie und durch den Einsatz von Biomassekraftwerken die Stromerzeugung durch erneuerbare Energieträger Jahr für Jahr weiter ausgebaut wird.

Endverbraucher

Die durch den Einsatz verschiedener Energieträger erzeugte Endenergie wird schließlich von unterschiedlichen Verbrauchergruppen genutzt. Sowohl in Berlin als auch in Brandenburg bilden die Haushalte, zusammen mit dem Gewerbe, Handel und Dienstleistungen, die größten Energienutzer. Der Energieverbrauch für Berlin liegt in diesen Sektoren allerdings deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Dafür kommt hier, ganz anders als in Brandenburg, dem Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe eine zunehmend geringe Bedeutung zu.

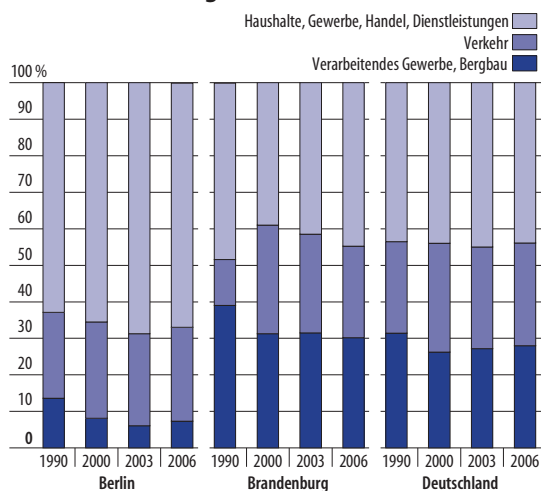
Abb. 4 **Anteil von Kraftwärmekopplung und erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung in Berlin und Brandenburg 2003 bis 2006**

Fazit

Der Vergleich von Berlin und Brandenburg hinsichtlich des Energieverbrauches, des Energieträgermixes und des CO₂-Ausstoßes fällt so aus, wie es bei einem Vergleich eines Flächenlandes mit einem Stadtstaat nur erwartet werden konnte. Dazu kommen für Brandenburg landesspezifische Besonderheiten wie die Verstromung von Braunkohle, die hohen Stromexporte und energieintensive Industriestrukturen.

Aus Klimaschutzpolitischer Sicht ist dieser Vergleich dennoch sehr interessant, da er eine Antwort auf die Frage gibt, auf welche Weise zwei Länder mit so unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen ihre ambitionierten Klimaschutzziele erreichen können. Denn während ein Flächenland wie Brandenburg in der Lage ist, sein hohes Potenzial im Bereich Windkraft, Solarenergie und Biomasse auszuschöpfen, geht ein Stadtstaat wie Berlin unter anderem durch einen massiven Ausbau von Kraftwärmekopplung den Weg über eine möglichst hohe Energieeffizienz.

Wie auch immer die Strategie aussieht: In beiden Ländern ist noch einiges zu tun. Denn wenn Klimaschutz kein Hemmschuh für die Industrie einer Region werden soll, gilt es die Entwicklung der CO₂-Emissionen vom Energieverbrauch zu entkoppeln. Doch obwohl ein Vergleich mit den Bundesergebnissen insgesamt positiv ausfällt, zeigen die Daten, dass der Ausstoß von Kohlendioxid sowohl in Berlin als auch in Brandenburg noch immer stark vom Energieverbrauch abhängig ist.

Abb. 5 **Endenergieverbrauch nach Verbrauchergruppen in Deutschland, Berlin und Brandenburg 1990 bis 2006 (ausgewählte Jahre)**

Autor: Andreas Techen

1990–2010 **Berlin und Brandenburg**1990–2010 **Berlin und Brandenburg**

Baugewerbe

Seit der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 bis heute sind 20 Jahre vergangen. In dieser Zeit hat sich das Leben wie auch die Wirtschaft stark verändert. Die folgenden Ausführungen behandeln die strukturellen Veränderungen des Baugewerbes, als ein Teil des Wirtschaftslebens, in Berlin und Brandenburg für jedes Bundesland einzeln, beginnend mit Berlin.

Die bundesweite methodische Vereinheitlichung der statistischen Bauberichterstattung erfolgte 1991. Vorher wurden die Baustatistiken in Berlin-Ost und Berlin-West auf Grundlage methodisch unterschiedlicher Konzepte erhoben, sodass es keine älteren Gesamtberliner Zahlen im Baugewerbe gibt. Bei den Zahlen für das Land Brandenburg gilt diesbezüglich des Vergleichs mit dem Früheren Bundesgebiet. Somit beginnen die Zeitreihen im Jahr 1991.

Das Baugewerbe gliedert sich national, im Sinne des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG), in das Bauhauptgewerbe und das Ausbaugewerbe. Nach der Wirtschaftszweigklassifikation in ihrer aktuell gültigen Fassung (WZ 2008) gehören zum Bauhauptgewerbe der „Bau von Gebäuden“ (Abschnitt 41.2), der „Tiefbau“ (Abteilung 42), „Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten“ (Abschnitt 43.1) sowie „sonstige spezialisierte Bautätigkeiten“ (Abschnitt 43.9). Das Ausbaugewerbe umfasst die „Bauinstallation“ (Abschnitt 43.2) und „sonstiger Ausbau“ (Abschnitt 43.3). Die „Erschließung von Grundstücken; Bau-träger“ (Abschnitt 41.1) wird nach der WZ 2008 zwar dem Hochbau hinzugezählt, aber in der Statistik gemeinsam mit den Daten im Ausbaugewerbe erfasst und separat ausgewertet. Das Ausbaugewerbe ist nicht Gegenstand dieser Abhandlungen.

Den Zahlen seit dem Jahr 2009 liegt die Klassifikation der Wirtschaftszweige Ausgabe 2008 (WZ 2008) zugrunde. Vorher, seit 2003, galt die WZ 2003. Da sich die Zuordnungen bei der WZ 2008 nur in Maßen verändert haben, kann man die Ergebnisse in ihrer Gesamtheit vergleichen. Den Werten von 1995 bis 2002 lag die WZ 1993 zugrunde. Sie wurde von der in der Europäischen Union verbindlichen Wirtschaftszweigklassifikation NACE, Rev. 1, abgeleitet. Das ermöglichte erstmals eine Vergleichbarkeit der statistischen Ergebnisse innerhalb der Europäischen Union. Davor galt noch die Systematik im Produzierenden Gewerbe

(SYPRO) basierend auf der WZ 1979. Deshalb sind die Zahlen von 1991 bis 1994 nur eingeschränkt mit den fortführenden vergleichbar.

Grundlage der hier dargestellten Ergebnisse ist die im Juni jeden Jahres bei allen in Berlin und Brandenburg ansässigen Betrieben von Unternehmen des Bauhauptgewerbes und auch Baubetrieben von Unternehmen anderer Wirtschaftsbereiche sowie Arbeitsgemeinschaften des Bauhauptgewerbes durchgeführte Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe in Form einer Totalerhebung.

Berlin

Wandel zu kleinbetrieblicher Struktur

1991 wurden in Berlin 2 744 Baubetriebe im Bauhauptgewerbe gezählt. Im Zuge des durch die Maueröffnung ausgelösten Baubooms stieg in Berlin bis zum Jahr 2000 die Zahl der bauhauptgewerblichen Betriebe auf einen Maximalwert von 4 246 um ca. 55 % an. In den letzten zehn Jahren bis 2009 ging die Zahl der Berliner Baubetriebe auf 3 019 zurück und erreichte etwa 71 % des Niveaus des Jahres 2000.

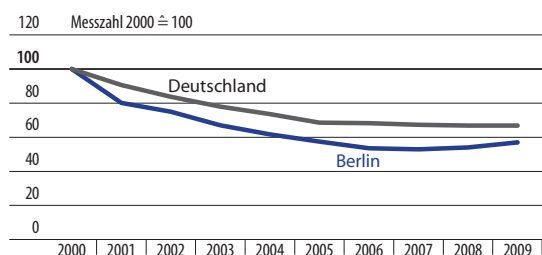
Auch die Struktur der Betriebe unterlag im Zeitablauf starken Veränderungen. Von den großen Baubetrieben mit 50 und mehr Beschäftigten gab es 2009 nur noch 48. Im Jahr 1991 waren es noch 213, beinahe das Fünffache.

Tab.2

Betriebe des Berliner Bauhauptgewerbes nach ausgewählten Beschäftigtengrößenklassen und baugewerblichem Umsatz 2000 bis 2009 (ausgewählte Jahre) (Ergebnisse der Ergänzungserhebung)

Merkmal	Einheit	2000	2005	2006	2007	2008	2009
Betriebe mit unter 10 Beschäftigten.....	Anzahl	3 572	3 556	3 199	2 804	2 698	2 611
Beschäftigte.....	Anzahl	8 202	7 684	6 862	6 391	6 085	5 873
Baugewerblicher Umsatz.....	Mill. EUR	540,2	512,9	397,1	345,9	355,5	...
Betriebe von 10 bis 19 Beschäftigten	Anzahl	337	239	212	217	234	218
Beschäftigte.....	Anzahl	4 540	3 245	2 861	2 891	3 153	2 902
Baugewerblicher Umsatz.....	Mill. EUR	306,0	270,7	243,8	266,4	261,3	...
Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten	Anzahl	337	161	167	179	172	190
Beschäftigte.....	Anzahl	21 296	8 545	8 447	8 650	9 062	10 537
Baugewerblicher Umsatz.....	Mill. EUR	1 379,3	1 485,0	1 325,8	1 420,2	1 605,7	...

Abb. 1 Beschäftigte im Bauhauptgewerbe Deutschlands und Berlins 2000 bis 2009



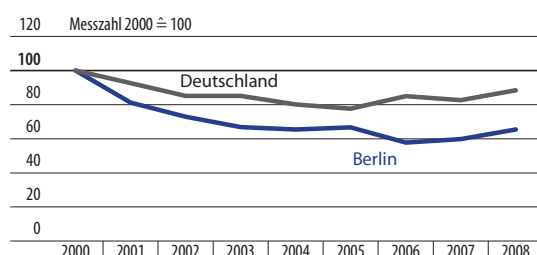
Auch hatten im Jahr 1991 etwa 82 % der baugewerblichen Betriebe weniger als 20, und von denen 83 % weniger als 10 Beschäftigte. Bis zum Jahr 2000 stieg der Anteil der Betriebe mit unter 20 Beschäftigten auf 92 %, von denen 91 % unter 10 Beschäftigte hatten. Anders ausgedrückt, nur noch 8 % der Betriebe im Jahr 2000 hatten 20 und mehr Beschäftigte. So gab es im Jahr 2000 ca. 55 % mehr Betriebe als noch 1991, der Anteil der Betriebe mit wenigen Beschäftigten hat dabei stark zugenommen. Das Berliner Bauhauptgewerbe wandelte sich in den ersten zehn Jahren nach dem Mauerfall hin zu einer kleinbetrieblichen Struktur. Bis zum Jahr 2009, also in den letzten zehn Jahren, war die Veränderung nicht mehr gravierend, die Struktur hat sich nicht mehr so stark verändert (siehe Tabelle 1). 2009 waren in etwa 94 % der Betriebe weniger als 20 Personen tätig, in ca. 86 % weniger als 10. Nur noch etwa 6 % der Betriebe hatten im Jahr 2009 ab 20 Beschäftigte. 1991 lag dieser Anteil noch bei ca. 18 %. Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund der im Monatsbericht im Bauhauptgewerbe gültigen Abschneidegrenze von 20 und mehr Beschäftigten problematisch. Aktuell werden in Berlin etwa nur 6 % der Betriebe des Bauhauptgewerbes zur Abbildung der Konjunktur monatlich befragt. Im Bundesdurchschnitt haben ca. 9 % der Betriebe 20 und mehr tätige Personen. Außerdem entwickeln sich bauhauptgewerbliche Betriebe mit wenigen Beschäftigten bezüglich der erfragten Merkmale wie Umsatz und geleistete Arbeitsstunden auch anders und reagieren auf Markterfordernisse unterschiedlich gegenüber Betrieben über der Abschneidegrenze. Würde man, rein hypothetisch, die Abschneidegrenze auf Betriebe mit 10 und mehr Betrieben senken, würden noch 14 % der Betriebe in Berlin abgebildet werden (1991: 18 % bei einer Abschneidegrenze von 20 und mehr Beschäftigten!). Umso bedeutender erscheint das Fortbestehen der jährlichen Ergänzungserhebung in Form einer Totalerhebung.

Mehr als 40 000 Arbeitsplätze verloren

Unter Beschäftigten werden hier alle am Ende des Monats (Juni) in einem Betrieb in einem Arbeitsverhältnis stehenden Personen (Arbeiter/-innen, Angestellte und Auszubildende), tätige Inhaber/-innen und Mitinhaber/-innen sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, soweit sie mindestens 55 Stunden im Monat im Betrieb tätig sind, verstanden.

Im Jahr 1991 waren noch 60 400 Personen im Berliner Bauhauptgewerbe beschäftigt, 1992 sogar 64 196, der Maximalwert der betrachteten vergangenen 19

Abb. 2 Umsatz im Deutschen und Berliner Bauhauptgewerbe 2000 bis 2008



Jahre. Die hohe Nachfrage nach Bauleistungen durch die Wiedervereinigung ebnete in den Folgejahren langsam ab. Bis zum Jahr 1995 kann man die Branche Bauhauptgewerbe aber noch als recht beständigen Beschäftigungssektor bezeichnen. So hörte man in früheren Jahren oft das Motto: „Sei schlau, lern beim Bau“ oder „gebaut wird immer“. Die Beschäftigungszahlen lagen in Berlin 1991 über 60 000 und das Niveau der Beschäftigung betrug bis 1995 über 90 % desjenigen von 1992, dem besten Beschäftigungsjahr.

Ab 1996 verloren diese Aussagen zunehmend an Bedeutung, so schrumpften die Beschäftigungszahlen jährlich um rund ein Zehntel, am stärksten im Jahr 2001, nämlich um ca. ein Fünftel. Bis zum Jahr 2000, in anderen Wirtschaftsbereichen ein Boomjahr, reduzierte sich das Beschäftigungsvolumen auf etwa die Hälfte verglichen mit dem Jahr 1992 (52,8 %). Im Jahr 2001 wurde nur noch 42,4 % des Beschäftigungsniveaus von 1992 erreicht. Der Abwärtstrend setzte sich in den darauf folgenden Jahren bis 2007, wenn auch verlangsamt, fort. Im Jahr 2007 schrumpfte die Zahl der Beschäftigten nur noch um 1,3 % und der Tiefpunkt mit 17 926 tätigen Personen der letzten 19 Jahre wurde erreicht. Der Anteil der Beschäftigtenzahlen im Jahr 2007 lag nur noch bei 27,9 %, weniger als einem Drittel der Beschäftigung des Jahres 1992. Anders formuliert, die Beschäftigtenzahl im Jahr 2007 sank gegenüber 1992 um 72,1 %.

Erst ab 2008 konnte wieder Beschäftigungszuwachs verzeichnet werden: 2008 um 2,1 % und 2009 um 5,5 % auf 19 312 tätige Personen. Verglichen mit dem Maximaljahr 1992 entspricht dies einem Beschäftigungsanteil von 30,1 %. Der Abwärtstrend der vergangenen 13 Jahre (1995 bis 2007) scheint vorerst gestoppt (siehe Abbildung 1).

Eine Gesamtbetrachtung der letzten 19 Jahre ergibt, dass die Beschäftigung von 1991 bis 2009 von 60 400 auf 19 312 tätigen Personen reduziert wurde. Somit gingen seit 1991 im Bauhauptgewerbe mehr als zwei Drittel der Arbeitsplätze, nämlich 41 088, verloren. Von den großen Baubetrieben mit 50 und mehr Beschäftigten gibt es 2009 nur noch 48. Im Jahr 1995 waren es noch 247, mehr als das Fünffache.

Der schon im oberen Abschnitt dargestellte Strukturwandel im Bauhauptgewerbe hin zu mehr kleineren Betrieben spiegelt sich auch bei näherer Betrachtung der Betriebsgrößen in Zusammenhang mit deren Beschäftigungszahlen wider.

Der stärkste Abbau der Beschäftigung in den letzten 19 Jahren fand in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten statt (–78,6 %, 2009 verglichen mit 1991),

deren Anzahl auch stark gesunken ist (–62,0 %). In den Betrieben zwischen 10 und 19 Beschäftigten sank die Beschäftigtenzahl um 45,1 % zwischen 1991 und 2009. Eine Beschäftigungsstütze waren in den letzten 19 Jahren alleine die kleinen Betriebe unter 10 Beschäftigten. Dort fand sogar ein Zuwachs an tätigen Personen um 1,7 % zwischen 1991 und 2009 statt. Damit bestätigt sich eine Wirtschaftshypothese, dass kleine Unternehmen in Krisenzeiten eine Beschäftigungsstütze darstellen, wahrscheinlich, weil sie flexibler auf veränderte Marktgegebenheiten reagieren können.

Der Vergleich mit dem gesamten Bundesgebiet zeigt, dass der Strukturwandel hin zu kleinen Betrieben in Berlin überdurchschnittlich verlief. Waren 1991 noch 60 400 Personen im Berliner Bauhauptgewerbe tätig, durchschnittlich 22 Beschäftigte je Betrieb, liegt die Beschäftigtenzahl im Jahr 2009, 18 Jahre später, nur noch bei 19 312, bei knapp einem Drittel (32,0 %). Der Tiefpunkt war 2005 erreicht mit 5 Beschäftigten pro Betrieb. Ab 2006 ging es leicht bergauf. Durchschnittlich waren 2009 in jedem Baubetrieb 6 Personen tätig. Der Bundesdurchschnitt 1991 lag bei ca. 19 und 2009 bei etwa 10 Beschäftigten pro Betrieb.

Umsatz halbiert sich

Der baugewerbliche Umsatz der Berliner Betriebe des Bauhauptgewerbes im Jahr 1991 betrug 4 288,5 Mill. EUR. Durch die erhöhte Nachfrage nach Bauleistungen, vor allem infolge der Wiedervereinigung von Ost- und West-Deutschland, erhöhte sich der Umsatz in den Folgejahren bis 1995, dem Jahr mit dem höchsten Umsatz, auf 6 109,7 Mill. EUR. Ab da ging es rapide bergab: 1998 wurde der höchste Umsatzeinbruch verzeichnet; der Umsatz sank um etwa ein Viertel (–24,7 %) auf 4 353,6 Mill. EUR und entsprach damit in etwa wieder dem Niveau von 1991. Die Talfahrt ging in den Folgejahren weiter. 2006 war mit 1 966,7 Mill. EUR Umsatz ein Tiefpunkt der 18-Jahr-Reihe erreicht. 2007 und besonders 2008 erholte sich der Umsatz auf 2 222,4 Mill. EUR und entsprach damit ca. nur noch gut der Hälfte des Umsatzes von 1999 bzw. 1991.

Verglichen mit Gesamtdeutschland kann man die Umsatzentwicklung in Berlin als dramatisch bezeichnen (siehe Abbildung 2). Von 1999 bis 2008 nahmen die Umsätze in Deutschland um ca. 17 % ab. Im Jahr 2005 wurde der niedrigste Umsatz der letzten zehn Jahre in Deutschland, mit aber immerhin einem Anteil von über 70 % gemessen am Umsatz von 1999, erreicht. In Berlin brach der Umsatz von 1999 bis 2008 um fast die Hälfte ein (–46 %). Der Umsatzanteil bezogen auf das Jahr 1999 betrug 2008 nur noch 54 %. Das für Berlin umsatzschlechteste Jahr war 2006 mit nicht einmal der Hälfte am Umsatz von 1999 (48 %). In den letzten beiden Jahren erholte sich der Umsatz wieder leicht. Bezogen auf 1991 lagen die Anteile im Jahr 2008 in Berlin bei knapp 52 % und in Deutschland bei über 100 %.

Der durchschnittlich je Betrieb erzielte baugewerbliche Umsatz lag 1991 noch bei 1 563 Tsd. EUR. Ab 1997 bis zum Jahr 2004

sanken die betrieblichen Umsätze auf 535 Tsd. EUR, das entspricht ca. 34 %, also etwa einem Drittel, des Anteils von 1991. Im Jahr 2004 gab es noch 4 158 baugewerbliche Betriebe in Berlin. Bis 2008 reduzierte sich die Zahl der Betriebe auf 3 104, sodass 2008 mehr Umsatz je Betrieb erzielt wurde, er betrug 716 Tsd. EUR, erholte sich gegenüber 2004 also wieder. Im Vergleich zum Jahr 1999 erzielten die Baubetriebe in Berlin knapp ein Drittel weniger (–32 %) Umsatz je Betrieb, gegenüber 1991 gut die Hälfte, nämlich 54 % weniger.

Die Kenngröße Umsatz je Beschäftigter verlief seit 1991 durchaus positiv, also anders als die Beschäftigung und der Umsatz. Das ist mathematisch bedingt und ergibt sich daraus, dass der Quotient aus zwei im Zeitablauf weitgehend vergleichbar verlaufenden Größen gebildet wurde. Die Beschäftigungskurve hat sich in den letzten 19 Jahren ähnlich der Umsatzkurve entwickelt. 1991 erreichten Berliner Baubetriebe 71 002 EUR Umsatz je Beschäftigten. Bis 1997 stieg dieser Wert vor allem durch Beschäftigungsabbau auf 121 780 EUR an. Zwischen den Jahren 1998 und 2004 pendelte er um die 100 000 EUR, erreichte 2005 einen Wert von 116 632 EUR, fiel dann wieder, um 2008 mit 121 456 EUR wieder fast so hoch zu werden wie bei seinem Maximalwert im Jahr 1997. In den beiden letzten Jahren (2008 und 2009) stieg die Kennziffer wieder.

Brandenburg

Wandel zu kleinbetrieblicher Struktur

Seit 1991 hat sich die Zahl der Betriebe des Bauhauptgewerbes im Land Brandenburg etwa vervierfacht, von 1 096 auf 4 703 im Jahr 2009. Dabei wuchs die Betriebszahl in den Jahren 1991 bis 2000, also den ersten zehn Jahren des betrachteten Zeitraums, auf 4 559 Betriebe, annähernd so viele wie 2009. In den letzten zehn Jahren wurde dieses Niveau in etwa gehalten (siehe Tabelle 2).

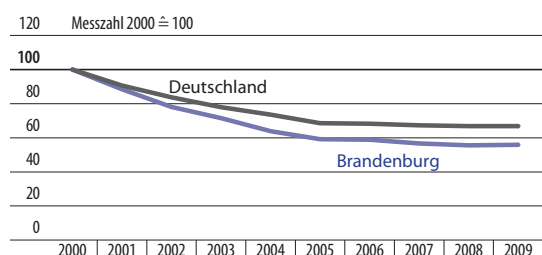
Auch die betrieblichen Strukturen bezüglich der Beschäftigtengrößtenklassen unterlagen einem starken Wandel. Im Jahr 1991 hatten ca. 61,5 % der Betriebe weniger als 20 Beschäftigte, 2000 waren es bereits 84,2 %; im Jahr 2005 betrug der Anteil an allen baugewerblichen Betrieben 92,3 %. Das entspricht in etwa dem Niveau von heute (2009: 93,5 %). Analog

Tab. 2

Betriebe des Berliner Bauhauptgewerbes nach ausgewählten Beschäftigtengrößtenklassen und baugewerblichem Umsatz 2000 bis 2009 (ausgewählte Jahre) (Ergebnisse der Ergänzungserhebung)

Merkmal	Einheit	2000	2005	2006	2007	2008	2009
Betriebe mit 1 bis							
19 Beschäftigten.....	Anzahl	3 840	4 280	4 358	4 453	4 508	4 395
Beschäftigte.....	Anzahl	21 938	17 227	17 261	16 431	16 461	16 487
Baugewerblicher							
Umsatz.....	Mill. EUR	1 118,4	1 070,4	1 142,3	1 087,6	1 109,0	...
Betriebe mit 20 und							
mehr Beschäftigten	Anzahl	719	355	336	329	316	308
Beschäftigte.....	Anzahl	37 181	17 796	17 482	17 102	16 401	16 534
Baugewerblicher							
Umsatz	Mill. EUR	2 126,9	1 891,4	2 084,0	2 114,8	2 276,6	...

Abb. 3 **Beschäftigte im Deutschen und Brandenburger Bauhauptgewerbe 2000 bis 2009**



dazu sank der Anteil der Betriebe mit mindestens 20 Beschäftigten in den letzten 20 Jahren. Von den 149 Betrieben mit 100 und mehr Beschäftigten im Jahr 1991 sind 2009 nur noch 29 übrig geblieben. Somit gab es in Brandenburg einen Strukturwandel hin zu vielen, kleinen Baubetrieben. Die Anzahl der Betriebe insgesamt unterlag von 2000 bis 2009 keinen großen Schwankungen.

In Deutschland zählte man 1991 insgesamt 71 830 bauhauptgewerbliche Betriebe. Bis 2009 ist diese Zahl annähernd gleich geblieben (+2,9 %) und liegt bei 73 944. Der Anteil der Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten stieg von 1991 mit 81,0 % auf 90,5 % im Jahr 2009.

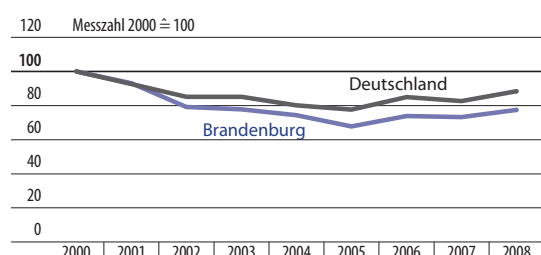
Beschäftigungszahlen halbieren sich in den letzten zehn Jahren

Die Beschäftigtenzahl in Brandenburger Betrieben des Bauhauptgewerbes betrug vor 20 Jahren (1991) 58 295. Noch bis vor zehn Jahren (2000) wurde mit 59 119 tätigen Personen dieses Beschäftigungsniveau gehalten. Erst in den letzten zehn Jahren reduzierten sich die Personalzahlen stark. Im Jahr 2009 wurde mit 33 021 Beschäftigten nur noch ein Anteil von 57 % bezogen auf 1991 erreicht. Die Beschäftigtenzahl hat sich in diesem Zeitraum also beinahe halbiert (siehe Abbildung 3).

Zusammen mit der Betriebsgrößenbetrachtung zeigt sich auch in Brandenburg, dass die größten Beschäftigungsverluste bei größeren Betrieben (20 und mehr Beschäftigte) am höchsten waren. 1991 arbeiteten nur 9,1 % der insgesamt im Bauhauptgewerbe Beschäftigten in Betrieben mit 1 bis 19 tätigen Personen. 2009 sind knapp die Hälfte, 49,9 %, der Beschäftigten in diesen kleineren Betrieben tätig. Dies hängt mit dem Niedergang der großen Bauunternehmen zusammen. So gab es 1995 in Brandenburg noch 351 Betriebe mit wenigstens 50 Beschäftigten, 2009 sind weniger als ein Drittel dieser Betriebe zu zählen (101). Dieser Rückgang bei den großen Baubetrieben ist bundesweit zu beobachten. 1995 gab es in Deutschland 6 035 Betriebe des Bauhauptgewerbes mit 50 und mehr Beschäftigten, 2009 nur noch ein gutes Drittel (2 139).

Bezogen auf die durchschnittliche Betriebsgröße verlief der Strukturwandel in Brandenburg noch drastischer als in Berlin. 1991 waren noch durchschnittlich 53 Personen pro Betrieb tätig, im Jahr 2000 nur noch 13. Die aktuellen Zahlen von 2009 ergeben, dass in Brandenburger Baubetrieben durchschnittlich nur noch 7 Beschäftigte arbeiteten.

Abb. 4 **Umsatz im Deutschen und Brandenburger Bauhauptgewerbe 2000 bis 2008**



2008 mehr Wirtschaftsleistung als 1991

In Brandenburg hat sich der baugewerbliche Umsatz in Betrieben des Bauhauptgewerbes von 1991 bis 1995 durch den Bauboom im Zuge der Wiedervereinigung mehr als verdoppelt, von 2 547,1 Mill. EUR im Jahr 1991 bis auf 6 105,4 Mill. EUR im Jahr 1995. Wie in Berlin sank auch in Brandenburg der Umsatz im Zeitraum von 1996 bis 2005. Er betrug aber im Jahr 2005 mit 2 961,8 Mill. EUR immerhin noch mehr als im Vergleichsjahr 1991. In den letzten drei Jahren konnten sich die Umsatzzahlen stabilisieren (siehe Abbildung 4). Der baugewerbliche Umsatz stand 2008 bei 3 385,6 Mill. EUR. Das entspricht in etwa dem Niveau von 2003 (3 397,9 Mill. EUR); gegenüber 1991 ist das eine Steigerung um ein Drittel. Nimmt man 1999 als Bezugsjahr, erreicht der Umsatz in 2008 einen Anteil von zwei Dritteln. In Brandenburg ist der baugewerbliche Umsatz in den letzten 20 Jahren insgesamt um ein Drittel gestiegen (1991 bis 2008).

Verglichen mit Gesamtdeutschland sind einige Eckwerte der Umsatzentwicklung ähnlich. 1994 wird in Deutschland ein Maximum der Umsätze erreicht, bis 2005 sinken sie wieder, wie auch in Brandenburg, und stabilisieren sich in den letzten drei Jahren. Während der bundesdurchschnittliche Umsatz 2008 nur leicht über dem Niveau von 1991 liegt, übertrifft der Brandenburger Bauumsatz denjenigen vom Jahr 1991 um ein Drittel.

Der durchschnittlich je Betrieb erzielte baugewerbliche Umsatz lag in Brandenburg im Jahr 1991 noch bei 2 324 Tsd. EUR. Der Verlauf ist vergleichbar mit der Umsatzentwicklung: Bis 1995 stieg er auf ein Maximum, von 1996 bis 2005 sank er auf minimale 639 Tsd. EUR. Das entspricht einem Anteil von gut einem Viertel (27 %). Bis 2008 tritt eine Erholung ein und der Umsatz je Betrieb beträgt 702 Tsd. EUR, auch nur 30 % des Wertes von 1991. Die Entwicklung des Umsatzes je Betrieb ist in Brandenburg seit 1991 noch dramatischer verlaufen als in Berlin. Auch absolut betrachtet lag die Kennziffer 2008 in Brandenburg mit 702 Tsd. EUR niedriger als in Berlin mit 736 Tsd. EUR Umsatz je Betrieb.

Der Umsatz je Beschäftigten hat sich in Brandenburg von 43 693 EUR 1991 bis 2008 mehr als verdoppelt (+136 %) und beträgt 103 025 EUR. Ursache ist vor allem der drastische Beschäftigungsabbau. Trotzdem liegt der Umsatz je Beschäftigten in Berlin 2008 mit 121 456 EUR um knapp 18 % höher.

Abb. 5 Beschäftigte im Bauhauptgewerbe 2000 bis 2009

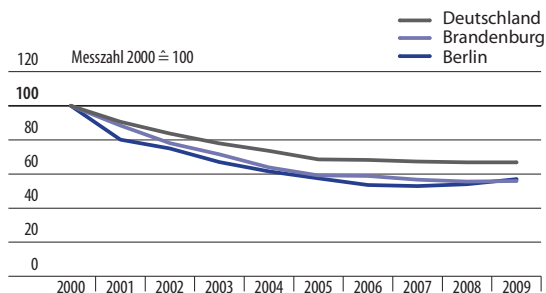
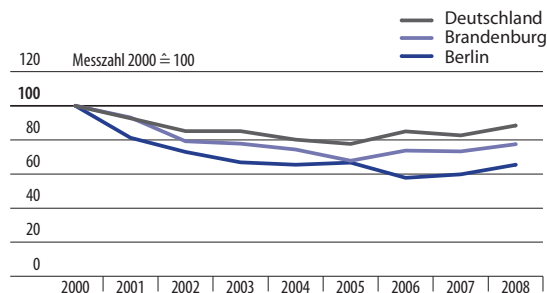


Abb. 6 Umsatz im Bauhauptgewerbe 2000 bis 2009



Zusammenfassender Vergleich

Nach dem anfänglichen Bauboom in den frühen 90er Jahren, von dem die Berliner und die Brandenburger Baubranche profitierten, gerieten beide in eine Krise. Im Verlauf dieser Krise hat das Bauhauptgewerbe Berlins als auch das im Land Brandenburg einen Strukturwandel hin zu vielen kleinen und weniger großen Betrieben vollzogen. Der Arbeitsplatzabbau war in den letzten 19 Jahren in beiden Ländern überdurchschnittlich stark ausgefallen – in Berlin noch stärker als in Brandenburg. Die Beschäftigungszahl im Berliner Bauhauptgewerbe ist von 1991 bis 2009 von 60 400 auf 19 312 tätige Personen geschrumpft. Somit gingen seit 1991 mehr als zwei Drittel der Arbeitsplätze, nämlich 41 088, verloren. Im Land Brandenburg haben sich die Beschäftigtenzahlen in diesem Zeitraum in etwa halbiert. Ausgehend von einem ähnlich hohen Niveau wie in Berlin, nämlich 58 295 Beschäftigte im Jahr 1991, sank die Zahl um 43,4 % auf immerhin noch 33 021 tätige Personen (siehe Abbildung 5).

Beim Umsatz erreichte die Brandenburger Baubranche in 2008 mit 3 385,6 Mill. EUR sogar ein Drittel mehr Umsätze als noch 1991, wo die Umsätze nur 2 547,1 Mill. EUR betrugen. Die Berliner Umsätze, ausgehend von einem höheren Ausgangsniveau als in Brandenburg im Jahr 1991 mit 4 288,5 Mill. EUR,

schrumpften bis 2008 um knapp die Hälfte auf 2 222,4 Mill. EUR. Dafür konkurrieren in Berlin weniger Betriebe um einen Anteil an diesen Umsätzen. Im Jahr 2009 wurden in Berlin 3 019 Baubetriebe und in Brandenburg 4 703 gezählt. 1991 hatte das Land Brandenburg nur 1 096 Betriebe, die Zahl hat sich also mehr als vervierfacht. Berlins Ausgangsbetriebszahl lag 1991 bei 2 744, ist also nur um 10 % gestiegen. Somit liegt die Kennzahl Umsatz pro Betrieb in Brandenburg 2009 mit 702 Tsd. EUR auch unter der von Berlin in Höhe von 716 Tsd. EUR.

Erst in den letzten drei Jahren sind sowohl im Land Brandenburg als auch in Berlin wie deutschlandweit erste Zeichen einer Besserung in der Baubranche zu sehen (siehe Abbildungen 5 und 6). Ob diese leichte Erholung der Beschäftigten- und Umsatzzahlen eine Trendumkehr einläutet, kann man aufgrund der großen Unsicherheiten nicht prognostizieren. Noch sind negative Auswirkungen auf die Baubranche aufgrund der letzten von den Banken ausgelösten globalen Wirtschafts- und Finanzkrise für die Zukunft nicht ausgeschlossen. Auch die derzeitigen Turbulenzen im Euro-Raum (EU-Schuldenkrise) können sich noch nachhaltig auf alle Wirtschaftsbereiche in Deutschland auswirken.

Autorin: Michaela Beeck

1990–2010 **Berlin und Brandenburg**

Landwirtschaft

Brandenburgs Landwirtschaft im Wandel

Brandenburgs Landwirtschaft ist durch große, teils stark spezialisierte und effizient arbeitende Betriebe gekennzeichnet. In den vergangenen Jahren mussten sich die Landwirte Brandenburgs immer wieder auf teils nicht unerhebliche Veränderungen einstellen. Dies zeigte sich beispielsweise in geänderten Marktordnungen und ausgelaufenen Interventionsverfahren. Weiterhin bedingten der züchterische Fortschritt, die stetig wachsende Bedeutung des Konsumentenverhaltens (z. B. gestiegenes Gesundheitsbewusstsein) sowie die steigende Rolle der Landwirtschaft als Landschaftsgestalter fortlaufende Anpassungen der entsprechenden Produktionsausrichtungen.

Diese Entwicklungen können sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Einschneidende Veränderungen werden nach dem Jahr 2013 erwartet, denn mit einer hohen Wahrscheinlichkeit kommen mit der Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik deutliche monetäre Reduzierungen für den Agrarsektor zum Tragen, in deren Folge eine noch bessere Ausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion entsprechend den Weltmarktbedingungen erforderlich wird.

Im nachfolgenden Beitrag werden explizit Ergebnisse und Entwicklungstendenzen für die Brandenburger Landwirtschaft vorgestellt. Auf Informationen, welche die Agrarwirtschaft Berlins betreffen, wird verzichtet, da zum einen in den Stadtstaaten deutlich weniger Erhebungen stattfinden und zum anderen viele Daten aufgrund von Geheimhaltungsvorschriften nicht veröffentlicht werden können.

Der Landwirtschaft kommt in einem immer weiter wachsenden Dienstleistungszeitalter eine große Bedeutung zu. Neben der Absicherung der Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln trägt die Landwirtschaft auch die Verantwortung für einen großen Teil der Flächen des Landes. Dabei sind die Landwirte nicht nur Produzenten, sondern auch Landschaftsgestalter sowie Landschaftspfleger.

Brandenburg ist mit einer Landesfläche von 2,9 Mill. ha das fünftgrößte Flächenland der Bundesrepublik. Fast die Hälfte davon zählt zur Landwirtschaftsfläche. Ein weiteres Drittel wird der Waldfläche zugerechnet. Damit bewirtschaften Brandenburgs Land- und Forstwirte 85 % der Landesfläche.

Die Bruttowertschöpfung Brandenburgs lag im Jahr 2008 bei fast 49,3 Mrd. EUR. Die Land- und Forstwirtschaft erzielte davon gut 0,9 Mrd. EUR.

Landwirtschaft

– ein reglementierter Wirtschaftsbereich

Wie kaum ein anderer Wirtschaftsbereich wird die Landwirtschaft durch umfangreiche politische Rahmenbedingungen auf der europäischen Ebene geprägt.

Kennzeichen der Agrarpolitik der letzten Jahre war eine deutliche Betonung der positiven externen Effekte der Landwirtschaft. Dies betrifft die Pflege und den Erhalt der Kulturlandschaften. Gleichzeitig mussten sich die Betriebe noch stärker in die Richtung „Wettbewerbsfähigkeit“ orientieren.

Die landwirtschaftlichen Betriebe Brandenburgs haben klimatisch gesehen und von der Bodenstruktur her keine optimalen Voraussetzungen. Trotzdem gelang es den Brandenburger Landwirten in den zurückliegenden 20 Jahren immer besser, den steigenden Anforderungen gerecht zu werden, die sich auch durch Veränderungen von Rahmen- und Förderbedingungen ergaben.

Die große Bedeutung, die der Brandenburger Landwirtschaft auch von politischer Seite beigemessen wird, zeigt sich u. a. in der laufenden Förder- und Strukturpolitik, die im Agrarbericht des Landes Brandenburg 2009 zusammengefasst ist. Im Jahr 2008 wurden im Rahmen der ersten Säule der gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union 391,6 Mill. EUR (ausschließlich EU-finanzierte Fördermittel) ausgegeben. Allein für die Betriebsprämie wurden 372,2 Mill. EUR verwendet. Weiterhin entfielen 6,1 Mill. EUR auf Beihilfen für Eiweiß- und Energiepflanzen. Die Beihilfe für Stärkekartoffeln sowie die Prämie für Kartoffelstärke betrug 8,5 Mill. EUR.

Für die Entwicklung des ländlichen Raumes, sprich der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik, stehen insgesamt rund 488 Mill. EUR zur „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft“ im Programmzeitraum 2007 bis 2013 zur Verfügung.

Abgelaufene und derzeit noch aktiv wirksame Fördermaßnahmen sowie vor allem das große Engagement der Landwirte Brandenburgs haben sichtbare Veränderungen im Agrarbereich in den vergangenen Jahren bewirkt, die sich zum Beispiel in der verbesserten Gestaltung des ländlichen Raums zeigen.

Ackerbau**6 700 Agrarbetriebe in Brandenburg**

Hinsichtlich der nachfolgenden Daten ist anzumerken, dass es in den Zeitreihen Brüche gibt. So wurden mit der Novellierung des Agrarstatistikgesetzes 1998 die Erfassungsgrenzen angehoben. Damit waren seit 1999 nur noch Landwirtschaftsbetriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von zwei und mehr Hektar bzw. mit bestimmten Mindestherzeugungseinheiten auskunftspflichtig (bis 1998: ein Hektar und mehr; seit 2010: fünf ha und mehr).

Zwischen 1991 und 2009 erhöhte sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe um 31 %. Im Ergebnis der letzten Agrarstrukturerhebung im Jahr 2007 ergab sich für Brandenburg eine Betriebszahl von 6 700.

Die Veränderung bei der Zahl der Agrarbetriebe seit Anfang der 90er Jahre verlief nicht kontinuierlich in eine Richtung. So war zwischen 1992 und 1998 ein Anstieg zu verzeichnen. Danach ging die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe (auch aufgrund methodischer Änderungen) in Brandenburg zurück. Da sich auch die ökonomischen Bedingungen immer wieder änderten und für größere Betriebe eine eher bessere Wettbewerbsfähigkeit gegeben war, reduzierte sich die Zahl der Betriebe zwischen 1999 und 2009 (–5,9 %) (Tabelle 1).

Betriebsgröße bei 200 ha

Im Jahr 2007 waren drei Viertel der Landwirtschaftsbetriebe der Rechtsform Einzelunternehmen zuzurechnen (5 067 Betriebe). Weiterhin agierten in Brandenburg 667 Personengesellschaften bzw. -gemeinschaften sowie 970 juristische Personen. 1992 wurden dagegen 4 273 Einzelunternehmen, 214 Personengesellschaften bzw. -gemeinschaften und 784 juristische Personen gezählt.

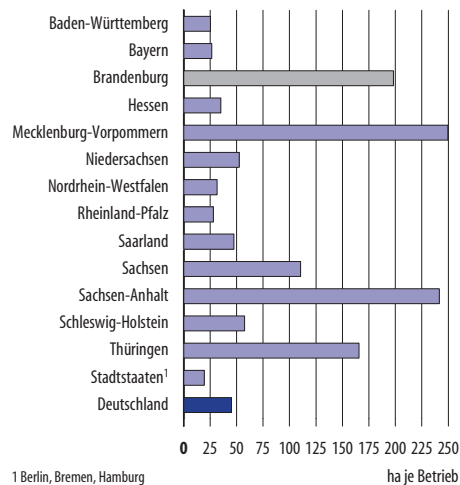
70 % der juristischen Personen ließen sich im Jahr 2007 der Rechtsform Gesellschaft mit beschränkter Haftung zuordnen.

Die Betriebsgrößen fallen in Brandenburg sehr unterschiedlich aus. So gibt es einige Betriebe, die kleiner als ein halber Hektar sind und wiederum bewirtschaften andere Landwirtschaftsbetriebe 4 000

und mehr Hektar. Die Brandenburger Landwirte bewirtschafteten 2009 im Durchschnitt 200 ha LF. Größere Agrarbetriebe agierten nur in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern. Dagegen verfügte ein Landwirtschaftsbetrieb im Jahr 2007 im Bundesmittel nur über etwas mehr als 45 ha (Abbildung 1).

Anfang der 90er Jahre besaßen die Betriebe Brandenburgs durchschnittlich sogar mehr LF, auch aufgrund damals häufig noch nicht geregelter Eigentumsverhältnisse. Die durchschnitt-

Abb. 1 Durchschnittliche landwirtschaftlich genutzte Fläche je Betrieb 2009 nach Bundesländern



lich bewirtschaftete Fläche pro Betrieb variierte im Jahr 2007 zwischen den einzelnen Rechtsformen deutlich. Während ein Einzelunternehmen rund 63 ha bearbeitete (2001: 56 ha), verfügten Personengesellschaften bzw. -gemeinschaften über gut 350 ha mit einer leicht sinkenden Tendenz (2001: 373 ha) und juristische Personen über knapp 800 ha (2001: 895 ha). Im Durchschnitt bewirtschafteten eingetragene Genossenschaften sogar mehr als 1 400 ha, während eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung über gut 650 ha verfügte.

Sinkende Zahl der Nebenerwerbsbetriebe

Von den fast 5 100 landwirtschaftlichen Einzelunternehmen ließ sich 2007 rund ein Drittel als Haupterwerbsbetriebe einstufen. Im Vergleich zum Jahr 2001 waren dies rund 100 Betriebe mehr. Nahezu kontinuierlich sinkt in Brandenburg die Zahl der Nebenerwerbsbetriebe. Diese Entwicklung ist u. a. dem deutlich gestiegenen Wettbewerb auf nationaler und internationaler Ebene geschuldet. Die stark „umkämpften“ Märkte tragen mit dazu bei, dass immer kostengünstiger zu produzieren ist, um die Waren erfolgreich und gewinnbringend absetzen zu können. Für kleinere Betriebe ist eine derartige Produktionsweise nicht in jedem Fall durchgängig zu gewährleisten (Tabelle 2).

Tab. 2 Landwirtschaftliche Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen nach dem Erwerbscharakter 1995 bis 2007 (ausgewählte Jahre)

Jahr	Betriebe insgesamt	Davon	
		Haupt- erwerb	Neben- erwerb
	Anzahl		
1995 ...	6 273	1 395	4 878
1997 ...	6 132	1 624	4 508
1999 ¹ ...	5 438	1 733	3 705
2001 ...	5 275	1 657	3 618
2003 ...	5 145	1 771	3 374
2005 ...	5 022	1 798	3 224
2007 ...	5 067	1 756	3 311

¹ Der Vergleich innerhalb der Zeitreihe ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt

Tab. 1 Landwirtschaftliche Betriebe und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche in Brandenburg 1991 bis 2007 (ausgewählte Jahre)

Jahr	Betriebe insgesamt	Landwirtschaftlich genutzte Fläche
	Anzahl	1 000 ha
1991 ...	5 038	1 271,2
1995 ...	7 731	1 337,4
1999 ¹ ...	7 008	1 347,4
2003 ...	6 709	1 328,5
2007 ...	6 704	1 328,1
2009 ...	6 595	1 327,1

¹ Der Vergleich innerhalb der Zeitreihe ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt

Im Jahr 2007 waren deutschlandweit 45 % der Einzelunternehmen den Haupterwerbsbetrieben zuzuordnen. Diese bewirtschafteten genau wie in Brandenburg rund 77 % der LF aller Einzelunternehmen.

Pachtpreise in Brandenburg vergleichsweise niedrig

Der Umfang der landwirtschaftlich genutzten Fläche veränderte sich seit 1995 nur geringfügig. Gleichzeitig ist seit dem Jahr 1997 ein rückläufiger Trend bei der Fläche zu analysieren, die durch Brandenburgs Landwirte gepachtet wurde.

Die Pachtpreise hatten sich zwischen 1991 und 2007 fast verdoppelt. Im Jahr 2007 wurde für einen Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche 80 EUR gezahlt (Abbildung 2).

Dabei fielen die Preise für Ackerland (86 EUR/ha) höher als für Dauergrünland (61 EUR/ha) aus.

Im Vergleich der Bundesländer erscheinen 80 EUR/ha als eher niedriger Wert. Dieser ist vor allem mit der verhältnismäßig geringen Bodengüte zu begründen. Der Bundesdurchschnittspreis betrug im Jahr 2007 183 EUR/ha gepachteter LF. Nur im Saarland lagen die Pachtpreise mit 85 EUR/ha auf einem ähnlich niedrigen Niveau wie in Brandenburg. Am höchsten fiel der gemittelte Pachtpreis in Nordrhein-Westfalen aus (312 EUR/ha LF). Ursachen für die hohen Pachtpreise in diesem Bundesland sind vor allem bessere Bodenverhältnisse, günstigere klimatische Bedingungen und ein deutlich höherer Bevölkerungsanteil (Flächenknappheit).

Abb. 2 Entwicklung der Pachtpreise für Acker- und Dauergrünland in Brandenburg von 1991 bis 2007 (ausgewählte Jahre)

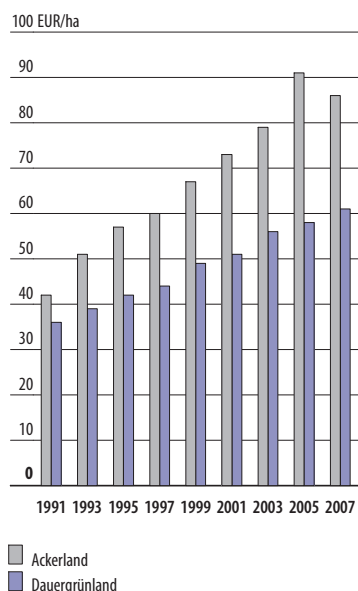
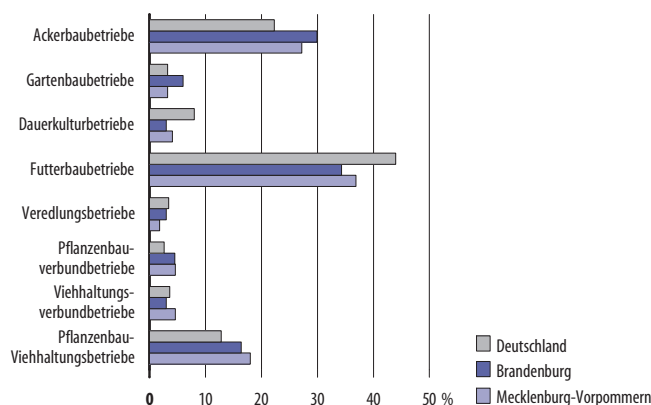


Abb. 3 Betriebswirtschaftliche Ausrichtung landwirtschaftlicher Betriebe in Deutschland, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern 2007



Mehr Futterbaubetriebe in Brandenburg

Die wichtigsten Produktionsschwerpunkte der Brandenburger Agrarbetriebe waren im Jahr 2007 neben dem Futterbau der Ackerbau sowie die Kombination von Pflanzenbau und Viehhaltung. Dabei reduzierte sich die Zahl der Ackerbaubetriebe zwischen 2003 und 2007 um mehr als 300 Betriebe. Gleichzeitig wurden 2007 fast 400 Betriebe mehr gezählt, die verstärkt auf den Futterbau ausgerichtet waren. Diese Veränderungen bewirkten, dass sich das Verhältnis von Ackerbaubetrieben zugunsten der Futterbaubetriebe deutlich verschob. Waren im Jahr 2003 über 34 % der Landwirtschaftsbetriebe der Ausrichtung Ackerbau zuzuordnen, verringerte sich dieser Anteil 2007 auf unter 30 %. Genau umgekehrt verhielt es sich bei den Futterbaubetrieben (Abbildung 3).

Zahl der landwirtschaftlichen Saisonkräfte bei 12 700 Personen

2007 arbeiteten in Brandenburg rund 38 000 Personen in der Landwirtschaft. Die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen variierte zwischen den Jahren teils deutlich. Allerdings sind diese Veränderungen auch auf eine Vielzahl von methodischen Brüchen zurückzuführen, sodass eine sinnvolle Vergleichbarkeit der Werte kaum möglich ist.

In den Brandenburger Landwirtschaftsbetrieben gab es im Jahr 2007 mehr als 8 200 Familienarbeitskräfte. Gleichzeitig wurden gut 17 100 Personen gezählt, die zu den familienfremden Beschäftigten zu rechnen waren. Der Anteil der Vollbeschäftigung lag bei den familienfremden Arbeitskräften bei 79 %.

Rund 12 700 Saisonarbeitskräfte (Personen, die weniger als 6 Monate im Jahr im Landwirtschaftsbetrieb tätig waren) arbeiteten 2007 in Brandenburgs Agrarbetrieben (Abbildung 4).

1,327 Mill. ha landwirtschaftlich genutzte Fläche

Im Jahr 2009 verfügten Brandenburgs Landwirte über eine LF von 1 327 100 ha. Diese Fläche entsprach knapp 8 % der gesamten LF der Bundesrepublik.

In den vergangenen 19 Jahren kam es in Brandenburg zu einer leichten Ausdehnung der LF um gut 4 %. Allerdings ist für die weitere Zukunft mit keiner

Tab. 3 Landwirtschaftlich genutzte Fläche der Agrarbetriebe in Brandenburg nach ausgewählten Hauptnutzungsarten 1991 bis 2009 (ausgewählte Jahre)

Jahr	Landwirtschaftlich genutzte Fläche	Darunter			
		Ackerland	Dauergrünland	Obstanlagen	Baumschulen
		1 000 ha			
1991 ...	1 271,2	1 008,1	252,4	7,8	1,6
1995 ...	1 337,4	1 040,2	290,3	4,1	1,3
1999 ¹⁾	1 347,4	1 046,3	295,5	3,9	1,1
2003 ...	1 328,5	1 030,4	293,1	3,5	1,0
2007 ...	1 328,1	1 034,9	288,1	3,3	1,2
2009 ...	1 327,1	1 035,9	285,3	3,3	1,3

¹ Der Vergleich innerhalb der Zeitreihe ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt

relevanten Ausweitung zu rechnen, da die zur Verfügung stehende Fläche limitiert ist. Rund 78 % der LF wird als Ackerland genutzt. Weitere 21 % werden dem Dauergrünland zugerechnet. Dabei vergrößerte sich die Dauergrünlandfläche gegenüber 1991 um über 13 %. In Deutschland lag der Anteil des Ackerlandes an der LF im Jahr 2007 bei 70 % (Tabelle 3).

Roggen und Weizen bestimmen den Getreideanbau

Vom Ackerland wurden 2009 rund 52 % mit Getreide (einschließlich Körnermais und Corn-Cob-Mix) bestellt. 1991 lag dieser Anteil noch bei unter 45 %.

Brandenburg ist deutschlandweit das Land, in welchem der meiste Roggen angebaut wird. Dieses Getreide war 2009 auf rund 226 200 ha zu dreschen. Die große Anbaubedeutung des Roggens ergibt sich vor allem aus der vergleichsweise relativen Anspruchslosigkeit dieser Getreideart, welche verhältnismäßig gut Trockenheit und sandige Böden tolerieren kann. Die Erträge schwankten zwischen den Jahren deutlich. Wurden im Jahr 2007 nur 33,0 dt/ha geerntet, waren es zwei Jahre später 48,7 dt/ha.

Die zweitwichtigste Getreideart ist Winterweizen, der 2009 auf 141 600 ha stand. Damit hatte sich die Fläche dieses Wintergetreides gegenüber 1991 um gut 50 % vergrößert. Auch bei den Erträgen zeichnete sich über die Jahre ein Aufwärtstrend ab, welcher auch auf den züchterischen Fortschritt zurückzuführen ist. 2009 droschen Brandenburgs Landwirte vom Winterweizen 69,2 dt/ha, während es 1991 rund 52,5 dt/ha waren.

Die Sommergetreidearten, insbesondere die Sommergerste, haben über die Jahre deutlich an Anbaubedeutung verloren. Nur in Jahren mit einer verstärkten Auswinterung wurde den Sommerungen eine höhere Anbaubedeutung beigemessen (Abbildung 5).

Immer mehr Winterraps

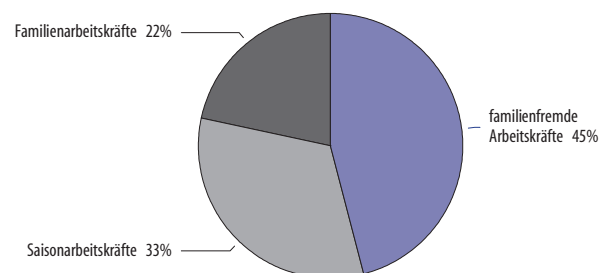
Die in Brandenburg wie in Deutschland bedeutsame Ölfrucht ist der Winterraps. Der Drusch des Winterraps erfolgte im Jahr 2009 auf 131 100 ha. Zehn Jahre zuvor stand diese Winterölfrucht auf 95 900 ha.

Wie für alle Feldfrüchte sind die Witterungsbedingungen im Erntejahr ein entscheidendes Ertragskriterium. So waren 2009 die Bedingungen für die Entwicklung des Winterraps als gut einzuschätzen und mit 41,1 dt/ha fuhren die Brandenburger Landwirte ein sehr gutes Ernteergebnis ein. Dagegen wurden zwei Jahre zuvor nur 30,2 dt/ha geerntet. Die Ausdehnung der Anbaufläche von Winterraps seit 1991 um rund 138 % ist zu einem Teil mit dem wachsenden energetischen Einsatz des Druschgutes (Stichworte: Biodiesel, Beimischungspflicht von Biokraftstoffen zu regulärem Kraftstoff) zu erklären.

Bei Lupinen und Körner Sonnenblumen ist Brandenburg die Nr. 1

Bei einer deutschlandweiten Betrachtung wird ersichtlich, dass in keinem anderen Land mehr Körner Sonnenblumen angebaut werden als in Brandenburg (2009: 16 800 ha). Diese Fläche entsprach fast 72 % der gesamten Körner Sonnenblumen-Anbaufläche Deutschlands. Die Erträge stellen die Landwirte aber nicht in jedem Jahr zufrieden. Wurden 2007 noch 25,9 dt/ha von den Feldern abgefahren, so blieb der Hektarertrag 2008 mit nur 18 dt unter den Erwartungen (Tabelle 4).

Abb. 4 Arbeitskräfte 2007 in der Brandenburger Landwirtschaft



Tab. 4 Anbau und Ernte von Körner Sonnenblumen in Brandenburg in den Jahren 1991 bis 2009 (ausgewählte Jahre)

Jahr	Körner Sonnenblumen		
	Anbaufläche	Hektarertrag	Erntemenge
	1000 ha	dt	1000 t
1991 ...	3,0	•	•
1995 ...	13,7	15,8	22
1999 ¹ ...	10,3	19,3	20
2003 ...	20,4	18,0	37
2007 ...	11,9	25,9	31
2009 ...	16,8	22,3	37

¹ Der Vergleich innerhalb der Zeitreihe ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt

Abb. 5 Anbau auf dem Ackerland 2009 in Brandenburg

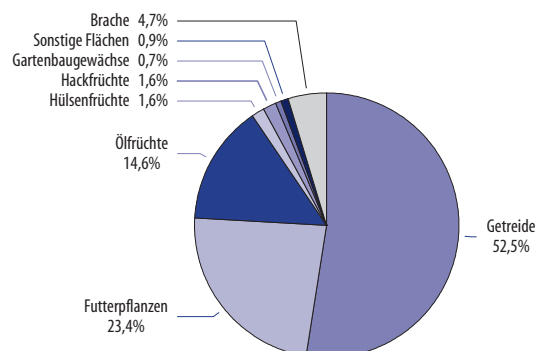
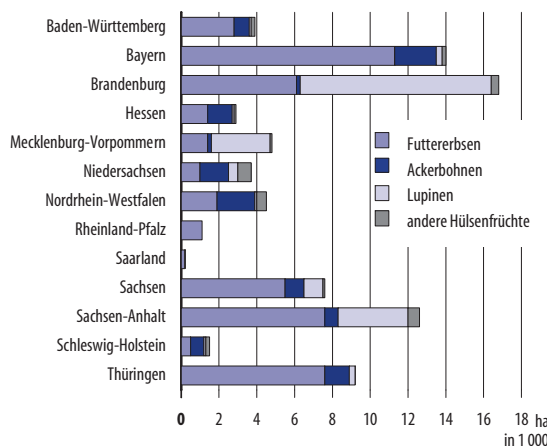


Abb. 6 Hülsenfruchtanbau 2009 in den Bundesländern



Bei den Hülsenfrüchten dominieren Lupinen und Futtererbsen das Landschaftsbild. Über 50 % des Gesamt-lupinenanbaus in der Republik wird in Brandenburg praktiziert. Wichtige Anbauländer sind weiterhin Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt.

Ein Fünftel der deutschen Anbaufläche für Hülsenfrüchte befand sich 2009 im Land Brandenburg (33 400 ha) (Abbildung 6).

Trotz der teils niedrigen Hektarerträge ist der Anbau von Lupinen und Futtererbsen unerlässlich, um die Bodenqualität zu verbessern (Hülsenfrüchte sammeln Stickstoff und reichern den Boden über die Anhäufung von Knöllchenbakterien an) und um möglichst viele positive Fruchtfolgeeffekte zu erzielen.

Hackfruchtanbau rückläufig

Bei den Hackfrüchten, von denen Kartoffeln und Zuckerrüben in Deutschland die bekanntesten sind, ist seit 1999 ein spürbarer Flächenrückgang zu verzeichnen. Wurden Kartoffeln 1991 noch auf 36 300 ha angebaut, waren es 19 Jahre später 74 % weniger (9 600 ha). Im gleichen Zeitraum sank auch die Anbaufläche für Zuckerrüben um 57 %. Ursachen für diese Entwicklung stellten insbesondere veränderte Marktordnungen (z. B. Zuckermarktordnung) dar. Außerdem ließ sich mit dem Anbau anderer Fruchtarten ein besserer Deckungsbeitrag erreichen. So ist bei Kartoffeln nicht selten ein teils kostenintensives

Anbaumanagement notwendig, da zum Beispiel für bessere Erträge in einem Land wie Brandenburg, welches durch einen hohen Anteil an sandigen Böden gekennzeichnet ist, der Einsatz der Bewässerung vielerorts fast ein „Muss“ bedeutet.

Silomais geht „neue“ Wege

Deutlich erhöht hat sich der Anbau von Silomais seit 2005. Innerhalb der letzten vier Jahre vergrößerte sich der Silomaisanbau um 53 % auf rund 143 800 ha. Silomais spielt als Futter, aber zunehmend auch als Energiepflanze, eine wesentliche Rolle. Mit Silomais lassen sich im Vergleich zu vielen anderen Feldfrüchten verhältnismäßig hohe Biomasseerträge erzielen (2009: 331,1 dt/ha) (Abbildung 7).

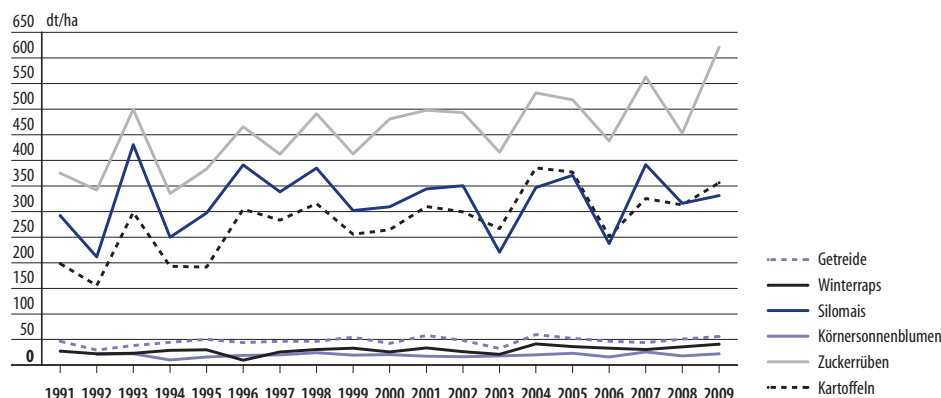
Generell liefert die energetische Nutzung der landwirtschaftlich genutzten Flächen einen wichtigen Beitrag bei der Erzeugung erneuerbarer Energie. So wird heute eine beachtliche Fläche für die Produktion von Ganzpflanzengetreide und Silomais verwendet, deren Erntegut als Substrat für Biogasanlagen seinen Einsatz findet. Ende 2009 gab es nach Informationen des Landesamtes für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung in Brandenburg 176 Biogasanlagen mit einer installierten elektrischen Leistung von 111,8 MW. Derzeit wird hier von weiter steigenden Zahlen ausgegangen.

Spargel und Gurken sind die Brandenburger Gemüsearten

Der Gemüseanbau im Freiland Brandenburgs umfasste im Jahr 2009 rund 6 200 ha. Ein Jahr zuvor waren es noch 3 % mehr. In Brandenburg finden nur ca. 5 % des gesamten Gemüseanbaus der Republik statt. Trotzdem wachsen auch in Brandenburg einige Gemüsearten mit einem durchaus bedeutsamen Anbauumfang. Zu diesen zählt an erster Stelle der Spargel, welcher 2009 auf 2 400 ha gestochen wurde. Die bekannteste Region ist Beelitz, welches auch als das größte zusammenhängende Anbaugelände in Deutschland angesehen wird. Brandenburg entwickelte sich nach Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zum wichtigsten Spargel anbauenden Bundesland.

In Bezug auf die Erträge des Freilandgemüses zeichnete sich gerade beim Spargel eine deutliche Leistungssteigerung ab. Gegenüber dem Jahr 1991

Abb. 7 Hektarerträge ausgewählter Kulturarten zwischen 1991 und 2009 in Brandenburg



vervielfachte sich der Hektarertrag bis 2009. Dabei spielten verbesserte Anbaustrategien und der züchterische Fortschritt eine große Rolle. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass das Jahr 2009 mit 56,5 dt/ha ein auch wettertechnisch gesehen außerordentlich gutes Jahr für den erfolgreichen Spargelanbau war (Abbildung 8).

Eine große Bedeutung hat weiterhin die Gurkenproduktion. Hier konnte sich ganz besonders die Spreewaldgurke auf den hart umkämpften Märkten behaupten. Gurken werden in Brandenburg von rund 900 ha geerntet. Die Erntefläche 2009 entsprach fast einem Drittel des deutschen Gurkenanbaus.

Im Zeitraum der Jahre 1991 bis 2009 stieg der Hektarertrag von Einlegegurken auf das Dreieinhalbfache. 2009 wurden 713 dt/ha gepflückt.

Die Gewächshausproduktion von Gemüse erfolgte 2009 in Brandenburg auf 52 ha. 1991 waren es noch 95 ha. Wirtschaftliche Gründe waren ein entscheidendes Kriterium für die Reduzierung der Gewächshausflächen. Zu den bestimmenden Gemüsearten gehörten hier in den vergangenen Jahren Tomaten und Gurken.

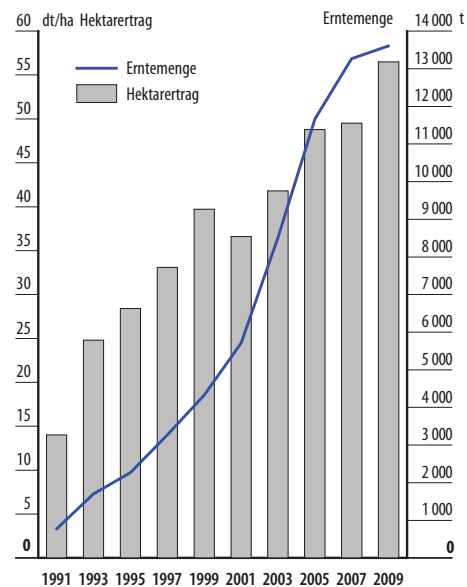
Äpfel und Süßkirschen bestimmen den Obstanbau

Bezüglich des Obstanbaus in Deutschland ist festzuhalten, dass Brandenburg eine eher untergeordnete Rolle spielt. Die beiden wichtigsten Brandenburger Obstarten sind Äpfel und Süßkirschen.

Äpfel reiften 2009 auf rund 1 200 ha, das sind weniger als 4 % der gesamten deutschen Apfelanbaufläche. Im Vergleich zum Jahr 1992 hatte sich der Apfelanbau in Brandenburg 2009 mehr als halbiert. Der durchschnittliche Hektarertrag dieses Kernobsts lag im Jahr 2009 bei 249,1 dt/ha und war gleichzeitig der niedrigste im Bundesvergleich.

Süßkirschen wurden 2009 auf 551 ha gepflückt. Diese Anbaufläche entspricht in etwa einem Zehntel des gesamtdeutschen Süßkirschenanbaus. 1992 fand der Brandenburger Süßkirschenanbau noch auf 434 ha statt und erreichte im Jahr 1999 mit 935 ha seinen Anbauhöhepunkt. Mit 41,5 dt/ha wurde im Jahr 2009 ein für Brandenburger Verhältnisse gutes Ernteergebnis erzielt, wobei der Bundesdurchschnitt mit 72,5 dt/ha deutlich höher ausgefallen war (Tabelle 5).

Abb. 8 Hektarerträge und Erntemengen von Spargel in Brandenburg von 1991 bis 2009 (ausgewählte Jahre)



Anbauflächen für Erdbeeren variieren zwischen den Jahren deutlich

Eine interessante „Beerenfrucht“ ist die immer wieder gern verzehrte Sammelnussfrucht „Erdbeere“. Im deutschlandweiten Vergleich zeigt sich aber, dass der Anbau in Brandenburg auf einer eher kleinen Fläche stattfindet. 2009 erfolgte die Freilanderdbeerernte auf 283 ha. Über die Jahre hinweg ergab sich für den Anbau der Erdbeeren eine inhomogene Entwicklung. Die größte Anbaufläche wurde 2006 mit 423 ha registriert.

Auch bei den Hektarerträgen waren zwischen den Jahren erhebliche Schwankungen zu verzeichnen. Das absolute Spitzenresultat erzielten die Obstbauern 1992 mit 70 dt/ha. 2009 waren es 57,9 dt/ha. Brandenburg ist schon aufgrund der verhältnismäßig geringen Niederschlagsmengen kein Land, welches für den Anbau der Erdbeeren überaus prädestiniert ist. Dies zeigt sich u. a. auch darin, dass in allen anderen Bundesländern deutlich höhere Erträge bei dieser Obstart von den Feldern erreicht werden.

Tab. 5 Anbau und Ernte ausgewählter Obstarten in Brandenburg in den Jahren 1991 bis 2009 (ausgewählte Jahre)

Jahr	Äpfel			Süßkirschen			Erdbeeren (abgeerntet) im Freiland		
	Anbaufläche	Hektarertrag	Erntemenge	Anbaufläche	Hektarertrag	Erntemenge	Anbaufläche	Hektarertrag	Erntemenge
	ha	dt	t	ha	dt	t	ha	dt	t
1992 ...	2 454	129,1	31 691	434	103,4	4 486	208	70,0	1 456
1995 ...	2 354	128,4	30 227	714	18,1	1 293	228	53,7	1 225
1999 ¹ ...	1 775	162,7	28 880	935	38,9	3 635	243	60,1	1 458
2003 ...	1 429	283,4	40 498	725	51,3	3 722	312	38,5	1 200
2007 ...	1 197	126,8	15 177	551	13,9	766	348	36,9	1 285
2009 ...	1 197	249,1	29 815	551	41,5	2 285	283	57,9	1 638

¹ Der Vergleich innerhalb der Zeitreihe ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt

Abb. 9 Entwicklung der Zahl der Milchkühe und der Milchleistung zwischen 1991 bis 2008 in Brandenburg

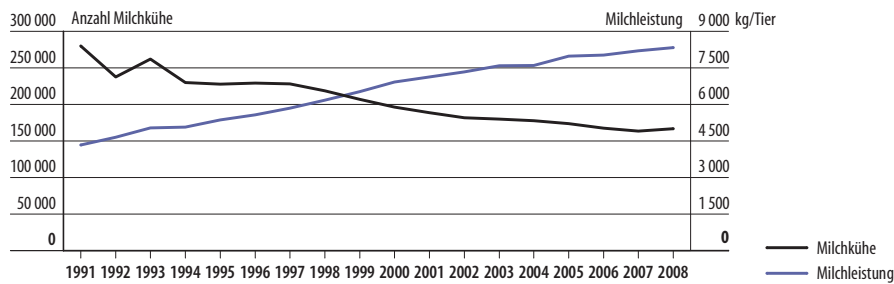
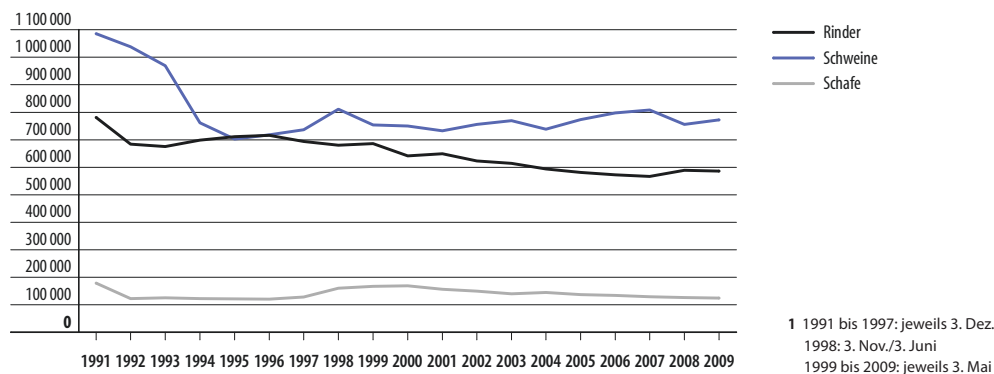


Abb.10 Entwicklung der Bestände ausgewählter Tierarten 1991 bis 2009 in Brandenburg¹



Von den Strauchbeeren sind Sanddorn und Heidelbeeren die für Brandenburg anbaubedeutsamsten Fruchtarten.

Tierhaltung

Weniger Milchkühe sowie mehr Ammen- und Mutterkühe

Brandenburgs tierische Produktion war in den letzten 19 Jahren durch deutliche Veränderungen gekennzeichnet. Die Tierbestände gingen seit 1991 stark zurück. Die Zahl der in Brandenburg gehaltenen Rinder verringerte sich zwischen 1991 und 2009 um 33 % (2009: 586 600 Rinder).

Bei den Nutzungsrichtungen der Rinder ließen sich über die Jahre hinweg zwei gegenläufige Tendenzen beobachten. Während die Anzahl der Milchkühe Brandenburgs fast kontinuierlich abnahm (–42 %), haben sich die Bestände an Ammen- und Mutterkühen im angesprochenen Zeitraum fast verneunfacht (95 900 Tiere), wobei 2001 der Höchststand erreicht war. Die hohe Zahl an Ammen- und Mutterkühen ist auch mit der großen Bedeutung des ökologischen Landbaus in Brandenburg zu erklären. 2007 standen in den Öko-Höfen mit Tierhaltung 20 100 Ammen- und Mutterkühe. Das waren durchschnittlich 73 Tiere/Betrieb mit Ammen- und Mutterkuhhaltung.

Im Jahr 2007 hielten die Brandenburger Landwirte mit fast 14 % des deutschen Gesamtbestandes die meisten Ammen- und Mutterkühen in ihren Betrieben.

Hohe Milchleistung

Die deutliche Verringerung der Anzahl der Milchkühe ist u. a. mit dem teils auch auf politischer Ebene kontrovers diskutierten und eher schwierigen Milchmarkt zu erklären, der eine wirtschaftliche Produktionsweise für viele Betriebe nur unter sehr großen Anstrengungen noch gestattet. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die Milchleistung der Tiere seit 1991 enorm anstieg. Für das Jahr 2008 wurde für Brandenburg eine durchschnittliche Milchleistung von 8 331 kg/Tier ermittelt. Dieses Ergebnis entspricht einer Leistungssteigerung um über 92 % innerhalb von 18 Jahren. In Deutschland lag im Jahr 2008 die jährliche Milchleistung/Kuh bei 6 827 kg. Nur in den anderen neuen Bundesländern (mit Ausnahme von Thüringen) wurden im Jahr 2008 vergleichbare Milchleistungen wie in Brandenburg erreicht (Abbildung 9).

Mehr als ein Viertel der Schweine in Elbe-Elster und Teltow-Fläming

Von 1991 bis 2009 kam es zu spürbaren Verkleinerungen (–41 %) der Schweinebestände im Land Brandenburg. Dabei kann sich die Zahl der gehaltenen Schweine immer wieder kurzfristig ändern, da die Landwirte bestrebt sein müssen, sich den jeweiligen Marktbedingungen anzupassen. Bei den Zuchtsauen ist die Veränderungsrate in den vergangenen Jahren nicht so signifikant wie in anderen Nutzungsrichtungen. Die Zahl der 2007 in Brandenburg gehaltenen Schweine entsprach rund 3 % des gesamten deutschen Schweinebestandes.

Tab. 6 **Entwicklung der Viehbestände in Brandenburg 1992 bis 2009 (ausgewählte Jahre)**

Datum	Rinder ¹	Schweine	Schafe	Geflügel		
				Hühner	Enten	Truthühner
	1 000					
3. Dezember 1992	684,3	1 038,4	122,5	4 528,8	913,1	148,2
3. Dezember 1996	716,4	718,4	120,6	5 160,3	621,0	283,2
3. Mai 1999	686,5	753,5	166,6	5 667,3	884,9	354,4
3. Mai 2003	614,3	769,1	140,3	6 513,9	866,6	866,1
3. Mai 2007	566,4	808,2	129,1	6 639,3	932,6	899,5
3. Mai 2009	586,6	772,3	123,9

¹ ab Mai 2008: Auswertung Herkunftssicherungs- und Informationsdatei für Tiere

Schafhaltung verliert an Bedeutung

Wie bei den Rindern und Schweinen verringerte sich auch die Zahl der Schafe seit 1991, wenn auch mit leichten Unterbrechungen. 2009 wurden 32 % weniger Schafe erfasst (123 900 Tiere) als noch im Jahr 1991 (Abbildung 10, Tabelle 6).

In Deutschland wurden 2009 insgesamt rund 2,4 Mill. Schafe gehalten. Auch hier ist ein rückläufiger Trend zu beobachten (2006: über 2,6 Mill. Schafe).

Die Schafproduktion stellt einen wichtigen Faktor für die ökologisch ausgerichtete Produktion dar. In Brandenburg wurden 2007 fast 24 % aller Schafe ökologisch gehalten. Deutschlandweit belief sich der Anteil der Ökoschafhaltung auf gut 11 %.

Geflügelproduktion wächst

Im Gegensatz zu den bisher genannten Tierarten ergaben sich für viele Geflügelarten Bestandszunahmen. Zwischen 1992 und 2007 stieg die Zahl der Hühner um rund 47 % auf über 6,6 Mill. Tiere.

2009 wurden in Brandenburg im Durchschnitt mehr als 2,7 Mill. Legehennen gehalten. Die Legeleistung der Tiere belief sich auf 295 Eier/Henne. Ein Jahr zuvor waren es 309 Eier/Henne. Wird dieser Wert mit dem von 1991 verglichen, so lässt sich eine Steigerung um rund 9 % erkennen (Tabelle 7).

Kaum Veränderungen ließen sich für den Haltungsbereich der Enten ermitteln (+2 %). Fast 36 % aller deutschen Enten befanden sich 2007 in Brandenburg; damit ist es das Bundesland mit den größten Entenbeständen (932 600 Enten). Eine vergleichbar hohe Anzahl gab es nur noch in Niedersachsen mit 919 100 Tieren.

Die Zahl der Truthühner hatte sich im Zeitraum 1992 bis 2007 mehr als versechsfacht. Die Veränderungen dieser Tierbestände fielen ab 2003 aber eher gering aus. Insgesamt gesehen stellt die Produktion dieser Geflügelart mit 899 500 Stück ein wichtiges Standbein der Tierproduktion Brandenburgs dar.

Tab. 8 **Gewerbliche Schlachtungen in Brandenburg von 1991 und 2009 (ausgewählte Jahre)**

Jahr	Rinder	Schweine	Schafe	Ziegen	Pferde
	Anzahl				
1991 ...	150 354	1 520 558	10 305	14	188
1995 ...	60 712	1 375 774	8 541	56	470
1999 ...	69 611	1 237 526	52 239	170	497
2003 ...	67 630	1 101 522	50 378	435	365
2007 ...	30 034	1 769 698	70 598	561	365
2009 ...	24 193	1 820 896	88 669	710	281

Der Anteil der Brandenburger Truthühnerproduktion an den bundesweiten Beständen insgesamt lag im Jahr 2007 bei 8,2 %. Über 60 % der Brandenburger Truthühner werden in den nordwestlichen Kreisen Prignitz und Ostprignitz-Ruppin gehalten.

Schlachtzahl bei Schweinen gestiegen

Zwischen 2001 und 2009 verringerte sich die gewerbliche Schlachtzahl an Rindern um rund 63 % auf fast 24 200 Tiere. Die Schlachtmenge betrug 2009 fast 6 800 t. Ursächlich für diese Entwicklung sind gesunkene Rinderbestände und eine geringere Nachfrage nach Rindfleisch.

Ganz anders sah es in diesem Zeitraum bei den Schweinen aus. Hier erhöhte sich die Zahl der in Brandenburg gewerblich geschlachteten Tiere um mehr als 65 % auf 1 820 900 Schweine. Die entsprechende Schlachtmenge bei dieser Tierart lag 2009 bei 165 400 t. Diese entsprach einer Steigerung um fast 75 %. Die in Brandenburg geschlachteten Tiere kommen zum Teil aus anderen Bundesländern bzw. anderen Staaten.

Der Aufwärtstrend bei den Schlachtungen von Schweinen ist unter anderem mit dem entsprechenden Verbraucherverhalten zu erklären. Schweinefleisch ist preislich günstig, schmackhaft und wird zum Teil auch gedanklich besser bewertet als Rindfleisch (BSE-Krise).

Die Zahl der gewerblich geschlachteten Schafe hat sich seit dem Jahr 2001 deutlich erhöht (+68 %). 2009 wurde mit rund 88 700 Tieren die größte Anzahl an Schafen seit 1991 den Schlachthöfen zugeführt. Im Jahr 2009 wurden bundesweit mehr als 1 045 700 Schafe geschlachtet (Tabelle 8).

2009 wurden 80 800 t Geflügelfleisch produziert. Gegenüber 1991 verfünffachte sich die Geflügelfleischproduktion in Brandenburg.

In Deutschland lag die produzierte Geflügelfleischmenge 2009 bei fast 1,3 Mill. t.

Ökologischer Landbau

Ökologischer Landbau auf mehr als 10 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche

Brandenburg nahm 2007 in Hinblick auf den Umfang des ökologischen Landbaus einen Spitzenplatz in Deutschland ein. So wirtschafteten in Brandenburg 613 landwirtschaftliche Betriebe basierend

Tab. 7 **Eierproduktion in Brandenburg von 1992 bis 2009 (ausgewählte Jahre)**

Jahr	Erzeugte Eier	Eier je Henne
	1 000	Stück
1992 ...	474 177	284
1995 ...	607 217	284
1999 ...	776 983	294
2003 ...	763 795	297
2007 ...	773 685	305
2009 ...	804 294	295

Abb. 11 Anteil der ökologisch bewirtschafteten landwirtschaftlich genutzten Flächen (LF) an der LF insgesamt 2007 nach Bundesländern

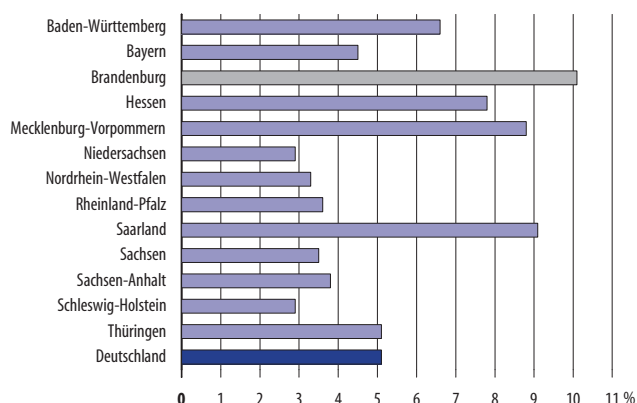
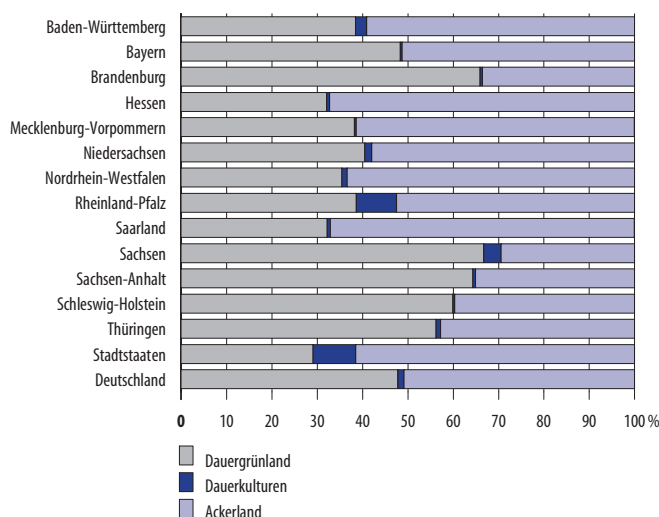


Abb. 12 Verteilung von Ackerland, Dauerkulturen und Dauergrünland im ökologischen Landbau 2007 nach Bundesländern



auf der entsprechenden EG-Verordnung ökologisch. Das waren mehr als 9 % aller Landwirtschaftsbetriebe des Landes Brandenburg. 1999 belief sich der Anteil der ökologisch wirtschaftenden Betriebe auf gut 4 % (Tabelle 9).

Die Ökobetriebe bewirtschafteten im Jahr 2007 rund 133 800 ha. Damit bearbeiteten sie über 10 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche nach den Richtlinien des Ökolandbaus. In keinem anderen Bundesland hat der Ökolandbau einen derart großen Anbauumfang wie in Brandenburg (Abbildung 11).

Interessanterweise wird in Brandenburg mehr Ackerland als Dauergrünland ökologisch bewirtschaftet. Bei einer Vielzahl von Bundesländern dominierte im Ökolandbau das Dauergrünland. Die stärkere Einbindung von Ackerland ist in Brandenburg zu einem nicht unerheblichen Teil auch den klimatischen Bedingungen und den Bodenverhältnissen geschuldet (Abbildung 12).

Die ökologisch wirtschaftenden Betriebe Brandenburgs waren im Jahr 2007 mit einer LF von 218 ha größer als die Ökobetriebe der anderen Bundesländer.

Die Erträge und Leistungen bei ökologischer Bewirtschaftung fallen in Brandenburg wie in Deutschland in vielen Fällen niedriger als im konventionellen Landbau aus.

Der überwiegende Teil der ökologisch agierenden Agrarbetriebe hält auch Tiere. In diesen Betrieben überwiegen die schon erwähnte Ammen- und Mutterkuhhaltung sowie die Schafhaltung

Autor: Thomas Troegel

Tab. 9 Landwirtschaftliche Betriebe mit ökologischem Anbau und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche in Brandenburg von 1999 bis 2007 (ausgewählte Jahre)

Jahr	Betriebe	Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)	Darunter					
			Ackerland		Dauergrünland		Dauerkulturen ¹	
			Fläche	Anteil an der LF insgesamt	Fläche	Anteil an der LF insgesamt	Fläche	Anteil an der LF insgesamt
	Anzahl	ha		%	ha	%	ha	%
1999 ...	299	72 723	46 314	63,7	25 492	35,1	899	1,2
2001 ...	423	95 821	59 217	61,8	35 666	37,2	922	1,0
2003 ...	508	115 849	73 790	63,7	41 272	35,6	765	0,7
2005 ...	581	131 431	86 179	65,6	44 374	33,8	1 000	0,7
2007 ...	613	133 805	88 183	65,9	44 994	33,6	614	0,5

¹ Obstanlagen, Baumschulen, Rebland, Weihnachtsbaumkulturen, Korbweiden- und Pappelanlagen

1990 – 2010 **Berlin und Brandenburg**1990 – 2010 **Berlin und Brandenburg**

Landwirtschaft

Siedlungs- und Verkehrsfläche

Im April 2002 veröffentlichte die damalige Bundesregierung ihre Zielvorstellungen¹, wie durch nachhaltige Entwicklung der Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche reduziert werden soll. Nachhaltigkeit meint hier, dass sowohl die Bedürfnisse der heutigen Generation erfüllt werden als auch zukünftigen Generationen die Voraussetzung erhalten bleibt, ihr Leben gestalten zu können. Als Grundsatz gilt: „Jede Generation muss ihre Aufgaben lösen und darf sie nicht den kommenden Generationen aufbürden.“²

Neben den globalen Problemen wie der Ernährung der Weltbevölkerung, dem Zugang zu sauberem Trinkwasser und der Versorgung mit Energie rückt immer mehr auch der Erhalt der nur begrenzt vorhandenen und nicht vermehrbaren Lebensgrundlage Boden in den Focus der Betrachtungen. „Es gibt kaum ein Handlungsfeld, in dem das komplexe Gefüge von ökologischen, ökonomischen und sozialen Anforderungen so sichtbar wird, wie im Bereich des Umganges mit der begrenzt vorhandenen Ressource Boden und der Siedlungsentwicklung.“³

Die Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche gilt daher bundesweit als ein Indikator für die fortschreitende Flächeninanspruchnahme zu baulichen Zwecken. Sie wird bundeseinheitlich im Rahmen der Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung auf der Basis der Katasterangaben ermittelt. In den alten Bundesländern gibt es die Flächenerhebung seit 1979, in den neuen Ländern wurde sie 1992 mit einem 4-jährlichen Rhythmus eingeführt. Von 2000 bis 2008 wurde zusätzlich eine jährliche Erhebung der Flächennutzungen durchgeführt, die in der Siedlungs- und Verkehrsfläche enthalten sind. Seit 2008 wird die Flächenerhebung jährlich durchgeführt.

Anhand der Ergebnisse der Flächenerhebungen ist ersichtlich, dass die Flächeninanspruchnahme für die Siedlungs- und Verkehrsfläche in den alten Bundesländern von 114 ha je Tag 1978 auf 71 ha je Tag Anfang der 1990er Jahre sank. Nach der Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erreichte der Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche im Zeitraum 1996 bis 2000 bundesweit 129 ha je Tag. Das entsprach einem täglichen Flächenverbrauch von 168 Bundesligafußballfeldern!

Um dieser extensiven Entwicklung entgegenzutreten, formulierte die Bundesregierung das Ziel, den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 30 ha je Tag zu reduzieren.⁴

Inhaltliche Grundlage der Flächenerhebung ist das im Kataster- und Vermessungswesen zugrunde liegende Nutzungsartenverzeichnis der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV-Nutzungsartenverzeichnis). Die Siedlungs- und Verkehrsfläche ist darin keine eigenständige Nutzungsart, sondern die Summe verschiedener Nutzungsarten und Nutzungsartengruppen, die nachfolgend als ‚Nutzungsart‘ geführt werden.

Zur Siedlungs- und Verkehrsfläche gehören die Nutzungsarten:

- **Gebäude- und Freifläche:**
Flächen mit Gebäuden (Gebäudeflächen) und unbebaute Flächen (Freiflächen), die Zwecken der Gebäude untergeordnet sind (z. B. Vor- und Hausgärten, Spielplätze, Stellplätze usw.).
- **Betriebsfläche (ohne Abbauand):**
Unbebaute Flächen, die vorherrschend gewerblich, industriell oder für Zwecke der Ver- und Entsorgung genutzt werden ohne die Flächen, die vorherrschend zum Abbau der Bodensubstanz genutzt werden.
- **Erholungsfläche:**
Unbebaute Flächen, die vorherrschend dem Sport, der Erholung oder dazu dienen, Tiere und Pflanzen zu zeigen.
- **Verkehrsfläche:**
Flächen, die dem Straßen-, Schienen- oder Luftverkehr dienen sowie Landflächen, die vorherrschend dem Schiffsverkehr dienen.
- **Friedhof:**
Flächen, die zur Bestattung dienen oder gedient haben, sofern nicht vom Charakter der Anlagen her die Zuordnung zur Nutzungsart Grünanlage zutreffend ist.

Aus den genannten Nutzungsarten ist ersichtlich, dass es sich bei der Siedlungs- und Verkehrsfläche sowohl um versiegelte als auch um nichtversiegelte, jedoch vom Menschen stark überformte Flächen handelt.

Die beiden Bundesländer Berlin und Brandenburg werden nachfolgend aufgrund des unterschiedlichen Charakters – Berlin als Stadtstaat und Brandenburg als das fünftgrößte deutsche Flächenland – getrennt betrachtet.

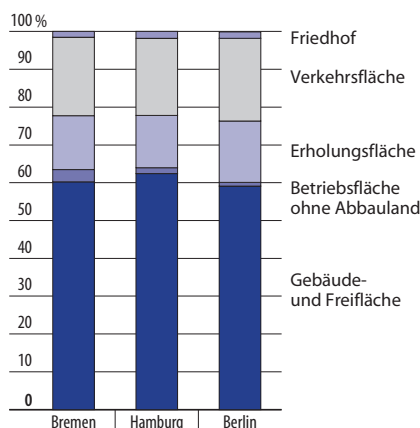
¹ Strategiepapier der Bundesregierung: „Perspektiven für Deutschland – unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung“, April 2002

² Ebd. S. 5

³ Ebd. S. 287

⁴ Ebd. S. 288

Abb. 1 Anteil der Nutzungsarten an der Siedlungs- und Verkehrsfläche in den Stadtstaaten Deutschlands 2008



Berlin

Seit 1996 werden für Berlin und seine Bezirke nur noch Angaben aus dem Liegenschaftskataster veröffentlicht. Ursache dafür sind die im Ost- und im Westteil der Stadt bis dahin noch geltenden unterschiedlichen Definitionen einiger Nutzungsarten, die in der Zeit bis 1996 erst allmählich an die westlichen Standards angepasst wurden. Die vor 1996 veröffentlichten Daten zur Flächennutzung sind mit aktuellen Angaben somit nicht zu vergleichen.

Berlin ist mit 89 154 ha (2008) auch flächenmäßig der größte der drei Stadtstaaten der Bundesrepublik. Auf die Siedlungs- und Verkehrsfläche entfallen 62 322 ha. Das entspricht einem Anteil an der Stadtfläche von 69,9 %. Die Waldfläche Berlins ist für eine Großstadt unerwartet groß; sie umfasst 16 223 ha, was einem Anteil an der Stadtfläche von über 18 % entspricht. Auch der Anteil der Wasserflächen ist mit 6,7 % recht hoch (5 947 ha). Sowohl die Waldfläche als auch die Wasserfläche zählen nicht zur Siedlungs- und Verkehrsfläche, sollen aber aufgrund ihres hohen Anteiles an der Stadtfläche hier Erwähnung finden.

Flächengrößte Nutzungsart ist mit 36 834 ha die Gebäude- und Freifläche. Das entspricht einem Anteil von 41,3 % an der Gesamtfläche Berlins bzw. von

59,1 % an der Siedlungs- und Verkehrsfläche. Auf die Verkehrsfläche entfallen 13 657 ha. Sie ist damit nach dem Wald die drittgrößte Nutzungsart in Berlin mit einem Anteil an der Siedlungs- und Verkehrsfläche von 21,9 %. Auf die Erholungsfläche entfallen 10 115 ha (16,2 %).

Sowohl bei der Siedlungs- und Verkehrsfläche insgesamt als auch bei der Gebäude- und Freifläche, der Verkehrsfläche und der Erholungsfläche liegen die Anteile an der Gesamtfläche in Berlin über denen von Bremen und Hamburg. Gemessen an der Siedlungs- und Verkehrsfläche des jeweiligen Stadtstaates zeigt sich jedoch, dass der Anteil der Gebäude- und Freifläche in Berlin mit 59,1 % unter den Werten von Bremen (60,2 %) und Hamburg (62,6 %) liegt. Berlin weist dafür bei der Erholungsfläche mit 16,2 % einen größeren Anteil als Bremen (14,2 %) und Hamburg (13,8 %) auf. Auch die Verkehrsfläche Berlins hat einen etwas höheren Anteil an der Siedlungs- und Verkehrsfläche als in den beiden anderen Stadtstaaten.

Die Entwicklung der einzelnen Nutzungsarten der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Berlin seit 1996 wird in der Tabelle 2 dargestellt.

Demnach hat die Siedlungs- und Verkehrsfläche im Zeitraum 1996 bis 2008 in Berlin um 2 886 ha (+4,9 %) zugenommen. Davon entfallen auf die Gebäude- und Freifläche 2 154 ha, auf die Erholungsfläche 290 ha und auf die Verkehrsfläche 231 ha.

Bei der Betrachtung der Siedlungs- und Verkehrsfläche Berlins fällt auf, dass mit über 2 000 ha der größte Zuwachs in der Zeit 1996 bis 2000 zu verzeichnen ist. Das legt die Vermutung nahe, dass es sich hier nur zum Teil um einen realen Zuwachs handelt, während ein Teil methodisch bedingt ist. Jedoch ist dies auch der Zeitraum gewesen, der in Berlin durch eine sehr intensive Bautätigkeit geprägt war.

Generell ist anzumerken, dass die in der Regel sehr lange zurückliegenden Vermessungen seinerzeit mit recht einfachen Vermessungs- und Berechnungsmethoden durchgeführt wurden und entsprechend große Toleranzen von ca. 1 % zuließen. Mit den heutigen Verfahren erfolgt die Berechnung der Flächengröße mit einer Genauigkeit im Quadratzentimeterbereich. Häufig wird bei den neueren Messungen eine größere Fläche ermittelt.

Tab. 1 Siedlungs- und Verkehrsfläche ...
... in den Stadtstaaten Deutschlands 2008

Land	Bodenfläche insgesamt	Siedlungs- und Verkehrsfläche	Davon				
			Gebäude- und Freifläche	Betriebsfläche ohne Abbauland	Erholungsfläche	Verkehrsfläche	Friedhof
ha							
Bremen...	40 433	23 139	13 940	755	3 287	4 810	347
Hamburg	75 530	44 929	28 055	701	6 191	9 171	811
Berlin.....	89 154	62 322	36 834	630	10 115	13 657	1 086
%							
Bremen...	100	57,2	34,5	1,9	8,1	11,9	0,9
Hamburg	100	59,5	37,1	0,9	8,2	12,1	1,1
Berlin.....	100	69,9	41,3	0,7	11,3	15,3	1,2

Tab. 2 ... in Berlin 1996 bis 2008 (ausgewählte Jahre)

Jahr	Siedlungs- und Verkehrsfläche	Davon				
		Gebäude- und Freifläche	Betriebsfläche ohne Abbauland	Erholungsfläche	Verkehrsfläche	Friedhof
ha						
1996 ...	59 436	34 680	•	9 825	13 426	•
2000 ...	61 498	35 856	803	10 285	13 516	1 038
2004 ...	61 928	36 230	804	10 281	13 546	1 067
2008 ...	62 322	36 834	630	10 115	13 657	1 086
%						
1996 ...	100	58,3	•	16,5	22,6	•
2000 ...	100	58,3	1,3	16,7	22,0	1,7
2004 ...	100	58,5	1,3	16,6	21,9	1,7
2008 ...	100	59,1	1,0	16,2	21,9	1,7

Fazit bleibt, dass der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche Berlins langsam aber stetig zunimmt, ohne dass es zwischen den einzelnen Nutzungsarten signifikante Verschiebungen gibt.

Brandenburg

Die ersten Angaben zur Siedlungs- und Verkehrsfläche in Brandenburg liegen zum Stichtag 31.12.1992 vor. Datengrundlage dieser Erhebung war die aus der DDR übernommene Computergestützte Liegenschaftsdokumentation (COLIDO) mit der entsprechenden Nomenklatur. Dieser COLIDO-Datenbestand wurde auf das AdV-Nutzungsartenverzeichnis umgeschlüsselt. Ungenauigkeiten traten bei dieser Umschlüsselung u. a. bei der Betriebsfläche auf. Diese wurde 1992 ausschließlich aus dem Abbau- und hergeleitet, sodass bei der Position Betriebsfläche ohne Abbau- und, die Bestandteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche ist, der Wert Null entstand. Erst mit

den folgenden Flächenerhebungen wurde eine Differenzierung zwischen Betriebsfläche insgesamt und Abbau- und möglich. Der Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche ist somit nur zu einem Teil ein tatsächlicher Zuwachs und zu einem anderen Teil resultiert er aus Nutzungsartenkorrekturen im Kataster.

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche nahm von 1992 bis 2008 in Brandenburg um 49 582 ha zu. Die größten Zuwächse waren mit 13 642 ha (+6,0 %) bzw. 13 864 ha (+5,5 %) in den Zeiträumen 1996 bis 2000 und 2004 bis 2008 zu verzeichnen. Der Anteil an der Gesamtfläche des Landes stieg von 7,4 % im Jahr 1992 auf 9,1 % im Jahr 2008. Als durchschnittlicher täglicher Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche ließen sich die in der nebenstehenden Tabelle dargestellten Größen errechnen.

Für den Zeitraum von 1992 bis 2008 ergibt sich eine mittlere tägliche Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche um 8,5 ha bzw. 11 Bundesligafußballfelder je Tag.

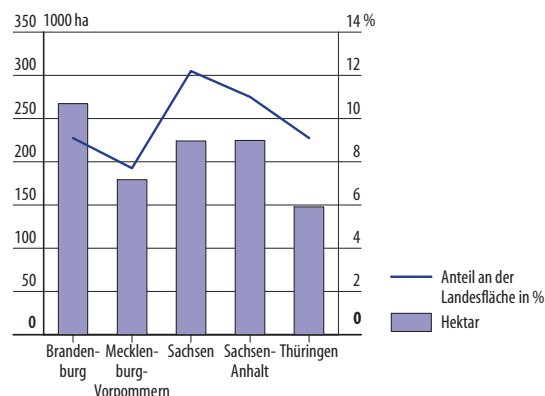
Siedlungs- und Verkehrsfläche (ausgewählte Jahre)

Jahr	Hektar	%
1992 ...	217 846	7,4
1996 ...	227 992	7,7
2000 ...	241 634	8,2
2004 ...	253 564	8,6
2008 ...	267 428	9,1

Durchschnittlicher täglicher Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche

Zeitraum	Hektar je Tag
1992 bis 1996	6,9
1996 bis 2000	9,3
2000 bis 2004	8,2
2004 bis 2008	9,5

Abb. 2 Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Landesfläche in den neuen Bundesländern 2008



Vergleich mit den neuen Bundesländern

Verglichen mit den anderen neuen Bundesländern zeigt sich, dass Brandenburg als das größte der neuen Bundesländer mit 267 428 ha absolut auch über die größte Siedlungs- und Verkehrsfläche verfügt. Auf den Plätzen folgen mit 224 724 ha und 224 181 ha Sachsen-Anhalt und Sachsen sowie mit 179 326 ha Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen mit 147 791 ha. Gemessen an der Landesgröße ergibt sich jedoch aufgrund der Flächengröße Brandenburgs ein anderes Bild. Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Brandenburg liegt mit 9,1 % deutlich unter dem Wert von Sachsen (12,2 %) und Sachsen-Anhalt (11,0 %). Einen geringeren Anteil weist mit 7,7 % nur noch Mecklenburg-Vorpommern auf, während er in Thüringen mit 9,1 % genauso groß ist wie in Brandenburg.

Die Zuwächse bei der Siedlungs- und Verkehrsfläche sind in den Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen mit 40 000 bis 50 000 ha für den Zeitraum 1992 bis 2008 vergleichbar. Einen deutlich größeren Zuwachs verzeichnet Sachsen-Anhalt mit über 60 000 ha. Dieser starke Zuwachs resultiert zu einem großen Teil aus einer wesentlichen Vergrößerung der Erholungsfläche (+44 161 ha). In Thüringen hat die Siedlungs- und Verkehrsfläche im betrachteten Zeitraum nur um gut 20 000 ha zugenommen.

Tab. 3 Die Siedlungs- und Verkehrsfläche in den neuen Bundesländern 1992 und 2008

Bundesland	1992		2008		Zunahme	
	ha	%	ha	%	ha	%
Brandenburg.....	217 846	7,4	267 428	9,1	49 582	22,8
Mecklenburg-Vorpommern.....	135 283	5,8	179 326	7,7	44 043	32,6
Sachsen.....	182 446	9,9	224 181	12,2	41 735	22,9
Sachsen-Anhalt.....	163 620	8,0	224 724	11,0	61 104	37,3
Thüringen.....	127 546	7,9	147 791	9,1	20 245	15,9

Tab. 4 Nutzungsarten der Siedlungs- und Verkehrsfläche im Land Brandenburg 1992 bis 2008 (ausgewählte Jahre)

Jahr	Siedlungs- und Verkehrs- fläche	Davon				
		Gebäude- und Freifläche	Betriebs- fläche ohne Abbauland	Er- holungs- fläche	Verkehrs- fläche	Fried- hof
ha						
1992 ...	217 846	110 395	•	7 825	97 222	2 403
1996 ...	227 992	116 882	2 112	7 725	98 875	2 398
2000 ...	241 634	125 336	3 545	9 379	101 023	2 350
2004 ...	253 564	130 697	5 545	11 764	103 267	2 290
2008 ...	267 428	135 293	6 460	17 207	106 244	2 224
%						
1992 ...	100	50,7	•	3,6	44,6	1,1
1996 ...	100	51,3	0,9	3,4	43,4	1,1
2000 ...	100	51,9	1,5	3,9	41,8	1,0
2004 ...	100	51,5	2,2	4,6	40,7	0,9
2008 ...	100	50,6	2,4	6,4	39,7	0,8

Abb. 3 Anteil der Nutzungsarten an der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Brandenburg 1992 bis 2008 (ausgewählte Jahre)

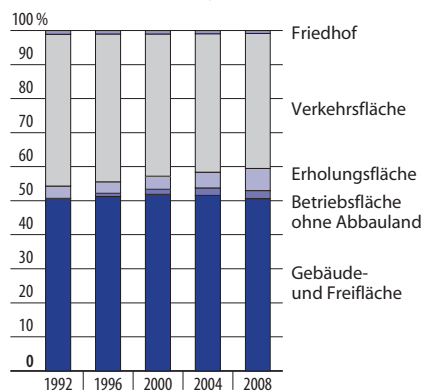
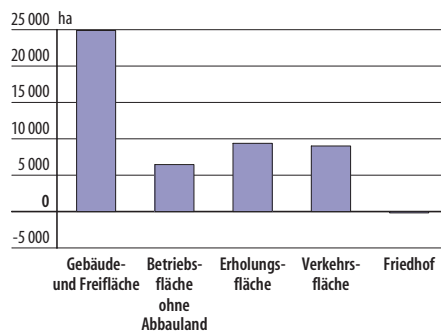


Abb. 4 Zuwachs der Nutzungsarten an der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Brandenburg von 1992 bis 2008



Die einzelnen Nutzungsarten von 1992 bis 2008

Die beiden größten Nutzungsarten innerhalb der Siedlungs- und Verkehrsfläche Brandenburgs waren die Gebäude- und Freifläche sowie die Verkehrsfläche. Sie umfassten 110 395 ha bzw. 97 222 ha im Jahr 1992 und 135 293 ha bzw. 106 244 ha im Jahr 2008. Damit lag der Anteil der Gebäude- und Freifläche in allen Jahren knapp über 50 % der Siedlungs- und Verkehrsfläche. Beide Nutzungsarten zusammen hatten 1992 einen Anteil an der Siedlungs- und Verkehrsfläche von 95,3 %, der im Jahr 2008 auf „nur noch“ 90,3 % zurückgegangen ist.

Im betrachteten Zeitraum hat sich die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Brandenburg insgesamt um 49 582 ha ausgedehnt. Von diesem Zuwachs entfielen 24 898 ha auf die Nutzungsart Gebäude- und Freifläche (+22,6 %) und 9 382 ha auf die Erholungsfläche (+119,9 %). Die Verkehrsfläche wuchs in dieser Zeit um 9 022 ha (+9,3 %) und die Betriebsfläche (ohne Abbau-land) um 6 460 ha. Die Friedhofsfläche hat dagegen um 179 ha abgenommen (-7,4 %).

Durch den starken Zuwachs bei der Erholungsfläche hat sich auch der Anteil dieser Nutzungsart an der Siedlungs- und Verkehrsfläche insgesamt erhöht. Lag er 1992 noch bei 3,6 %, ist er bis 2008 auf 6,4 % gestiegen. Trotz absoluten Zuwachses der Verkehrsfläche in der gleichen Größenordnung wie bei der Erholungsfläche hat der Anteil dieser Nutzungsart seit 1992 bis heute von 44,6 % auf 39,7 % abgenommen. Eine Vergrößerung des Anteiles ist ebenfalls bei der Betriebsfläche (ohne Abbau-land) zu verzeichnen.

Autor: Birger Schmidt

1990 – 2010 Berlin und Brandenburg

Verkehr

Kraftfahrzeugbestand in Berlin und Brandenburg 1994 bis 2010

Den Bestand an Kraftfahrzeugen ermittelt das Kraftfahrt-Bundesamt, dort werden die Daten zentral erfasst und veröffentlicht. Der Statistik des Bestandes an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern liegen die Daten der jeweiligen Kraftfahrzeugzulassungsstellen der Länder zugrunde. Erfasst werden Angaben über Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger sowie über deren Halter.

Verlässliche Daten zum Kraftfahrzeugbestand für Berlin insgesamt (West- und Ostteil) sowie für das Land Brandenburg liegen durch das Kraftfahrt-Bundesamt nach notwendigen Anpassungen und Änderungen ab 1994 vor.

Berlin

Der Kraftfahrzeugbestand in Berlin unterlag in den Jahren von 1994 bis 2007 leichten jährlichen Schwankungen. Am 1. Januar 2007 konnten rund 50 000 Kraftfahrzeuge mehr im Bestand gezählt werden als 1994. Ab 1. März 2007 zählen auf der Grundlage einer neuen Fahrzeugzulassungsverordnung bei der jährlichen Bestandszählung sämtliche Arten von Abmeldungen, auch die sogenannten vorübergehenden Stilllegungen, als „Außerbetriebssetzungen“. In der Konsequenz enthält der Fahrzeugbestand daher lediglich den „fließenden Verkehr“ einschließlich der Saisonanmeldungen. Da trotz des Methodenwechsels aber keine rückwirkende Bereinigung erfolgte, bedeutete das für den Kraftfahrzeugbestand in Berlin eine Reduzierung im Jahr 2008 um gut 152 000 Kraftfahrzeuge gegenüber 2007. Am 1. Januar 2009 verzeichnete der Kfz-Bestand gegenüber dem 1. Januar 2008 einen leichten Rückgang. Erst der Bestand von 1,287 Mill. Kraftfahrzeugen am 1. Januar 2010 weist eine Zunahme gegenüber 2009 auf, erreicht aber im Ergebnis der oben beschriebenen methodischen Änderung nicht den Bestand in Höhe von 1,373 Mill. des Jahres 1994 (–6,3 %).

Bei Personenkraftwagen, die mit einem Anteil von 85,9 % im Jahr 2010 die mit Abstand bedeutendste Fahrzeugart in Berlin darstellen, sank der Bestand gegenüber 1994 (1,204 Mill.) um 8,2 % auf 1,106 Mill. Pkw. Der Pkw-Bestand je 1 000 Einwohner verzeichnete einen Rückgang von 346 im Jahr 1994 auf 321 im Jahr 2010.

Während 1994 die Lastkraftwagen mit 6,2 % noch an zweiter Stelle standen, sank ihr Anteil 2010 auf 5,7 %. Der Anteil der Krafträder stieg von 4,0 % auf 7,3 %. Fast unverändert blieben die Anteile der Omnibusse (0,2 %) und der Zugmaschinen (0,3 %).

Im betrachteten Zeitraum veränderte sich der Pkw-Bestand in Bezug auf die Hubraumklassen nur geringfügig. So waren 1994 mehr als ein Drittel (35,8 %) der Pkw in der Hubraumklasse bis 1 399 cm³, 49,6 % in der Hubraumklasse zwischen 1 400 und 1 999 cm³ und nur 14,6 % in der Hubraumklasse 2 000 und mehr cm³ zugelassen. Auch im Bestand 2010 bleibt die Verteilung bei der Zuordnung zu den entsprechenden Hubraumklassen erhalten. Die meisten Pkw waren in der Hubraumklasse 1 400 bis 1 999 cm³ (51,9 %) angemeldet, gefolgt von den Pkw mit einem Hubraum bis 1 399 cm³ (31,9 %); die wenigsten Pkw hatten in Berlin einen Hubraum von 2 000 und mehr cm³ (16,2 %).

Von den 1,106 Mill. Berliner Pkw sind über 98 % schadstoffreduziert unterwegs.

Den stärksten Zuwachs bei den Kraftfahrzeugen seit 1994 verzeichneten die Krafträder, deren Anzahl trotz jährlicher Schwankungen um mehr als zwei Drittel (69,5 %) im Jahr 2010 auf 93 478 gestiegen ist.

Alle anderen Kraftfahrzeugarten weisen Rückgänge gegenüber 1994 auf. Der Bestand 2010 an Omnibussen (2 276) ging um 27,3 %, der an Lastkraftwagen (73 655) um 13,8 % und der an Zugmaschinen (4 341) um 13,3 % zurück.

Die Bestandszahlen bei den Kraftfahrzeuganhängern sanken von 83 883 in 1994 auf 75 522 in 2010, was einem Rückgang um 10 % entspricht.

Abb. 1 Kraftfahrzeugbestand in Berlin 1994 bis 2010 (ausgewählte Jahre)

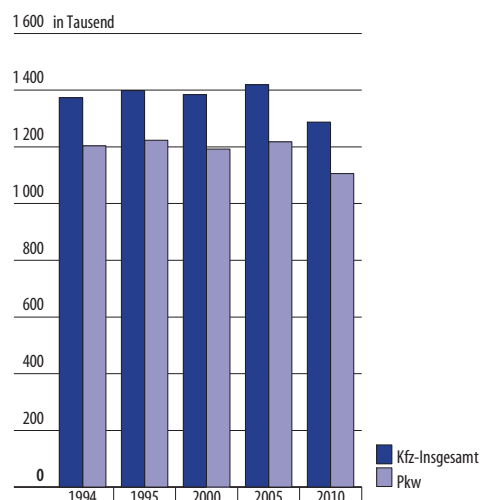


Abb. 2 Bestand an Personenkraftwagen in Berlin nach Hubraum von 1994 bis 2010 (ausgewählte Jahre)

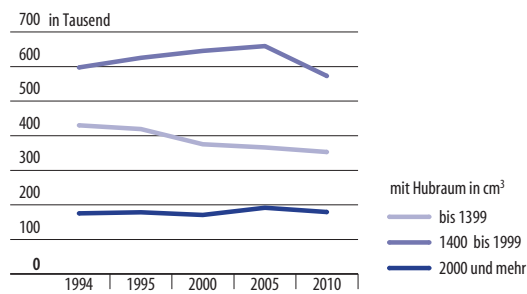


Abb. 3 Kraftfahrzeugbestand in Brandenburg 1994 bis 2010 (ausgewählte Jahre)

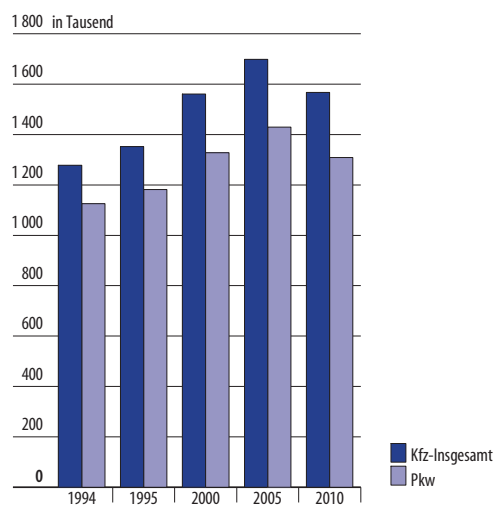
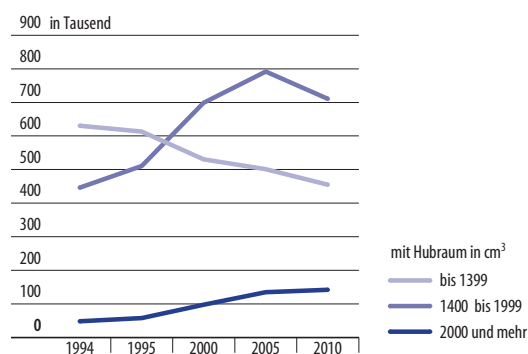


Abb. 4 Bestand an Personenkraftwagen in Brandenburg nach Hubraum von 1994 bis 2010 (ausgewählte Jahre)



Brandenburg

Der Kraftfahrzeugbestand insgesamt im Land Brandenburg nahm von 1994 bis 2007 kontinuierlich um 460 000 Kraftfahrzeuge zu. Die im März 2007 in Kraft getretene neue Fahrzeugzulassungsverordnung mit einer korrigierten Bestandsdefinition bedeutete für den Kraftfahrzeugbestand des Landes Brandenburg eine Reduzierung im Jahr 2008 um rund 200 000 Kraftfahrzeuge gegenüber 2007. In den Jahren 2009 bis 2010 konnte eine Zunahme des gesamten Kraftfahrzeugbestandes verzeichnet werden. Der Bestand von 1,567 Mill. Kraftfahrzeugen am 1. Januar 2010 bedeutet eine Steigerung um 22,7 % gegenüber dem Bestand von 1,278 Mill. im Jahr 1994.

Bei Personenkraftwagen, die mit einem Anteil von 83,5 % im Jahr 2010 die mit Abstand bedeutendste Fahrzeugart im Land Brandenburg darstellen, erhöhte sich der Bestand gegenüber 1994 (1,125 Mill.) um 16,3 % im Jahr 2010 auf 1,309 Mill. Pkw. Dabei konnte der Pkw-Bestand je 1 000 Einwohner von 443 im Jahr 1994 auf 519 im Jahr 2010 gesteigert werden. Dieser hohe Anteil (im Durchschnitt 1 Pkw auf 2 Einwohner) ist der notwendigen Mobilität und Flexibilität in Flächenländern wie Brandenburg geschuldet, zwei oder mehr Pkw pro Haushalt sind hier nicht untypisch.

Mit einem Anteil von 6,9 % rangieren die Lastkraftwagen wie auch schon 1994 an zweiter Stelle. Der Anteil der Krafträder

erhöhte sich erheblich von 2,0 % auf 6,2 %. Fast unverändert blieben die Anteile der Omnibusse mit 0,2 % und der Zugmaschinen (2,5 %).

Im betrachteten Zeitraum veränderte sich der Pkw-Bestand in Bezug auf die Hubraumklassen ganz erheblich. So waren 1994 weit mehr als die Hälfte (56,1 %) der Pkw in der Hubraumklasse bis 1 399 cm³, 39,6 % in der Hubraumklasse zwischen 1 400 und 1 999 cm³ und nur 4,3 % in der Hubraumklasse 2 000 und mehr cm³ zugelassen. 2010 stellte sich ein völlig anderes Bild dar: Zur Hubraumklasse bis 1 399 cm³ gehören 34,8 %, den größten Bestand stellt die Hubraumklasse 1 400 bis 1 999 cm³ mit 54,3 % und der Bestand in der Hubraumklasse von 2 000 und mehr cm³ beträgt 10,9 %.

Von den 1,309 Mill. Brandenburger Pkw sind über 98 % schadstoffreduziert unterwegs. 1994 betraf das nur 57,3 %.

Den stärksten Zuwachs bei den Kraftfahrzeugen seit 1994 verzeichneten die Krafträder, deren Anzahl sich stetig bis auf das 2,8-fache im Jahr 2010 auf 97 476 erhöhte.

Zuwächse im Bestand seit 1994 verzeichneten ebenfalls die Lastkraftwagen um 33,0 % auf 108 258 und die Zugmaschinen um 28,3 % auf 39 103. Der Bestand an Omnibussen (2 387) ging seit 1994 um 21,1 % zurück.

Die Bestandszahlen bei den Kraftfahrzeuganhängern stiegen von 188 219 in 1994 auf 260 697 in 2010, was einer Steigerung um 38,5 % entspricht.

Autor: Jürgen Keiser

Tab. 1 Kraftfahrzeugbestand in Berlin und Brandenburg 1994 bis 2010 (Stand: 1. Januar des Jahres)

Jahr	Kfz-Bestand insgesamt	Kfz-Bestand in 1 000	Kfz-Bestand je 1 000 Einwohner	Pkw	Pkw-Bestand in 1 000	Pkw-Bestand je 1 000 Einwohner	Einwohner
Berlin							
1994 ...	1 373 230	1 373	395	1 203 871	1 204	346	3 475 392
1995 ...	1 397 886	1 398	403	1 223 236	1 223	352	3 472 009
1996 ...	1 390 047	1 390	400	1 212 572	1 213	349	3 471 418
1997 ...	1 389 310	1 389	402	1 207 101	1 207	349	3 458 763
1998 ...	1 372 292	1 372	401	1 190 875	1 191	348	3 425 759
1999 ...	1 374 925	1 375	405	1 185 389	1 185	349	3 398 822
2000 ...	1 384 202	1 384	409	1 191 994	1 192	352	3 386 667
2001 ...	1 425 278	1 425	421	1 225 588	1 226	362	3 382 169
2002 ...	1 440 174	1 440	425	1 237 410	1 237	365	3 388 434
2003 ...	1 438 345	1 438	424	1 235 242	1 235	364	3 392 425
2004 ...	1 427 966	1 428	421	1 226 299	1 226	362	3 388 477
2005 ...	1 419 217	1 419	419	1 218 019	1 218	360	3 387 828
2006 ...	1 416 379	1 416	417	1 225 967	1 226	361	3 395 189
2007 ...	1 421 687	1 422	418	1 228 621	1 229	361	3 404 037
2008 ...	1 269 459	1 269	372	1 091 164	1 091	319	3 416 255
2009 ...	1 266 879	1 267	369	1 088 221	1 088	317	3 431 675
2010 ...	1 287 193	1 287	374	1 105 732	1 106	321	3 442 675
Brandenburg							
1994 ...	1 277 741	1 278	504	1 125 430	1 125	443	2 537 661
1995 ...	1 351 826	1 352	533	1 181 980	1 182	466	2 536 747
1996 ...	1 399 349	1 399	550	1 217 009	1 217	479	2 542 042
1997 ...	1 443 589	1 444	565	1 248 873	1 249	489	2 554 441
1998 ...	1 480 755	1 481	575	1 271 356	1 271	494	2 573 291
1999 ...	1 516 266	1 516	585	1 294 419	1 294	500	2 590 375
2000 ...	1 560 397	1 560	600	1 327 352	1 327	510	2 601 207
2001 ...	1 615 564	1 616	621	1 368 395	1 368	526	2 601 962
2002 ...	1 639 823	1 640	632	1 385 324	1 385	534	2 593 040
2003 ...	1 653 624	1 654	640	1 394 858	1 395	540	2 582 379
2004 ...	1 670 470	1 670	649	1 407 645	1 408	547	2 574 521
2005 ...	1 697 839	1 698	661	1 429 114	1 429	557	2 567 704
2006 ...	1 718 918	1 719	672	1 452 002	1 452	567	2 559 483
2007 ...	1 737 648	1 738	682	1 465 417	1 465	575	2 547 772
2008 ...	1 539 785	1 540	607	1 293 427	1 293	510	2 535 737
2009 ...	1 546 337	1 546	610	1 295 571	1 296	511	2 522 493
2010 ...	1 567 213	1 567	621	1 308 910	1 309	519	2 511 525

Der Vergleich innerhalb der Zeitreihe ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt

1990–2010 **Berlin und Brandenburg****Verkehr**

Straßenverkehrsunfälle und dabei Verunglückte

Über Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Straßen und Plätzen Personen getötet oder verletzt wurden oder Sachschaden entstand, wird eine Bundesstatistik geführt. Auskunftspflichtig sind die den Unfall aufnehmenden Beamtinnen und Beamten der Polizeidienststellen des jeweiligen Landes. Daraus folgt, dass die amtliche Statistik nur solche Unfälle erfasst, zu denen die Polizei herangezogen wurde.

Die Straßenverkehrsunfallstatistik liefert seit 1991 Ergebnisse zum Unfallgeschehen für Berlin insgesamt (West- und Ostteil) sowie für das Land Brandenburg.

Berlin

Die vergangenen 19 Jahre zeigen in der Straßenverkehrsunfallstatistik für Berlin eine positive Bilanz, wenn auch die Anzahl der Unfälle in diesen Jahren Schwankungen unterlag. Die Zahl der jährlichen Unfälle reduzierte sich um mehr als ein Fünftel von fast 160 000 im Jahr 1991 auf knapp 125 000 in 2009. Der höchste Wert mit 169 247 Unfällen wurde im Jahr 1992 erreicht, die wenigsten Unfälle in der Hauptstadt gab es mit 119 512 im Jahr 2006. Der stärkste Rückgang der Unfallzahlen gegenüber dem Vorjahr, um 6,2 %, wurde im Jahr 1998 registriert.

Bei der Betrachtung der Unfallkategorien zeigt sich, dass im gesamten Zeitraum fast 90 % aller Unfälle Sachschadensunfälle sind, die somit die Gesamtentwicklung entscheidend beeinflussen. In dieser Kategorie wurde 1992 mit fast 151 000 Unfällen die größte Anzahl und 2006 mit annähernd 106 000 Unfällen die niedrigste Anzahl erfasst.

Die Unfälle mit Personenschaden stiegen von 1991 mit 16 831 auf 18 338 Unfälle im Jahr 1992, das ist gleichzeitig der Spitzenwert im betrachteten Zeitraum. Ab dem Jahr 1993 sank die Anzahl der Personenschadensunfälle mit leichten Schwankungen in den Jahren, aber doch kontinuierlich auf 13 728 im Jahr 2009, mithin ein Rückgang um 18,4 % gegenüber 1991.

Die Zahl der jährlich bei Verkehrsunfällen verunglückten Personen zeigt eine deutlich abnehmende Tendenz. Die Anzahl der Verkehrstoten reduzierte sich im Zeitraum von 1991 bis 2009 um beachtliche 75,8 % von 198 auf 48 Todesopfer. Bei den Schwerverletzten sank die Zahl um 43 % von 3 036 auf 1 730. Den geringsten Rückgang mit 17,3 % verzeichneten die Leichtverletzten von 17 452 auf 14 432 Geschädigte.

Von den im Darstellungszeitraum 1995 bei Verkehrsunfällen in Berlin ums Leben gekommenen Personen waren die Fußgänger mit anteilmäßig 42,7 % am meisten betroffen, gefolgt von Pkw-Fahrern mit 22,2 %, den Radfahrern mit 14,8 % und den Motorradfahrern mit 12,7 %. Auch bei den Schwerverletzten ist diese Reihenfolge kennzeichnend: 32,4 % der Geschädigten waren Fußgänger, 25,0 % Pkw-Fahrer, 23,2 % Radfahrer und 16,4 % Motorradfahrer.

Betrachtet man die Verunglücktenzahlen nach Altersgruppen, so ist festzustellen, dass sich bei der Gruppe bis unter 25 Jahre seit 1991 die Anzahl fast halbiert hat. Bei den 25- bis 44-Jährigen ist seit 1991 ein Rückgang um 19,9 % festzustellen. Dagegen nahm die Anzahl der Verunglückten in den Altersgruppen 45 bis unter 65 Jahre um 21,2 % und die der Altersgruppe über 65 Jahre um 25,6 % zu.

Abb. 1 **Im Straßenverkehr Verunglückte in Berlin 1991 bis 2009 (ausgewählte Jahre)**

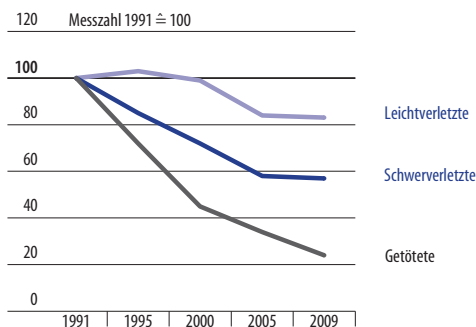
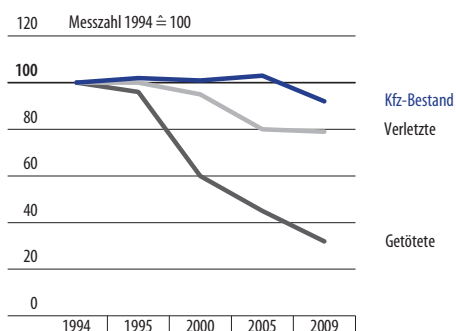


Abb. 2 **Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes, der Verletzten und der Getöteten in Berlin 1994 bis 2009 (ausgewählte Jahre)**



Die Wochentage Mittwoch bis Freitag waren die Tage, an denen die meisten Personen verunglückten. Im Durchschnitt des Betrachtungszeitraumes entfielen auf diese Tage jeweils 16 % aller körperlich Geschädigten. Mit je 15 % folgten der Montag und der Dienstag. An einem Sonnabend verunglückten mit 13 % deutlich weniger Personen. Die wenigsten Verkehrsteilnehmer verunglückten an einem Sonntag (10 %).

Brandenburg

In den vergangenen 19 Jahren war 1991 das Jahr im Land Brandenburg, in dem mit Abstand die wenigsten Straßenverkehrsunfälle (60 593) polizeilich erfasst wurden. Im Jahr 2009 gab es mit 82 889 registrierten Unfällen 36,8 % mehr als 1991. Die höchste Anzahl mit 104 805 Unfällen wurde im Jahr 1999 gemeldet. Den stärksten Rückgang der Unfallzahlen gegenüber dem Vorjahr, um 7,5 %, gab es in 2002.

Bei der Betrachtung der Unfallkategorien zeigt sich, dass fast 90 % aller Unfälle Sachschadensunfälle sind und damit den Haupteinflussfaktor im Verkehrsunfallgeschehen darstellen. In dieser Kategorie wurde 1999 mit fast 90 000 Unfällen die größte Anzahl und 1991 mit annähernd 48 000 Unfällen die niedrigste Anzahl erfasst, 2009 waren es etwas mehr als 74 000.

Die Unfälle mit Personenschaden stiegen von 1991 mit 12 230 auf 16 499 Unfälle im Jahr 1995, das ist gleichzeitig der Spitzenwert im betrachteten Zeitraum. Ab dem Jahr 1996 sank die Anzahl der Personenschadensunfälle kontinuierlich auf 8 613 im Jahr 2009, was einem Rückgang gegenüber 1991 um 29,6 % entspricht.

Die Zahl der jährlich bei Verkehrsunfällen verunglückten Personen zeigt eine deutlich abnehmende Tendenz bei den Schwerverletzten und Getöteten, während die Gruppe der Leichtverletzten im Zeitraum seit 1991 mit leichten Schwankungen eher stabil blieb. Die Anzahl der Verkehrstoten reduzierte sich im Zeitraum von 1991 bis 2009 deutlich um 78,3 % von 931 auf 202 Todesopfer. Bei den Schwerverletzten sank die Zahl um 66,5 % von 7 497 auf 2 509 Personen. Ein Rückgang um 7,3 % von 8 827 auf 8 185 war bei den Leichtverletzten zu verzeichnen.

Im Gegensatz zu Berlin waren von den im Darstellungszeitraum 9 454 bei Verkehrsunfällen im Land Brandenburg Getöteten die Pkw-Fahrer mit anteilmäßig 69,3 % mit großem Abstand am meisten betroffen, gefolgt von Fußgängern mit 9,5 %, den Motorradfahrern mit 8,3 % und den Radfahrern mit 7,6 %. Bei den Schwerverletzten ergibt sich folgendes Bild: 57,1 % der Geschädigten waren Pkw-Fahrer, 12,9 % Radfahrer, 10,8 % Motorradfahrer und 7,1 % Fußgänger.

Betrachtet man die Verunglücktenzahlen nach Altersgruppen, so ist auffällig, dass bei den Gruppen bis unter 45 Jahre seit 1991 ein Rückgang von über 50 % zu verzeichnen ist. Die Anzahl der Verunglückten in den Altersgruppen 45 bis unter 65 Jahre nahm um 7,9 % zu, die Verunglücktenzahl der Altersgruppe der 65- bis unter 75-Jährigen verdoppelte sich, und in der Altersgruppe über 75 Jahre ist seit 1991 bis 2009 eine Steigerung der Anzahl der Verunglückten um 38,3 % zu verzeichnen.

Abb. 3 Im Straßenverkehr Verunglückte in Brandenburg 1991 bis 2009 (ausgewählte Jahre)

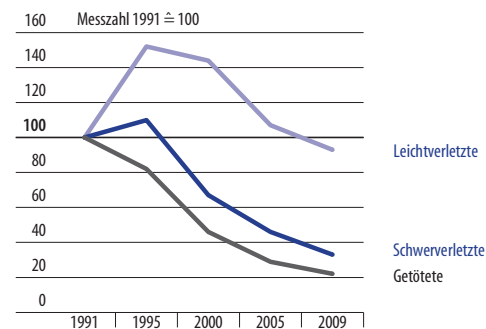
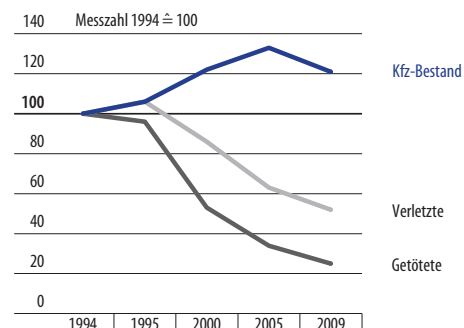


Abb. 4 Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes, der Verletzten und der Getöteten in Brandenburg 1994 bis 2009 (ausgewählte Jahre)



Tab. 1 Straßenverkehrsunfälle in Berlin und Brandenburg 1991 bis 2009 (ausgewählte Jahre)

Jahr	Unfälle insgesamt	Davon	
		mit Personen- schaden	mit Sach- schaden
Berlin			
1991 ...	159 545	16 831	142 714
1995 ...	153 161	17 098	136 063
2000 ...	148 107	16 186	131 921
2005 ...	120 356	13 841	106 515
2009 ...	124 674	13 728	110 946
Brandenburg			
1991 ...	60 593	12 230	48 363
1995 ...	102 223	16 499	85 724
2000 ...	98 702	13 830	84 872
2005 ...	85 298	10 307	74 991
2009 ...	82 889	8 613	74 276

Der Freitag ist im Land Brandenburg der Wochentag, an dem die meisten Personen verunglückten. Im Durchschnitt entfielen auf diesen Tag mehr als 16 % aller Verunglückten. Mit annähernd 16 % folgte der Sonnabend, die Verunglücktenzahlen von Montag bis Donnerstag pegelten sich um je 14 % ein und am Sonntag verunglückten mit unter 13 % die wenigsten Verkehrsteilnehmer.

Autor: Jürgen Keiser

1990–2010 **Berlin und Brandenburg****Verdienste**

Unternehmen und Betriebe

Berlin

Brandenburg

Einen detaillierten Nachweis der Verdienste für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen stellt die vierteljährliche Verdiensterhebung zur Verfügung. Neben dem Produzierenden Gewerbe wird auch der Dienstleistungsbereich und damit nahezu alle Wirtschaftszweige erfasst (Abschnitte B bis S der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008). Im Rahmen des Systems der Verdienststatistiken wird die Vierteljährliche Verdiensterhebung durch die vierjährige Verdienststrukturhebung sowie durch die ebenfalls alle vier Jahre durchzuführende Arbeitskostenerhebung ergänzt. Bei den verschiedenen Erhebungen werden unterschiedliche Tatbestände erfasst, um einerseits kurzfristige Entwicklungen und andererseits bestehende Strukturen in regelmäßigen Zeitabständen darstellen zu können.

Die vierteljährliche Verdiensterhebung

Im Rahmen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung werden in der Regel Betriebe mit 10 und mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einbezogen. In ausgewählten Wirtschaftszweigen, vor allem im Dienstleistungsbereich, werden auch Betriebe ab 5 Beschäftigten befragt. Erhebungseinheiten der „Öffentlichen Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ sowie für den Bereich „Erziehung und Unterricht“ werden nicht befragt. Die Angaben dieser Einheiten werden aus der Personalstandsstatistik geschätzt.

Die Erhebung basiert auf einer repräsentativen Stichprobe, die aus der Gesamtheit aller in Frage kommenden Betriebe unter Berücksichtigung von Beschäftigtengrößenklassen ausgewählt wurde. Erfasst werden die Anzahl der Vollzeit-, Teilzeit- und geringfügig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Summe ihrer bezahlten Wochenstunden (nicht von geringfügig Beschäftigten) und ihre Bruttoverdienstsummen. Beamte der Wirtschaftsabschnitte „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ sowie „Erziehung und Unterricht“ werden ebenfalls einbezogen. Die Angaben werden untergliedert nach dem Geschlecht und nach Leistungsgruppen. Leistungsgruppen sind Zusammenfassungen von Beschäftigten mit ähnlichem Qualifikationsprofil des Arbeitsplatzes.

1991 wurden die Verdienststatistiken in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost, anfangs auf Basis gesonderter Stichproben aus dem statistischen Betriebsregister der DDR, eingeführt. Für die ehemals geteilte Stadt Berlin kann bis zum Jahr 1995 nur

ausschließlich auf nach Ost und West getrennte Ergebnisse über die dort erzielten Verdienste zurückgegriffen werden. Im Zuge der Umstellung auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993 wurde 1996 eine bundesweite Teilneuziehung der Stichprobe vorgenommen und neben für Berlin-Ost und Berlin-West getrennten Ergebnissen auch ein aus beiden Stichproben gemeinsames Ergebnis für Berlin errechnet. Eine Gesamtberliner Stichprobe war trotz Annäherung des Verdienstniveaus aufgrund der unterschiedlichen Tarifstrukturen zu diesem Zeitpunkt noch nicht zweckmäßig. Seit 2000 sind getrennte Aussagen zu Verdiensten in Berlin-Ost und Berlin-West allerdings methodisch nicht mehr zu vertreten. Neben der Angleichung der Verdienste kam es auch durch Umzug bzw. Ausdehnung der Betriebe in die jeweils andere Stadthälfte zu einer Durchmischung der Beschäftigten. Seit 2007 basiert die Vierteljährliche Verdiensterhebung in Berlin ausschließlich auf einer gemeinsamen Stichprobe und liefert nur noch Ergebnisse für ganz Berlin.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Verdienststatistikgesetzes zum 1. Januar 2007 löste die Vierteljährliche Verdiensterhebung die bis dahin durchgeführte Laufende Verdiensterhebung ab. Damit waren bei gleichem Stichprobenumfang einige Änderungen verbunden, die Auswirkungen auf die Vergleichbarkeit mit früheren Zeiträumen haben und diese daher nicht mehr ermöglichen. Im Einzelnen kam es zu folgenden Änderungen:

- Abgebildet werden die Verdienste nicht mehr nur für die Monate Januar, April, Juli und Oktober sondern für die Quartale eines Jahres.
- Die Anzahl der einbezogenen Wirtschaftszweige wurde nahezu auf die gesamte Wirtschaft ausgedehnt.
- Bisher nicht berücksichtigte Teilzeitbeschäftigte, geringfügig Beschäftigte und leitende Angestellte werden einbezogen.
- Es werden nur noch Ergebnisse für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen erfragt. Die Trennung zwischen Angestellten und Arbeitern bzw. technischen und kaufmännischen Angestellten entfällt.
- Anzahl und inhaltliche Definition der zu unterscheidenden Leistungsgruppen wurden verändert.
- Bruttojahresverdienste werden aus den Quartalergebnissen errechnet. Die zusätzliche jährliche Erhebung der Bruttojahresverdienste entfällt.
- Sonderzahlungen werden getrennt erfasst und dargestellt.

Abb. 1 **Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste vollbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe in Berlin und im Land Brandenburg 1996 bis 2009**

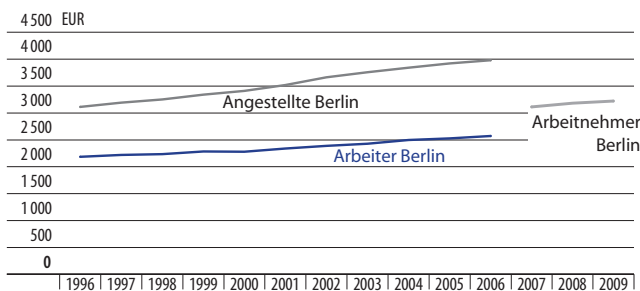
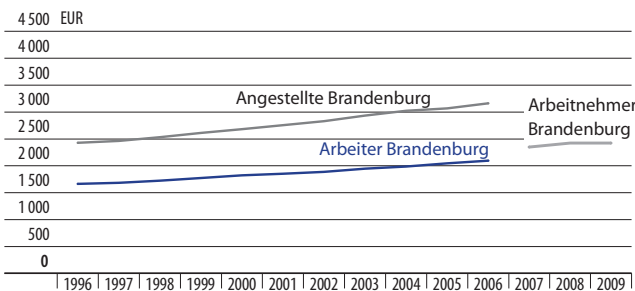


Abb. 2



Wesentliche Ergebnisse bis 2009

Die hier dargestellten Ergebnisse konzentrieren sich aufgrund der zuvor erläuterten methodischen Änderungen im Wesentlichen auf den Zeitraum 2007 bis 2009. Diesen Ergebnissen liegt die aktuelle Wirtschaftszweigklassifikation 2008 zugrunde.

Bruttostundenverdienste weiter gestiegen

In die Vierteljährliche Verdiensterhebung 2009 waren sowohl in Berlin als auch im Land Brandenburg rd. 1800 Betriebe aus dem Produzierenden Gewerbe und dem Dienstleistungsbereich einbezogen. Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich betrug in Berlin im Jahr 2009 durchschnittlich 3 117 EUR und stieg damit seit 2007 um 2,4 %. Im Land Brandenburg lag der Bruttomonatsverdienst 2009 bei 2 617 EUR und die Veränderung 2009 gegenüber 2007 betrug +6,7 %. Im gleichen Zeitraum stiegen die Verbraucherpreise in Berlin um 2,8 % und in Brandenburg um 2,7 %.

Im Produzierenden Gewerbe erhielten vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer/-innen 2009 in Berlin im Monat durchschnittlich 3 221

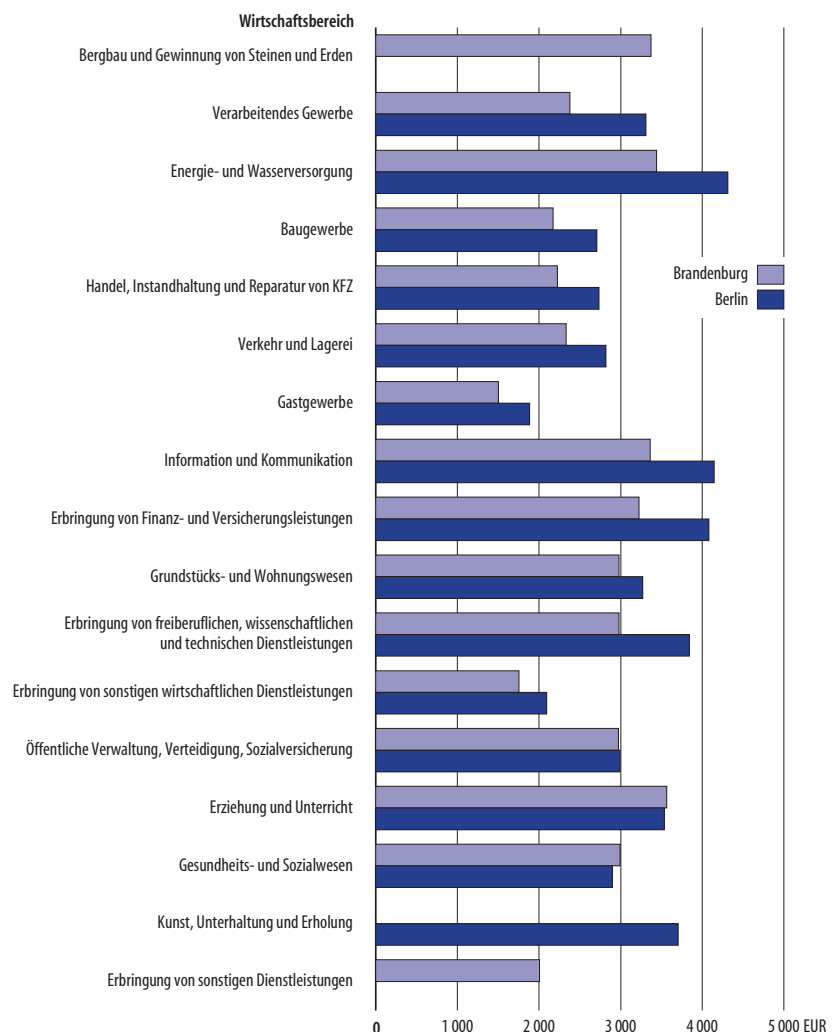
EUR, während es im Dienstleistungsbereich 3 093 EUR waren. Die Veränderung seit 2007 betrug +3,5 % bzw. +2,1 %. Im Land Brandenburg lag der Bruttomonatsverdienst im Produzierenden Gewerbe 2009 mit durchschnittlich 2 424 EUR wie schon in den Vorjahren unter dem Verdienst im Dienstleistungsbereich mit monatlich 2 716 EUR und hatte sich gegenüber 2007 um 3,2 % erhöht. Die Veränderung der Monatsverdienste im Dienstleistungsbereich erreichte gegenüber 2007 dagegen durchschnittlich +8,3 %.

Wenn auch wegen der methodischen Änderungen ein direkter Vergleich zum Bruttomonatsverdienst vor 2007 nicht möglich ist, kann insgesamt trotzdem eingeschätzt werden, dass die Verdienste der Arbeitnehmer bis 2009 kontinuierlich angestiegen sind.

Verdienste stark branchenabhängig

Zwischen den Wirtschaftsbereichen zeigen sich bei den Verdiensten nach wie vor deutliche Unterschiede. Die höchsten Bruttomonatsverdienste in Berlin erzielten 2009 die

Abb. 3 **Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst vollbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen in Berlin und im Land Brandenburg 2009 nach Wirtschaftsbereichen**



Beschäftigten im Wirtschaftsbereich Energie- und Wasserversorgung (4 316 EUR). Die niedrigsten wurden dagegen im Wirtschaftsbereich Gastgewerbe (1 885 EUR) gezahlt. Im Land Brandenburg lag der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst mit 3 566 EUR im Bereich Erziehung und Unterricht am höchsten, während ebenfalls im Bereich Gastgewerbe mit 1 501 EUR am wenigsten verdient wurde. Zum einem liegen die Verdienstunterschiede nach wie vor in der Beschäftigtenstruktur, wie z. B. der Anteil an gut oder weniger gut ausgebildeten Beschäftigten, begründet, zum anderen spiegelt sich in den Verdiensten auch die Produktivität der Wirtschaftsbereiche wieder.

Deutliche Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen

Der monatliche Bruttoverdienst vollzeitbeschäftigter Frauen betrug im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich in Berlin durchschnittlich 2 830 EUR. Ihre männlichen Kollegen erhielten dagegen 3 323 EUR und verdienten damit 17,4 % mehr als die Frauen. Der Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen blieb also auch 2009 weiter bestehen. Im Vergleich zu 2007 hat sich der Unterschied sogar noch vergrößert. Damals verdienten Frauen durchschnittlich 2 795 und Männer 3 224 EUR im Monat, sodass der Abstand zwar ebenfalls deutlich war, aber „nur“ 15,4 % betrug. Damit sind die Verdienste der Frauen in diesen zwei Jahren langsamer gestiegen (+1,3 %) als die der Männer (+3,1 %).

Im Land Brandenburg zeigte sich zunächst ein ähnliches Bild. Der Bruttomonatsverdienst der Frauen lag 2009 im Durchschnitt mit 2 587 EUR um 1,9 % unter dem der Männer, die 2 635 EUR erhielten. Zwei Jahre zuvor verdienten Frauen mit durchschnittlich 2 404 EUR im Monat noch 3,2 % weniger als die Männer (2 482 EUR). Somit sind in Brandenburg die Bruttomonatsverdienste der Frauen von 2007 bis 2009 mit +7,6 % im Schnitt schneller gestiegen als die der Männer (+6,2 %).

Fazit

Die Verdienste sind insgesamt trotz der Wirtschaftskrise auch 2009 wie in den Vorjahren weiter gestiegen. Im Land Brandenburg lag der durchschnittliche jährliche Zuwachs der Bruttomonatsverdienste im Jahr 2009 über der Preisentwicklung, sodass sich die Brandenburger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über eine Reallohnsteigerung freuen konnten. Dieses positive Gesamtergebnis wurde allerdings zum Teil von gegenläufigen Entwicklungen im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich beeinflusst. In Berlin lag die Entwicklung der Verbraucherpreise von 2007 bis 2009 über der Entwicklung der Bruttomonatsverdienste und erwies sich insgesamt daher nicht erfreulich, wobei aber auch hier das Gesamtergebnis von unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen bestimmt wurde.

Autorin: Elke Zimmer

Jugend- und Altenquotient in den Bezirksregionen Berlins

Vorbemerkungen

Um die Vergleichbarkeit der kleinräumigen Gliederungen in Berlin zu verbessern, wurde ein Projekt mit dem Ziel einer Harmonisierung der Planungsräume initiiert. Am 1. August 2006 schloss man dann mit einem Senatsbeschluss den Prozess der Vereinheitlichung von Planungsräumen für Fachplanungen

Deutschland schrumpft und altert. Gründe hierfür sind unter anderem eine Fertilitätsrate von 1,4 Kindern je Frau, die unter dem Reproduktionsniveau von 2,1 Kindern je Frau liegt, die steigende Lebenserwartung und die Abwanderung junger Menschen. Diese Altersstrukturveränderung der Bevölkerung hat soziale, wirtschaftliche und politische Veränderungen zur Folge. Aufgrund von Migration ist Berlin vor allem mit dem Problem der Alterung konfrontiert und weniger mit dem der Schrumpfung. Für eine genauere Untersuchung der Altersstruktur Berlins wird diese auf kleinräumiger Ebene durchgeführt.

in Berlin erfolgreich ab. Die neue Raumgliederungssystematik definiert Räume, die durch die Lebenszusammenhänge der Wohnbevölkerung strukturell homogen sind und als „Lebensweltlich orientierte Lebensräume“ (LOR) bezeichnet werden.

Die LOR bestehen aus drei hierarchisch gegliederten Ebenen: 60 Prognosereäumen, 138 Bezirksregionen und 447 Planungsräumen. Sie ermöglichen es, demografische und soziale Entwicklungen kleinräumig zu beobachten, zu prognostizieren und in die ressortübergreifende Fachplanungen einzubeziehen. Die LOR sind Bestandteil des Regionalen Bezugssystems Berlin (RBS) im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, welches für alle kleinräumigen Datenaufbereitungen benötigt wird.

Nach der Einführung der LOR wurde ein dazu komplementärer Datenpool entwickelt, dessen Ziel es ist, allen planenden und umsetzenden Fachbereichen auf Landes- und Bezirksebene einheitliche und abgestimmte Daten als Analysebasis zur Verfügung zu stellen, welche die Grundlage für kooperative Fachplanung bilden. Der Datenpool basiert nicht nur auf Daten des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, sondern auch auf Statistiken der Senatsverwaltungen, der Polizei oder der Bezirke, die ebenfalls zur Verfügung stehen.

Bezirksregionenprofile (BZRP) sind ein laufendes Projekt, um Grundlagen für integriertes Planen und Handeln zu entwickeln. Sie sind ein Werkzeug für die Planungskoordination und fungieren als Ermittler von Potenzialen und Bedarfen in den Stadtteilen, wodurch auf Entwicklungsziele und die dazu nötigen Maßnahmen geschlossen werden kann. Die Bezirksregionenprofile bestehen aus einem Analyseteil (Be-

schreibung, Bewertung) und einen konzeptionellen Teil (Ziele, Maßnahmen). Zum Datenpool gehören auch die auf die Bezirksregionenprofile abgestimmten Kernindikatoren, die zu den thematischen Bereichen Armutsrisiko, Entwicklungsrisiko für Kinder und Jugendliche, Ausgewogenheit der demografischen Struktur, Attraktivität des Quartiers als Wohnort für Familien und der Wohnortattraktivität gebildet wurden.

In diesem Zusammenhang sollen nun ausgewählte demografische Kernindikatoren, und zwar der Jugend- und Altenquotient, näher betrachtet werden. Als weiterer Indikator wird das Billeter-Maß J hinzugezogen.

Für diese Untersuchung werden Einwohnerregisterdaten sowie die Bevölkerungsstatistik verwendet. Das Amt für Statistik erhält zweimal jährlich einen anonymisierten Statistikabzug aus dem Melderegister mit Einwohnerdaten, welche nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Familienstand und Migrationshintergrund differenziert sind. Diese Daten werden vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg regionalisiert, sodass die Daten von der Bezirksebene bis hin zur Wohnblockebene ausgewertet werden können.

Die Bevölkerungsstatistik liefert Informationen über demografische Aspekte Deutschlands, dazu gehören Bevölkerungsentwicklung, Struktur der Bevölkerung, Fertilität, Mortalität, internationale Migration, Ehen, Bevölkerungsvorausberechnung sowie Regionaldaten. In diesem Fall wurde die Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes von 2007 für 2010 verwendet. Die Vorausberechnung zeigt, wie sich die Bevölkerungszahl und der Altersaufbau der Bevölkerung unter bestimmten Annahmen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes verändern.

Jugendquotient

Der Jugendquotient drückt das Verhältnis der Bevölkerung der unter 20-jährigen zu der 20- bis unter 65-jährigen Bevölkerung aus. Der Quotient beschreibt die Altersstruktur der Bevölkerung und besagt demzufolge, wie viele nicht erwerbsfähige Personen auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kommen. Eine alte Gesellschaft weist einen geringen Jugendquotienten auf und eine junge Gesellschaft hat einen hohen Jugendquotienten. Der Jugendquotient ist ein Kernindikator für die Bezirksregionenprofile im Bereich der Ausgewogenheit der demografischen Struktur.

$$\text{Jugendquotient} = \frac{\text{Bevölkerung unter 20 Jahren}}{\text{Bevölkerung 20 bis 64 Jahre}}$$

Nach der Vorausberechnung der Bevölkerungsentwicklung des Statistischen Bundesamtes von 2007 wurde für Berlin im Jahr 2010 ein Jugendquotient von 24,5 % geschätzt, mit diesem Wert läge Berlin im Mittelfeld der Bundesländer, wobei Thüringen den geringsten und Niedersachsen den höchsten Jugendquotienten besitzt.

Der Jugendquotient ist in Berlin, nach den Daten des Einwohnerregisters, zwischen 2005 und 2009 von 26,5 % auf 25,6 % gesunken, folglich nimmt der relative Anteil der jungen Bevölkerung unter 20 Jahre bezogen auf die mittleren Altersjahre ab. Der mit Abstand größte Wert (47,9 %) wird in der Bezirksregion Kölnische Heide in Neukölln verzeichnet, während der geringste Jugendquotient mit 15 % in der Bezirksregion Frankfurter Allee Süd in Friedrichshain-Kreuzberg zu finden ist. Ein Blick auf die Karte zeigt, dass vor allem im Zentrum und im Nordosten Berlins geringe Jugendquotienten verzeichnet werden (Abb. 2), während die höchsten Werte im Südwesten zu finden sind.

Einwohner mit Migrationshintergrund sind im Durchschnitt jünger und bekommen mehr Kinder,

dies ist eine oft ausgesprochene These, welche teilweise durch den Jugendquotienten belegt werden kann. Zu den Einwohnern mit Migrationshintergrund zählen sowohl Ausländer als auch Deutsche mit Migrationshintergrund. Deutsche mit Migrationshintergrund sind Deutsche mit ausländischem Geburtsland oder Einbürgerungskennzeichen bzw. Deutsche unter 18 Jahren ohne eigene Migrationsmerkmale mit ausländischem Geburtsland oder Einbürgerungskenn-

zeichen zumindest eines Elternteils, wenn die Person an der Adresse der Eltern/des Elternteils gemeldet ist. Diese Unterscheidung ist hier von Interesse, da Einwohner mit Migrationshintergrund Ausländer, aber auch Deutsche sein können, deren tradierte Prägnungen ein anderes Reproduktionsverhalten zeigen könnten.

So zeigt sich, dass 2009 die Einwohner mit Migrationshintergrund in Berlin einen Jugendquotienten von 40,5 % aufwiesen, der knapp unter dem maximalen Wert für die gesamte Bevölkerung Berlins liegt. Weiterhin liegt das Minimum für die Einwohner mit Migrationshintergrund nur geringfügig unter dem durchschnittlichen Jugendquotienten für alle Einwohner. Der maximale Jugendquotient der Deutschen ohne Migrationshintergrund ist halb so groß wie der der Einwohner mit Migrationshintergrund. Eine mögliche Schlussfolgerung wäre, dass die Bezirksregionen mit den geringsten Jugendquotienten, diejenigen mit dem geringeren Anteil an Einwohnern mit Migrationshintergrund sind und umgekehrt. Dahin gehend befinden sich in der Bezirksregion Frankfurter Allee Süd in Friedrichshain-Kreuzberg etwa 30 000 Deutsche ohne Migrationshintergrund mehr als Einwohner mit Migrationshintergrund, was den geringen Jugendquotienten erklären könnte. Dementsprechend erhält man für den Jugendquotienten und Einwohner mit Migrationshintergrund einen positiven, wenn auch einen geringen, Zusammenhang.

Altenquotient

Der Altenquotient ist ebenfalls ein Kernindikator für die Bezirksregionenprofile. Er misst das zahlenmäßige Verhältnis von Einwohnern im Rentenalter zur Erwerbsbevölkerung, also die Relation der Anzahl der 65-Jährigen und Älteren zu den 20 bis 64-Jährigen. Äquivalent zum Jugendquotienten stellt diese Maßzahl die Relation von erwerbsfähiger und nicht erwerbsfähiger Bevölkerung dar, wobei hier ein hoher Wert auf eine alte Gesellschaft und ein geringer Wert auf eine junge Gesellschaft schließen lassen.

Tab. 1 Jugend- und Altenquotient in der Bevölkerungsvorausberechnung für 2010 nach ausgewählten Ländern

Bundesländer	Jugendquotient	Altenquotient
Berlin.....	24,5	30,0
Brandenburg	22,7	35,4
Bremen.....	28,4	34,5
Hamburg.....	27,1	29,6
Deutschland..	30,1	33,6

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2007.
Eigene Berechnung

Tab. 2 Berliner Bezirksregionen mit den höchsten und niedrigsten Jugendquotienten für Einwohner mit Migrationshintergrund am 31.12.2009

Bezirk	Bezirksregion	Jugendquotient
höchste Werte		
Reinickendorf.....	Märkisches Viertel 1.....	67,6
Treptow- Köpenick.....	Köpenick Süd.....	66,0
Pankow.....	Buchholz.....	64,8
Neukölln.....	Kölnische Heide.....	64,1
Spandau.....	Gatow/Kladow.....	63,1
niedrigste Werte		
Charlottenburg- Wilmersdorf.....	Düsseldorfer Straße	25,5
Charlottenburg- Wilmersdorf.....	Kurfürstendamm.....	24,2
Mitte.....	Brunnenstraße Süd.....	23,3
Pankow.....	Prenzlauer Berg Nordwest..	23,2
Friedrichshain- Kreuzberg.....	Frankfurter Allee Süd	22,8

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2009

– Ausschluss von Forst Grunewald aufgrund zu geringer Einwohnerzahl

Tab. 3 Berliner Bezirksregionen mit den höchsten und niedrigsten Jugendquotienten für Deutsche ohne Migrationshintergrund am 31.12.2009

Bezirk	Bezirksregion	Jugendquotient
höchste Werte		
Reinickendorf.....	Märkisches Viertel 1.....	33,3
Spandau.....	Gatow/Kladow.....	32,9
Steglitz- Zehlendorf.....	Zehlendorf Nord.....	31,79
Reinickendorf.....	Nord 1.....	31,5
Spandau.....	Brunsbütteler Damm.....	31,1
niedrigste Werte		
Neukölln.....	Neuköllner Mitte/Zentrum	11,9
Mitte.....	Regierungsviertel.....	11,5
Neukölln.....	Schillerpromenade.....	11,0
Neukölln.....	Reuterstraße.....	9,9
Mitte.....	Tiergarten Süd.....	9,5

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2009

– Ausschluss von Forst Grunewald aufgrund zu geringer Einwohnerzahl

$$\text{Altenquotient} = \frac{\text{Bevölkerung über 65 Jahre}}{\text{Bevölkerung 20 bis 64 Jahre}}$$

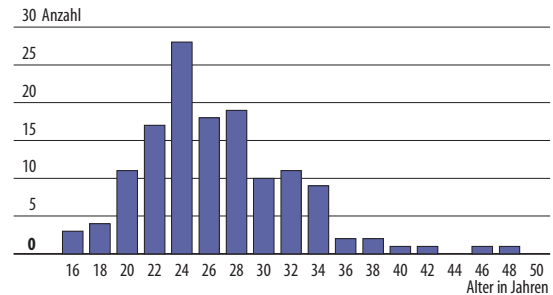
Der Altenquotient ist in Berlin von 2005 bis 2009 um 3,4 Prozentpunkte auf 29,9 % gestiegen und liegt somit schon 2009 nur knapp unter dem Altenquotienten, den das Statistische Bundesamt in ihrer Vorausberechnung für Berlin 2010 berechnet hat (30 %). Das bedeutet, dass heute rund 30 Personen im Rentenalter auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kommen. Während der Jugendquotient sinkt, steigt der Altenquotient. Folglich kommen auf immer weniger junge Einwohner mehr alte Einwohner.

Der kleinste Altenquotient findet sich 2009 in der Bezirksregion Helmholtzplatz (Pankow) mit 5,0 %, weiterhin ist der Quotient niedrig im Raum Frankfurter Allee Nord und Süd (Friedrichshain-Kreuzberg). Mit 76,5 % besitzt das Allende-Viertel in Treptow-Köpenick den mit Abstand höchsten Altenquotienten in Berlin. Weitere Bezirksregionen mit einem sehr hohen Altenquotienten sind Friedrichsfelde Süd (Lichtenberg), Friedrichshagen (Treptow-Köpenick) und Köpenick Nord.

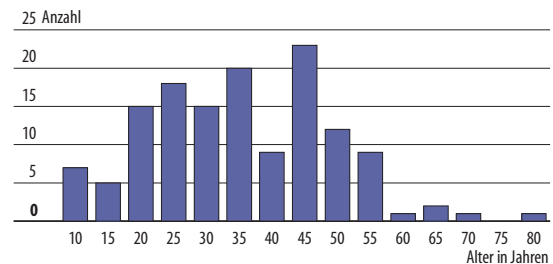
Die Verteilung des Altenquotienten in ganz Berlin ist der des Jugendquotienten ähnlich (Abb. 3), am geringsten ist der Altenquotient im Zentrum und im Nordosten Berlins. Was bedeutet, dass sowohl der Jugend- als auch der Altenquotient untersucht werden müssen, da ein geringer Jugendquotient nicht zwangsläufig einen hohen Altenquotienten zur Folge hat. Die Quotienten sind nicht spiegelbildlich.

Differenziert nach Deutschen ohne Migrationshintergrund und Einwohnern mit Migrationshintergrund zeigt sich im Gegensatz zu dem Jugendquotienten, dass der Altenquotient bei den Einwohnern mit Migrationshintergrund generell niedriger ist als bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund, wenn die Differenz auch vergleichsweise geringer ist als bei dem Jugendquotienten. Die mit Abstand höchsten Werte bei den Einwohnern mit Migrationshintergrund finden sich in Köpenick Nord (61,3 %) und Köpenick Süd (47,1 %), wobei der geringste Altenquotient hier wieder in der Bezirksregion Frankfurter Allee Süd (1,95 %) zu finden ist, ebenso geringe Altenquotienten sind in Pankow in den Teilräumen Helmholtzplatz, Prenzlauer Berg Nordwest, -Nord, -Südwest und -Süd zu verzeichnen. Der höchste Altenquotient von Köpenick Nord liegt gut 20 Prozentpunkte unter dem höchsten Altenquotienten der Deutschen ohne Migrationshintergrund, welcher 84 % im Raum Gropiusstadt (Neukölln) beträgt. Weitere Bezirksregion mit sehr hohen Altenquotienten für Deutsche ohne Migrationshintergrund sind das Allende Viertel, Friedrichsfelde Süd und Grunewald (Charlottenburg-Wilmersdorf). Mit 5,6 % verzeichnet die Region Helmholtzplatz den geringsten Altenquotienten in dieser Kategorie. Vergleicht man nun die Bezirksregionen in Bezug auf den Migrationshintergrund, stellt sich heraus, dass ein geringer negativer Zusammenhang zwischen dem Altenquotienten und dem Migrationshintergrund besteht. Dennoch ist nicht prinzipiell davon auszugehen, dass in den Bezirksregionen mit mehr Deutschen ohne Migrationshintergrund auch ein höherer Altenquotient zu verzeichnen ist, der Altenquotient ist für Einwohner mit Migrationshintergrund aber meist kleiner.

Abb. 1 Häufigkeitsverteilung des Jugend- und ...



... Altenquotienten in Berlin am 31. 12. 2009



Die Verteilung des Jugend- und Altenquotienten weist diverse Unterschiede auf (Abb. 1). Zum einen ist der Jugendquotient im Gegensatz zum Altenquotienten eingipflig verteilt. Zum anderen ist die Spannweite des Altenquotienten wesentlich breiter als die des Jugendquotienten. Dies zeigt eine breitere Verteilung des Altenquotienten, sowie dessen höhere Werte in Berlin und somit die Alterung.

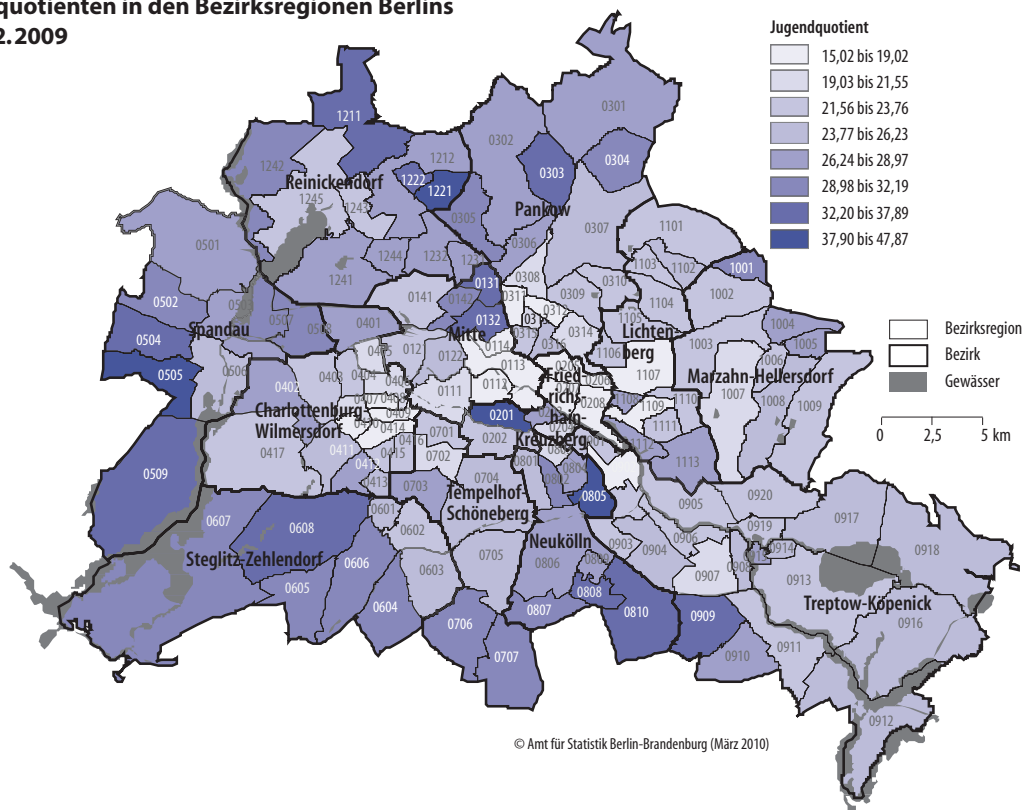
Billeter J

Billeter (J) ist ein Maß, das die demografische Alterung vergleichend beschreibt. Wobei der nicht reproduzierende Teil der Bevölkerung, also die unter 15-Jährigen, bzw. der nicht mehr reproduzierende Teil, das sind die über 50-Jährigen, ins Verhältnis zur reproduzierenden Bevölkerung (15 bis 49-Jährige) gesetzt wird. Es stellt die demografischen Entwicklungsmöglichkeiten der Bevölkerung dar, somit ergibt sich ein negativer Wert wenn die Anzahl der über 50-Jährigen größer ist als der Anteil der unter 15-Jährigen und vice versa. Je größer die negative Maßzahl ist, umso größer sind die zukünftigen Lasten der Gesellschaft, vor allem die der jetzt jungen Menschen.

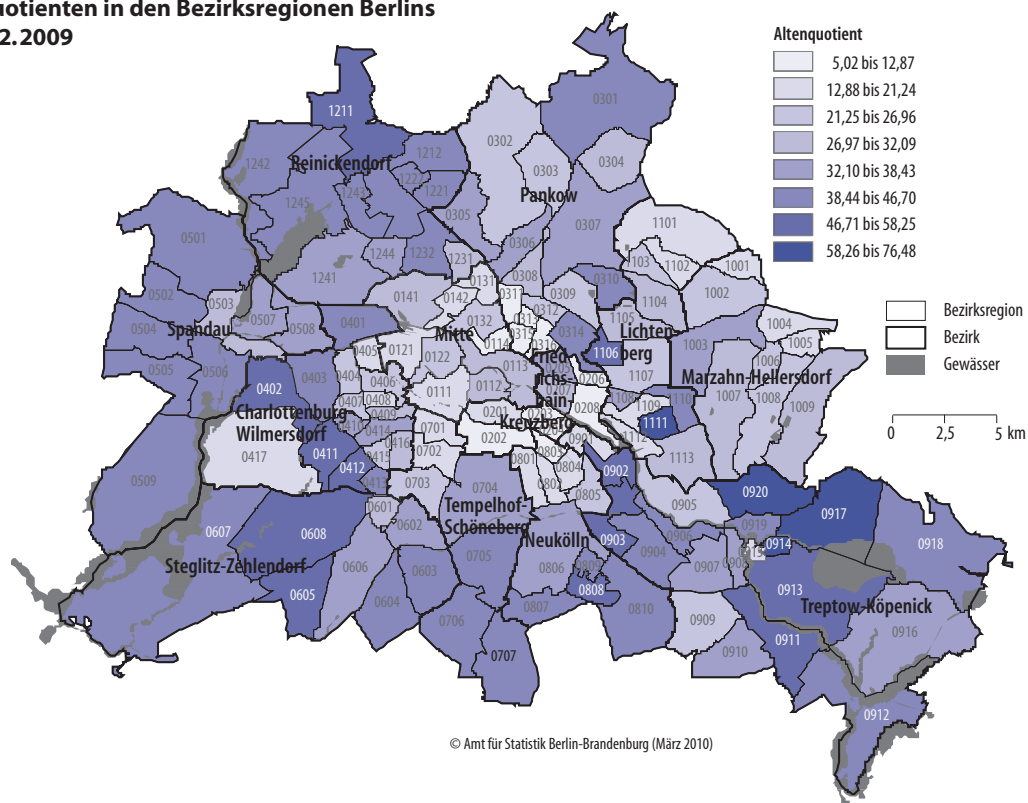
$$J = \frac{\text{Bevölkerung unter 15 Jahren} - (\text{Bevölkerung über 50 Jahre})}{\text{Bevölkerung 15 bis 49 Jahre}}$$

Da in Berlin der Altenquotient über dem Jugendquotienten liegt und weiter zunimmt, verwundert es nicht, dass das Billeter-Maß in Berlin 2009 einen negativen Wert (0,51) annimmt und es seit 2005 abgenommen hat. Ausschließlich die Bezirksregionen Helmholtzplatz und Prenzlauer Berg Südwest verzeichnen einen positiven Wert (siehe 3. Umschlagseite). Demzufolge schreitet der Alterungsprozess in ganz Berlin voran. Der geringste Wert findet sich im Allende-Viertel mit -1,48, ebenso sehr geringe Werte sind in folgenden Bezirksregionen zu verzeichnen: Grunewald, Schmargendorf (Charlottenburg-Wilmersdorf), Köpenick Süd, Köpenick Nord, Friedrichsfelde Süd (Lichtenberg) und Nord 1 (Reinickendorf).

**Abb. 2 Jugendquotienten in den Bezirksregionen Berlins
am 31.12.2009**



**Abb. 3 Altenquotienten in den Bezirksregionen Berlins
am 31.12.2009**



Betrachtet man Einwohner mit Migrationshintergrund, nimmt rund ein Drittel der Bezirksregionen einen positiven Wert für das Billeter-Maß an. Bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund trifft dies nur auf eine Bezirksregion zu, für den Helmholtzplatz. Dieser starke Altersunterschied wird auch durch Billeter für Berlin nach dem Migrationshintergrund deutlich, dieser beträgt für die Einwohner mit Mi-

grationshintergrund $-0,03$ und für Deutsche ohne Migrationshintergrund $-0,70$. Dies weist wieder darauf hin, dass die Einwohner mit Migrationshintergrund eine höhere Fertilität besitzen und nur geringfügig unter ihrem Reproduktionsniveau liegen, im Gegensatz zu den Deutschen ohne Migrationshintergrund. Die höchsten positiven Werte für die Einwohner mit Migrationshintergrund sind in den Bezirksregionen

Tab. 4 **Berliner Bezirksregionen mit den höchsten und niedrigsten Billeter-Maßen am 31.12.2009**

Bezirke	Bezirksregion	unter 15 Jahre	15 bis unter 50 Jahre	50 Jahre und mehr	Billetter J
		Anzahl			
höchste Werte					
Pankow.....	Helmholtzplatz.....	2 864	14 877	2 268	0,04
Pankow.....	Prenzlauer Berg Südwest.	3 396	16 109	3 279	0,01
Mitte.....	Brunnenstraße Süd.....	3 079	17 750	3 716	-0,04
Friedrichshain- Kreuzberg.....	Frankfurter Allee Nord.....	2 832	19 583	3 615	-0,04
Friedrichshain- Kreuzberg.....	Frankfurter Allee Süd FK..	4 609	33 665	6 032	-0,04
niedrigste Werte					
Treptow- Köpenick.....	Köpenick Nord.....	1 173	4 868	6 351	-1,06
Charlottenburg- Wilmersdorf.	Grunewald.....	1 759	6 879	9 214	-1,08
Lichtenberg.....	Friedrichsfelde Süd.....	2 159	9 000	12 686	-1,17
Treptow- Köpenick.....	Köpenick Süd.....	1 377	5 836	8 409	-1,20
Treptow- Köpenick.....	Allende-Viertel.....	574	2 062	3 630	-1,48

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2009

– Ausschluss von Forst Grunewald aufgrund zu geringer Einwohnerzahl

Köllnische Heide, Alt-Treptow und Märkisches Viertel 1 (Reinickendorf) zu finden, der geringste Wert wird in Köpenick Süd verzeichnet. Der größte Überschuss der Bevölkerung über 50 Jahre bei Deutschen ohne Migrationshintergrund findet sich in der Bezirksregion Gropiusstadt.

Demografischer Wandel

Der demografische Wandel beschreibt eine grundlegende Änderung der Bevölkerungszahl und -zusammensetzung. Bestimmt wird der demografische Wandel unter anderem durch die Geburtenrate, die Lebenserwartung und den Wanderungssaldo. Die derzeitige Bevölkerungsentwicklung ist aufgrund relativ starker demografischer Alterung durch Schrumpfung der Bevölkerung charakterisiert. Er ist nicht nur durch einen höheren Altenquotienten gegenüber dem Jugendquotienten gekennzeichnet, sondern dementsprechend auch durch eine Sterberate, die über der Geburtenrate liegt.

Der Demografische Wandel schließt neben der Alterung, dem Rückgang der Geburten und der sinkenden Bevölkerungszahl auch Themen wie die Individualisierung, der Rückgang traditioneller Familien, die Zunahme von Einpersonenhaushalten sowie an Einwohnern mit Migrationshintergrund ein.

Fazit und Ausblick

Der demografische Wandel wird Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben, die wirtschaftliche Entwicklung, die Arbeitswelt und den Sozialstaat haben. Nicht nur Berlin sondern auch Deutschland und ganz Europa werden durch diesen Wandel vor große Herausforderungen gestellt.

Der Jugend- und Altenquotient sind Kennziffern, bei denen die Zahl von Personen, die sich noch nicht bzw. nicht mehr im erwerbsfähigen Alter befinden, zu der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter in Relation gestellt wird. Zweck dieser Gegenüberstellung ist es, darzustellen, inwieweit die erwerbstätigen Personen die nicht erwerbstätigen Personen finanzieren müssen. Jugend- und Altenquotient können somit auch als

„Belastungsquotient“ bezeichnet werden. Sie sind mit dieser Interpretation vor allem für das Bildungs- und Rentensystem von Bedeutung.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass der Altenquotient in Berlin 2009 in fast jeder Bezirksregion über dem Jugendquotienten liegt. Somit ist in Berlin ein Mangel an jungen Menschen zu verzeichnen, was in der Zukunft zu Problemen u. a. auf dem Arbeitsmarkt führen wird. Relativiert wird der Jugendquotient vor allem durch Einwohner mit Migrationshintergrund, wenn Migration nicht ein großer Bestandteil Berlins wäre, würde der Jugendquotient wesentlich geringer ausfallen und Berlin wäre eher von der Schrumpfung bedroht. Spiegelbildlich verhält sich der Altenquotient, dieser ist bei den Einwohnern mit Migrationshintergrund meist geringer als bei Deutschen ohne Migrationshintergrund. Migration hindert Berlin nicht nur am Schrumpfen, sondern macht Berlin auch jünger.

Berlin steht demzufolge weniger vor dem Problem der Schrumpfung, als vor dem Problem der Alterung. Um mit dem demografischen Wandel umzugehen, wurde am 30. Juni 2009 vom Senat das „Demografiekonzept für Berlin“ beschlossen, welches die wichtigsten Handlungsstrategien des Landes Berlin darstellt.

Autorin: Kathrin Morosow

Quellennachweis

- Bömermann, H., Jahn, S., Nelius, K. 2006: „Lebensweltlich orientierte Räume im Regionalen Bezugssystem (Teil 1). Werkstattbericht zum Projekt „Vereinheitlichung von Planungsräumen“; Monatsschrift des Statistischen Landesamtes Berlin, H. 8, S. 366-371.
- Bömermann, H. 2009: „Neuerungen in der amtlichen Bevölkerungs- und Sozialstatistik im Rahmen des abgestimmten Berliner Datenpools“; Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg, H. 2, S. 30-33.

- „Handbuch zur Sozialraumorientierung. Grundlage der integrierten Stadt(teil)entwicklung Berlin“ Ergebnisbericht 2009, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.
- Schröpler, J., Seifert, W. 2008: „Kleinräumige Einkommensstrukturen und ihr sozialer Kontext in Nordrhein-Westfalen“ S. 28-37.
- Statistisches Bundesamt 2007: „Bevölkerung Deutschlands nach Bundesländern bis 2050. Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung nach Ländern“; Wiesbaden.

Studentin der Universität Rostock
Studiengang: Sozialwissenschaften
Praktikantin im Amt für Statistik
Berlin-Brandenburg
Referat Regional- und Kommunalstatistik,
Regionales Bezugssystem

Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zur Bundestagswahl in Berlin am 27. September 2009

Die Repräsentative Wahlstatistik

Die repräsentative Wahlstatistik untersucht die Stimmabgabe für die einzelnen Parteien und die Wahlbeteiligung. Zur Untersuchung der Stimmabgabe wurden in den ausgewählten Wahlbezirken Stimmzettel ausgegeben, die mit einem Unterscheidungsaufdruck für das Geschlecht und das Alter der Wählerinnen und Wähler (unterteilt in fünf Altersgruppen) versehen waren.

Seit 1953 wird bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag eine repräsentative Wahlstatistik bundesweit durchgeführt, die Aufschluss über die Stimmabgabe und die Wahlbeteiligung unterschiedlicher Wählergruppen gibt. Lediglich bei zwei Bundestagswahlen, und zwar 1994 und 1998, war die Statistik ausgesetzt. Ursprünglich nahmen nur Wählerinnen und Wähler an der Statistik teil, die ihre Stimme im Wahllokal abgaben. Da der Briefwahlanteil in den letzten Jahren erheblich gestiegen ist und mittlerweile rund 15 % der Wahlberechtigten davon Gebrauch machen, werden seit der Bundestagswahl 2002 auch die Briefwähler und -wählerinnen in die Statistik einbezogen.

Der Bundeswahlleiter hat im Einvernehmen mit den Landeswahlleitern und den Statistischen Ämtern der Länder die Zufallsstichprobe gezogen [1]. Für die Bundestagswahl 2009 in Berlin hat er 105 Urnen- und 30 Briefwahlbezirke ausgewählt.

Zur Untersuchung der Wahlbeteiligung wurden die Wählerverzeichnisse in den ausgewählten Wahlbezirken ausgezählt. Dadurch wurden Informationen über Geschlecht und Altersgruppen von Brief- und Wahllokalwählerinnen und -wählern sowie von Nichtwählerinnen und -wählern gewonnen. Im Gegensatz zur Stimmabgabe wurden hier zehn Altersgruppen gebildet.

Das Wahlgeheimnis zu wahren, ist oberster Grundsatz der Wahlstatistik. Deshalb enthielten die Stimmzettel in einem repräsentativen Wahllokal lediglich einen Unterscheidungsaufdruck für die Wählergruppen, beispielsweise für die Gruppe von Frauen der Altersjahrgänge 1985 bis 1991: „Frau, geboren 1985 – 1991“. Weil zu jeder derartigen Gruppe zahlreiche Personen gehören, ist ein Rückschluss auf das Wahlverhalten Einzelner unmöglich. In jedem der ausgewählten Urnenwahlbezirke mussten mindestens 400 Personen wahlberechtigt sein, und in jedem der ausgewählten Briefwahlbezirke mussten bei der vergangenen Bundestagswahl mindestens 400 Wahlberechtigte per Brief gewählt haben.

Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik weichen von denen der Grundgesamtheit ab, da sie auf Basis einer Stichprobe gewonnen wurden. Die Größenordnung der Abweichung hängt mit der Größe der Stichprobe, der Variabilität des betrachteten Merkmals und der Homogenität der Merkmale innerhalb der Wahlbezirke zusammen. Die Abweichungen

zum amtlichen Ergebnis können der Tabelle 1 entnommen werden. Die wesentlichen Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik werden im Folgenden kurz dargestellt. Der komplette Statistische Bericht [2] mit den Ergebnissen in tabellarischer Form ist im Internet unter www.wahlen-berlin.de veröffentlicht und kann auch beim Amt für Statistik Berlin-Brandenburg bestellt werden.

Ältere Wahlberechtigte und Frauen machten häufiger von der Briefwahl Gebrauch

Bei der Bundestagswahl 2009 wurden in Berlin insgesamt 488 860 Wahlscheine ausgestellt – bezogen auf die Wahlberechtigten (2 471 665) lag der Anteil an Wahlscheinanträgen bei 19,8 %. Das war der höchste Anteil bei einer Wahl in Berlin seit der Vereinigung 1990. 94,9 % der Wahlscheine wurden zur Briefwahl genutzt (463 906 Wahlscheine) und weitere 0,9 % (4 363) zur Wahl in einem Wahllokal¹.

In der Stichprobe der repräsentativen Wahlstatistik lag der Anteil der Wahlscheinempfängerinnen und -empfänger bei 19,7 %, also nur knapp unter dem der Grundgesamtheit. Der Anteil in Berlin lag um 3,8 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt

Tab. 1 Wahl zum Deutschen Bundestag in Berlin am 27. September 2009
Amtliches Ergebnis und Ergebnis der repräsentativen Wahlstatistik

Ergebnisse	Wahlbeteiligung	Prozent der gültigen Stimmen					
		SPD	CDU	DIE LINKE	GRÜNE	FDP	Sonstige
Erststimmen Berlin							
Amtliches Ergebnis	70,9	24,3	26,3	20,7	17,4	7,2	4,1
Repräsentative Wahlstatistik.....	71,9	24,3	26,6	20,9	17,0	7,2	4,1
Zweitstimmen Berlin							
Amtliches Ergebnis	70,9	20,2	22,8	20,2	17,4	11,5	7,9
Repräsentative Wahlstatistik.....	71,9	20,2	23,3	20,7	16,4	11,3	8,1

¹ Der Wahlschein berechtigt zur Briefwahl und zur Wahl in einem beliebigen Wahllokal innerhalb desselben Wahlkreises. Der Landeswahlleiter hat Menschen mit

Behinderungen, deren Zugang zum Wahllokal nicht barrierefrei war, empfohlen, einen Wahlschein zu beantragen, zur Wahl in einem besser geeigneten Wahllokal.

Tab. 2 **Wahlscheinempfängerinnen und -empfänger bei den Bundestagswahlen in Berlin am 27. September 2009 und am 18. September 2005 nach Alter und Geschlecht in Prozent**

Alter in Jahren	Wahlscheinempfängerinnen und -empfänger ¹					
	2009			2005		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
Berlin						
18 bis unter 21	9,8	9,1	10,5	7,2	6,6	7,9
21 bis unter 25	12,5	11,1	13,9	12,1	10,1	14,1
25 bis unter 30	15,2	13,3	17,1	14,6	13,0	16,3
30 bis unter 35	16,8	15,8	17,9	15,0	14,5	15,5
35 bis unter 40	17,0	16,9	17,2	15,1	15,1	15,1
40 bis unter 45	17,4	16,8	18,1	13,7	13,3	14,0
45 bis unter 50	17,5	16,8	18,3	15,1	14,3	16,0
50 bis unter 60	20,2	18,9	21,4	18,4	17,1	19,7
60 bis unter 70	26,4	25,6	27,1	23,0	22,3	23,6
70 und älter	25,2	26,2	24,6	23,3	23,7	23,0
Insgesamt	19,7	18,7	20,6	17,5	16,4	18,4

¹ bezogen auf 100 Wahlberechtigte

(15,9 %) [3]. Am niedrigsten war dieser Anteil bei den jüngsten Wahlberechtigten 18 bis unter 21 Jahre mit 9,8 % in Berlin. Ab dieser Altersgruppe stieg der Anteil von Altersgruppe zu Altersgruppe und erreichte bei den 60- bis unter 70-Jährigen das Maximum (26,4 %). Bei den ältesten Wahlberechtigten lag der Anteil etwas niedriger (25,2 %). Gegenüber der letzten Bundestagswahl 2005 hat sich der Kurvenverlauf etwas verändert. Zwar stieg der Anteil auch schon 2005 mit dem Alter, damals gab es aber eine Verteilung mit zwei Gipfeln: Der erste lag bei den 35- bis unter 40-Jährigen und der zweite bei den ältesten Wahlberechtigten (70 Jahre und älter). Diese „Zweigipfligkeit“, die nach wie vor für die gesamte Bundesrepublik gilt, war bisher auch in Berlin ein Kennzeichen der Verteilung des Wahlscheinanteils nach dem Alter. Die Gipfel ließen sich möglicherweise mit der

deutlich unterschiedlichen Mobilität der jüngeren und älteren Wahlberechtigten erklären. Bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern könnte der Anteil deshalb besonders hoch sein, weil viele von ihnen überdurchschnittlich mobil sind, etwa weil sie sich am Wahltag aufgrund einer Ausbildung, einer neu angetretenen Arbeitsstelle oder vielleicht auch wegen eines Urlaubs nicht am Ort der Hauptwohnung (mglnw. ihrem Elternhaus) aufhalten. Die Älteren sind unter Umständen aufgrund von Krankheiten weniger mobil und entscheiden sich vielleicht deshalb zu einem höheren Prozentsatz für die Briefwahl. Dass die ältesten Wahlberechtigten einen geringeren Briefwahlanteil haben als die 60- bis unter 70-Jährigen, könnte daran liegen, dass bei den Ältesten nicht nur vermehrt Krankheiten auftreten, die die Mobilität einschränken, sondern auch solche, die zu einem Nachlassen des Interesses am politischen Geschehen führen.

Im Vergleich zur Bundesrepublik insgesamt sank in Berlin der Anteil an Wahlscheinen 2009 in den mittleren Altersgruppen nicht mehr, sondern stieg leicht weiter an. Das könnte darauf hindeuten, dass Personen, die einmal Briefwahl beantragt hatten, Geschmack daran gefunden haben und diese Möglichkeit auch zukünftig nutzen. Zumal erstmals zur Bundestagswahl 2009 auch diejenigen Wahlscheine beantragen konnten, die keine Lust hatten, ins Wahllokal zu gehen und lieber per Brief abstimmten. Vor 2009 musste die Beantragung der Briefwahl noch begründet werden, mit Krankheit oder Abwesenheit am Wahltag aus einem wichtigen Grund. In der Bundeswahlordnung wurde diese Voraussetzung für die Erteilung von Wahlscheinen gestrichen.

Der Anteil der Wahlscheinanträge lag bei den Frauen um 1,9 Prozentpunkte (2005: 2,0 Prozentpunkte) höher als bei den Männern. Mit Ausnahme der über 69-Jährigen beantragen in jeder Altersgruppe prozentual mehr Frauen als Männer einen Wahlschein.

Wahlbeteiligung steigt mit dem Alter

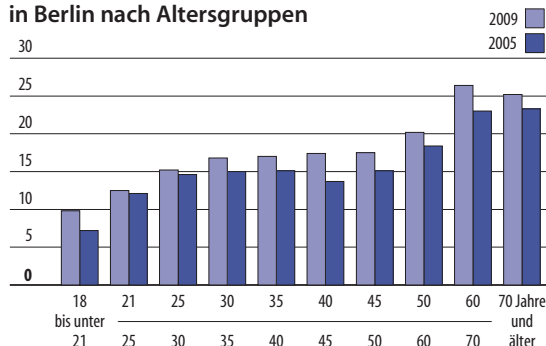
An der Bundestagswahl 2009 beteiligten sich 70,9 % der Wahlberechtigten in Berlin. Das war der niedrigste Wert seit der Vereinigung im Jahr 1990. Bei der letzten Bundestagswahl 2005 lag die Beteiligung noch bei 77,4 % und damit 6,5 Prozentpunkte höher als 2009.

In der Stichprobe gingen 71,9 % der Wahlberechtigten zur Wahl² und damit 1,0 Prozentpunkt mehr als in der Grundgesamtheit.

Besonders niedrig war die Wahlbeteiligung bei den jüngeren Wahlberechtigten: Von den 18- bis unter 21-Jährigen gaben 61,2 % ihre Stimme ab. Niedriger war die Beteiligung nur noch in der Altersgruppe der 21- bis unter 25-Jährigen mit 60,4 %.

Ab dieser Altersgruppe nahm die Wahlbeteiligung mit steigendem Alter fast stetig zu – bis zu den 60- bis

Abb. 1 **Wahlscheine auf 100 Wahlberechtigte bei den Bundestagswahlen 2009 und 2005 in Berlin nach Altersgruppen**



² Wie eingangs erwähnt handelt es sich bei der repräsentativen Wahlstatistik um eine Stichprobe, deren Ergebnisse von denen der Grundgesamtheit abweichen können. Bei der Wahlbeteiligung werden die Wahlberechtigten mit Stimmabgabevermerk (Wähler

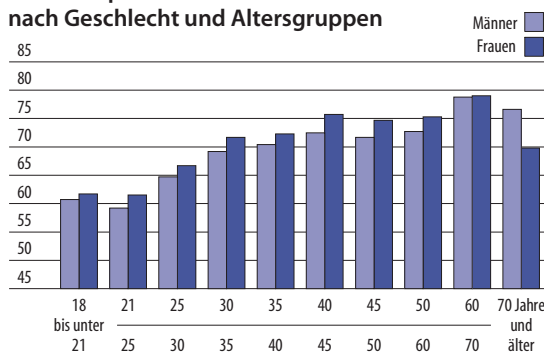
bzw. Wählerin im Wahllokal), die Wahlberechtigten mit Wahlschein (Wahlscheinempfänger bzw. -empfängerin) und die Nichtwähler bzw. Nichtwählerin anhand der Wählerverzeichnisse in den ausgewählten Wahlbezirken ausgezählt. Nach dem vom

Statistischen Bundesamt festgelegten Verfahren werden alle Wahlscheinempfänger und -empfängerinnen als Wähler bzw. Wählerin gezählt, unabhängig davon, ob sie durch Briefwahl oder durch Stimmabgabe im Wahllokal oder überhaupt nicht

an der Wahl teilgenommen haben. Bei dieser Wahl haben in Berlin nach dem endgültigen Ergebnis rund 4,2 % der Wahlscheinempfängerinnen und -empfänger von ihrem Wahlschein keinen Gebrauch gemacht, also keinen Stimmzettel

abgegeben. Die Wahlbeteiligung wird durch dieses Verfahren deshalb systematisch um 1 % überschätzt. Die um 1 % höhere Wahlbeteiligung in der Stichprobe spricht deshalb nicht gegen ihre Repräsentativität.

Abb. 2 Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen am 27. September 2009 in Berlin nach Geschlecht und Altersgruppen



unter 70-Jährigen. Hier beteiligten sich 78,9 % an der Wahl. Danach sank die Wahlbeteiligung wieder, und zwar auf 72,4 % in der Gruppe der ältesten Wahlberechtigten im Alter von 70 und mehr Lebensjahren.

Grundsätzlich gilt also: umso höher das Alter, desto höher die Wahlbeteiligung. Dieser enge Zusammenhang mit dem Alter, bei dem lediglich die Altersgruppen der jüngsten und der ältesten Wahlberechtigten abweichen, war auch bei der Bundestagswahl 2005 in Berlin zu beobachten und gilt allgemein bei Wahlen in Deutschland.

In der Stichprobe ist die Wahlbeteiligung insgesamt um 5,8 Prozentpunkte gefallen, wobei in jeder Altersgruppe deutlich weniger Wahlberechtigte zur Wahl gegangen sind als 2005. Am stärksten war der Rückgang bei den jüngsten Wahlberechtigten (–9,5 Prozentpunkte) und am geringsten bei denen der Altersgruppe 60 bis unter 70 Jahre (–4,0 Prozentpunkte) sowie bei denen der Altersgruppe 40 bis unter 45 Jahre (–3,8 Prozentpunkte). Die Spannweite zwischen der niedrigsten Wahlbeteiligung mit 60,4 % (2005: 67,7 %) bei den 21- bis unter 25-Jährigen und der höchsten mit 78,9 % (2005: 82,8 %) bei den 60- bis unter 70-Jährigen hat sich erhöht, und zwar von 15,1 auf 18,5 Prozentpunkte.

Insgesamt lag die Wahlbeteiligung bei den Frauen bei 72,2 % und damit wieder geringfügig höher

(0,7 Prozentpunkte) als bei den Männern mit 71,5 %. In den einzelnen Altersgruppen gab es dabei deutliche Unterschiede. So lag wie schon 2005 der Anteil bei den Frauen in neun von zehn Altersgruppen höher als bei den Männern. Lediglich in der Gruppe der ältesten Wahlberechtigten beteiligten sich wie 2005 prozentual sehr viel mehr Männer als Frauen. Die Differenz betrug 6,8 Prozentpunkte – der Betrag der Abweichung ist damit sogar deutlich größer als die bei den anderen Altersgruppen.

Ursächlich könnte dafür sein, dass mit dem Alter das gleichzeitige Auftreten mehrerer Krankheiten (Multimorbidität) zunimmt und Frauen davon stärker betroffen sind als Männer, da sie eine höhere Lebenserwartung haben [4].

Der Einfluss der älteren Menschen auf den Wahlausgang war 2009 gegenüber 2005 noch einmal leicht gestiegen. Dies war bei dieser Wahl weniger eine Folge der demografischen Entwicklung. Bei der Bundestagswahl 2009 waren in Berlin 31,6 % der Wahlberechtigten 60 Jahre oder älter – 2005 betrug dieser Anteil 31,5 %. Ursächlich war diesmal, dass die Beteiligung bei den Jüngeren stärker zurückgegangen ist als bei den Älteren. So lag der Anteil der über 59-Jährigen an den Wählerinnen und Wählern 2009 bei 33,1 % und 2005 bei 32,6 %.

Wie eingangs erwähnt, untersucht die repräsentative Wahlstatistik nicht nur, wie sich die Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht unterscheidet, sondern auch, welche Wahlvorschläge die so unterschiedenen Gruppen mit ihrer Erst- und Zweitstimme gewählt haben.

CDU mit den meisten Zweitstimmen vor der Partei DIE LINKE und der SPD

Zur Erinnerung wird vorab noch einmal kurz das amtliche Ergebnis (vgl. Tabelle 1) beschrieben: Die CDU wurde 2009 in Berlin, gemessen an den Zweitstimmen, mit 22,8 % stärkste Partei und konnte hier entgegen dem Bundestrend sogar leicht hinzugewinnen (0,8 Prozentpunkte) [5]. Die SPD erzielte das schlechteste Ergebnis

seit der Vereinigung: Insgesamt kam sie nur noch auf 20,2 % der Zweitstimmen – das sind 14,1 Prozentpunkte weniger als 2005. Deutlich hinzugewinnen konnte dagegen die Partei DIE LINKE in Berlin: Sie erhöhte ihren Zweitstimmenanteil von 16,4 % auf ebenfalls 20,2 % und wurde damit, dank einem Vorsprung von 579 Zweitstimmen gegenüber der SPD, zur zweitstärksten Partei. Auch die GRÜNEN haben dazu gewonnen und errangen mit 17,4 % ihr bislang bestes Ergebnis. Eine weitere Gewinnerin der Wahl war die FDP – sie konnte ihren Zweitstimmenanteil um 3,3 Prozentpunkte erhöhen und kam jetzt auf 11,5 %. Die anderen Parteien errangen zusammen fast 8 % der Zweitstimmen – wobei

Tab. 3 Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen in Berlin am 27. September 2009 und am 18. September 2005 nach Alter und Geschlecht der Wahlberechtigten

Alter in Jahren	Wahlbeteiligung						2009 mehr oder weniger (–) als 2005		
	2009			2005					
	ins- gesamt	Männer	Frauen	ins- gesamt	Männer	Frauen	ins- gesamt	Männer	Frauen
	%						Prozentpunkte		
Berlin									
18 bis unter 21...	61,2	60,7	61,7	70,7	68,6	73,0	–9,5	–7,9	–11,3
21 bis unter 25...	60,4	59,2	61,5	67,7	66,0	69,4	–7,4	–6,8	–8,0
25 bis unter 30...	65,7	64,7	66,7	72,3	69,6	75,1	–6,6	–4,9	–8,3
30 bis unter 35...	70,4	69,2	71,7	75,0	73,3	76,8	–4,6	–4,1	–5,1
35 bis unter 40...	71,3	70,4	72,3	78,0	76,0	80,0	–6,7	–5,7	–7,7
40 bis unter 45...	74,0	72,5	75,7	77,8	75,3	80,4	–3,8	–2,8	–4,8
45 bis unter 50...	73,2	71,7	74,7	79,1	76,3	81,9	–5,9	–4,6	–7,2
50 bis unter 60...	74,0	72,7	75,3	81,0	79,9	82,0	–7,0	–7,2	–6,8
60 bis unter 70...	78,9	78,8	79,0	82,8	82,4	83,2	–4,0	–3,6	–4,2
70 und älter.....	72,4	76,6	69,8	77,4	82,4	74,8	–5,0	–5,8	–5,0
Insgesamt	71,9	71,5	72,2	77,7	76,7	78,6	–5,8	–5,1	–6,4

unter ihnen die PIRATEN mit 3,4 % das beste Ergebnis erzielen konnten.

Da sich das Wahlverhalten im Ost- und Westteil der Stadt nach wie vor zum Teil erheblich unterscheidet, wird im Folgenden besonderes Augenmerk auf die beiden Stadthälften gelegt.

Höchstes Zweitstimmenergebnis der CDU bei den ältesten Wählerinnen und Wählern im Westteil Berlins

Die CDU erzielte die höchste Zustimmung im Westteil der Stadt und dort vor allem bei den ältesten Wählerinnen und Wählern (60 Jahre und älter). Die schlechtesten Ergebnisse verzeichnete die CDU bei den jüngsten Wählerinnen und Wählern (in der Altersgruppe 18 bis unter 25 Jahre); im Ostteil wählten hier 14,6 % mit der Zweitstimme die CDU, im Westteil 18,6 %. In beiden Teilen der Stadt stieg mit dem Alter die Zustimmung zur CDU stetig an. Die höchsten Zweitstimmenergebnisse errang die CDU in der Altersgruppe der ältesten Wählerinnen und Wähler (60 Jahre und älter): Im Ostteil lag der Zweitstimmenanteil der CDU in dieser Altersgruppe mit 18,5 % allerdings mit 1,9 Prozentpunkten nur geringfügig über dem der Altersgruppe mit den zweitältesten Wählerinnen und Wählern. Im Westteil ragte der CDU-Zweitstimmenanteil bei den ältesten Wählerinnen und Wählern dagegen ganz besonders heraus mit 40,9 % gegenüber 22,1 % in der Altersgruppe der 45- bis unter 60-Jährigen.

Insgesamt befanden sich in Berlin in der Altersgruppe von 60 und mehr Jahren 33,1 % aller Wählerinnen und Wähler, bei der CDU gehörten jedoch 46,8 % zu dieser Altersgruppe. Im Westteil ist dieser Zusammenhang noch deutlicher: Von allen Personen, die sich an der Wahl beteiligten, waren 37,5 % 60 Jahre oder älter, aber 54,0 % der CDU-Wählerschaft.

In jeder Altersgruppe, sowohl im Ostteil als auch im Westteil der Stadt, schnitt die CDU 2009 bei den Frauen besser ab als bei den Männern. Bei der letzten Bundestagswahl 2005 war das noch umgekehrt. Damals waren die Männer der CDU noch stärker zugelegt als die Frauen, wobei damals der Geschlechtsunterschied in der CDU-Wählerschaft schwächer ausgeprägt war als 2009.

Insgesamt hat die CDU in der Stichprobe der repräsentativen Wahlstatistik 1,8 Prozentpunkte im Vergleich zu 2005 gewonnen. Am höchsten waren die Gewinne bei den jüngsten Wählern sowohl im Ostteil (4,5 Prozentpunkte) als auch im Westteil (3,4 Prozentpunkte) und bei den Frauen (insgesamt 3,7 Prozentpunkte). Bei den Männern hat die CDU hingegen eher verloren, am deutlichsten im Westteil bei den 45- bis unter 60-Jährigen (-3,7 Prozentpunkte) und bei den Ältesten (60 Jahre und älter).

Die CDU hatte ihre Hochburg im Westteil bei den Wählerinnen im Alter von mindestens 60 Jahren (43,1 %).

Hohe Zustimmung für die Partei DIE LINKE bei den Älteren im Ostteil Berlins

DIE LINKE erzielte auch bei dieser Wahl wieder sehr unterschiedliche Ergebnisse in den ehemals getrennten Stadthälften. Im Ostteil erreichte sie in der Stichprobe der repräsentativen Wahlstatistik 33,8 % der gültigen Zweitstimmen, im Westteil 10,7 %. Die Wählerschaft dieser Partei unterschied sich im Vergleich beider Regionen nach Alter und Geschlecht deutlich.

In den östlichen Bezirken erzielte DIE LINKE die höchsten Anteile bei den älteren Wählerinnen und Wählern, mit 42,6 % bei den 45- bis unter 60-Jährigen und mit 44,0 % bei denen im Alter von 60 und mehr Lebensjahren. Am schlechtesten schnitt sie bei den 25- bis unter 30-Jährigen ab.

Im Westteil neigten dagegen – ganz anders als im Ostteil – die Wähle-

Tab. 4 Gültige Zweitstimmen bei der Bundestagswahl in Berlin am 27. September 2009 nach Parteien sowie nach Alter und Geschlecht der Wählerinnen und Wähler

Alter in Jahren	Ins- gesamt	SPD	CDU	DIE LINKE	GRÜNE	FDP	Sonstige	Darunter	
								NPD	PIRATEN
	%								
Berlin insgesamt									
18 bis unter 25.	100	18,6	16,6	18,0	19,9	10,3	16,6	2,8	9,8
25 bis unter 35.	100	18,2	17,2	17,1	23,2	11,2	13,0	1,9	7,5
35 bis unter 45.	100	17,5	18,5	18,1	24,2	11,9	9,8	1,9	4,2
45 bis unter 60.	100	18,3	19,8	26,0	17,1	11,3	7,4	1,8	2,3
60 und älter.....	100	24,5	32,9	20,2	7,8	11,3	3,3	0,9	0,5
Insgesamt	100	20,2	23,3	20,7	16,4	11,3	8,1	1,6	3,4
Frauen									
18 bis unter 25.	100	18,0	18,1	18,9	23,5	8,5	13,0	2,1	5,6
25 bis unter 35.	100	18,9	18,0	16,9	26,7	9,7	9,8	1,4	4,0
35 bis unter 45.	100	18,0	20,1	17,7	26,2	9,8	8,2	1,0	2,4
45 bis unter 60.	100	18,3	21,3	24,4	18,6	10,6	6,7	1,1	1,6
60 und älter.....	100	24,3	34,7	18,4	8,5	11,1	3,0	0,5	0,4
Insgesamt	100	20,4	25,1	19,7	17,9	10,3	6,6	1,0	2,0
Männer									
18 bis unter 25.	100	19,3	15,1	17,1	16,1	12,0	20,3	3,6	14,1
25 bis unter 35.	100	17,6	16,4	17,3	19,7	12,9	16,2	2,5	11,0
35 bis unter 45.	100	17,1	16,9	18,5	22,4	13,8	11,4	2,8	6,0
45 bis unter 60.	100	18,3	18,2	27,7	15,5	12,1	8,1	2,6	3,1
60 und älter.....	100	24,7	30,7	22,4	6,9	11,5	3,7	1,5	0,6
Insgesamt	100	20,0	21,2	21,9	14,8	12,4	9,7	2,4	5,0

Tab. 5 **Gültige Zweitstimmen bei der Bundestagswahl in Berlin-Ost am 27. September 2009 nach Parteien sowie nach Alter und Geschlecht der Wählerinnen und Wähler**

Alter in Jahren	Ins- gesamt	SPD	CDU	DIE LINKE	GRÜNE	FDP	Sonstige	Darunter	
								NPD	PIRATEN
	%								
Berlin-Ost insgesamt									
18 bis unter 25...	100	15,5	14,6	24,5	16,5	9,0	19,9	4,0	11,3
25 bis unter 35...	100	16,9	15,4	20,7	22,9	10,2	13,8	2,1	8,2
35 bis unter 45...	100	15,3	15,5	25,3	23,9	8,9	11,1	2,4	4,9
45 bis unter 60...	100	14,6	16,6	42,6	10,2	7,7	8,3	2,5	2,5
60 und älter.....	100	24,3	18,5	44,0	5,3	4,3	3,6	1,1	0,4
Insgesamt	100	17,9	16,5	33,8	14,5	7,6	9,7	2,2	4,3
Frauen									
18 bis unter 25...	100	14,7	16,4	26,4	19,0	7,3	16,2	2,9	7,2
25 bis unter 35...	100	17,4	16,3	20,6	26,7	8,5	10,5	1,6	4,7
35 bis unter 45...	100	15,8	16,6	26,2	25,1	7,0	9,3	1,2	2,9
45 bis unter 60...	100	15,2	17,8	42,1	10,5	7,1	7,2	1,6	1,8
60 und älter.....	100	24,9	19,6	41,9	6,2	4,0	3,5	0,7	0,4
Insgesamt	100	18,5	17,7	33,7	15,7	6,5	8,0	1,4	2,6
Männer									
18 bis unter 25...	100	16,3	12,6	22,5	13,9	10,8	24,0	5,1	15,8
25 bis unter 35...	100	16,4	14,5	20,8	19,1	11,9	17,1	2,7	11,8
35 bis unter 45...	100	14,9	14,4	24,5	22,7	10,7	12,8	3,5	6,6
45 bis unter 60...	100	14,0	15,4	43,1	9,9	8,3	9,3	3,4	3,2
60 und älter.....	100	23,6	17,2	46,6	4,2	4,6	3,8	1,6	0,4
Insgesamt	100	17,3	15,2	33,9	13,2	8,8	11,5	3,0	6,1

Tab. 6 **Gültige Zweitstimmen bei der Bundestagswahl in Berlin-West am 27. September 2009 nach Parteien sowie nach Alter und Geschlecht der Wählerinnen und Wähler**

Alter in Jahren	Ins- gesamt	SPD	CDU	DIE LINKE	GRÜNE	FDP	Sonstige	Darunter	
								NPD	PIRATEN
	%								
Berlin-West insgesamt									
18 bis unter 25...	100	21,7	18,6	11,9	23,0	11,5	13,4	1,8	8,3
25 bis unter 35...	100	19,9	19,5	12,6	23,6	12,5	11,9	1,6	6,5
35 bis unter 45...	100	19,5	21,1	11,7	24,6	14,4	8,7	1,4	3,6
45 bis unter 60...	100	21,0	22,1	14,2	22,0	13,9	6,8	1,3	2,2
60 und älter.....	100	24,6	40,9	6,9	9,2	15,2	3,2	0,8	0,5
Insgesamt	100	22,0	28,4	10,7	17,9	14,1	6,8	1,2	2,8
Frauen									
18 bis unter 25...	100	21,2	19,8	11,6	27,8	9,8	9,9	1,3	4,1
25 bis unter 35...	100	20,7	20,2	12,4	26,7	11,0	9,0	1,1	3,2
35 bis unter 45...	100	19,8	23,0	10,5	27,1	12,2	7,3	0,8	1,9
45 bis unter 60...	100	20,5	23,8	12,2	24,2	13,0	6,3	0,7	1,5
60 und älter.....	100	24,0	43,1	5,4	9,8	15,0	2,7	0,4	0,4
Insgesamt	100	21,9	30,6	9,2	19,5	13,2	5,6	0,7	1,5
Männer									
18 bis unter 25...	100	22,1	17,4	12,2	18,1	13,2	17,0	2,2	12,6
25 bis unter 35...	100	19,0	18,7	12,9	20,4	14,1	14,9	2,2	10,0
35 bis unter 45...	100	19,1	19,2	13,0	22,0	16,7	10,1	2,1	5,3
45 bis unter 60...	100	21,4	20,3	16,5	19,6	15,0	7,2	2,0	3,0
60 und älter.....	100	25,4	38,3	8,8	8,5	15,4	3,7	1,5	0,7
Insgesamt	100	22,2	26,0	12,4	16,1	15,1	8,2	1,9	4,2

rinnen und Wähler mittleren und jüngeren Alters der Partei DIE LINKE stärker zu als die im Alter von 60 und mehr Jahren (6,9 %).

Der höchste Anteil für DIE LINKE fand sich jetzt bei den Männern im Ostteil im Alter von 60 und mehr Jahren mit 46,6 %. Die geringste Zustimmung zeigten die Frauen dieser „ältesten“ Altersgruppe im Westteil – nur 5,4 % von ihnen wählten DIE LINKE mit der Zweitstimme.

Im Ostteil waren mehr als ein Drittel der Wählerschaft der Partei DIE LINKE im Alter von 60 und mehr Jahren (35,6 %), im Westteil machte diese Altersgruppe dagegen nur 24,1 % aus.

Gegenüber 2005 konnte DIE LINKE im Ostteil besonders bei den jüngeren Wählern (4,6 Prozentpunkte in der Altersgruppe 18 bis unter 25 Jahre) und bei der älteren Wählerschaft (7,3 bzw. 7,1 Prozentpunkte) gewinnen. Bei Wählerinnen und Wählern mittleren Alters gewann sie dagegen kaum (1,8 Prozentpunkte bei den 25- bis unter 35-Jährigen) oder verlor sogar leicht (–0,6 Prozentpunkte bei den 35- bis unter 45-Jährigen).

Im Westteil sah das Bild etwas anders aus: Hier waren die höchsten Zugewinne bei den jüngsten zu verzeichnen (6,0 Prozentpunkte) und die niedrigsten bei den ältesten Wählerinnen und Wählern (2,5 Prozentpunkte).

SPD verlor am stärksten bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern

Die SPD fiel bei der Bundestagswahl 2009 bezogen auf die Zweitstimmen auf den dritten Platz zurück. Sie erzielte bessere Zweitstimmen-ergebnisse – nach Altersgruppen betrachtet – bei den ältesten Wählerinnen und Wählern mit 24,5 % gegenüber Werten zwischen 17,5 % und 18,6 % bei den anderen Altersgruppen. Allerdings war das Altersprofil der SPD nur noch schwach ausgeprägt.

Im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 hat die SPD in der Stichprobe insgesamt 14,7 Prozentpunkte verloren, wobei die Verluste bei den jüngsten Wählerinnen und Wählern mit –25,8 % am größten waren und von Altersgruppe zu Altersgruppe stetig geringer wurden. Bei den Ältesten waren die Verluste mit –9,4 Prozentpunkten am niedrigsten. Durch diese ungleichen Verluste hat sich das Altersprofil der SPD völlig verändert: War die Partei 2005 eine Partei der jungen, ist sie jetzt eher eine der älteren Wählerschaft. Ebenfalls verschwunden ist das geschlechtsspezifische Profil: 2005 lag der Zweitstimmenanteil der SPD noch in jeder Altersgruppe bei den Frauen zum Teil deutlich höher als bei den Männern, 2009 waren Unterschiede sehr viel geringer und wechselten: In einer Altersgruppe lag der SPD-Anteil bei den Frauen höher, in der nächsten bei den Männern.

Tab. 7 Differenz der gültigen Zweitstimmen bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag in Berlin 2009 und 2005 nach Parteien sowie nach Alter und Geschlecht der Wählerinnen und Wähler in Prozentpunkten

Alter in Jahren	SPD	CDU	DIE LINKE	GRÜNE	FDP	Sonstige	Darunter	
							NPD	PIRATEN
	Prozentpunkte							
Berlin insgesamt								
18 bis unter 25...	–25,8	3,8	5,3	4,4	2,6	9,7	–0,5	9,8
25 bis unter 35...	–20,0	2,3	4,2	3,6	2,7	7,1	–0,5	7,5
35 bis unter 45...	–15,4	1,1	1,8	5,5	3,4	3,5	–0,3	4,2
45 bis unter 60...	–14,2	–0,3	5,4	3,3	3,7	2,1	0,3	2,3
60 und älter.....	–9,4	2,4	2,7	1,9	3,9	–1,4	0,0	0,5
Insgesamt	–14,7	1,8	3,8	3,1	3,4	2,6	–0,1	3,4
Frauen								
18 bis unter 25...	–27,9	5,5	6,3	6,8	2,0	7,3	0,1	5,6
25 bis unter 35...	–21,6	3,6	4,7	6,0	2,6	4,7	0,0	4,0
35 bis unter 45...	–16,6	3,6	2,2	6,1	2,4	2,2	–0,2	2,4
45 bis unter 60...	–15,8	1,6	5,8	3,6	3,5	1,1	0,2	1,6
60 und älter.....	–11,0	4,3	2,8	2,1	3,9	–2,0	0,0	0,4
Insgesamt	–16,1	3,7	4,1	3,9	3,2	1,2	0,0	2,0
Männer								
18 bis unter 25...	–23,6	2,1	4,4	1,7	3,0	12,2	–1,0	14,1
25 bis unter 35...	–18,2	1,0	3,6	1,2	2,9	9,5	–0,9	11,0
35 bis unter 45...	–14,1	–1,3	1,4	5,1	4,2	4,7	–0,5	6,0
45 bis unter 60...	–12,6	–2,4	4,9	2,9	4,0	3,1	0,5	3,1
60 und älter.....	–7,2	–0,1	2,4	1,7	3,8	–0,7	0,1	0,6
Insgesamt	–13,1	–0,3	3,4	2,3	3,7	4,0	–0,2	5,0

Tab. 8 Differenz der gültigen Zweitstimmen bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag in Berlin-Ost 2009 und 2005 nach Parteien sowie nach Alter und Geschlecht der Wählerinnen und Wähler in Prozentpunkten

Alter in Jahren	SPD	CDU	DIE LINKE	GRÜNE	FDP	Sonstige	Darunter	
							NPD	PIRATEN
	Prozentpunkte							
Berlin-Ost insgesamt								
18 bis unter 25...	–27,1	4,5	4,6	4,4	1,9	11,8	–0,3	11,3
25 bis unter 35...	–20,3	2,7	1,8	5,3	3,1	7,4	–1,2	8,2
35 bis unter 45...	–15,9	1,5	–0,6	8,8	2,0	4,1	–0,9	4,9
45 bis unter 60...	–15,8	1,4	7,3	2,7	1,7	2,6	0,2	2,5
60 und älter.....	–12,3	3,7	7,1	0,8	1,0	–0,3	0,2	0,4
Insgesamt	–16,8	2,6	4,2	4,2	1,9	3,9	–0,3	4,3
Frauen								
18 bis unter 25...	–29,5	6,7	6,0	5,6	1,4	9,8	0,4	7,2
25 bis unter 35...	–21,9	3,6	2,4	7,8	3,0	5,1	–0,5	4,7
35 bis unter 45...	–17,3	3,5	0,2	9,5	1,3	2,8	–0,8	2,9
45 bis unter 60...	–17,5	3,3	8,4	2,3	1,9	1,5	0,2	1,8
60 und älter.....	–13,9	5,2	7,6	1,1	0,7	–0,6	0,2	0,4
Insgesamt	–18,4	4,2	5,1	4,8	1,7	2,7	0,0	2,6
Männer								
18 bis unter 25...	–24,6	2,0	3,0	3,0	2,5	14,1	–0,9	15,8
25 bis unter 35...	–18,7	1,8	1,1	2,8	3,1	9,7	–1,9	11,8
35 bis unter 45...	–14,4	–0,5	–1,2	8,2	2,7	5,2	–1,0	6,6
45 bis unter 60...	–14,0	–0,5	6,2	3,1	1,6	3,5	0,2	3,2
60 und älter.....	–10,2	2,0	6,2	0,5	1,3	0,2	0,2	0,4
Insgesamt	–15,0	0,8	3,3	3,5	2,2	5,2	–0,6	6,1

Tab. 9 Differenz der gültigen Zweitstimmen bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag in Berlin-West 2009 und 2005 nach Parteien sowie nach Alter und Geschlecht der Wählerinnen und Wähler in Prozentpunkten

Alter in Jahren	SPD	CDU	DIE LINKE	GRÜNE	FDP	Sonstige	Darunter	
							NPD	PIRATEN
	Prozentpunkte							
Berlin-West insgesamt								
18 bis unter 25...	-24,5	3,4	6,0	4,3	3,2	7,7	-0,7	8,3
25 bis unter 35...	-19,2	2,5	5,5	2,0	2,7	6,5	0,1	6,5
35 bis unter 45...	-14,7	1,0	3,1	3,0	4,7	3,0	0,0	3,6
45 bis unter 60...	-13,0	-1,5	3,8	3,8	5,1	1,8	0,4	2,2
60 und älter.....	-7,4	-0,3	2,5	2,3	5,0	-2,1	0,0	0,5
Insgesamt	-13,0	1,2	3,4	2,3	4,6	1,4	0,0	2,8
Frauen								
18 bis unter 25...	-26,2	4,6	6,1	8,0	2,8	4,8	-0,3	4,1
25 bis unter 35...	-20,9	4,2	5,8	4,3	2,5	4,1	0,4	3,2
35 bis unter 45...	-16,0	3,8	3,3	3,5	3,5	1,7	0,2	1,9
45 bis unter 60...	-14,6	0,6	4,0	4,6	4,6	0,8	0,1	1,5
60 und älter.....	-9,0	2,1	2,2	2,5	5,2	-3,0	-0,1	0,4
Insgesamt	-14,3	3,3	3,4	3,2	4,3	0,1	0,0	1,5
Männer								
18 bis unter 25...	-22,8	2,2	5,8	0,5	3,5	10,6	-1,1	12,6
25 bis unter 35...	-17,5	0,6	5,2	-0,3	2,9	9,0	0,0	10,0
35 bis unter 45...	-13,5	-1,8	3,0	2,4	5,9	4,2	-0,1	5,3
45 bis unter 60...	-11,5	-3,7	3,7	3,0	5,9	2,7	0,8	3,0
60 und älter.....	-5,3	-3,1	2,8	2,2	4,7	-1,2	0,2	0,7
Insgesamt	-11,5	-1,1	3,5	1,4	4,8	2,9	0,1	4,2

Bei der Bundestagswahl 2005 wurde die SPD nicht nur insgesamt die stärkste Partei in Berlin, mit deutlichem Abstand vor der CDU, sondern schaffte das auch in jeder Altersgruppe; 2009 gelang der SPD das in keiner Altersgruppe mehr, weder im Ostteil, noch im Westteil.

GRÜNEN-Anteil bei Wählerinnen und Wählern der mittleren Altersgruppen am höchsten

Deutlich ausgeprägt war dagegen das Altersprofil der GRÜNEN. Sowohl im Ostteil der Stadt als auch im Westteil war die Zustimmung zu den GRÜNEN in der Altersgruppe der jüngsten Wählerinnen und Wähler leicht überdurchschnittlich und stieg dann mit dem Alter an. Der Höhepunkt lag bei den 35- bis unter 45-Jährigen. Danach sank die Zustimmung zu den GRÜNEN stetig ab. In der höchsten Altersgruppe verzeichneten die GRÜNEN den niedrigsten Anteil: 5,3 % dieser Altersgruppe wählten die GRÜNEN im Ostteil und 9,2 % im Westteil.

Dass die GRÜNEN keine Partei der Alten waren, zeigt auch der Blick auf die Altersstruktur der GRÜNEN-Wählerschaft. Von allen Wählerinnen und Wählern waren 33,1 % im Alter von 60 Jahren oder älter, aber nur 15,8 % der Wählerschaft der GRÜNEN.

Im Vergleich zu 2005 hatten die GRÜNEN insgesamt gewonnen (3,1 Prozentpunkte). Die höchsten Gewinne erzielten sie bei den „mittelalten“ und den jungen Wählerinnen und Wählern und die geringsten bei den älteren. Sie konnten damit ihre Hochburgen ausbauen und ihr Altersprofil weiter schärfen.

GRÜNE bei den Jüngeren vorn, DIE LINKE bei den Mittelalten und die CDU bei den Älteren

Insgesamt waren die GRÜNEN, obwohl in Berlin nur viertstärkste Kraft, in den unteren drei Altersgruppen (18 bis unter 25 Jahre, 25 bis unter 35 Jahre und 35 bis unter 45 Jahre) die Partei mit dem höchsten Zweitstimmenanteil. Nur bei den 45- bis unter 60-Jährigen lag DIE LINKE vorn und bei den Ältesten, den über 59-Jährigen, die CDU.

Zustimmung zur FDP im Ost- und Westteil unterschiedlich

Bezogen auf die gesamte Stadt Berlin war die FDP-Präferenz bei den einzelnen Altersgruppen am homogensten: Der niedrigste Zweitstimmenanteil war bei den unter 25-Jährigen

(10,3 %) zu verzeichnen und der höchste bei den 35- bis unter 45-Jährigen (11,9 %). In den beiden Stadthälften war die Wählerschaft der FDP allerdings sehr unterschiedlich: Im Ostteil sank die Zustimmung zur FDP tendenziell mit dem Alter von 9,0 % bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern auf 4,3 % bei den älteren (60 und mehr Jahre). Im Westen stieg der Zweitstimmenanteil dagegen leicht mit dem Alter und erreichte bei den über 59-Jährigen das Maximum (15,2 %).

Im Vergleich zur letzten Bundestagswahl 2005 konnte die FDP deutlich hinzugewinnen (3,4 Prozentpunkte), im Westteil stärker (4,6 Prozentpunkte) und im Ostteil schwächer (1,9 Prozentpunkte). Die höchsten Gewinne waren im Ostteil bei den jüngeren und im Westteil bei den älteren Wählerinnen und Wählern zu verzeichnen.

Die Piratenpartei bei jungen Männern im Ostteil am stärksten

Die Wählerschaft der Piratenpartei unterschied sich besonders stark nach Alter und Geschlecht. Diese erst 2006 gegründete – und damit 2009 erstmals an einer Bundestagswahl teilnehmende – Partei erzielte aus dem Stand 3,4 % der Zweitstimmen in Berlin. In der Altersgruppe der unter 25-Jährigen wählte sogar fast jeder Zehnte (9,8 % der Zweitstimmen) die PIRATEN, wobei der Anteil bei den Älteren von Altersgruppe zu Altersgruppe stetig sank und bei den über 59-Jährigen mit 0,5 % das Minimum erreichte. Je jünger die Wählerschaft, desto höher war der Anteil der PIRATEN. Dieser Zusammenhang galt auf unterschied-

lichem Niveau in beiden Teilen der Stadt – im Ostteil war das Niveau höher als im Westteil – und für beide Geschlechter. Bei den Männern gaben 5 % ihre Zweitstimme der Piratenpartei (im Ostteil sogar 6,1 %), bei den Frauen waren es dagegen nur 2 % (1,5 % im Westteil).

Der typische PIRATEN-Wähler wohnte im Ostteil Berlins, war jünger als 25 Jahre und männlich. Der Zweitstimmenanteil lag hier bei 15,8 %. Die PIRATEN kamen damit hier hinter der Partei DIE LINKE (22,5 %) und der SPD (16,3 %) auf den dritten Platz.

NPD ebenfalls bei jungen Männern im Ostteil am stärksten

Die NPD errang ebenfalls bei den jungen, unter 25-Jährigen, die höchsten Anteile mit 2,8 %. Die Zustimmung zur NPD fiel fast stetig mit dem

Alter. Weiterhin fällt auf, dass Männer der NPD stärker zuneigten als Frauen – in Berlin wählten 2,4 % der Männer diese Partei, aber nur 1,0 % der Frauen. Den höchsten Anteil konnte die NPD bei den Männern der „jüngsten“ Altersgruppe im Ostteil mit 5,1 % erzielen und den niedrigsten bei den Frauen der „ältesten“ Altersgruppe, 0,4 % von ihnen wählten die NPD im Westen.

Gegenüber 2005 gab es bei der NPD keine nennenswerte Veränderung.

CDU-Wählerinnen und Wähler neigten am wenigsten zur Stimmenaufteilung

Bei der Bundestagswahl werden die Erst- und die Zweitstimmen auf einem Stimmzettel abgegeben. Es ist deshalb mit der repräsentativen Wahlstatistik möglich, festzustellen, wie die Wählerinnen und Wähler ihre Stimmen aufgeteilt („gesplittet“) haben. Dies wird im Folgenden dargestellt.

Die überwiegende Mehrheit der Wählerinnen und Wähler votierte mit Erst- und Zweitstimme für den Direktkandidaten bzw. die Direktkandidatin und die Landesliste derselben Partei. Der Anteil des Stimmensplittings war allerdings bei den Wählerinnen und Wählern der einzelnen Parteien sehr unterschiedlich und hing sicher auch damit zusammen für wie aussichtsreich die Direktkandidatinnen und -kandidaten der einzelnen Parteien eingeschätzt wurden. Für aussichtsreich gehaltene Bewerberinnen und Bewerber werden eher gewählt als weniger chancenreiche.

Bei Bundestagswahlen in Berlin waren bisher nur Direktkandidaten von SPD, CDU, Linkspartei bzw.

Tab.10 **Stimmensplitting bei der Wahl zum Deutschen Bundestag in Berlin am 27. September 2010**

Zweit- stimme	Von 100 Wählern, die ihre Zweitstimme der vorstehenden Partei gaben, wählten mit der Erststimme die Kandidatin oder den Kandidaten der ...						
	Insgesamt	SPD	CDU	DIE LINKE	GRÜNE	FDP	Sonstige
	%						
Berlin insgesamt							
SPD.....	100	76,4	3,2	6,8	12,3	0,7	0,7
CDU.....	100	5,0	83,4	2,2	3,4	5,2	0,8
DIE LINKE.....	100	8,5	1,7	79,3	8,3	0,8	1,5
GRÜNE.....	100	27,1	3,3	6,6	60,8	1,1	1,1
FDP.....	100	5,1	43,4	2,1	3,8	44,3	1,2
NPD.....	100	2,0	5,6	5,5	1,0	2,4	83,4
PIRATEN.....	100	15,1	7,8	20,7	30,8	7,3	18,3
Berlin-Ost							
SPD.....	100	67,9	2,7	14,9	13,4	0,5	0,7
CDU.....	100	7,6	75,0	6,0	4,8	5,3	1,3
DIE LINKE.....	100	5,4	1,4	85,5	5,8	0,7	1,2
GRÜNE.....	100	22,6	2,5	12,7	60,5	0,7	1,0
FDP.....	100	6,1	37,2	5,9	5,1	44,2	1,5
NPD.....	100	1,7	3,6	7,5	0,6	1,5	85,2
PIRATEN.....	100	12,7	5,8	26,8	32,5	5,4	16,7
Berlin-West							
SPD.....	100	81,7	3,6	1,7	11,5	0,8	0,7
CDU.....	100	3,8	87,2	0,4	2,8	5,1	0,6
DIE LINKE.....	100	15,8	2,4	64,2	14,2	1,1	2,2
GRÜNE.....	100	29,9	3,8	2,8	60,9	1,4	1,2
FDP.....	100	4,7	45,9	0,6	3,3	44,4	1,1
NPD.....	100	2,5	8,4	3,0	1,6	3,5	81,1
PIRATEN.....	100	17,9	10,2	13,5	28,7	9,5	20,2

PDS (im Ostteil der Stadt) und GRÜNEN (im Wahlkreis 84-Friedrichshain-Kreuzberg – Prenzlauer Berg-Ost) erfolgreich.

Wählerinnen und Wähler, die davon ausgehen, dass die gewünschte Person nur geringe oder keine Chance hat, wählen vermutlich die aus ihrer Sicht zweitbeste Lösung. Aus dem Stimmensplitting lässt sich so wohl auch ableiten, welche Koalitionen gewünscht sind und wie nahe die Wählerschaft den einzelnen Parteien ist.

In Berlin neigten die Wählerinnen und Wähler der CDU am wenigsten zu einer Aufteilung ihrer Erst- und Zweitstimme: 83,4 % derjenigen, die ihre Zweitstimme der CDU gaben, wählten auch mit ihrer Erststimme einen Kandidaten der CDU. Konsistentes Wahlverhalten zeigten auch die Wählerinnen und Wähler der Partei DIE LINKE und der SPD: 79,3 % beziehungsweise 76,4 % gaben ihre Erst- und Zweitstimme derselben Partei.

Ausgesprochen strategisch stimmten dagegen die Wählerinnen und Wähler der FDP und der GRÜNEN ab. Die Erststimmen der FDP-Wählerinnen und Wähler entfielen nur zu 44,3 % auf die Bewerberinnen und Bewerber der eigenen Partei und zu 43,4 % auf die der CDU. Von den Zweitstimmenwählerinnen und Wählern der GRÜNEN wählten 60,8 % auch mit ihrer Erststimme einen Kandidaten oder eine Kandidatin der GRÜNEN und mit 27,1 % einen oder eine der SPD.

Aber auch bei den SPD-Wählerinnen und Wählern – insbesondere im Ostteil der Stadt – zeigte sich strategisches Stimmensplitting: 32,1 % von ihnen

gaben ihre Erststimme nicht dem Direktkandidaten oder der Direktkandidatin dieser Partei.

Die Piratenpartei hatte keine eigenen Direktbewerberinnen oder -bewerber aufgestellt. Ihre Zweitstimmenwählerschaft musste deshalb die Stimmen komplett splitten und votierte mit der Erststimme am häufigsten für die GRÜNEN (30,8 %), DIE LINKE (20,7 %) und die SPD (15,1 %). Am wenigsten Erststimmen bekamen die CDU und die FDP von den PIRATEN-Zweitstimmenwählerinnen und -wählern. Das deutet darauf hin, dass die Wählerschaft der PIRATEN eher im grünen und linken Umfeld zu lokalisieren ist.

Die Aufteilung der Zweit- und Erststimmen zwischen den Parteien, die vor der Wahl deutlich gemacht hatten, dass sie eine Koalition anstreben, zeigt für die ganze Stadt folgendes Bild:

GRÜNE und SPD

- 27,1 % der GRÜNEN-Wählerinnen und Wähler stimmten mit ihrer Erststimme für die SPD,
- 12,3 % der SPD-Wählerinnen und Wähler stimmten mit ihrer Erststimme für die GRÜNEN.

FDP und CDU

- 43,4 % der FDP-Wählerinnen und Wähler stimmten mit ihrer Erststimme für die CDU,
- 5,2 % der CDU-Wählerinnen und Wähler stimmten mit ihrer Erststimme für die FDP.
- Demgegenüber war das Stimmensplitting der – vor der Wahl am 27. September – tatsächlichen Koalitionspartner eine seltene Ausnahme.

CDU und SPD

- 5,0 % der CDU-Wählerinnen und Wähler stimmten mit ihrer Erststimme für die SPD,
- 3,2 % der SPD-Wählerinnen und Wähler stimmten mit ihrer Erststimme für die CDU.
- Das Splittingverhalten deutet daraufhin, dass die Wählerschaft von SPD und CDU, trotz der vier Jahre dauernden Koalition, nur eine sehr geringe Übereinstimmung zeigt und keine Koalition der beiden Parteien wünscht.

Splittingverhalten in Berlin-Ost und Berlin-West unterschiedlich

Im Ostteil Berlins sind die Direktkandidaten der Partei DIE LINKE deutlich chancenreicher als im Westteil. Dies wirkt sich auch auf das Stimmensplitting aus. Die Zweitstimmenwählerinnen und -wähler teilten hier ihre Stimmen am wenigsten auf: 85,5 % von ihnen wählten auch mit der Erststimme den Kandidaten bzw. die Kandidatin dieser Partei. Zusätzlich votierten viele Zweitstimmenwählerinnen und -wähler der anderen Parteien für Direktkandidatinnen und -kandidaten der Partei DIE LINKE: 14,9 % der SPD-Zweitstimmenwählerinnen und -wähler stimmten hier mit der Erststimme für Bewerberinnen bzw. Bewerber der Partei DIE LINKE, bei den GRÜNEN-Wählerinnen und -Wählern waren es 12,7 % und bei denen der CDU und der FDP immerhin noch 6,0 % bzw. 5,9 %.

Im Westteil lagen dagegen die Nicht-Splittinganteile von CDU (87,2 %) und SPD (81,7 %) höher und die der Partei DIE LINKE erheblich niedriger (64,2 %) als im Osten.

Die Aufteilung der Zweit- und Erststimmen zwischen Parteien, die ihre Koalitionsabsicht bekundet

hatten, zeigt für den Ost- und den Westteil der Stadt folgendes Bild:

GRÜNE und SPD

- 22,6 % der GRÜNEN-Wählerschaft stimmte im Ostteil Berlins mit ihrer Erststimme für die SPD und im Westteil 29,9 %,
- 13,4 % der SPD-Wählerschaft stimmte in Berlin-Ost mit ihrer Erststimme für die GRÜNEN und in Berlin-West 11,5 %.

FDP und CDU

- 37,2 % der FDP-Wählerschaft stimmte in Berlin-Ost mit ihrer Erststimme für die CDU und 45,9 % in Berlin-West,
- 5,3 % der CDU-Wählerschaft stimmte in den östlichen Bezirken mit ihrer Erststimme für die FDP und 5,1 % in Berlin-West.

Zusammenfassung

Ältere Menschen beteiligten sich stärker an der Wahl als die jüngeren. Außerdem neigten sie stärker zur Briefwahl und weniger zur Stimmabgabe im Wahllokal.

In fast allen Altersgruppen lag die Wahlbeteiligung bei den Frauen höher als bei den Männern. Lediglich bei den ältesten Wahlberechtigten beteiligten sich prozentual weniger Frauen an der Wahl. Als Ursachen dafür werden die unterschiedliche Lebenserwartung und die unterschiedliche Morbidität von Männern und Frauen vermutet.

Es zeigten sich deutliche Zusammenhänge zwischen dem Alter der Wählerinnen und Wähler und der Präferenz für einzelne Parteien.

So erzielte die CDU ihre besten Ergebnisse bei den Älteren, im Westteil und bei den Frauen.

DIE LINKE schnitt ebenfalls in beiden Stadtteilen sehr unterschiedlich ab, wobei sie ihre besten Werte bei den Älteren im Ostteil erzielen konnte.

Im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 hat sich das Altersprofil der SPD komplett geändert. Wählten damals noch die Jüngeren zu einem wesentlichen höheren Anteil die SPD mit der Zweitstimme, so sind es heute eher die Älteren. Die SPD verlor überproportional bei den Jungen, und zwar mit einem Verlust von 20 bis 25 Prozentpunkten sogar deutlich mehr als die Hälfte ihrer Wählerschaft in den einzelnen Altersgruppen.

Deutlich ausgeprägt ist dagegen das Altersprofil der GRÜNEN: Die Zustimmung zu dieser Partei war in der Altersgruppe der jüngsten Wählerinnen und Wähler leicht überdurchschnittlich und stieg dann mit dem Alter an. Der Höhepunkt lag bei den 35- bis unter 45-Jährigen. Danach sank die Zustimmung zu den GRÜNEN stetig ab.

Insgesamt sind die GRÜNEN, obwohl in Berlin nur viertstärkste Kraft bei den unter 45-Jährigen, die Partei mit dem höchsten Zweitstimmenanteil. Nur bei den 45- bis unter 60-Jährigen lag die Partei DIE LINKE vorn und bei den über 59-Jährigen die CDU.

Bezogen auf die gesamte Stadt Berlin war der FDP-Anteil zwischen den einzelnen Altersgruppen am homogensten. Im Vergleich zur letzten Bundestagswahl 2005 konnte die FDP deutlich hinzugewinnen, wobei die höchsten Gewinne im Ostteil bei den jün-

geren und im Westteil bei den älteren Wählerinnen und Wählern zu verzeichnen waren.

Die Piratenpartei wurde besonders von den Jüngeren gewählt. Es gab einen deutlichen Zusammenhang mit dem Alter: Je jünger die Wählerschaft, desto höher war der Anteil der PIRATEN. Außerdem erzielte sie im Ostteil und bei den Männern die besseren Ergebnisse.

Die überwiegende Mehrheit der Wählerinnen und Wähler votierte mit Erst- und Zweitstimme für den Direktkandidaten bzw. die Direktkandidatin und die Landesliste derselben Partei. Der Anteil des Stimmensplittings war zwischen den Parteien aber sehr unterschiedlich. Am wenigsten neigte die CDU-Wählerschaft dazu, ihre Stimmen zu splitten, gefolgt von denen der Partei DIE LINKE und der SPD. Am stärksten splitteten die Zweitstimmenwählerinnen und Wähler der GRÜNEN – nur noch übertroffen von denen der FDP – ihre Stimmen.

Die Stimmen wurden hauptsächlich zwischen den Parteien aufgeteilt, die vor der Wahl deutlich gemacht hatten, eine Koalition anzustreben, also zwischen CDU und FDP sowie zwischen SPD und GRÜNEN.

Autor: Geert Baasen

Quellennachweis

- [1] Der Bundeswahlleiter: Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009 – Heft 4, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen.
- [2] Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Wahl des 17. Deutschen Bundestag in Berlin am 27. September 2009, Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik – Statistischer Bericht B VII 1 – 5 – 4j / 09.
- [3] Schorn, K.; Gisart, B.: Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009 nach Geschlecht und Alter; Statistisches Bundesamt, Wiesbaden: „Wirtschaft und Statistik“ – 2010, Heft 3, S. 219 ff.
- [4] Mayer, K.U.; Baltes, P.B.: Die Berliner Altersstudie, Berlin 1996.
- [5] Der Landeswahlleiter von Berlin: Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009, Endgültiges Ergebnis; Berlin 2009.

Pflegeversicherung: Woher? Wohin?

Die 5. Säule der Sozialversicherung

Mit der Pflegeversicherung auf der Grundlage des Sozialgesetzbuches XI wird ein wichtiges allgemeines Lebensrisiko abgedeckt: Das Risiko, in den Aktivitäten des täglichen Lebens anhaltend und umfangreich Hilfe zu benötigen. Pflegebedürftigkeit ist keine Krankheit, sondern eine Form von Hilfebedürftigkeit

Das Jahr 2010 ist das 15. Jahr des Bestehens der Pflegeversicherung. Ein guter Zeitpunkt, um einen Blick zurück und einen Blick nach vorn zu werfen. Dieser Beitrag basiert auf dem Vortrag „Prognosen des Pflegebedarfes“ am 25. März 2010 auf der DAGStat-Tagung „Statistik unter einem Dach“ in Dortmund und beschreibt, wie sich diese neue Komponente sozialer Sicherung seit 1995 etablierte. Seit 1999 ermöglicht die amtliche Pflegestatistik den statistischen Einblick in ein bereits gereiftes Leistungssystem. Es werden Ergebnisse einer Datennutzung vorgestellt.

in Körperpflege, Ernährung, Mobilität und Hauswirtschaft. Über den Zugang zu Leistungen entscheidet ein Begutachtungsverfahren, das den Hilfebedarf qualitativ und quantitativ erhebt. Aus dem zeitlichen Umfang der Hilfeleistung leitet sich die Pflegestufe ab, die damit in gewissem Maß den Schweregrad widerspiegelt. Fast die gesamte Bevölkerung in Deutschland ist pflegeversichert, und zwar zu rund 90 % in der sozialen Pflegeversicherung und zu rund 10 % in der privaten Pflegeversicherung.

Die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XI sind nicht umfassend, nicht kostendeckend konzipiert, sondern als eine Art Teilkasko: Die pflegebedürftige Person erhält in bestimmtem Umfang Geld, ambulante oder stationäre Leistungen, und kann so eigene Ressourcen ergänzen. Wenn das nicht genügt, springt zusätzlich die Sozialhilfe ein, die Hilfe zur Pflege.

Die Arbeit der Pflegeversicherung wurde von Beginn an in Politik und Gesellschaft aufmerksam beobachtet. Die ersten Jahre waren als Aufbauphase durch eine besonders große Menge an Anträgen gekennzeichnet. Im Jahr 1995 wurden 2,1 Mill. Anträge an die soziale Pflegeversicherung gestellt. Die medizinischen Dienste der Krankenkassen führten 1,7 Mill. Erstbegutachtungen durch. In den folgenden Jahren ging die Zahl der Anträge deutlich zurück. Seit Ende der 1990er Jahre kann man von einer Stabilisierung des Antragsgeschehens sprechen. Im Rahmen der sozialen Pflegeversicherung finden jährlich rund 0,7 Mill. Erstbegutachtungen statt. Regelmäßig führen etwa 30 % von ihnen zum Ergebnis „nicht pflegebedürftig“.

Amtliche Pflegestatistik

Seit dem Jahr 1999 berichtet die amtliche Pflegestatistik in zweijährlichem Abstand über die Leistungsempfänger aller Pflegearten und -stufen. Sie führt die Daten aus sozialer und privater Pflegeversicherung zusammen und liefert somit ein umfassendes Bild über die Empfängerzahlen in Deutschland.

Die Pflegestatistik ist eine gewichtige Datenquelle für die demografische, gesundheits- und sozialwissenschaftliche Forschung. Noch attraktiver wird sie dadurch, dass die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sie auch als Mikrodaten zur Verfügung stellen. Wissenschaftliche Einrichtungen können mit definiertem Projektziel die Nutzung der Pflegestatistik beantragen. Dabei bleibt der Datenbestand selbst unter dem Dach der amtlichen Statistik („on site“). Die Nutzer führen ihre Auswertungen am Gastwissenschaftlerarbeitsplatz oder über die kontrollierte Datenfernverarbeitung durch.

Ein solcher Antragsteller ist die Fakultät für Gesundheitswissenschaften der Universität Bielefeld mit dem Projekt „Pflegebedürftigkeitsfreie Lebenserwartung in Deutschland“. Das Projekt geht seinem Abschluss zu und kann eine Reihe von Ergebnissen vorweisen; einige werden im Folgenden vorgestellt.

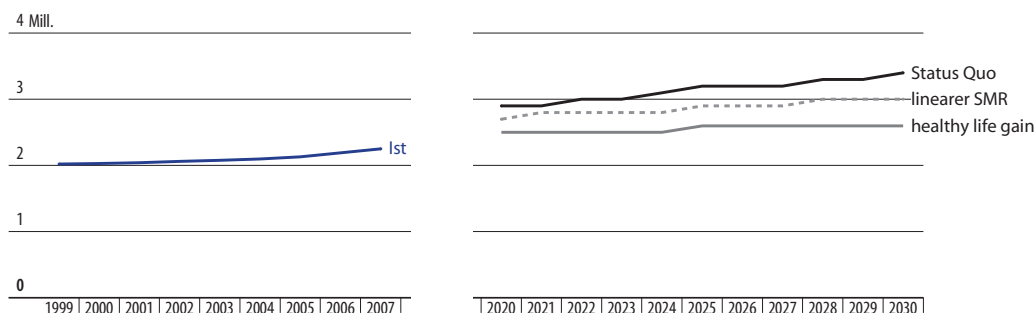
Ergebnisse

Der Zusammenhang von Alter und Pflegebedürftigkeit ist sehr stark. Pflegebedürftigkeit ist bei Männern und Frauen bis etwa Mitte 50 mit jeweils unter 1 % recht selten. Im Alter von 90 oder mehr Jahren hingegen sind fast 70 % der Frauen und fast 40 % der Männer Leistungsempfänger.

Der Bestand an Leistungsempfängern wächst kontinuierlich. Am Jahresende 2007 waren es mehr als 1,5 Mill. Frauen und mehr als 0,7 Mill. Männer. Jedoch steigen die Fallzahlen nicht so stark wie es der alternden Bevölkerung entsprechen würde. Eine indirekte Altersstandardisierung nach dem Konzept des Standardized Morbidity Ratio (SMR)¹ bringt es an den Tag: Die Prävalenz von Pflegebedürftigkeit hat seit 1999 leicht abgenommen. Gleichzeitig ist eine Umverteilung in Richtung der leichtesten Pflegestufe I feststellbar. Wenn man nachforscht, in welchen Segmenten der Bevölkerung diese Prozesse stattfinden,

¹ Standardverfahren u. a. in der Gesundheitsberichterstattung, beschrieben z. B. in: Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) 2004, S. 21.

Abb. 1 Pflegebedürftige in Deutschland 1999 bis 2007 sowie Prognose bis 2030



entdeckt man Rückgänge und Milderung sowohl bei Männern als auch bei Frauen ab 65 Jahren. Wer also theoretisch mit einem „gesünderen Altern“ gerechnet hat, kann sich hierin bestätigt fühlen, jedenfalls in den Grenzen des Pflegebedürftigkeitsbegriffes.

Altersspezifische Pflegequoten ermöglichen bereits einfache prognostische Aussagen, z.B. unter Annahme gleich bleibender Pflegequoten. Status-Quo-Prognosen nehmen einen angestammten Platz unter den Prognoseverfahren ein, denn sie sind einfach zu rechnen und zu interpretieren. Die Pflegequoten des Jahres 2007, verknüpft mit der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung (Variante 1-W1, StBA 2009), ergeben eine Schätzung von 3,35 Mill. Pflegebedürftigen im Jahr 2030.

Wie aber kann man sinkende altersspezifische Pflegequoten in Vorhersageverfahren einbauen? Ein innovatives Verfahren stammt vom Statistischen Bundesamt (StBA 2008). Ausgehend von der Annahme, dass steigende Lebenserwartung und sinkende Pflegebedürftigkeit zusammenhängen, wird auf jeder Altersstufe die Pflegequote im Prognosejahr aus dem Gewinn an fernerer Lebenserwartung abgeleitet. Das Statistische Bundesamt errechnete mit diesem Verfahren der reduzierten Quote eine Empfängerzahl von 2,95 Mill. im Jahr 2030 (StBA 2008, S. 26). Gegenwärtig wird eine Aktualisierung erarbeitet.

Ein anderes Verfahren wurde in dem internationalen Projekt Future Elderly Living Conditions in Europe (FELICIE) entwickelt (Ekamper et al. 2005). Hier wurde ein Szenario „healthy life gain“ entworfen, in dem die durchschnittliche Dauer der Pflegebedürftigkeit bei wachsender Lebenserwartung konstant bleibt².

Methodisch liegt hier eine Sterbetafelanwendung nach Sullivan (EHMU 2007) zugrunde. Diese Methode teilt die Lebenserwartung auf in einen pflegebedürftigkeitsfreien Abschnitt einerseits und die Pflegedauer andererseits. Die „healthy life gain“-Annahme besagt, dass nur die pflegebedürftigkeitsfreie Lebenserwartung wächst. Jeder Gewinn an Lebenserwartung wird ohne Pflege („healthy“) verbraucht. Das ist nur möglich, wenn die Pflegequoten in bestimmtem Maß sinken.

Das Verfahren lässt sich mit Daten aus der Pflegestatistik 2007 und der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung (Variante 1-W1) füllen. Nach der

„healthy life gain“-Annahme wäre im Jahr 2030 mit 2,59 Mill. Pflegebedürftigen zu rechnen. Dafür aber müsste die Pflegequote bei beiden Geschlechtern auf jeder Altersstufe bis 2030 auf etwa 77 % des Niveaus von 2007 zurückgehen.

Die drei genannten Prognoseverfahren gehen stärker von Modellen als vom empirischen Trend aus. Das Projekt der Uni Bielefeld legte zusätzlich ein Verfahren vor, das weniger modellhaft als datennah arbeitet. Wie oben beschrieben, zeigt sich zwischen 1999 und 2007 eine leicht sinkende altersstandardisierte Pflegeprävalenz, die man mit Hilfe des SMR als einen Rückgang (von 1999 \triangleq 100 %) auf 97,3 % quantifizieren kann (Männer: 94,6 %, Frauen 98,9 %). Diese SMR-Werte liegen für fünf Berichtsjahre vor und lassen sich für Männer und bei Frauen mit je einer Geradengleichung nach der Methode der kleinsten Quadrate fortschreiben. Aus den prognostizierten SMR folgen dann zu erwartende Pflegebedürftigenzahlen. Das Verfahren „linearer SMR“ ermittelt 3,00 Mill. Pflegebedürftige für 2030, also eine Schätzung, die niedriger ausfällt als der Status Quo, aber deutlich höher als das healthy-life-gain-Szenario. Das Ergebnis ähnelt dem Szenario mit reduzierter Pflegequote des Statistischen Bundesamtes (StBA 2008: 2,95 Millionen), ist aber auf anderem Weg gewonnen.

Ausblick

Seit 15 Jahren ist Pflegebedürftigkeit in Deutschland ein sozialrechtlich verankerter Sachverhalt, der den Anspruch auf Leistungen begründet. Die Pflegever-

Tab. 1 Pflegebedürftige in Mill. in Deutschland 1999 bis 2007 sowie Prognose bis 2030

Jahr	Ist	Prognoseverfahren		
		Status Quo	linearer SMR	healthy life gain
	Mill.			
1999 ...	2,02	x	x	x
2001 ...	2,04	x	x	x
2003 ...	2,08	x	x	x
2005 ...	2,13	x	x	x
2007 ...	2,25	x	x	x
2020 ...	x	2,9	2,7	2,5
2025 ...	x	3,2	2,9	2,6
2030 ...	x	3,4	3,0	2,6

Quelle: eigene Berechnung nach Mikrodaten der Pflegestatistik und 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung (Variante 1-W1)

² Pflegebedürftigkeit wurde im Rahmen von FELICIE aus dem Europäischen Haushaltspanel (ECHP) ermittelt.

sicherung ist damit die jüngste „Säule“ im System sozialer Sicherung. Sie verzeichnet Jahr für Jahr steigende Empfängerzahlen. Der Anstieg ist maßgeblich Folge der demografischen Alterung. Er wird aber durch sinkende Pflegequoten gemildert, die durch das Ergebnis eines gesünderen Alterns sein können. Neuere Prognoseverfahren kalkulieren sinkende Pflegequoten ein oder koppeln sogar Lebenserwartung und Pflegequote. Bis zum Jahr 2030 sind zwischen 2,59 Mill. und 3,35 Mill. Pflegebedürftige zu erwarten. Einschränkend ist darauf hinzuweisen, dass sich Rahmenbedingungen, Definitionen und Zugangskriterien im Prognosezeitraum verändern können. In den hier vorgelegten Berechnungen sind lediglich die Pflegestufen I bis III berücksichtigt. Seit Mitte 2008 ist ein neuer Empfängerkreis, die sogenannte Pflegestufe 0, im Entstehen. Ihm gehören Personen mit eingeschränkter Alltagskompetenz an, die noch nicht die somatischen Kriterien der Pflegestufen I bis III erfüllen. Über diesen neuen Empfängerkreis kann der vorliegende Beitrag keine Aussagen treffen.

Autorin: *Dagmar Pattloch*

Quellen

- Ekamper, Peter; Leo van Wissen; Gijs Beets (2005): Population scenarios of health, family and socioeconomic status by age, sex and marital status, for the nine Felicie countries over the period 2000-2030. Synthetic Report.
- European Health Expectancy Monitoring Unit (EHEMU 2007): Health expectancy calculation by the Sullivan method: a practical guide. 3rd Edition. EHEMU Technical report 2006_3. http://www.ined.fr/fichier/t_telechargement/13746/telechargement_fichier_en_sullivan_guide_final_jun2007.pdf
- Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (2004): Epidemiologie und Gesundheitsberichterstattung. Begriffe, Methoden, Beispiele. Handlungshilfe: GBE-Praxis 2. http://www.lgl.bayern.de/gesundheit/doc/gbe/handlungshilfe_2.pdf
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (StBA 2008): Demografischer Wandel in Deutschland. Heft 2. Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige im Bund und in den Ländern.
- Statistisches Bundesamt (StBA 2009): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. Ergebnisse der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung.

Historisches 1907

Erwerbstätige

Im Statistischen Jahrbuch für den Preussischen Staat 1910 ist auf der Seite 53 im Kapitel „II. Berufs- und Erwerbsverhältnisse der Bevölkerung. 10. Die Erwerbstätigen“ in einigen besonderen Berufen nach Altersklassen, 1907.“ ein bemerkenswerter Sachverhalt dargestellt.

Im Unterschied zur heutigen Statistik werden auch alle Merkmale, die mit 1 bis 3 Erwerbstätigen besetzt sind – 13 an der Zahl –, dargestellt. Im Konzept der hauptberuflich Erwerbstätigen wird noch der Haushaltszusammenhang mit berücksichtigt, sodass auch die Angehörigen in den Blick kommen. Über einige heute nicht mehr vorhandene Berufsbezeichnungen, wie z. B. Laufbursche, Motorwagenführer, Aufpasser, Stallbedienstete, Bureauhilfe, Rendant, Leiter von Konsumvereinen u. Ä. kann man schmunzeln oder staunen, wie schnelllebig die Zeit ist. Nicht zuletzt ist die Auswahl der Berufe in der Tabelle – mit der Beifügung „in einigen besonderen Berufen“ – nicht leicht nachzuvollziehen.

Interessante Ergebnisse sieht man zunächst in den Randgruppen der Tabelle: Es gab eine Reihe unter 16- und über 70-jähriger Erwerbstätiger, 1 045 unter 16 Jahre und 1 015 über 70 Jahre alte Hochqualifizierte, davon 76 Selbständige (sic), sie nötigen Respekt ab. Aber auch 35 Filialinhaber, Filialleiter und Leiter von Konsumvereinen oder 42 Prokuristen, Direktoren usw. im Alter von 16 bis 17 Jahren lassen den heutigen Leser staunen. Ob dies jedoch mit den heutigen Maßstäben der Qualifikation übereinstimmt, muss zumindest bei den höchstens 15-jährigen Sonstigen Ingenieuren, Chemikern, Landmessern und Markscheidern bezweifelt werden. Auf der anderen Seite muss es damals – wie heute noch – einige „Spätzünder“ gegeben haben: Das verraten uns die 110 Kaufmännischen Lehrlinge im Alter von 30 bis 49 Jahren.

Andere Sachverhalte dagegen verwundern kaum. So sind die Kaufmännischen Berufe gegenüber den Technischen Berufen mit dem 2,7-fachen in der Überzahl, gegenüber den Sonstigen Berufen sind die Kaufleute jedoch nur mit 50 % mehr vertreten.

Besonders beliebt für eine Selbstständigkeit waren damals die Architekten sowie Hochbauingenieure und -techniker. Dem ist wohl heute noch so. Ein Vergleich der Erwerbstätigen überhaupt mit der Anzahl der Angehörigen fördert dann die folgenden

Verhältnisse zutage: Bei den Technikern 1 zu 1,8; bei den Kaufleuten: 1 zu 0,6 und bei den Sonstigen 1 zu 1,3.

Eine Frage muss vorerst noch unbeantwortet bleiben: Wird es beim Zensus 2011 zu ähnlich interessanten Aussagen kommen?

Autor: Jürgen Hübner

II. Berufs- und Erwerbsverhältnisse der Bevölkerung. 53									
10. Die Erwerbstätigen*) in einigen besonderen Berufen nach Altersklassen, 1907.									
Berufsbezeichnungen.	Erwerbstätige im Alter von Jahren							Erwerbstätige überhaupt	Angehörige
	unter 16	16 bis unter 18	18 bis unter 20	20 bis unter 30	30 bis unter 50	50 bis unter 70	70 und darüber		
I. Technische Berufe.	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1. Arch. u. Hochbauing. u. -Techn.	30	819	1 614	9 799	6 464	1 089	61	19 876	17 289
darunter selbständig	—	—	—	1 033	3 377	613	35	4 057	6 756
2. Tiefbauingenieure u. -Technik.	2	19	37	900	729	122	2	1 861	1 748
darunter selbständig	—	—	—	23	69	30	1	123	301
3. Maschinenbauing. u. -Technik.	—	280	728	8 573	6 427	808	48	16 864	14 415
darunter selbständig	—	—	—	47	169	62	3	281	550
4. Elektroingenieure u. -Techniker	17	150	202	2 580	1 949	115	4	5 017	4 889
darunter selbständig	—	—	—	55	137	15	2	209	389
5. Schiffbauingenieure u. -Techn.	—	28	58	405	408	42	1	942	958
darunter selbständig	—	—	—	4	15	7	1	27	54
6. Bergbau-, Hütten- u. Salinen- ingenieure und -Techniker	14	132	310	1 802	1 490	272	16	4 036	4 388
darunter selbständig	—	—	—	32	187	86	4	309	710
6a. Sonstige Ingenieure	30	167	380	4 589	4 194	734	40	10 134	9 858
darunter selbständig	—	—	—	163	613	217	18	1 011	1 701
7. Chemiker	10	86	117	1 298	1 816	253	14	3 594	3 603
darunter selbständig	—	—	—	29	208	44	6	287	398
8. Landmesser und Geometer	104	126	148	581	478	130	10	1 580	1 081
darunter selbständig	—	—	—	56	99	32	3	190	236
9. Markscheider	9	21	31	160	159	25	2	407	606
darunter selbständig	—	—	—	2	5	1	—	8	16
10. Vermessungstechniker	11	38	62	241	96	10	—	458	502
darunter selbständig	—	—	—	4	3	1	—	8	11
11. Werkmeister	3	111	778	17 974	71 683	23 091	804	114 444	279 066
12. Zeich., Paus. u. sonst. tech. Hilfsp.	815	612	663	2 898	1 723	285	13	7 009	5 257
darunter selbständig	—	—	—	2	44	38	3	167	321
Zusammen	1 045	2 589	5 178	51 803	97 616	26 976	1 015	186 222	343 460
darunter selbständig	—	—	2	1 492	3 970	1 137	76	6 677	11 243
II. Kaufmännische Berufe.									
1. Prokuristen, Direktoren, Ab- teilungsvorst., Dispen., Einkauf.	—	42	284	11 548	36 620	9 740	369	58 603	109 710
2. Filialinhaber, Filialleiter,	—	35	114	1 499	2 033	407	20	4 101	3 386
3. Gesch.- u. Handelsreis., Stadtr.	8	129	582	13 708	25 873	5 207	212	45 219	53 102
4. Verkäufer	3 337	15 882	24 597	67 616	18 065	2 835	165	132 495	19 327
5. Lageristen	165	910	1 501	5 432	5 436	1 114	32	14 590	16 463
6. Buchh., Rechnungsf., Korresp., Kassierer, Revisor., Rendanten	862	3 426	7 297	45 720	41 106	8 124	422	106 957	107 410
7. Kont., Regist., Maschinensch., Kanzl., Konz., Bureaugeh., Sten.	10 298	17 786	20 009	54 322	25 645	4 101	165	133 236	66 299
8. Handlungsgelh., Kommis., kauf- männ. Angestellte ohne bes. Bez.	2 243	9 568	20 512	58 057	23 315	3 981	207	117 883	45 176
9. Kaufmännische Lehrlinge	38 273	30 330	8 533	2 933	110	—	—	80 179	9
Zusammen	55 186	78 108	83 429	200 828	177 703	35 507	1 592	692 353	420 882
III. Sonstige Berufe.									
1. Maschinisten	42	392	696	8 475	20 491	4 517	86	34 699	93 363
2. Heizer	107	532	1 270	8 461	16 954	4 296	83	31 703	73 135
3. Motorwagenführer	—	35	183	1 753	1 069	56	—	3 096	3 568
4. Fuhrh., Kutscher, Geschirrführ.	1 429	3 442	5 905	38 296	54 251	10 142	297	117 622	206 370
5. Pferdeknechte, Stallbedienstete	1 008	1 486	939	2 664	3 650	1 049	30	10 826	13 164
6. Köche	1 070	3 570	6 644	25 954	18 831	3 236	160	54 465	3 583
7. Gärtner	4 269	4 888	4 627	12 140	9 952	3 037	278	39 191	33 193
8. Portiers, Fahrstuhlpersonal, Wächter, Aufpasser	38	94	221	2 677	12 696	9 736	722	26 184	50 797
9. Handl., Bot., Auslauf, Austräg., Laufb., Pack., Markth., Lagerarb.	22 735	14 893	12 966	35 450	37 607	11 858	836	136 345	115 231
Zusammen	30 698	29 332	33 451	135 870	170 501	47 927	2 192	450 271	592 404

*) Es sind nur die hauptberuflich Erwerbstätigen berücksichtigt.

Aus der amtlichen Statistik **Mitteilungen und Nachrichten**

Mitteilungen und Nachrichten September 2009

▣ **Vorinformation der Eigentümer**

Im Rahmen des Zensus 2011 wird auch eine Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) als schriftliche Befragung durchgeführt.

Auskunftspflichtig sind Eigentümer, Verwalter, sonstige Verfügungs- und Nutzungsberechtigte der Gebäude

oder Wohnungen. Zum Zensusstichtag 9. Mai 2011 sind von den Auskunftspflichtigen schriftlich detaillierte Fragen zu ihren Gebäuden und den darin befindlichen Wohnungen zu beantworten.

Zur Vorbereitung wird ab 15. November 2010 eine Vorinformation bei allen vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ermittelten Gebäude- und Wohnungseigentümern bzw. Verwaltern durchgeführt. Ziel der Vorinformation ist es, die ermittelten Anschriften der Auskunftspflichtigen auf ihre Aktualität und postalische Erreichbarkeit hin zu überprüfen.

Die Auskunftspflichtigen werden mit der Vorinformation erstmalig über die bevorstehende GWZ informiert und um Mitarbeit bei der Überprüfung der Daten gebeten. Der rechtzeitige Erstkontakt mit den Auskunftspflichtigen unterstützt darüber hinaus folgende Aufgaben der Erhebungsvorbereitung:

- Prüfung, ob es sich tatsächlich um Gebäude mit Wohnraum handelt,
- Feststellung weiterer Gebäude an einer Anschrift,
- Vorbereitung der GWZ für Eigentümer von Gebäuden mit Wohnungseigentum,
- Bemessung der Erhebungsunterlagen je Eigentümer für die Haupterhebung 2011.

Die Kontaktaufnahme mit den Auskunftspflichtigen im Rahmen der Vorinformation erfolgt auf postalischem Weg. Die gesetzliche Grundlage der Vorinformation ist § 6 Abs. 1 Bundesstatistikgesetz (BStatG). Die Beantwortung der Fragen der Vorinformation dient ausschließlich der Erhebungsvorbereitung und soll die vollständige Erfassung aller Gebäude mit Wohnraum gewährleisten.



Veröffentlichungen **Mai und Juni 2010****Berlin****Wanderungen**

3. Quartal 2009	vj 3/09
A III 1	6,00 EUR

Berufliche Schulen

Schuljahr 2009/2010	j 09
B II 1	10,00 EUR

Gewerbeanzeigen

März 2010	m 3/10
D I 1	7,00 EUR

**Unternehmensregister
(Stand: 30.9.2009)**

Jahr 2007	j 07
D II 1	7,00 EUR

**Verarbeitendes Gewerbe (sowie Berg-
bau und Gewinnung von Steinen und Erden)**

März 2010	m 03/10
E I 1	7,00 EUR

**Verarbeitendes Gewerbe,
Auftragseingangsinde**

April 2010	m 4/10
E I 3	6,00 EUR

Baugewerbe

März 2010	m 3/10
E II 1/E III 1	7,00 EUR

Baugenehmigungen

März 2010	m 3/10
F II 1	6,00 EUR

Ausfuhr und Einfuhr – Vorläufige Ergebnisse –

Januar 2010	m 1/10
G III 1	8,00 EUR

Fremdenverkehr und Beherbergungskapazität

Februar 2010	m 2/10
G IV 1	6,00 EUR

**Straßenverkehrsunfälle
– Vorläufige Ergebnisse –**

Februar 2010	m 2/10
H I 1	7,00 EUR
Jahr 2009	j 09

Straßenverkehrsunfälle

Jahr 2009	
H I 1	10,00 EUR

Binnenschifffahrt

4. Vierteljahr 2009	vj 4/09
H II 1	6,00 EUR

Personal im öffentlichen Dienst

30.6.2008	j 08
L III 2	8,00 EUR

Erbschaft- und Schenkungsteuer

Jahr 2008	j 08
L IV 5	6,00 EUR

Verbraucherpreisindex

Mai 2010	m 5/10
M I 2	7,00 EUR

Verdienstenerhebung

4. Quartal 2009	vj 4/09
N I 1	7,00 EUR

**Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und
-gehälter und Arbeitnehmer
nach Wirtschaftsbereichen**

1991 bis 2009	j 09
P I 2	7,00 EUR

Kostenloser Download unter
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Dortustr. 46
14467 Potsdam

E-Mail: vertrieb@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel.: 0331 39 - 444
Fax. 0331 39 - 418

Brandenburg

Einbürgerungen

Jahr 2009	j 09
A I 9	6,00 EUR

Wanderungen

4. Quartal 2009	vj 4/09
A III 1	6,00 EUR

Arbeitsmarkt

Mai 2010	m 5/10
A VI 7	6,00 EUR

Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkreisen

Jahresergebnisse 1991, 1995, 2000 bis 2008	j 08
A VI 10	10,00 EUR

Studierende an Hochschulen

Wintersemester 2009/2010	j 09
B III 1	8,00 EUR

Ernteberichterstattung über Obst im Marktoftbau

Mai 2010	m 5/10
C II 5	6,00 EUR

Gewerbeanzeigen

März 2010	m 3/10
D I 1	7,00 EUR

Unternehmen und Betriebe (Stand: Unternehmensregister 30.9.2009)

Jahr 2007	j 09
D II 1	7,00 EUR

Insolvenzen

1.1. bis 31.3.2010	vj 1/10
D III 1	7,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

April 2010	m 4/10
E I 1	7,00 EUR

Auftragseingangsinde

März 2010	m 3/10
E I 3	6,00 EUR

Baugewerbe

April 2010	m 4/10
E II 1; E III 1	7,00 EUR

Baugenehmigungen

März 2010	m 3/10
F II 1	6,00 EUR

Umsatz und Beschäftigung im Handel, Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe

Februar 2010	m 2/10
G I 1; G IV 3	7,00 EUR

Aus- und Einfuhr – Vorläufige Ergebnisse –

März 2010	m 3/10
G III 1	8,00 EUR

Gäste und Übernachtungen und Beherbergungskapazität

März 2010	m 3/10
G IV 1	6,00 EUR

Straßenverkehrsunfälle – Vorläufige Ergebnisse –

März 2010	m 3/10
H I 1	7,00 EUR

Straßenverkehrsunfälle

Jahr 2009	j 09
H I 2	10,00 EUR

Binnenschifffahrt

1. Vierteljahr 2010	vj 1/10
H II 1	7,00 EUR

Schwerbehinderte Menschen

Jahr 2009	2-j 09
K III 1	8,00 EUR

Gemeindefinanzen

1.1. bis 31.12.2009	hj 2/09
L II 2	8,00 EUR

Realsteuervergleich in den Ländern Berlin und Brandenburg

Jahr 2009	j 09
L II 7	7,00 EUR

Personal im öffentlichen Dienst

30. Juni 2008	j 08
L III 2	8,00 EUR

Personal der Gemeinden und Gemeindeverbände

Ergebnisse nach Aufgabenbereichen 30. Juni 2009	j 09
L III 3	10,00 EUR

Verbraucherpreisindex

Mai 2010	m 5/10
M I 2	7,00 EUR

Preisindizes für Bauwerke

Mai 2010	vj 2/10
M I 4	7,00 EUR

Kaufwerte für Bauland

Jahr 2009	j 09
M I 6	7,00 EUR

Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke

Jahr 2009	j 09
M I 7	6,00 EUR

Verdienstenerhebung

4. Quartal 2009	vj 4/09
N I 1	7,00 EUR

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts

1991 bis 2009	j 09
P I 3	8,00 EUR

Kostenloser Download unter
www.statistik-berlin-brandenburg.de

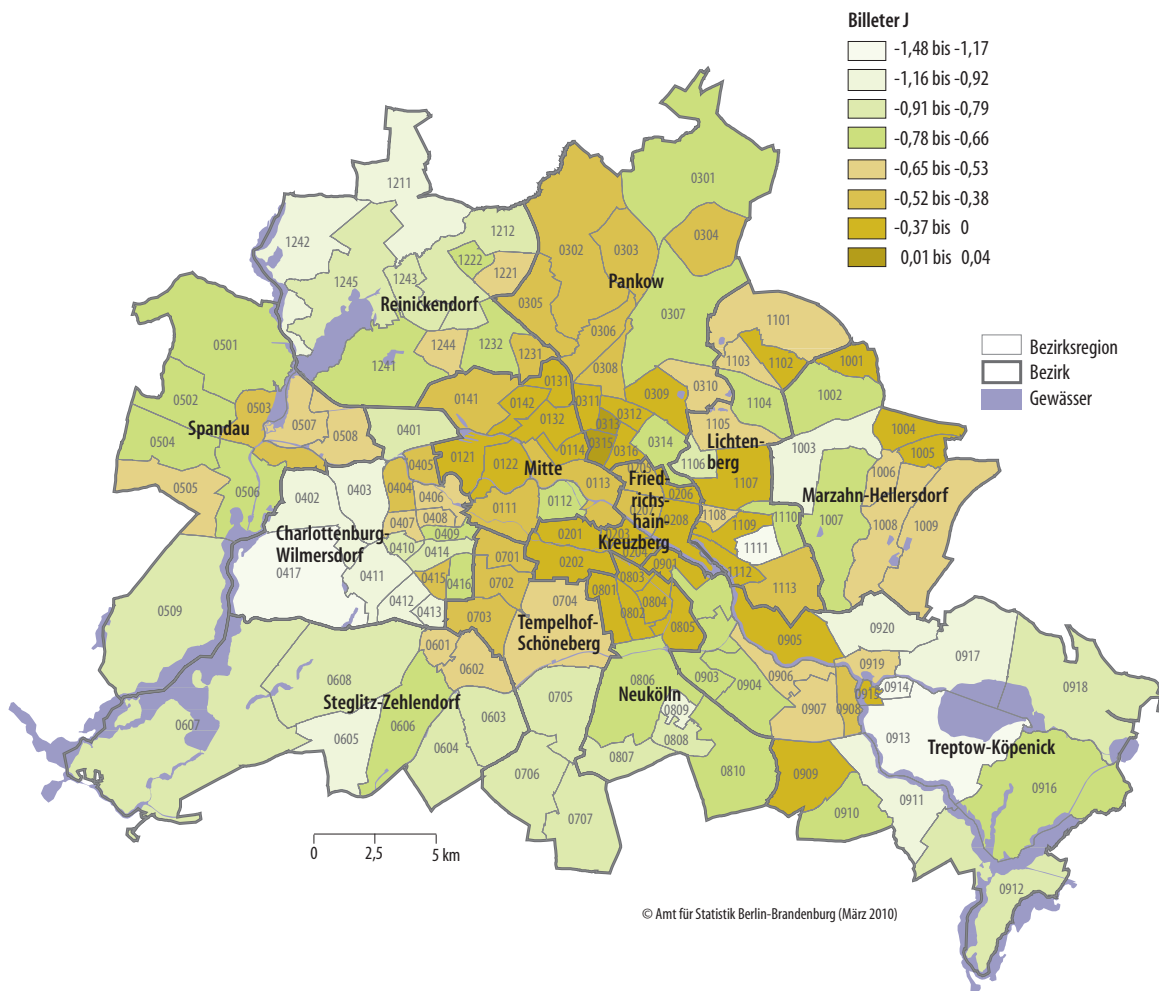
Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Dortstr. 46
14467 Potsdam

E-Mail: vertrieb@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel.: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418

▮ „Billeter J“ bezogen auf die melderechtlich registrierten Einwohner
in Berlin am 31.12.2009 nach Bezirksregionen



▮ Ämter mit mehreren Gemeinden in Brandenburg 2010

